

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2007

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Dietrich Mühlberg: Arbeiterbewegung und Alltag</i>	5
<i>Richard Albrecht: Pauper(ismus). Zur Geschichte und Aktualität eines Zentralaspekts von ‚Neuer Armut‘ und ‚Arbeitenden Armen‘</i>	19
<i>Marcel Bois/Florian Wilde: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919</i>	33
<i>Evemarie Badstübner: Vom Knecht zum Herrn? Ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen und Enttäuschungen</i>	47
<i>Andreas Tietze: Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte</i>	66

Biographisches

<i>Ulla Plener: Zum Stellenwert biographischer Forschung für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten</i>	77
<i>Gisela Notz: „Sie war der Arzt und Gesundheitsexperte der Fraktion“. Elinor Hubert, geb. Höhnen (1900-1973)</i>	83
<i>Valentin Bejlinson: A. S. Makarenko in Moskau. Die beiden letzten Lebensjahre</i>	94

Horst Schilling: Vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt.
Adolf Wicklein 108

Brigitte Dornheim: Adolf Wicklein (1886-1945).
Eine biographische Skizze – verfaßt von der Enkeltochter 118

Dokumentarisches

In memoriam Theodor Leipart (1867-1947):
Zwei unbekannte Dokumente (*Ulla Plener*) 123

Regionales

Günter Benser: Das Sport- und Kulturkartell Heidenau,
Dohna und Umgebung. Wie die Arbeiterbevölkerung einer
Industriestadt das kulturelle Leben ihrer Kommune prägte 134

Berichte

Berthold Petzinna: „Geschichte der Arbeiterbewegung, von unten erlebt.
Arbeiterbewegung und Arbeiterleben im 20. Jahrhundert“.
Tagung am 8./9. Dezember 2006 in Berlin 145

Gerd Kaiser: Das Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich 155

Leserzuschriften

Zum Beitrag von Irina A. Joffe/Elke Scherstjanoi:
Junge Ostarbeiter im antifaschistischen Widerstand
(JahrBuch, 2006/III) (*Fritz Zimmermann*) 158

Zum Beitrag von Werner Berthold: Französische Gefangenschaft –
28.8.1944 bis 24.8.1948 (JahrBuch, 2007/I) (*Hermann Szepansky*) 161

Informationen

Grit Ulrich: Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den
Beständen und Sammlungen der Stiftung Archiv der Parteien
und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv 164

<i>Roland Gröschel</i> : Sammeln, sorgen, sichten: Das Interviewarchiv „Jugend im 20. Jahrhundert“ des POSOPA e.V. 168
--	-----------

Diskussion

<i>Günter Benser</i> : Deutsche Zeitgeschichte seit 1945: Gesellschaft, Staat, Politik 175
--	-----------

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkaszorgalom történetéből. Evkönyv 2007 (<i>Winfried Morgenstern</i>) 181
---	-----------

Georg Herwegh: Werke und Briefe. Kritische und kommentierte Gesamtausgabe. Bd. 5 (<i>Martin Hundt</i>) 182
--	-----------

Association Démocratique, ayant pour but l'union et la fraternité de tous les peuples. Eine frühe internationale demokratische Vereinigung in Brüssel 1847-1848 (<i>Martin Hundt</i>) 184
---	-----------

Arno Klönne/Karl A. Otto/Karl-Heinz Roth (Hrsg.): Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung; – Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung (<i>Herbert Mayer</i>) 186
---	-----------

Tanush Frashëri: Ali Këlcyra, aristokrati kuqezi (<i>Erwin Lenin</i>) 192
---	-----------

Lazar Jelifets/Víctor Jelifets/Peter Huber: La Internacional Comunista y América Latina, 1919-1943. Diccionario Biográfico (<i>David Mayer</i>) 195
--	-----------

Karin Nowak: Spanien zwischen Diktatur und Republik. Korporatismus, organisierte Interessen und staatliche Sozialpolitik 1919-1936 (<i>Rainer Holzke</i>) 197
---	-----------

Beatrix Herlemann: „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“. Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945 (<i>Detlef Ziegs</i>) 198
--	-----------

Beata Paškevica: In der Stadt der Parolen. Asja Laciš, Walter Benjamin und Bertolt Brecht (<i>Wladislaw Hedeler</i>) 200
Lothar Mertens: Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik (<i>Peter Schäfer</i>) 204
Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 (<i>Siegfried Prokop</i>) 206
Klaus Arnold/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR (<i>Joachim Eichler</i>) 208
František Čapka ^v /Lubomír Slezák/Jaroslav Vanculík: Nové osídlení pohraničí českých zemí po druhé světové válce (<i>Veronika Arndt</i>) 209
Gotthold Schramm (Hrsg.): Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September (<i>Joachim Eichler</i>) 212
Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS – Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei (<i>Helmut Meier</i>) 214
Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 (<i>Heinz Niemann</i>) 216
Nachsatz 221
Autorenverzeichnis 222
Impressum 223

Arbeiterbewegung und Alltag¹

Dietrich Mühlberg

Vom Tagungskomitee bin ich mit dem Hinweis auf frühere Forschungen zur Arbeiterkultur gefragt worden, ob ich nicht aus kulturwissenschaftlicher Perspektive einige allgemeine Gedanken über den Zusammenhang von Alltag und Arbeiterbewegung beisteuern wolle. Dies mehr zur Einstimmung in das Thema, und es könnte vielleicht den Zusammenhang von Arbeiterleben und Arbeiterbewegung zu beleuchten helfen. Nun gehört „der Alltag“ zwar zu den großen kulturwissenschaftlich bearbeiteten Themen. Aber ich bin kein Fachmann für die Geschichte der Arbeiterbewegung, schon gar nicht für die Wissenschaftsgeschichte dieses Fachgebietes. Wie es die Spezialisten der Arbeiterbewegungsgeschichte mit dem Alltag der Arbeiter halten und einst gehalten haben, darüber werden sicher andere sprechen. Und: Es gibt aus meinem Fachgebiet nichts Neues zu vermelden, auch keine neuen Fragen. Im Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre halte ich es eher für wünschenswert, sich weiter den alten, noch weitgehend unbeantworteten Fragen zu stellen, was denn die soziale Klasse der Arbeiter war und ist – politisch wie kulturell.

Nun ist mir die reale Bewegungsgeschichte nicht fremd, meine Arbeit war ja – wie die fast aller der hier Versammelten – zeitlebens irgendwie in diese Bewegung eingeschlossen, auf die wir nun als unsere Geschichte zurückblicken. Und als engagierter Zeitgenosse (und wissenschaftlicher Nachbar) habe ich da schon meine Erfahrungen, Vorstellungen und Vorurteile. In *dieser* „Alltags-Perspektive“ möchte ich denn zunächst als Zeitzeuge „von unten“ über einige für mich aufschlußreiche Ereignisse der Arbeiterbewegungsgeschichte berichten, die, wie ich hoffe, durchaus zum Gegenstand gehören oder wenigstens auf ihn hinführen. Danach nutze ich die Gelegenheit, auf frühere kulturgeschichtliche Arbeiten zum Thema hinzuweisen. Ich liefere hier also keine quellengesättigte Detailstudie, sondern einen subjektiven Erfahrungsbericht ab.

1. Die Kommunisten und die anderen

Der erste Report betrifft meine Eltern, genauer meinen Vater. Beide sind in ein proletarisch-kleinbürgerliches Großstadtmilieu hineingeboren, das als durch und durch links galt. Mein Vater ist hier in Berlin in der Linienstraße/Ecke Bartelstraße großgeworden (da wo jetzt noch das Karl-Liebknecht-Haus steht), meine Mutter dreihundert Meter weiter in der Barnimstraße hinter dem Frauengefängnis. Eine Gegend, die kurz vor ihrer Geburt noch das

¹ Bearbeiteter einführender Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

Scheunenviertel war. Sie haben sich 1927 bei der Sozialistischen Arbeiterjugend kennengelernt, Vater leitete zeitweilig die Gruppe Zentrum, Mutter vertrat einmal als Delegierte den Landesverband. Die NS-Zeit haben sie als politische Menschen überstanden, 1945 gründete Mutter – gelernte Sozialarbeiterin – sofort wieder die Ortsgruppe der Kinderfreunde. Vater war noch verwundet in Kriegsgefangenschaft, wurde aber, weil nicht „lagerfähig“, im November in Flensburg aus dem Lazarett entlassen, kam zurück nach Berlin, war sofort Sekretär im SPD-Ortsverein. Beide haben als SPD-Funktionäre für die Einheit der Arbeiterbewegung agitiert, beide waren schließlich Berliner Delegierte zum Vereinigungsparteitag, und Vater wurde gleich nach der SED-Gründung (wie es damals schon verräterisch hieß) durch Sekretariatsbeschluß² zum Sekretär der SED-Kreisleitung berufen. Nun hatte er ein Büro im Antifa-Heim, der Beginn seiner hauptamtlichen politischen Karriere.

Januar bis Juli 1947 lernte er an der Parteihochschule in Liebenwalde, seine Abschlußarbeit war eine historische Betrachtung über Verelendung³ – angeleitet durch Jürgen Kuczynski. Dessen zweibändige „Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland“ von 1800 bis in die Gegenwart wurde gerade als erstes Buch des neuen Gewerkschaftsverlags herausgebracht, „die erste umfassende Geschichte der Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem Kapitalismus“⁴ (so im Vorwort des gewerkschaftlichen Schulungsleiters Karl Fugger). Interessant für unser Nachdenken über „oben“ und „unten“: Kuczynski meinte damals, die Wissenschaft müsse sich nun stärker dem politischen Überbau zuwenden und da vor allem die Fehler der eigenen Bewegung analysieren: „Worauf es jetzt ankommen wird, ist, die politische Seite der Geschichte zu schreiben und diese dann mit der Schilderung der materiellen Lage zu verbinden und zu verschmelzen, so daß sie Eines werden.“⁵ Dreißig Jahre später hat der Wirtschaftshistoriker Kuczynski dann die Kultur- und Alltagsgeschichte als weiteres unerläßliches Element jeder umfassenden Darstellung betont.

Doch zurück zur Ausbildung meines Vaters. Betreuer und Gutachter beurteilten seine „Studien“ zur Lohnentwicklung positiv, und ihm wurde am 27. Juli 1947 durch das Lehrerkollegium bescheinigt, „daß er den Lehrgang mit ausgezeichnetem Erfolg absolviert hat“. Für den Parteivorstand bestätigten dies

2 Siehe Mitteilung an Gen. Matern und Mühlberg, Archiv des Verfassers. Hier heißt es: „In der Sekretariatssitzung der Kreisleitung der SED vom 26.4.46 wurde beschlossen, Dich als Sekretär in die Kreisleitung zu berufen.“ Hermann Matern war gerade Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der SED geworden, zwei Jahre später wurde er zum Büttel stalinistischer Kaderpolitik.

3 Siehe Friedrich Mühlberg: Verelendung. Betrachtet am Zeitraum 1887 bis 1932. Abschlußarbeit an der Parteihochschule „Karl Marx“ der SED. Archiv des Verfassers.

4 Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Berlin 1946, S.7.

5 Ebenda, S.12.

durch Unterschrift Wilhelm Pieck, Anton Ackermann und Erich Gniffke.⁶ Das war ein wichtiger Schritt nach „oben“.

Vater wurde dann sofort bei der Deutschen Wirtschaftskommission eingesetzt. Er leitete dort ab August 1947 die Kontrolle der volkseigenen Betriebe und war bald Leiter der Abteilung Grundsatzfragen der VEB. Vom April 1948 bis November 1950 entwickelte er die Grundlagen für den wohl sensibelsten Bereich der Wirtschaftsplanung: Arbeitskräfte, Arbeitsproduktivität, Löhne, Sozialwesen, Kultur, Gesundheitswesen, Nachwuchs, Berufsausbildung. Bruno Leuschner hat ihm da im Abschlußzeugnis gute Arbeit bescheinigt.⁷ Ohne meinen „Alten“ überschätzen zu wollen, denn er war ja vordem nur ein einfacher Ingenieur für die Vorkalkulation industrieller Produktion, halte ich ihn für einen jener Pioniere, die das sozialistische Experiment DDR einst begonnen haben.

Aber während sein Klassenkamerad und guter Freund Siegbert Kahn 1949 Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts wurde, mußte mein Vater Ende 1950 aus mindestens drei Gründen aus seiner leitenden Position verdrängt werden: erstens war da seine SPD-Herkunft, zweitens die englische Kriegsgefangenschaft (wenn auch nur im Lazarett) und drittens sein Unverständnis für die nun angesagten Methoden des Umgangs mit den Arbeitskräften und den Löhnen.

Angeordnet von Hermann Materns Zentraler Parteikontrollkommission, wurde sein Rausschmiß über die FDJ-Organisation der gerade konstituierten Staatlichen Plankommission geregelt. Die Junge Garde der ehemaligen Flakhelfer warf dem Genossen Mühlberg mangelndes Vertrauen in die Jugend und linkes Sektierertum vor. Das genügte. Durch Milieu und Bewegung kulturell geprägt, ertrug er es als disziplinierter Parteisoldat, wurde Planungsdirektor in einem Großbetrieb, lehnte alle Avancen des Ostbüros der SPD ab und meinte lediglich: Der neue Umgang mit Normen und Löhnen wird uns in Schwierigkeiten bringen. Und da hatte er leider richtig getippt, dann aber 1953 brav – wie es hieß – „mit der Kalaschnikow“ vor dem Werktor gestanden.

Ich erzähle das hier, weil er mit dem Rausschmiß auch wieder „unten“ war und damit zugleich – wie viele andere auch – aus der offiziellen Geschichte der Arbeiterbewegung ausschied. Nur einmal noch kam er kurz dort vor, als es nämlich unerlässlich war, auch einige Genossen aus der ehemaligen SPD ausdrücklich zu erwähnen: als das 20. Jubiläum der Vereinigung von 1946 gefeiert wurde und eine Art „Bewegungsgeschichte von unten“ zusammengestellt wurde. Da schrieb Bruno Baum in seinem Beitrag: „Ich hatte als Junge am Anfang der zwanziger Jahre im Stadtzentrum gute Freunde. Als wir etwas älter wurden, gingen einige von uns zu den Jungkommunisten, andere gingen in die

6 Siehe Abschlußzeugnis im Archiv des Verfassers.

7 Siehe Zeugnis des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission vom 30.11.1950, Archiv des Verfassers.

Sozialistische Arbeiterjugend. Einer meiner Freunde, der damals zur SAJ ging, Fritz Mühlberg, tauchte 1945 ebenfalls wieder auf, und nun trafen wir uns häufig in Versammlungen. Jeder warb von seiner Position aus für die Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien.⁸ Über den Rest der Geschichte hat sich nicht nur Bruno Baum ausgesprochen – obwohl er darüber bestens informiert war.

Kein Gedanke, etwa meinen Vater und seinesgleichen über ihre Aktivitäten für das Gelingen der Einheit berichten zu lassen. Dabei war er zeit seines Lebens irgendwie stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben. Ich war mir da nicht so sicher im Urteil. In der Großfamilie waren ja – milieubedingt – beide Arbeiterparteien stark vertreten. Ich kann nicht sagen, daß „die von der Kommune“ die Sensibleren, Klügeren und Diskussionsbereiteren waren (das gilt selbstverständlich nur für meine Familie). Aber wenn in diesem zwischen 1917 und 1933 politisch geprägten Milieu meiner Elterngeneration überhaupt ein Sinn für Demokratie entwickelt worden war, dann bestenfalls bei den Sozis. Und tatsächlich sollte sich die Vereinigung von 1946 als Weg erweisen, den Sozialdemokratismus aus der vereinigten Bewegung gründlich auszutreiben. Denn bald war sie bekanntlich von einer sozialistischen Einheitspartei in eine marxistisch-leninistische Kampfpartei verwandelt worden und verlor auf diese Weise ganz wesentliche Korrekture und viele ihrer Beziehungen „nach unten“. Die große Chance der Vereinigung war damit vertan. Wie wir wissen, gehörte zu dieser folgenreichen Amputation auch eine Geschichtsschreibung, die diesen verhängnisvollen Weg – nach entsprechenden Regeln und Vorschriften – als den allein rechtmäßigen und erwähnenswerten Vorgang darstellte.

Weil wir auf dieser Beratung über „oben“ und „unten“ reden: Hier war „oben“ entschieden worden, wie es „unten“ zu sein hat. Von nun an wurde das „Unten“ – soweit man sich überhaupt darauf eingelassen hat – so dargestellt, wie es den „oben“ festgelegten Prinzipien der marxistisch-leninistischen Kampfpartei entsprach.

Unter diesen Bedingungen habe ich – wie andere auch – sehr früh gelernt, was man (selbst unter den „eigenen Leuten“) nicht sagen darf, was man besser nicht näher untersuchen sollte und was man auf welche Weise vielleicht doch in die gesellschaftliche Debatte einbringen könnte. Und diese äußere wie innere Zensur betraf auch alles, was über die Jahre durch die vielen örtlichen Kommissionen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und durch die Betriebsgeschichtsschreibung an historischen Quellen zur „Arbeiterbewegung unten“ gesammelt und gesichert worden ist. Da ist von vielen außerordentlich fleißig gearbeitet worden, aber das Augenmerk wurde immer auf eine bestimmte Seite der politischen Geschichte gelenkt, und alle Beteiligten haben auf diese Weise selektiv geforscht.

8 Fanny Rosner/Ilse Schiel/Heinz Voßke (Hrsg.): Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin 1966, S.298.

In unserem kulturhistorischen Projekt zur deutschen Arbeitergeschichte haben wir uns Ende der 70er Jahre alle damals verfügbaren Betriebsgeschichten angesehen, die unter der Anleitung durch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) entstanden sind. Da war kaum etwas über die Arbeit und über das Leben der Arbeitenden zu finden. Das Hauptaugenmerk galt immer der „richtigen“ politischen Bewegung und den sozialistischen Produktionserfolgen. Was auf diese Weise zutage gefördert worden ist, sagt viel über das Geschichtsbild jener aus, die die Instruktionen gaben, aber wenig über reale Konstellationen, Abläufe, Motive usw. Auch und gerade die individuellen, biographischen etc. Quellen folgten weitgehend den Erwartungen der anleitenden Genossen.

2. Die Theorie und die Fakten

Eine zweite Erfahrung mit der Realgeschichte der Bewegung habe ich mit meinem Philosophiestudium – von 1954 bis 1959 hier an der Humboldt-Universität – gemacht. Sie hängt mit derselben Überhebung des „Oben“ über das „Unten“ zusammen. Als Student durfte ich viel Nützliches lernen, viel Geschichte, viel Marx, aber auch kräftig Lenin: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“⁹ Das korrespondierte mit den Hinweisen, wie blind doch die Empirie sei. Wer was auf sie gibt, sei in Gefahr, direkt in die Sackgasse bürgerlicher Scheinwissenschaft zu laufen – wenn er sich nicht von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus leiten läßt. Damit sollte man sich besser gar nicht aufhalten, denn unsere überlegene Theorie sei ja bereits zur Erkenntnis geronnene Empirie. Der historische Materialismus *ist* – so hieß es – die Soziologie des Marxismus-Leninismus. Und weil der Marxismus-Leninismus im Kern ja eine *Klassen*theorie sei, wäre auch unsere Geschichtswissenschaft per se *Sozial*geschichte. Jede spezielle Hinwendung zu bestimmten sozialen Gruppen, Schichten und Klassen, zu ihren Lebensweisen, zu ihrem Alltag und ihrem sozialen Verhalten sei nicht nur überflüssig, sondern enthalte die Gefahr der Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Der Blick sei auf die großen Zusammenhänge (also nach „oben“) zu lenken, denn der Lauf der Geschichte könne nur begriffen werden, wenn man über die Erscheinungsformen von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten zu ihnen selbst aufsteigt. Dem engagierten Revolutionär gibt eine solche Ideologie die nötige Souveränität gegenüber allen Zweiflern und Erbsenzählern und ist darum nicht unwillkommen: „Um so schlimmer für die Fakten!“

9 W. I. Lenin: Drei Quellen und Bestandteile des Marxismus, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1977, S.3-9, hier S.3. Unser Marx-Spezialist Auguste Cornu vermutete zwar, Marx hätte sich über einen solchen Satz wohl totgelacht, räumte aber ein, kein Lenin-Spezialist zu sein.

Ich will nun nicht verhehlen, daß mein historisch-materialistisches Weltbild stark durch diese antrainierte Besserwisseri geprägt war. Ich muß sogar eingestehen, daß sie sich als hilfreich erwies, als es darum ging, eine eigene Kulturwissenschaft zu entwickeln. Daran war ich bald beteiligt, denn 1963 war ein so bezeichneter Studiengang eingeführt worden. Doch was sollte den Studierenden mitgeteilt werden, wenn es gar keine einschlägige Wissenschaftsdisziplin gab? Da Marx und Engels ganz ohne den Begriff „Kultur“ ausgekommen waren, wurde einstweilen über die „Leninsche Theorie der Kulturrevolution“ gesprochen. Die geht eigentlich auf Trotzki zurück (der sich übrigens als Chefredakteur der „Pravda“ einst recht ausführlich zu Alltag und Lebensweise geäußert hatte¹⁰). Doch bekanntlich war Trotzki keine zitierfähige Autorität. Auch Rosa Luxemburg nicht, die den Sozialismus eine „große Kulturbewegung“ genannt hatte. Also mußten wir darangehen, aus dem theoretischen Gebäude von Karl Marx eine eigene Kulturtheorie abzuleiten. Im Fachjargon der Philosophen war das der Aufstieg vom Allgemeinen zum Besonderen.

Man mochte es anderswo als „Ableitungsmarxismus“ belächeln, aber es gelang uns in wenigen Jahren, aus den Schriften von Karl Marx (und denen seiner Ideengeber) ein Konzept zu entwickeln, das es uns gestattete, mit den Theorieentwürfen anderer gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen unserer Zeit zu kommunizieren und viele Erkenntnisse der internationalen kulturwissenschaftlichen Community für unsere Zwecke aufzuarbeiten und so zu nutzen.¹¹ Das Wesentliche an der Sache war – und darum berichte ich davon –, daß wir Wege gefunden hatten, uns auf „marxistische Weise“ den Zusammenhang von gesellschaftlichen Makrostrukturen (ökonomischen, sozialen und politischen) mit der Lebensweise und dem Alltagsverhalten sozialer Gruppen zu erklären, daß wir nun einige der entscheidenden Vermittlungen zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und den alltäglichen Lebensformen in den verschiedenen sozialen Milieus darstellen konnten. Von Lebensformen, die wir als Kernbereich ihrer Kulturen angesehen haben.

Es sei angemerkt, daß uns diese Form der Marx-Exegese flotter von der Hand ging, als „oben“ die (auf andere Weise fruchtbare) „systemtheoretische Ära Ulbricht“ beendet worden war und es in der DDR nun – ganz alltagsorientiert – ausdrücklich um die Lebensqualität der arbeitenden Menschen und um ihre ständig wachsenden Bedürfnisse gehen sollte.

Doch jetzt standen wir vor einem anderen Problem: Wie konnten wir unsere schöne Theorie, nach der jede in der Zeit stabile soziale Einheit (Gesellschaften, Gruppen, Milieus usw.) eine eigene Kultur entwickelt, nun überprüfen und

10 Siehe Leo Trotzki: Fragen des Alltagslebens – Die Epoche der Kulturarbeit und ihre Aufgaben, Hamburg 1923.

11 1975 haben wir die Ergebnisse unserer „Ableitungen“ auf knapp 600 Seiten zusammengefaßt und als Manuskriptdruck unter dem Titel „Der Beitrag von Marx und Engels zur wissenschaftlichen Kulturauffassung der Arbeiterklasse“ herausgebracht – nach der Einbandfarbe unser „Blaues Wunder“ genannt.

exemplifizieren? Vor allem: Wie sind die Kulturen von sozialen Großgruppen innerhalb einer Gesellschaft zu untersuchen und darzustellen?

Abgesehen davon, daß die soziologische Forschung der DDR in den Anfängen steckte (und die Universitäten aus Geheimhaltungsgründen davon ohnehin weitgehend ausgeschlossen blieben, denn kein Unbefugter sollte ja erfahren, was „unten“ los war), mochte sich damals niemand auf die selbstmörderische Anmaßung einlassen, ernsthaft die innere sozialkulturelle Differenzierung der DDR-Gesellschaft zu untersuchen. Und weil uns darum die „wirklichen Arbeiter“ als Untersuchungsobjekte im eigenen Lande nicht zur Verfügung standen, verfielen wir darauf, uns an einer zu ihrer Zeit äußerst gründlich vermessenen sozialen Makrogruppe zu versuchen: an den deutschen Arbeitern vor 1914. Beschränkten wir uns auf diesen Zeitraum, so konnten wir auch nicht in direkte Konflikte mit der damaligen kommunistischen Orthodoxie geraten. Und es lag allein schon in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik eine Fülle von Daten über die Arbeiter dieser Zeit vor. Sie waren einst die „unbekannten Wilden“ im eigenen Lande, das dunkle „Unten“ jener Zeit, an dessen Untersuchung sich die deutsche Soziologie nach 1870 zur Wissenschaft hochgearbeitet hatte.

3. Der Begriff „Arbeiterkultur“ war zunächst eine Provokation

Sehen wir von Jürgen Kuczynski und Geistesgenossen ab, wurde diese Art Kulturgeschichte von den historischen Forschern der DDR sehr kritisch gesehen oder als belanglos abgetan. Einmal weil hier kaum – wie es sich für Historiker doch gehört – mit primären Quellen gearbeitet worden ist. Vor allem aber, weil solch ein Gerede über sogenannte Arbeiterkultur schwer mit der Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Einklang zu bringen war.

Auch darum wurde das 1972 begonnene Projekt zur Erforschung der Arbeiterkultur bei unserem speziellen „Oben“ als ein Angriff auf die Doktrin von der führenden Rolle der Arbeiterklasse verstanden. Und dies doppelt: Einmal war da ja von „Arbeitern“ die Rede und nicht von „der Arbeiterklasse“ (oder wie der genehmigte, aber irreführende Terminus lautete: von „Angehörigen der Arbeiterklasse“). Und diese Arbeiter, diese vielfältigen Sorten von Arbeiterindividuen, verhielten (und verhalten) sich bekanntlich politisch nur selten so, wie es die Klassentheorie vorsieht.

Und dann war da die Überzeugung tief verwurzelt, daß die ausgebeuteten Arbeiter im Kapitalismus aufgrund ihrer mißlichen sozialen Lage gar keine Kultur haben, von ihr ausgeschlossen waren (und sind) – es also müßig ist, nach einer Arbeiterkultur im Kapitalismus zu forschen. Gerade dies war ein unerklärlicher Irrtum, beruhte die ganze Lehre vom siegreichen Klassenkampf der Arbeiter doch auf der Annahme, daß die modernen Lohnarbeiter auf Grund ihrer Verbindung mit den modernsten Produktivkräften und wegen ihrer sozialen Lage eine eigene mentale Ausstattung ausbilden, die sie sowohl für eine wissenschaftlich begründete Kapitalismuskritik als auch für den praktischen

Sturz der Kapitalherrschaft disponiert. Diese Annahme dürfte ja auch ein Motiv dieser Tagung sein, überhaupt für unser forschendes Interesse an den Arbeitern der Vergangenheit. Wir machen das doch, weil wir mit einiger Berechtigung vermuten, daß in den gegebenen Lebensbedingungen der nichtbesitzenden Klassen und Schichten Wirkfaktoren enthalten sind, die sie unter bestimmten Bedingungen zu gesellschaftsverändernden Kräften machen könnten. „Könnten“, denn solche Impulse und Handlungen sind immer die Folge kultureller Konventionen und Aushandlungsprozesse. Sie hängen ab von den obwaltenden Gerechtigkeitsvorstellungen, vom Bewußtsein eigener Ansprüche, von den Sinn- und Zwecksetzungen, die mit dem eigenen Leben verbunden sind, von den Erfahrungen usw. Und auch das „Hineintragen“ politischer Lehren (Kautsky, Lenin und andere) kann nur funktionieren, wenn sie den kulturellen Dispositionen der verschiedenen (Arbeiter)Milieus adäquat sind. Einfacher gesagt: wenn man dort etwas damit anfangen kann und einen Sinn für sich darin sieht. Im Grunde geht es bei dem, was hier das „Oben“ und „Unten“ der Arbeiterbewegung genannt wird, um das Wechselspiel zwischen Programm und Aktion der Arbeiterbewegungen einerseits und den kulturellen Dispositionen der diversen Arbeitermilieus andererseits.

Dies für die Arbeiter(bewegung) der DDR näher zu untersuchen, fehlten wissenschaftliche Voraussetzungen. Daten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der ostdeutschen Arbeiterklasse blieben punktuell, es gab weder eine Geschichte ihrer Lage noch eine Sozialgeschichte der DDR, an deren Befunden wir kulturgeschichtliche Studien hätten orientieren können. Was sich als linker oder „historisch-materialistischer“ Flügel der westlichen Geschichtswissenschaft ausgebildet hatte, gab es im Osten zunächst gar nicht. Erst als sich die Soziologie als eigene Disziplin auch in der DDR durchgesetzt hatte, bekamen marxistische Sozialhistoriker eine Chance. Hartmut Zwahrs Studie zur Konstituierung des Leipziger Proletariats (erschienen 1978) markiert hier den Anfang.¹² Daß die Sache von und in Leipzig handelte, war kein Zufall: Hier hatte ja Karl Lamprecht Ende des 19. Jahrhunderts versucht, die Sozialgeschichte gegen die Einseitigkeit der herrschenden Politikgeschichte in Stellung zu bringen. Sein Anliegen wurde damals des Sozialismus verdächtigt und abgewürgt, doch lebte der universalgeschichtliche Ansatz, der versucht, wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven zusammenzuführen, an diesem Orte offenbar fort.¹³ Als Hartmut Zwahr 1982 den Arbeitskreis Sozialgeschichte an der Karl-Marx-Universität (KMU) gegründet hatte, schloß sich die Arbeitsgruppe Kulturgeschichte an diesen Kreis engagierter Wissenschaftler an. Doch so recht

12 Siehe Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

13 Siehe Matthias Middell: Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890-1990, Leipzig 2005.

etablieren konnte sich die Sozialgeschichte in der Wissenschaftslandschaft der DDR nicht – kein Vergleich mit den Positionen, die Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler, Rainer M. Lepsius, Martin Kohli, Lutz Niethammer, Hartmut Kaelble usw. im Westen inzwischen besetzt hatten.

Die Sozialdaten zur eigenen Gesellschaft, auf die sich Kulturwissenschaftler hätten stützen können, blieben spärlich. Denn obwohl im letzten DDR-Jahrzehnt profunde Untersuchungen zur Sozialstruktur angestellt worden sind – verbunden mit den Namen Siegfried Grundmann, Rudi Weidig, Manfred Lötsch, Rolf Reißig – war es Kulturwissenschaftlern nicht möglich, ein schlüssiges Bild von der „Arbeiterklasse“ in der DDR-Gesellschaft zu zeichnen.¹⁴

4. *Über Untersuchungen zur Kultur und zur Lebensweise der deutschen Arbeiter*

Unter „Arbeiterkultur“ subsumierte das Projekt der Arbeitsgruppe Kulturgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin damals sowohl die Lebensformen und Alltagspraxen der verschiedenen proletarischen Milieus als auch die institutionelle Seite der genuin proletarischen Strukturen und Organisationsformen. „Arbeiterkultur“ schloß also auch die Arbeiterkulturbewegung ein und das, was wir davon abgehoben die Arbeiterbewegungskultur nannten. Mit „Kultur“ wollten wir die historische Qualität aller aus der sozialen Großgruppe der Arbeiter hervorgehenden Organisationsformen fassen – darin einbegriffen selbstverständlich die politischen Organisationen und Parteien. Über ein System von Forschungsprojekten und Dissertationen haben wir versucht, diesen Zusammenhang von Alltagsleben und Organisationsformen möglichst differenziert darzustellen. Ein Teil dieser Versuche ist auch publiziert worden,¹⁵ anderes blieb Dissertationsschrift oder Diplomarbeit. „Darstellen“ meint, daß ein so umfangreiches Vorhaben sich selbst in den Teilbereichen nur ausnahmsweise

14 So mußte der letzte Vortrag, den ich als DDR-Wissenschaftler 1989 auf der 5. Tagung der Kommission „Arbeiterkultur“ in Tübingen hielt, dort kurios anmuten. Es wurde über das Ab- oder Fortleben von Arbeiterkulturen verhandelt, und ich sprach über die mögliche Definition von Arbeiterkultur in der DDR und mußte die Erwartungen enttäuschen. Meine Überschrift lautete: „Warum sollten wir wissen, was Arbeiter sind und was sie in der Freizeit machen?“ In diesem Vortrag vor 17 Jahren ist übrigens die ganze hier zu behandelnde Problematik berührt worden. Erschienen in: Wolfgang Kaschuba/Gottfried Korff/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Arbeiterkultur seit 1945 – Ende oder Veränderung? 5. Tagung der Kommission Arbeiterkultur in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde vom 30.4.-4.5.1989 in Tübingen, Tübingen 1991, S.71-84.

15 Siehe Autorenkollektiv (Leitung Dietrich Mühlberg): Arbeiterleben um 1900, Berlin 1983; Horst Groschopp: Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Sozialistische Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Berlin 1985; Anneliese Neef: Mühsal ein Leben lang. Zur Situation der Arbeiterfrauen um 1900, Berlin 1988; Manfred Hübner: Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin 1988.

auf eigene Forschungen gründen kann. Wir versuchten, Befunde verschiedener Disziplinen zusammenzuführen, und konnten uns in dieser Absicht auf ein reiches, kritisch aufzuarbeitendes Erbe aus der Zeit vor 1933 stützen, vor allem auf Otto Rühles „Kultur und Sittengeschichte des Proletariats“, auf Darstellungen von Will-Erich Peuckert, Curt Moreck, Leo Schidrowitz, Hans Ostwald, Werner Sombart, Emilie Altenloh und vielen anderen.

Wir orientierten uns an den britischen Cultural Studies und verfolgten aufmerksam, daß Arbeiterkultur bald auch in Westdeutschland und Österreich zum Thema wurde. Die Ursachen dafür sind strittig. Meinen die einen, daß die Träger der 68er Bewegung nach dem umstürzlerischen Potential der Arbeiter suchten, sahen andere darin die Reaktion auf das langsame Ende der Arbeiterklasse: angezeigt durch die beginnende Musealisierung ihrer Kultur und politischen Bewegung.¹⁶

Doch die wohl wichtigsten Partner für eine komplexe Betrachtung der Arbeiterkultur wurden damals die Volkskundler, voran die der eigenen Universität, die seit Anfang der 70er Jahre an kulturhistorisch-volkskundlichen Studien zur Kultur und Lebensweise des Proletariats arbeiteten.¹⁷ Wir kooperierten fortan in der universitären Lehre, stritten über die verwendeten Begriffe der „volkskundlichen Proletariatsforschung“. Wolfgang Jacobeit und Ute Mohrmann regten bereits in den 70er Jahren die Fachausschüsse Kulturgeschichte/Volkskunde in der Gesellschaft für Heimatgeschichte an, Lebenserinnerungen vorrangig von Arbeitern zu sammeln. Es gab aber keine Institution, die Dokumente des Arbeiterlebens nach wissenschaftlich akzeptablen Kriterien zusammentrug und aufbewahrte. Darum warben wir gemeinsam für ein kulturhistorisches Arbeitermuseum – die DDR hatte ja keins, dafür aber 34 „Bauernmuseen“. Jacobeit und Mühlberg erhielten für ein entsprechendes Museumskonzept dann sogar den vom Museumsrat ausgeschriebenen Preis. Das war nicht schwer, außer ihnen hatte niemand etwas dazu eingereicht. An der ersten „Proletariatsausstellung“¹⁸ im Museum für Volkskunde auf der Museumsinsel haben wir zumindest konzeptionell mitgewirkt.¹⁹ Und dann gelang es uns in der Phase des 750. Stadtjubiläums von Berlin sogar, ein

16 Siehe dazu Dietrich Mühlberg: Endete die deutsche Arbeiterkultur auf verschiedene Weise oder lebt sie in Varianten fort?, in: Georg Bollenbeck (Hrsg.): Arbeiterkultur – vom Ende zum Erbe?, Frankfurt/Main 1989, S.147-163.

17 Siehe Wolfgang Jacobeit/Ute Mohrmann (Hrsg.): Kultur und Lebensweise des Proletariats. Kulturhistorisch-volkskundliche Studien und Materialien, Berlin 1974.

18 Zuvor hatte bereits Katharina Kreschel die Ausstellung „Der Brennaborprolet, Arbeiteralltag in Brandenburg/Havel 1918-1933“ gestaltet (Sonderausstellung im Museum Brandenburg, 1977). Siehe Katharina Kreschel: Zur Ausstellung der Brennaborprolet, in: Zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterklasse (Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung /MKF/ 3), Berlin 1978, S.81-86.

19 „Großstadtproletariat – zur Lebensweise einer Klasse“, Staatlichen Museen zu Berlin 1980.

„Arbeitermuseum“ einzurichten und als Außenstelle des Märkischen Museums 1987 in der Husemannstraße zu eröffnen. Bedachtvoll hatten wir den stark eingrenzenden Namen gewählt: „Berliner Arbeiterleben um 1900“. Die inzwischen vorliegenden Studien zu den verschiedenen Aspekten der Arbeiterkultur ermöglichten es uns, mehrere modellartige Ausstellungen zu realisieren. Die erste war den „Anfängen der Arbeiterfreizeit“ gewidmet. Zu diesem Thema hatte im Jahr zuvor eine internationale wissenschaftliche Tagung stattgefunden, deren 41 Beiträge als dickleibiges Protokoll zur Eröffnung vorlagen.²⁰ Das Museum begann auch mit der fachgerechten Sammlung von kulturgeschichtlichen Artefakten.²¹

Die Freizeitausstellung ist dann gewandert, war in Hannover und in Tübingen zu sehen – zuletzt 1989 in Westberlin, im Heimatmuseum Neukölln. Das war möglich, weil wir zuvor eine Ausstellung der Westberliner Geschichtswerkstatt über ein Arbeiterviertel in Schöneberg, „Die Rote Insel“, im neuen Arbeitermuseum in der Husemannstraße gezeigt hatten. Für Neukölln haben wir zu unserer Ausstellung auch noch ein richtiges Begleitbuch machen können.²² Und eine weitere internationale Fachtagung kam dazu, die im Sommer 1989 in der Westberliner Akademie der Künste stattfand und sich ganz grundsätzlich mit dem Sammlungs- und Forschungsauftrag der Museen beschäftigte.²³

Gemeinsam mit der neuen Arbeitsgruppe Kulturgeschichte am Institut der Akademie der Wissenschaften haben wir uns zugleich bemüht, unsere Ergebnisse in das umgestaltete „Jahrbuch für Kulturgeschichte und Volkskunde“ einzubringen. Mit der Forschungsgruppe „Sozialistische Literatur“ der Akademie haben wir versucht, die Funktionsweise literarischer Kommunikation in der Arbeiterkultur zu skizzieren.²⁴ Und schließlich haben wir unsere Erkenntnisse auch noch ganz grundsätzlich in einem 1986 in Leipzig (und später in Wien) erschienenen Prachtband zusammengefaßt.²⁵ Inzwischen hatten wir deutlich

20 Siehe Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus – ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts (MKF 22), Berlin 1987. Dazu erschien zur Freizeitausstellung auch eine „Sonderausgabe“ der MKF: „Berlin um 1900“.

21 Damit sollte bald darauf Schluß sein. Denn das Museum war 1987 als eine Außenstelle des „Märkischen Museums“ gegründet worden, dessen Leitung dieses Arbeitermuseum unter den neuen Herrschaftsverhältnissen bald liquidierte.

22 Siehe Anfänge der Arbeiterfreizeit. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin (West) 1989.

23 Siehe Monika Böhmsch (Hrsg.): Arbeiterkulturgeschichte als Forschungs- und Sammlungsauftrag stadt- und regionalgeschichtlicher Museen (MKF 27), Berlin (West) u. Berlin (DDR) 1990.

24 Siehe Dietrich Mühlberg/Rainer Rosenberg (Hrsg.): Literatur und proletarische Kultur. Beiträge zur Kulturgeschichte der Arbeiterklasse im 19. Jahrhundert, Berlin 1983.

25 Siehe Dietrich Mühlberg (Hrsg.): Proletariat. Kultur und Lebensweise im 19. Jahrhundert, Leipzig 1986.

günstigere Arbeitsbedingungen, und unsere Arbeit stieß auf wachsendes Interesse – das Thema Arbeiterkultur war sogar ein geförderter Schwerpunkt des deutsch-deutschen Wissenschaftsabkommens.²⁶ 1987 wagten wir uns vor und begannen Untersuchungen zur deutschen Arbeiterkultur nach 1919. Inzwischen war es möglich, die zeitliche Grenze zu überschreiten, die durch die geschilderte ideologische Weisung zu „leninistischer Treue“ gezogen war: Die Wandlungen der Arbeiterkultur in den zwanziger Jahren wurden zum Thema, dabei zentral die Frage, wieweit die beiden verfeindeten Flügel der Arbeiterbewegung die Veränderungen der Basismilieus und ihrer Kulturen bemerkt und in ihrer Strategie berücksichtigt haben. Ohne Übertreibung können die Diskrepanzen zwischen Arbeiterbewegung „oben“ und Arbeiterleben „unten“ zu den Ursachen für das Scheitern von 1933 gezählt werden.²⁷

Ausgangspunkt unserer Untersuchungen waren die gravierenden Veränderungen „unten“, also der Lebensbedingungen, der inneren Struktur der Arbeiterklasse, und die daraus folgenden Wandlungen in der Lebensweise, durch die die Bindungskraft der nun „alten“ Arbeiterbewegungskultur tendenziell abnahm. Gemeinsam mit Historikern der Universität Hannover fand dazu eine Doppelkonferenz (1990 und 1992) über das Verhältnis der Arbeiter und der Arbeiterbewegungen zur Massenkultur statt. Ein schon früher (1987) konzipiertes Gemeinschaftsprojekt mit dem Institut von Peter Alheit an der Universität Bremen – eine vergleichende Untersuchung über Veränderungen von Arbeitermilieus in Ost und West – kam nicht mehr zustande; Hanna Haack und andere Rostocker Sozialhistoriker konnten es dann doch noch realisieren.²⁸ Bei uns in Berlin waren die Mittel nicht mehr verfügbar, die neuen Professoren aus dem Westen orientierten die Kulturwissenschaft generell auf geistesgeschichtliche Universalfragen um.

Dagegen hatten in den 1980er Jahren gerade die universitären Ausbildungsverpflichtungen die stärkere Hinwendung zu den aktuellen Kulturprozessen gefordert, was durch die Liberalisierung der DDR-Wissenschaftspolitik dann auch möglich geworden war. Von da ab konnte auch gefragt werden, wieweit die Arbeiterkultur – als proletarische Lebensweise, als

26 Im Sommer 1989 erhielt die Arbeitsgruppe sogar den in diesem Jahre erstmals vom Hochschulministerium gestifteten Wissenschaftspreis der DDR.

27 Siehe dazu: Adelheid von Saldern/Dietrich Mühlberg: Kontinuität und Wandel der Arbeiterkultur. Zu den Wirkungen der Arbeiterbewegungskultur, der kommerziellen Freizeitangebote und der Kulturpolitik auf das Arbeiterleben in den 1920er Jahren. Ein Forschungsaufriß anläßlich zweier Konferenzen zum Gegenstand, in: Arbeiter und Massenkultur (MKF, 30), Berlin 1992, S.226-259; Dietrich Mühlberg: Neuartige Ansprüche veränderter Menschen. Modernisierungstendenzen in der proletarischen Lebensweise 1918-1933, in: ebenda, S.34-64.

28 Siehe Peter Alheit/Hanna Haack u. a.: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, Bd. 1 u. 2, Bremen 1999.

Organisationsform, als Arbeiterkulturbewegung und Arbeiterbewegungskultur – als kulturelle Tradition in der DDR-Gesellschaft fortlebt (so der Titel einer Arbeitstagung Ende 1988).²⁹ Doch dieses aktuelle Problem wandelte sich 1989/90 zu einer historischen Fragestellung.³⁰

Und schließlich beendeten die gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Veränderungen die Beschäftigung mit der geschichtlichen Arbeiterkultur völlig. Nach 1989 waren die aktuellen kulturellen Umwälzungen, der abrupte Übergang einer kompletten Großpopulation in ein völlig anderes Gesellschaftssystem, ein für den Kulturwissenschaftler viel spannenderer Vorgang. Und es stellte sich heraus, daß die einsetzenden Wandlungen nur aus der geschichtlichen Tiefe heraus zu interpretieren waren. So etwa, wenn zu erklären war, warum die Population der ostdeutschen Teilgesellschaft in fast allen relevanten Verhaltensbereichen anders denkt, empfindet und handelt: in der Arbeit, im Zeitverhalten, beim Umgang mit dem Geld, bei den Vorstellungen von Armut und Reichtum, von Sicherheit und Freiheit, von Partnerschaft und Sexualität, bei Demokratie und politischer Kultur. Und: 70 Prozent sind ohne Bindung an Religion und Kirche, fast ebenso viele rechnen sich selbst zur Unterschicht. Kulturgeschichte der DDR-Gesellschaft war zum aktuell brisanten Thema geworden. Daß wir dabei denn doch auf historische, soziologische und kulturwissenschaftliche Studien über die DDR-Gesellschaft und über die Lebensweise der arbeitenden Klassen vor 1945 zurückgreifen können, zeigt an, daß sich solche Arbeiten gelohnt haben und weiter lohnen dürften. Beispielfhaft kann eine Publikation stehen, die Evemarie Badstübner zehn Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zusammengestellt hat. Dies in der Absicht, den Anspruch vieler Ostdeutscher zu unterstützen, „eine eigene kritische Erinnerungskultur auszubilden“ und „ihre durchaus heterogenen Lebenserfahrungen in die Geschichtsdebatten, aber auch in die übergreifenden gesellschaftlichen Diskurse der Gegenwart einzubringen“.³¹ Bemerkenswert ist dieser Band von über 700 Seiten vor allem, weil er nachweist, daß die sozial- und kulturhistorischen ForscherInnen aus der DDR etliche alltags- und

29 Gefragt wurde, welche der proletarischen Lebensformen sich überlebt hatten, welche Seiten der proletarischen Lebensweise zu übergreifenden Merkmalen des Alltags aller sozialen Gruppen der DDR-Gesellschaft geworden und welche Lebensformen allein für Arbeiter charakteristisch waren und die gruppenspezifischen Besonderheiten bildeten, die Arbeiter kulturell von anderen abgrenzten. (Siehe Dietrich Mühlberg: Proletarische Lebensweise als kulturelle Tradition der sozialistischen Gesellschaft – kulturwissenschaftliche Ergebnisse und Probleme, Manuskriptdruck Januar 1989).

30 Siehe Dietrich Mühlberg: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.62-94.

31 Evemarie Badstübner: Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S.7.

„bewegungs“geschichtliche Themen abgearbeitet haben, die zum Spektrum der aktuellen Debatten über die Perspektiven der deutschen Gesellschaft gehören. Solchen Anspruch teilen sie sicher mit den Spezialisten der Arbeiterbewegungsgeschichte.

Es steht mir nicht zu, Kollegen einer anderen Disziplin etwas zu empfehlen. Und dann schon gar nichts, was sie selbst schon besser wissen. Dennoch: Was ich „als Kulturwissenschaftler“ hier kurz sagen wollte, was aber etwas langatmig geraten ist: Selbstverständlich ist „die Arbeiterbewegung“ im Wesen eine politische Bewegung, doch es wäre falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeiterbewegungsgeschichte allein politische Geschichtsschreibung sein könnte. Nicht nur, weil diese „Bewegung“ sehr vielfältig ist und große Bereiche davon wenig politisch sind. Sondern auch, weil die politische Arbeiterbewegung in stark gefächerten Wechselbeziehungen mit anderen Sphären stand, die hier vielleicht etwas pauschal „unten“ genannt werden. Darum dürfte sie ihrem Gegenstande nur gerecht werden, wenn sie zugleich wirtschaftshistorisch, sozialgeschichtlich und mit kulturgeschichtlichen Instrumentarien operiert. Schöne Worte. In einer wissenschaftlichen Situation, in der die Geschichte der Arbeiterbewegung wohl als abgeschlossen gesehen wird, muß dem etwas hinzugefügt werden: Vor allem hoffe ich natürlich, daß diese jahrhundertprägende Seite der deutschen Politik-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte nicht vernachlässigt wird und die Spezialisten der Arbeiterbewegungsgeschichte in der Lage sind, in den Diskursen über das Geschichtsbild der Deutschen auch fürderhin ihre Stimme zu erheben. Und vielleicht haben sie ja auch etwas Schlaues zu sagen, wenn sie darauf blicken, wie sich weltweit neue Arbeitermassen bilden und sich auf neue oder verwandte Weise zu organisieren beginnen.

Pauper(ismus). Zur Geschichte und Aktualität eines Zentralaspekts von ‚Neuer Armut‘ und ‚Arbeitenden Armen‘

Richard Albrecht

Dieser Text ist ein Vorgriff, genauer: Der Autor präsentiert (s)eine an Karl Marx (und Friedrich Engels) angelehnten Vorstellungen von Pauper(ismus) in Form eines konzeptionellen Leitfadens als Beitrag zu einer von ihm für möglich – und wünschenswert – gehaltenen wissenschaftlichen Debatte und öffentlichen Diskussion. Daran anschließen soll sich ein auf die deutsche Gegenwartsgesellschaft bezogenes sozialwissenschaftliches Modell zur Strukturierung überschüssigen lebendigen Arbeitsvermögens (der sogenannten ‚industriellen Reservearmee‘) in verschiedenen Formen der ‚relativen Übervölkerung‘. Dabei soll es darauf ankommen, entsprechend der Dynamik des Kapitalakkumulationsprozesses, auch die Statik bisheriger Klassenbildungs- und Schichtungsprozesse zu überwinden und die wirkliche, raumzeitlich gegebene Mehrschichtigkeit aller gesellschaftlichen Vorgänge und Sozialprozesse („the multidimensionality of human beings in society“)¹ zu bedenken und einen „wissenschaftlichen Zugriff zur mehrdimensionalen konzeptionellen Strukturierung gesellschaftlicher Prozesse und geschichtlich-gesellschaftlicher Lagen und Zeiten“ zu versuchen, der der „grundlegenden Vorstellung von konkret-historisch immer gegebener, empirisch sowohl offen als auch verdeckt vorkommender Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und Ungleichzeitigkeit der Gleichzeitigkeit“² entspricht. Daran könnte dann in Form behutsamer empirischer Dimensionierung/en durch sekundärstatistische Analysen als eine Form praxisbezogener „Realanalyse“ (im politiksoziologischen Sinne von Wolfgang Abendroth)³ angeschlossen und das konkretisiert werden, was hier nur dimensional zur Problematik (erwerbs-)arbeitender Armer kurz aktualisiert ist.

Der Aufsatz ist ein wissenschaftlicher Text im Wortsinn.⁴ Es geht um eine Bestimmung des begrifflichen Rahmens und einiger zentraler Kategorien, die für

1 Eric J. Hobsbawm: The new threat to history, in: New York Review of Books, 19.12.1993, S.62-64.

2 Richard Albrecht: The Utopian Paradigm – A Futurist Perspective, in: Communications, 16 (1991) 3, S.283-318, hier S.317f.

3 Siehe Ders.: „... denkt immer an den ‚mittleren Funktionär‘, in: Wolfgang Abendroth (2. Mai 1906 bis 15. September 1985); in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (iwk), 40 (2004) 4, S.465-487; ergänzt auch in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.): Wolfgang Abendroth für Einsteiger und Fortgeschrittene, CD-Rom, erweiterte Auflage Bonn 2006.

4 *Wissenschaft* ist als Substantiv ein Kompositum, das sprachgeschichtlich auf Wissen und Schaffen beruht: Es geht darum, etwas eigenständig zu erkennen, auch: durch eigene geistig-intellektuelle Leistung etwas herausarbeiten und zustandebringen. Wissen-

spätere empirische (Detail-)Analysen nützlich sein könnten. Dies zu betonen erscheint mir deshalb so nötig, weil gerade im bürgerlichen Deutschland Armut im allgemeinen und „Lumpenproletariat“ im besonderen sprachlich-gedanklich negativistisch besetzt sind. Freilich nicht nur dort. Sondern auch bei seinem negativ-integrierten Antipoden, der marxistisch orientierten Arbeiterbewegung. Dies zeigen (zwei in Deutschland öffentlich geführte) innerkommunistisch-marxistische Diskussionen zum „Lumpenproletariat“ im Zusammenhang mit einer Diskussion der historischen KPD-Politik (1920/21) einerseits⁵ und einer aktuellen Debatte um Klassentheorie andererseits,⁶ auf die ich mich hier nicht (rück)beziehen möchte.

1. Ausgangspunkt

Denken und Werk von Marx (1818-1883) stehen in zahlreichen komplexen Zusammenhängen und dialektischen Spannungsfeldern: Auf der intellektuell-wissenschaftlichen Ebene zum Beispiel sind zentrale Problemfelder die philosophische Subjekt-Objekt-Problematik, die Wissenschaftsmethodologie von Besonderem und Allgemeinem, das richtungweisende Verhältnis von gesellschaftlichem Gesetz und sozialer Tendenz und schließlich das widersprüchliche Verhältnis von Theorie und Empirie. Auf der publizistischen Ebene sind zum Beispiel Moral und Wissenschaft – hier vor allem Kritik der politischen Ökonomie als Schlüssel zum Verständnis der Analyse der Anatomie der „bürgerlichen Gesellschaft“ (G. F. W. Hegel), ihrer Veränderung durch soziale Bewegungen, schließlich Studium und Beeinflussung dieser – zwei zentrale Interessensfelder.

Der moralische Ausgangspunkt und Impetus ist im Werk von Marx leicht erkennbar, zum Beispiel in seinem anonymen Artikel („Von einem Rheinländer“) über die Verhandlungen des sechsten rheinischen Landtags zum Holzdiebstahl in Form des „Holzdiebstahlgesetz“ (1842). Marx verweist hier auf die – zeitgemäß

schaftler/in ist in diesem – präzisen – Wort-Sinn, wer durch selbständige (Er-)Forschung Wissen produziert und Erkenntnis hervorbringt. Sozialwissenschaftler/innen tun dies im Bereich des von Natur und Denken unterschiedenen, freilich durch Arbeit und Sprache vermittelnden Sozialen aus der „Notdurft des Verkehrs mit andern Menschen“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie [1845/46], in: MEW, Bd. 3, S.30). Den Doppelcharakter von Wissenschaft – nämlich als *Erkenntnisform* und als *Handlungssystem* – in hochentwickelt-arbeitsteiligen Gesellschaften mit indirekten Herrschaftssystemen hat Carl Djerassi im Postscript zu Cantor's Dilemma (1989) bündig so beschrieben: „Wissenschaft ist sowohl ein selbstloses Streben nach Wahrheit als auch eine Gemeinschaft mit ihren eigenen Sitten und Gebräuchen und ihrem eigenen gesellschaftlichen Regeln.“ (Carl Djerassi: Cantor's Dilemma, New York-London 1989; dt. Ausgabe München ³1996, S.285).

5 Siehe Paul Levi: Der Parteitag der Kommunistischen Partei, in: Die Internationale, 2 (1920) 26 [1.12.1920], S.41-44; Carl Stucke: Das Problem des „Lumpenproletariats“, in: Die Internationale, 3 (1921) 2 [15.1.1921], S.22-25.

6 Siehe Wal Buchenberg: Die Klassenanalyse von Karl Marx, in: Marxistische Blätter, 40 (2002) 2, S.65-71; Lutz Getzschmann: Über Arbeiterklasse und „Lumpenproletariat“, in: ebenda, S.72-74.

ausgedrückt – gesellschaftliche Bedeutung und Wirksamkeit von Definitionsmacht: Wenn nämlich den Armen das bisher durch Wohnheitsrecht garantierte Recht „der Armut in allen Ländern“, das „seiner Natur nach *nur* das Recht dieser untersten besitzlosen und elementarischen Masse sein kann“⁷ genommen wird – dann werden sie nicht nur entrechtet, sondern auch einer für ihr (Über-)Leben zentralen Handlungsmöglichkeit, (Feuer-)Holz zu schlagen, beraubt – mit allen Wirksamkeiten fürs wirkliche Leben (früh[er]es Sterben eingeschlossen...).

In einem weiteren „frühen“ Text – der damals so unvollendeten wie unveröffentlichten Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1844) – skizziert Marx (s)einen aus (s)einer Kritik der Religion entwickelten *kategorischen Imperativ*. Wenn der „*Mensch das höchste Wesen für den Menschen*“ ist, dann gilt es, so Marx, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.⁸

Der „reife“ Marx analysiert als Sozialwissenschaftler diese gesellschaftlichen „Verhältnisse“ und entwickelt, wie zuerst an der Bedeutung des „Holzdiebstahls“ skizziert, (s)einen Begriff von Gesellschaft als Ensemble, als Gesamtheit, schließlich als „konkrete Totalität“ im übergreifend-allgemeinen Sinn, indem er die Hegel'sche dialektische Methode, „vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen“ und sich das Konkrete intellektuell anzueignen, „es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren“,⁹ benützt: Aus dieser Sicht besteht Gesellschaft – so Marx 1857/58 in seinen Vorarbeiten zum „Kapital“ – „nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn.“¹⁰

2. *Pauperismus und relative Deprivation*

2.1. *Pauper(ismus)*

Der inzwischen sowohl in der Umgangssprache als auch sozialwissenschaftlich ungebräuchliche Begriff Pauper(ismus), auf den sich auch im höchst nützlichen „Etymologischen Wörterbuch des Deutschen“¹¹ kein Hinweis findet, spielt in Marx' Kritik der politischen Ökonomie im allgemeinen und seiner systematischen Herausarbeitung des allgemeinen Gesetzes des kapitalistischen Akkumu-

7 Karl Marx: Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags: Debatten über das Holzdiebstahlggesetz [1842], in: MEW, Bd. 1, S.109-147, hier S.115.

8 Ders.: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie [Einleitung 1844], in: MEW, Bd. 1, S.378-391, hier S.385.

9 Ders.: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, S.615-642, hier S.632.

10 Ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) [1857-1858], Berlin ²1974, S.176.

11 Siehe Wolfgang Pfeiffer (Hrsg.): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, München ³1995.

lationsprozesses im Zusammenhang mit der „Produktion der relativen Übervölkerung“¹² eine zentrale Rolle.

Noch vor drei Generationen war der Begriff des Pauperismus lexikalisch bekannt: Das „Weimarer“ Meyers Lexikon¹³ umschreibt ihn bündig als „(neulat.) Massenarmut“. Pauper (*pauperis; *paucus) als Adjektiv bedeutete im Alten Rom (immer im Gegensatz zu reich) arm, unbemittelt, nicht begütert. Pauper war, wer zumindest mäßig, bescheiden oder beschränkt, wenn nicht gar ärmlich oder armselig lebte. Entsprechend meint das (meist im Plural gebrauchte) Substantiv pauper (der Arme und) die Armen und paupertas den Zustand der Armut.

Soweit ich weiß, wurde historisch in Gegensätzen gedacht, also arm *und* reich, Herr *und* Knecht, Ausgebeutete *und* Ausbeutende gedanklich zusammengebracht. Dieses kontradiktorische Verständnis auch von Pauper(ismus) ist sicherlich noch keine Dialektik, aber ihre Voraussetzung und zugleich vom Verständnis her unabdingbar zur dialektischen Aufhebung auch des Arm-Reich-Verhältnisses. In literarischen Texten wird dieses Verständnis von Pauper und Armut ausgedrückt, etwa in der „short story“ Mark Twains „The Prince and the Pauper“¹⁴ oder in diesem Vierzeiler von Bertolt Brecht: Reicher Mann und armer Mann¹⁵.

Im online-„Wörterbuch der Sozialpolitik“ heißt es zum Pauper(ismus): „Die Begriffe Pauper und Pauperismus erscheinen in der englischen Sprache zu Beginn des 19. Jahrhunderts, womit eine neue Form der Armut bezeichnet wurde: nicht eine individualisierte Armut oder eine solche, die mit außerordentlichen Umständen wie z. B. schlechten klimatischen Bedingungen gekoppelt ist, sondern eine Massenarmut, die, wie es scheint, mit der Entwicklung der Industrialisierung und des Reichtums unvermeidbar gekoppelt ist. Ein französischer Betrachter gebraucht folgende entlarvende Formulierung: ‚Der Pauperismus ist, will man ihn durch ein einziges Wort definieren, die Epidemie der Armut‘ (Émile Laurent 1865). In seinem großen Werk ‚De la misère des classes laborieuses en Angleterre et en France‘ (1840) behauptet Eugène Buret, daß ‚der aus England entliehene Ausdruck des Pauperismus die Gesamtheit aller Phänomene der Armut umfaßt. Dieses englische Wort soll für uns Elend im Sinne von

12 Siehe Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals [1867], Dreiundzwanzigstes Kapitel, in: MEW, Bd. 23, S.640-740, hier S.673.

13 7. Auflage 1928, Bd. 9, S.483.

14 Der Text einer „short story“ von Mark Twain (1835-1910) – „The Prince and The Pauper“ [Der Prinz und der Armenjunge] (1882) – veranschaulicht diese antagonistischen Sichtweisen, nämlich der jeweiligen Perspektive von oben nach unten („kataskopisch“) oder von unten nach oben („anaskopisch“). Der – später verfilmte – Text steht bei http://en.wikisource.org/wiki/The_Prince_and_the_Pauper im Netz.

15 Bertolt Brecht: „Reicher Mann und armer Mann / Standen da und sahn sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“ (Bertolt Brecht: Gedichte [1933-1938]; in: werkausgabe edition suhrkamp, Gesammelte Werke 4, Bd. 9, Frankfurt/Main 1967, S.513).

gesellschaftlicher Plage, öffentliches Elend bedeuten.¹⁶ Das Wort Pauperismus ist allmählich außer Gebrauch geraten, und zwar, weil man immer mehr die verschiedenen Ursachen der Armut (Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw.) zu verstehen begann und sich das System der modernen Sozialpolitik verbesserte.¹⁶ In der Tat wurde die breit angelegte, vor gut hundert Jahren als Buch publizierte und inzwischen „klassische“ Studie nicht unter dem Titel „Pauperism“, sondern „Poverty“ – also Armut – publiziert.¹⁷

2.2. *Relative Deprivation*

Auch ich habe darauf hingewiesen, daß der inzwischen sozialwissenschaftlich gebräuchliche Terminus „relative Deprivation“ sowohl allgemein „Verlust, Mangel und Entbehrung“ meint, als auch im speziellen „nicht mehr traditionelle Formen von Armut und Verelendung, sondern zeitgenössische Formen und Praxen ökonomisch begründeter kultureller Ausgrenzung und sozialer Ausschließung vom vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum und gegebenen Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung“ bedeutet. Und weiter: „Das umfassende sozialwissenschaftliche Leitkonzept [relative Deprivation] wird in der kritischen Armutsdiskussion angewandt, etwa um zunächst unsichtbare existentielle Mängellagen zu erkennen, empirisch zu dimensionieren und für Armutsberichte zu quantifizieren [...] Entscheidendes Merkmal des Konzepts [relative Deprivation] ist die soziale Ausschließung von Menschen von gesellschaftlichen Lebenschancen, sozialen Lebensformen und kulturellen Handlungspraxen“.¹⁸ Tatsächlich geht es auch bei relativer Deprivation um „Marginalisierungs- und Ausgrenzungsprozesse“¹⁹ als Folge klassengesellschaftlich bestimmter Produktions- und Aneignungsformen des vorhandenen gesellschaftlichen Mehrprodukts.

2.3. *Ausblick*

In diesem Beitrag geht es um Pauper(ismus) als Zentralkategorie marxistisch orientierter Theorie und Empirie – wobei Pauper(ismus) keineswegs nur ein historischer, sondern ein im historischen Sinn auch höchst aktueller gesellschaftlicher Prozeß ist, weshalb Begriff und Konzept (im Sinne relativer Deprivation) nach wie vor für jede kritische, systematische und empirische Gesellschaftsanalyse bedeutsam sind. Es geht nämlich, so der britische Armutsforscher Peter Townsend (1979), immer schon ums „Fehlen oder die Verknappung von Nahrungsmitteln, Annehmlichkeiten, soziokulturellen Standards, Dienstleistungen und Handlungsformen, die eine Gesellschaft kennzeichnen und allgemein

16 <http://www.socialinfo.ch/cgi-bin/dicopossode/show.cfm?id=450>.

17 B. Seebohm Rowntree: *Poverty. A Study in Town Life*, London 1901.

18 Richard Albrecht: *Deprivation*, in: Siegfried Grubitsch/Klaus Weber (Hrsg.): *Psychologische Grundbegriffe*. Ein Handbuch, Reinbek 1998, S.99.

19 Siehe Werner Seppmann: *Ausgrenzung und Ausbeutung*, Essen 2004; siehe auch Ders.: *Strukturveränderungen der Klassengesellschaft. Eine Problemskizze*, in: *Projekt Klassenanalyse@BRD, Umbau der Klassengesellschaft. Beiträge zur Klassenanalyse*, Bd. 2, Essen 2006, S.38-107.

vorhanden sind“ und darum, daß „die Menschen, die diese Lebensbedingungen, welche erst Gesellschaftsmitglieder ausmachen, nicht haben und denen sie fehlen, in Armut leben“.²⁰ Mit anderen Worten: Pauper(ismus), Armut, relative Deprivation und ihr empirisches Ausmaß zeigen wesentliche soziale Mängelagen an, die system-soziologisch als „negative Integration“ (Günther Roth) erscheinen sowie theorie-marxistisch als „deformierte Vergesellschaftung“ (Heinz Jung) und subjekt-wissenschaftlich als „verstörte Vergesellschaftung“ (Richard Albrecht) bezeichnet worden sind.²¹

3. Lumpenproletariat und relative Übervölkerung

3.1. Politikgeschichtliches zum Lumpenproletariat

Der Begriff „Lumpenproletariat“ wurde zuerst von Marx und Engels öffentlich im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) und seitdem meist in polemischer Abgrenzung zum Proletariat und zur aktiven Arbeiterbewegung benützt. Freilich gebrauchten Marx und Engels diesen Begriff schon 1845/46 in der Einleitung, dem Feuerbacheil, ihrer zuerst 1932 veröffentlichten Polemik „Die deutsche Ideologie“. Dort erwähnen sie den geschichtlichen Stand der in der antiken Sklavenhaltergesellschaft „zwischen Freien und Sklaven“ stehenden Plebejer, die „es nie über ein Lumpenproletariat hinaus(brachten)“.²² In der im „Manifest“ vorgestellten ersten sozialen und Klassengliederung unterm Zentralaspekt der Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer gesellschaftlichen Trägergruppen haben Marx und Engels beständig eine besondere Gruppe der Unterschichten jeder bürgerlichen Gesellschaft im polemischen Blick: das Lumpenproletariat, „diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“. Den lumpenproletarischen sozialen Habitus voraussagen die Autoren im Manifest so: „[...] wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen“.²³ Auch wenn der Begriff „Lumpenproletariat“ weder im vorbraunen „Meyer“ (1928) noch im aktuellen „Etymologischen Wörterbuch“ (³1995) vorkommt, so ist dieser Begriff in seiner abwertenden Hauptbedeutung sowohl im Deutschen als auch im Englischen („Lumpen“) so negativ besetzt, daß der israelische Völkermordforscher Yehuda Bauer kürzlich Angehörige der nazideutschen

20 Zit. nach: Albrecht, Deprivation.

21 Guenther Roth: *The Social Democrats in Imperial Germany: A Study in Working Class Isolation and National Integration*, Totawa 1963; Heinz Jung: *Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD*. Frankfurt/Main 1986; Richard Albrecht: *Ohne Arbeit leben lernen* (Sendung/en WDR Köln, WDR 3 Hörfunk, 19.3.1991 [und] 1.10.1991; Ders.: *Entdeckung neuer Lebenswelten*; in: *Wiener Zeitung*, 26.4.1991 [Beilage]; Ders.: *Aus der Not eine Tugend?* in: *SWS Rundschau*, 31 (1991) 3, S.363-382.

22 Marx/Engels, *Ideologie*, S.23.

23 Dies.: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: *MEW*, Bd. 4, S.461-493, hier S.472.

Völkermordelite („genocidal elite“) als (nihilistische, destruktive, dystopische) Lumpenintellektuelle bezeichnete.²⁴

Marx selbst hat sich, dem Grundhinweis im „Manifest“ und dem „labouristischen“ Ansatz mit der Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver (Lohn-)Arbeit im Sinne Adam Smith' folgend²⁵ und ohne zu gesamtgesellschaftlich tragfähigen Analysen zu kommen, im Rahmen seiner sozialwissenschaftlichen Kritik der politischen Ökonomie für „den unbeschäftigten Arbeiter“ und für lumpenproletarische „Gestalten“ wie sie etwa der „Spitzbube, Gauner, Bettler“ und „der unbeschäftigte, der verhungernde, der elende und verbrecherische Arbeitsmensch“²⁶ darstellten, nicht interessiert. Insofern waren diese lumpenproletarischen Sozialfiguren kein Gegenstand Marx'scher Kritik der politischen Ökonomie.

Marx (und Engels) beschäftigten diese „Gestalten“ hingegen immer dann, wenn es politiksoziologisch um die Untersuchung realer Sozialbewegungen, wie die in den „Klassenkämpfen in Frankreich“ (1850) aufscheinenden, ging: Im „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852) galt ihm „Lumpenproletariat“ als „Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“. Und Marx verdammt diese Sozialgestalten: „Neben zerrütteten Roués mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie, Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zucht-haussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus, Bordellhalter, Lasträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la bohème nennen“.²⁷

Schon in seiner Vorstudie zum „Achtzehnten Brumaire“, den „Klassenkämpfen in Frankreich“, hatte Marx das Lumpenproletariat einleitend (und nicht ohne sarkastische Nebenbemerkungen zur „Finanzaristokratie“, die „in ihrer Erwerbsweise wie in ihren Genüssen [...] nichts als die *Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft*“ ist) als gesellschaftliche Außenseiter und

24 Siehe Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und Re-Interpretationen, Frankfurt/Main 2001, S.53. Ähnlich, nur weniger klotzig, schon Wolfgang Hallgarten: „Fremdheitskomplex“ und Übernationalismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der deutschen Rassenideologie, in: Zeitschrift für Freie Deutsche Forschung, 1 (1938) 1, S.82-108.

25 Siehe Karl Marx: Abschweifung (über produktive Arbeit) [1862/63], in: MEW, Bd. 26.1, S.363-388.

26 Ders.: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte [1844], in: MEW, Bd. 40 (Ergänzungsbd.), S.467-588, hier S.523.

27 Ders.: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], in: MEW, Bd. 8, S.111-207, hier S.160f. Siehe auch Engels' Wertung dieses „Abhub[s] der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt“ als „Gesindel“, das „absolut käuflich“ ist. (Friedrich Engels: Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg“ [Ausgabe 1870 und 1875], in: MEW, Bd. 7, S.531-542, hier S.536).

Ausgestoßene der französischen Bourgeoisie und namentlich als Bordellbesucher, Insassen von Armen- und Irrenhäusern und (Schwer-)Verbrecher beschrieben²⁸ und hervorgehoben, daß es sich bei diesen (später von napoleonischen Mobilmärgen rekrutierten) „jungen Leuten“ vorwiegend um Angehörige des Lumpenproletariats handelte. Diese Sozialschicht bildete – so Marx – „eine vom industriellen Proletariat genau unterschiedene Masse [...]: ein Rekrutierplatz für Diebe und Verbrecher aller Art, von den Abfällen der Gesellschaft lebend, Leute ohne bestimmten Arbeitszweig, Herumtreiber, gens sans feu et sans aveu, verschieden nach dem Bildungsgrade der Nation, der sie angehören, nie den Lazzaroni-Charakter verleugnend“.²⁹

3.3. „Sphäre des Pauperismus“: relative Übervölkerung und allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation

Unabhängig von seinen (und Engels') politikhistorischen Analysen interessiert sich Marx im Zusammenhang mit seiner Kritik der politischen Ökonomie und der „Sphäre des Pauperismus“ für *das Lumpenproletariat* als sozialökonomische Kategorie und besondere soziale Gruppe und vor allem für „Vagabunden, Verbrecher, Prostituierte“ als dem „eigentlichen Lumpenproletariat“³⁰ nicht. Entsprechend erwähnt Marx dieses auch nur beiläufig unterm Doppelaspekt der „Produktion der relativen Übervölkerung“ (das Irrwort: Überbevölkerung benützt Marx selbst selten. Es findet sich vor allem im von Engels bearbeiteten/veröffentlichten dritten Band des „Kapitals“), ihrer verschiedenen Formen und ihrer inneren Gliederung („Intrastruktur“) einerseits und des sich daraus ergebenden allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzes der Kapitalakkumulation andererseits.³¹ In diesem Zusammenhang geht es auch um das Modell einer Schichtung/Dreigliederung von (a) industrieller Reservearmee als Übergreifend-Allgemeinem, (b) Pauperismus als Besonderem und (c) Lumpenproletariat (im engeren Sinn: „Verkommene, Verlumpte, Arbeitsunfähige“) als Einzelem. Pauper(ismus) hingegen als besondere – auch empirisch bedeutsame – Kategorie bezieht weder Einzelheiten noch Allgemeines, sondern bildet als Ausdruck des allgemeinen gesellschaftlichen Prozesses der relativen Übervölkerungsproduktion „das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee“.³² In diesem Zusammenhang verweist Marx dann nicht nur auf die (auch ehemalige Angehörige des Industrieproletariats umfassende) pauperisierte und vom Lumpenproletariat zu unterscheidende „Lazarusschichte der

28 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850 [1850], in: MEW, Bd. 7, S.11-107, hier S.15.

29 Ebenda, S.26. Marx' französisches Wortspiel übersetze ich frei als: „Kein Dach überm Kopf, aber im Kopf'n Dachschaden...“.

30 Marx, Kapital. Erster Band, S.673.

31 Siehe ebenda, S.670-677.

32 Ebenda, S.673.

Arbeiterklasse“ – sondern arbeitet, viel wesentlicher, auch „*das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*“³³ heraus:

„Der tiefste Niederschlag der relativen Übervölkerung endlich behaust die Sphäre des Pauperismus. Abgesehen von Vagabunden, Verbrechern, Prostituierten, kurz dem eigentlichen Lumpenproletariat, besteht diese Gesellschaftsschichte aus drei Kategorien. Erstens Arbeitsfähige. Man braucht die Statistik des englischen Pauperismus nur oberflächlich anzusehen, und man findet, daß seine Masse mit jeder Krise schwillt und mit jeder Wiederbelebung des Geschäfts abnimmt. Zweitens: Waisen- und Pauperkinder. Sie sind Kandidaten der industriellen Reservearmee und werden in Zeiten großen Aufschwungs [...] rasch und massenhaft in die aktive Arbeiterarmee einrolliert. Drittens: Verkommene, Verlumpte, Arbeitsunfähige. Es sind namentlich Individuen, die an ihrer durch die Teilung der Arbeit verursachten Unbeweglichkeit untergehen, solche, die über das Normalalter eines Arbeiters hinausleben, endlich die Opfer der Industrie, deren Zahl mit gefährlicher Maschinerie, Bergwerksbau, chemischen Fabriken etc. wächst, Verstümmelte, Erkrankte, Witwen etc. Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Übervölkerung, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums. Er gehört zu den *faux frais* der kapitalistischen Produktion, die das Kapital jedoch größtenteils von sich selbst ab auf die Schultern der Arbeiterklasse und der kleinen Mittelklasse zu wälzen weiß.

Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.* Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“³⁴

33 Ebenda, S.674.

34 Ebenda, S.673f. Wenn, flapsig gesagt, sich „*Postmoderne*“ auch dadurch auszeichnet, daß, im Doppelsinn, der (gesellschaftliche) Schein das (gesellschaftliche) Bewußtsein bestimmt (zur so aktuellen wie grundlegenden Kritik des „postmodernen Subjektivnihilismus“ Harald Krauss: Das umstrittene Subjekt der „Post-Moderne“; in: Hermann Kopp/Werner Seppmann /Hrsg./: *Gescheiterte Moderne ? Zur Ideologiekritik des Postmodernismus*, Essen 2002, S.93-121) – dann möchte der Autor dem auch konkret entgegenarbeiten: Es mag so scheinen, als wäre ich ein gediegener Marx-(und Engels-)

3.4. Aktualisierung/en: Arbeitende Arme in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Das, soweit ich sehe, auch in einer dynamisch-fluiden Form aus (s)einer Kritik der politischen Ökonomie heraus entwickelte Schichtungsmodell (des Pauperismus) mit doppelt offenen Übergängen – nämlich einmal „nach oben“ hin zu den beschäftigten Kernen und zum anderen „nach unten“ in unstete und (Unterbeschäftigungs-)Verhältnisse hin zum Lumpenproletariat außerhalb der abhängig arbeitenden Klasse mit besonderen Schichtungsprozessen – ist der spezielle *sozialwissenschaftliche* Beitrag von Marx. Ich halte es, zumindest aus der Optik eines alternativen Forschungsparadigmas³⁵ nicht für ausgeschlossen, daß dies ein heute angemessener konzeptioneller Ansatz zum komplexen Untersuchungsfeld der (in der anglophonen Diskussion so genannten) „working poor“-Problematik ist: Denn wenn gewerkschaftliche Hinweise³⁶ in der Tendenz empirisch richtig sind – daß nämlich teilgesellschaftlich, in den „alten Bundesländern“ („Westdeutschland“) der deutschen Gegenwartsgesellschaft, etwa ein Drittel aller abhängig-vollzeitlich Beschäftigten sowohl in Niedrig- als auch in Armutslohnbereichen arbeitet, also aktuell weniger als 75 bzw. 50 Prozent des „durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes“ (im Herbst 2004 waren dies etwa 2.884 € brutto monatlich) verdient(e), und es gesamtgesellschaftlich-bundesweit etwa 130 gesetzliche anerkannte Tarifverträge mit Bruttoentgelten

Philologe: Dies war und bin ich nicht. Ich habe hier auch erstmals (und nach Abschluß einer Erstfassung dieses Textes) mit der elektronischen Bibliothek Karl Marx • Friedrich Engels (2004) zu arbeiten versucht, genauer: Mit Hilfe dieser (neudeutsch „tool“ genannten) Arbeitshilfe kann jede/r, die/der's kann, die Erschließungsmöglichkeiten von Text-Fund-Stellen der Marx-Engels-Werke nutzen. Was die auch hier benützten *Kategorien*, *Begriffe* und *Konzepte* betrifft, so würde jede quantitativ mögliche Aus- und qualitative Bewertung von Textkorpus und Wortfeldern vor allem zu Bohème (zwei Erwähnungen), Lumpenproletariat (19), Mob (4), Pauper (10), Pauperismus (77), Pöbel (22), schließlich relativer Über(be)völkerung (87) ergeben: Zentral im Konzept von Marx ist nicht der einzelne Pauper, seine lumpenproletarische/n Gestalt/en – (Journalisten-)Bohème eingeschlossen –, sondern der durch (relative Übervölkerung) hervorgebrachte *Prozeß der Pauperisierung*, den Marx *Pauperismus* nennt. Die häufig bei Marx und Engels, vor allem im Briefwechsel, abschätzig Charakterisierung von/als „Lumpen“ (33) sowie die Kennzeichnungen Pöbel (22), Pauper (10), Mob (4) und Bohème (2) als unbegriffene Restkategorien zusammengefaßt – ergibt bei einem Gesamtkorpus von N = 239 etwa sieben Zehntel der Grundgesamtheit aller Texterwähnungen für die *drei Hauptbegriffe*: *Pauperismus*, *Über(be)völkerung* und *Lumpenproletariat* in den Marx-Engels-Werken (MEW). Und weil ich meine, daß nicht jede/r's Rad neu erfinden muß, stelle ich gern meine Zusammenstellung/en („Übersicht: MEW-Philologie (11 Begriffe/Begriffskombinationen nach *Digitale Bibliothek: Marx/Engels „Ausgewählte Werke“* [2004]) zur methodisch-kontrollierten Weiterarbeit zur Verfügung.

35 Siehe Richard Albrecht: *Umbruchslagen. Materialien zur Theorie und Methodologie des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels* [Forschungsbericht], Mannheim: Forschungsstelle für Gesellschaftliche Entwicklungen/FGE, 1990; Ders., *Utopian Paradigm*.

36 Siehe ver.di publik 10.2004 (Oktober 2004), 20 („Reportage“) [und] Beiheft („Arbeit darf nicht arm machen“).

unter sechs Euro pro Stunde oder unter 1.000 € monatlich (brutto) gab –, dann ist dies eine so berechte wie aktuelle Veranschaulichung für den sozialökonomischen Status der Sozialfigur des formell freien Lohnarbeiters („free labourer“) als „virtueller Pauper“³⁷.

Und wie beim historischen Pauper(ismus) gibt es auch hier bei diesen (gesamtgemeinschaftlich-bundesweiten etwa neun Millionen statistisch erfaßbaren) betroffenen armen Menschen als „working poor“ beide Entwicklungstrends: minderheitlich den des möglichen Einbezugs in die festen Beschäftigungssegmente abhängig Arbeitender, mehrheitlich den des wahrscheinlichen Ausschlusses aus der sozialen Klasse derer, die von Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware und der Vernutzung ihres lebendigen Arbeitsvermögens leben (müssen). Die realempirischen Übergänge müssen dabei keineswegs immer direkt sein: Es gibt auch Misch- und/oder (zudem zeitlich verschobene) Zwischenformen als Zugangsweisen zur „lumpenproletarischen“ Pauperisierung und Verarmung: etwa prekäre Selbständigkeit/en, überwiegende Unterbeschäftigung/en, Unterbringung/en in sozialalimentierten Scheinarbeitsverhältnissen (zweiter/dritter Arbeits„markt“) mit zunehmendem anstaltlichen Zwangscharakter und mehr. Für all diese gilt jenseits der sozialwissenschaftlich-empirisch bestimmten Armutsgrenze: Wenn niemand, deren/dessen Nettomonatseinkommen weniger als ab Juli 2005 etwa 990 € monatlich beträgt (bis Juni 2005: 930 €/monatlich), gepfändet werden darf, mindestens 990 € monatlich/netto pro Erwerbssperson derzeit als „Selbstvorbehalt“ folglich zum (Über-)Leben gesetzlich als „Pfändungsgrenzen für Arbeitseinkommen“ nach § 850 c gelten und erst ab 1.000 € pro Monat „Arbeitseinkommen“ gepfändet werden darf –, dann liegt nach dieser Legaldefinition im gegenwärtigen Deutschland bei 990 € monatlich die *Armutszone* – wobei sich diese Aussagen auf statistisch erfaßbare offene und insofern sichtbare soziale Verhältnisse beziehen. (Das Dunkelfeld – tertium excludendum – außer- und unterhalb dieser typischerweise so illegalen wie verdeckten Bereiche außerhalb jeder tarifvertraglicher Regelungen ist auch im Marx'schen Sinn mitgedacht..., kann aber hier nicht empirisch abgeschätzt werden.)

Aus der ab Juli 2005 vorgenommenen Neubestimmung von „Pfändungsgrenze“ und „Selbstvorbehalt“ ergibt sich rechnerisch, daß Bruttolohn- und Gehaltseinkommen abhängig (Voll-)Beschäftigter (eher als bei 1.400 €) realempirisch bei 1.500 € monatlich liegen dürften³⁸ und ein „gesetzlicher Mindestlohn“ pro Stunde etwa bei 8,35 € brutto (im Frühjahr 2006) liegen müßte. Und auch fürs neue Deutschland in der Mitte des ersten Jahrzehnt im 21. Jahrhundert gilt, was ein britischer Kollege – Brian Jones (damals London School of Economic & Political Sciences; LSEPS) – vor zwanzig Jahren, zu Hochzeiten „thatche-

37 Marx, Grundrisse, S.487-489.

38 Richard Albrecht: Drei und drei, in: junge Welt, 12.9.2005, S.14.

ristisch“, also angebotsbestimmter nationalökonomischer Maßnahmen³⁹ in Form eines „Maggie“-Witzes (als „joke“ oder „slur“) als die Geschichte von John, einem ganz herkömmlichen englischen Arbeiter („working-class-traditional“), erzählte: Daß nämlich „John’s Story“ zeigt/e, daß der früher erwerbslose John von den angebotsorientiert geschaffenen drei Millionen neuer Jobs selbst drei innehat – daß John nur halt von seinen drei Einkommen ohne staatliche Transferleistungen, also sogenannte „Stütze“, seine Familie noch immer nicht ernähren kann: *jobless growth* also – Wirtschaftswachstum ohne neugeschaffene Erwerbsarbeitsplätze...

Unabhängig von empirischen Einzelheiten, globaltheoretischen Deutungsversuchen (etwa David Harveys „globaler Enteignungsökonomie“⁴⁰) und aktuell(st)en Entwicklungen in Deutschland seit 2005 („Hartz IV“ als neue „Armut durch Gesetz“) ist in der gegenwärtigen sozio-parasitären Metropolenökonomie im allgemeinen und in Deutschland im besonderen zu beobachten, daß heuer lange schon überwundene *geglaubt*⁴¹ historische Ausbeutungsformen, vor allem die absolute Produktion von Mehrwert durch erweiterte unbezahlte Mehrarbeit, etwa durch „Verlängerung des Arbeitstages“, aus Frühphasen der kapitalistischen Entwicklung, wirken (sollen). Marx waren diese Formen der Mehrwertbildung, die aufs „absolute Minimumsalair“ zur Stär-

39 Ausgehend vom historisch-materialistischen Hinweis: „Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein“ (Marx/Engels, Ideologie, S.27), erinnere ich unter Rückbezug auf Marx und mit Blick auf so *absurde Thesen* wie: „There is no such thing as society, only men and women and their families“ (Margaret Thatcher, deutsch etwa: „Gesellschaft ist ein Unding. Es gibt nur Männer, Frauen und deren Familien“) gegen jede reduktionistische, individualistische und obskurantistische Soziologie, daß *Gesellschaft* weder aus „vereinzelten Einzelnen“ noch aus „Individuen [besteht], sondern [...] die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus(drückt), worin diese Individuen zueinander stehn“ (Marx, Grundrisse, S.6, 176).

40 Siehe David Harvey: *The New Imperialism*, Oxford 2003.

41 Dies verweist auf die *Bedeutung von Sozialpsychologie als historisch-materialistische und dialektisch-kritische Subjektwissenschaft* im Anschluß an das *Thomas-Theorem*, das von W. I. und D. S. Thomas als handlungswissenschaftliches „Grundgesetz der Soziologie“ bündig so formuliert wurde: „Wenn Menschen Situationen als wirklich definieren, dann sind diese in ihren Folgen wirklich“ (William I. Thomas/Dorothy S. Thomas: *The Child in America*, New York 1929, S.571f.). Wenn Menschen Gegebenheit/en zu handeln als wirklich ansehen, dann werden sie so handeln, als sei/en sie real, insofern kommt es zu wirklichen Handlungsfolgen mit realen Konsequenzen eines möglicherweise rational zunächst nicht gegebenen Ausgangsbestands, wenn menschliches Handeln von Interpretation der Situation bestimmt wird. Diese Interpretation findet jedoch oft nicht objektiv statt. Insofern ist Handeln durch die subjektive Wahrnehmung der Situation geprägt. Darüber hinaus wird das gesamte (Alltags-)Leben handelnder Personen durch zahlreiche Situationsdefinitionen bestimmt.

kung des „Akkumulationsfonds des Kapitals“ hinauslaufen, „der direkte Raub am notwendigen Konsumtionsfonds des Arbeiters“.⁴²

So wenig wie Aussagen über soziale und Menschengruppen als Maßstab für Individuen taugen – so sehr darf bei realempirischen Hinweisen nicht vergessen werden, daß Marx im Zusammenhang mit dem grundlegenden gesellschaftlichen Prozeß der relativen Übervölkerungsproduktion ein sozialwissenschaftliches Modell entwickelte, mit statistischen Daten veranschaulichte und selbstverständlich – so auch im dritten Band des „Kapital“ ausdrücklich betont – wußte, daß Theorie und Empirie niemals identisch sein können, sondern daß es sich vielmehr nur um ein asymptotisches Verhältnis der Annäherung handelt kann: „[...] in der Theorie wird vorausgesetzt, daß die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise sich rein entwickeln. In der Wirklichkeit besteht immer nur Annäherung; aber diese Annäherung ist um so größer, je mehr die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und je mehr ihre Verunreinigung und Verquickung mit Resten früherer ökonomischer Zustände beseitigt ist.“⁴³

3.5. *Ausblick*

Hannah Arendt folgte in ihrer Mob(führer)these den politikhistorischen Hinweisen von Marx und sprach vom *Mob* als „Volk in seiner Karikatur“, „Unterwelt der Bourgeoisie“, deren „Treulosigkeit sprichwörtlich“ ist.⁴⁴ Dem entspricht auch der Hinweis in Meyers Lexikon⁴⁵ auf den *Mob* (*mobile vulgus*, wörtlich: „beweglicher, wandelbarer Haufen“) als „Pöbel“. Theodor Geiger unterschied in seiner bedeutenden empirischen Studie über die soziale Schichtung des deutschen Volkes 1932, teilweise zeitgeistkritisch, zwischen Lumpenproletariat im engeren Sinn („sucht seinen Vorteil ohne Rücksicht auf die Klassengenossen“, „Streikbrecher“, „ohne Klassenbewußtsein [und] moralisches Rückgrad“, „Blätter im Winde“, „Asylisten“) und einem Elendsproletariat („objektiv bis aufs äußerste proletarisiert“, „in verzweifelter persönlicher Situation“). Aus beiden freilich – so Geiger – wieder Marx-analog und invektiv – bilde sich „das Revolutionsgesindel“.⁴⁶

Zum Abschluß dieser kleinen Übersicht erwähnenswert noch eine andere Sozialkategorie, gesamtgesellschaftliche Splittergruppe und Residualkategorie mit ihr zugeschriebenem besonderen Sozialhabitus und Lebensstil: Die *Bobème*.⁴⁷ Das

42 Marx, Kapital. Erster Band, S.628f.; zur begrifflichen Abklärung jeweils beider Hauptformen der Subsumtion von Arbeit unters Kapital und von Mehrwertproduktion.

43 Siehe Ders.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion [1894], in: MEW, Bd. 25, S.184.

44 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S.187f., 542.

45 7. Auflage 1928, Bd. 8, S.584.

46 Theodor Geiger: Arbeiten zur Soziologie, Berlin-Neuwied 1962, S.258f.

47 Siehe dazu ausführlich Helmut Kreuzer: Die Bohème. Analyse und Dokumentation der intellektuellen Subkultur vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 1968 [SM-Studienausgabe ²1971].

„Etymologische Wörterbuch“ umschreibt Bohème als „Milieu ungebundener lebender Künstler“⁴⁸ und drückt damit im Kern deren Selbstverständnis, Sozialbild, gesellschaftliches „Image“ (als sozialpsychologische Selbst- und Fremdzuschreibung Auto- und Heterostereotyp zugleich) aus.

Um Lumpenproletariat, Mob und Bohème wird es auch im geplanten zweiten – empirischen – Teil dieses Beitrags nicht gehen. Diese sozialökonomisch alimentierten „unteren Schichten“, Sozialgruppenfragmente und Splitterkategorien haben auch Marx und Engels als Sozialwissenschaftler nicht interessiert. Ihre von Marx und Engels (übereinstimmend abfällig) kommentierten peripheren, marginalen, exkludierten, ausgegrenzten und randständigen Soziallagen, Lebensumstände und Sichtweisen waren beiden „Marxisten“ analytisch kaum zugänglich. So gesehen, haben sich (in der Terminologie von Claus Offe⁴⁹ ausgedrückt) Marx und Engels wohl ausgiebig mit den aktuellen gesellschaftlichen „Verlierern“: Proletariat/Arbeiterklasse und ihren Antipoden: Bourgeoisie/Bürgertum unter der Perspektive ihrer Transformation zu gesellschaftlichen „Gewinnern“ als historischen Akteursgruppen wissenschaftlich und politisch beschäftigt – nicht aber mit den ihrer Auffassung nach „Untauglichen“. Diese nehmen, aus traditionsmarxistischer Sicht, im gesellschaftlichen Handlungsfeld als zu selbstbewußtem, interessen- und konfliktgeleiteten sozialem Handeln unfähige Gruppen den Platz des ausgeschlossenen Dritten („tertium excludendum“) ein.

Unabhängig von diesen „theoretischen“ Fragen könnte sich, auch im heutigen „modernen“ Deutschland im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, hierzulande zeigen, daß und wie jede durch „relative Übervölkerung“ hervorgerufene und durch tiefgreifende *Pauperisierungsprozesse* beförderte materielle *Armut* und die mit ihr immer einhergehende soziale *Ausgrenzung*, trotz alledem, als kulturelle Armut praktisch leichter aufhebbar sein werden als alle durch Apathie, Resignation, Fatalismus, Zerstörung und Zukunftslosigkeit⁵⁰ gekennzeichnete „Kultur der Armut“.⁵¹ Und diese dürfte sich im kapitalistischen Lauf heuer, mehr nolens als volens, auch in der deutschen Gegenwartsgesellschaft nachhaltig entwickeln.

48 Pfeiffer, Wörterbuch, S.155.

49 Siehe Claus Offe: Moderne „Barbarei“: Der Naturzustand im Kleinformat?, in: Journal für Sozialforschung, 34 (1994) 3, S.229-247, hier S.238.

50 Zur *fehlenden Zukunftsperspektive als Handlungsblockade* siehe die klassische „Marienthal“-Sozialempirie in Marie Jahoda-Lazarsfeld u. a.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein Soziographischer Versuch über die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie, Leipzig 1933, eindrucksvoll 1985 verfilmt von Karin Brandauer und Mitarbeiter(inne)n unter dem Titel „Einstweilen wird es Mittag“ (Erstsendung 1. Mai 1988 im ORF 1).

51 So Oscar Lewis' Kernthese in: Anthropological Essays, New York 1970, S.67-80.

„Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919

Marcel Bois/Florian Wilde

Kontinuität oder Wandel?

Am Ende der Weimarer Republik war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernt. Die einst von Rosa Luxemburg gegründete Organisation war zu einer vollständig entdemokratisierten, vom Apparat bürokratisch beherrschten Partei geworden. Interne Diskussionen wurden weitgehend unterbunden, politische Konflikte nicht politisch, sondern organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressalien, ‚gelöst‘. Kritiker belegte die Parteiführung mit Redeverböten oder entfernte sie kurzerhand aus der Partei. Für abweichende Meinungen war in der Parteipresse kein Raum mehr.¹

Bereits in den 1960er Jahren hat Hermann Weber aufgezeigt, daß dieser Zustand erst durch eine extreme Wandlung der Partei – Weber bezeichnet sie als „Stalinisierung“ – hergestellt werden konnte: Sie „bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie in eine disziplinierte Organisation mit strikt zentralistischer Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, straff durchorganisierten, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates [...] die Mitgliedschaft; die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. [...] An die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie [traten] Unterordnung, Gläubigkeit, Disziplin und Kommandoherrschaft.“² Durch die sich in den Jahren 1924 bis 1929 vollziehende Stalinisierung sei das Entwicklungspotential eines in der Anfangsphase der Partei noch dominanten „demokratischen Kommunismus“ luxemburgischer Prägung verschüttet worden, der in der Auseinandersetzung mit dem „diktatorisch-bürokratischen Kommunismus“ schließlich unterlegen sei.³

1 Siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S.14.

2 Hermann Weber: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1991, Nr. 40, S.25-39, hier S.27f. Diese Wandlungsthese wurde von Weber vor allem in seinem Werk: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/Main 1969, entwickelt. An ihrer Gültigkeit hält er bis heute fest. Siehe Weber/Herbst, Kommunisten, S.13f., 17-26 und 43.

3 Siehe die Einleitung zu Hermann Weber (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokolle und Materialien, Frankfurt/Main 1969, S.47f.

In jüngster Zeit ist Webers These vielfach in Frage gestellt worden. An vorderster Front der Kritiker steht Klaus-Michael Mallmann. In seiner sozialgeschichtlich ausgerichteten Arbeit über „Kommunisten in der Weimarer Republik“ vertritt er die Ansicht, daß autoritäre Strukturen und Apparatherrschaft ein dem deutschen Kommunismus von Anfang an immanentes Phänomen gewesen seien. Er kommt zu dem Schluß: „Es bedurfte nicht Stalins, um die KPD zu ‚stalinisieren‘.“⁴ Die These vom in der Frühzeit der KPD dominanten „demokratischen Kommunismus“ luxemburgischer Prägung sei nicht haltbar: „Daß Kommunismus nie ein demokratisches Projekt war, zieht sich wie ein roter Faden durch mein Buch.“⁵

Nicht wenige Rezensenten folgten Mallmann in diesem Punkt. So erklärt Heinrich August Winkler, Mallmann trage „überzeugende Einwände gegen Einseitigkeiten des Deutungsmusters ‚Stalinisierung‘ vor. [...] Eine ‚gute‘ KPD der Frühzeit einer vom Einfluß Stalins geprägten ‚schlechten‘ KPD in den Jahren nach 1928 gegenüberzustellen, war schon immer falsch.“⁶ Sigrid Koch-Baumgarten nennt diesen Aspekt der Arbeit „eine überfällige Revision der klassischen These von den erstickten Entwicklungsmöglichkeiten eines alternativen demokratisch-luxemburgischen Frühkommunismus.“⁷ Auch Andreas Wirsching – obwohl in vielen Punkten ein scharfer Kritiker Mallmanns – stimmt diesem in bezug auf die Kritik an der Weberschen Stalinisierungsthese weitgehend zu. Sie gehöre „zum überzeugendsten des ganzen Buches“ und komme der historischen Realität „weitaus näher als Webers These vom demokratischen, ‚luxemburgischen‘ Frühkommunismus“.⁸

Als einen entscheidenden Beleg für seine Behauptung, die KPD sei auch in ihren Anfängen keine demokratische Partei gewesen und die Wandlungsthese mithin hinfällig, führt Mallmann vor allem die Geschehnisse um den zweiten, Heidel-

4 Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996, S.67. Siehe auch Ders.: *Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 21. Jg., 1995, S.5-31.

5 Ders.: *Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ)*, 47. Jg., 1999, S.401-415, hier S.415.

6 Heinrich August Winkler: *Rezension zu Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 265, 1997, S.241-243, hier S.241f.

7 Sigrid Koch-Baumgarten: *Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 34. Jg., 1998, S.82-89, hier S.83.

8 Andreas Wirsching: *„Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik*, in: *VfZ*, 45. Jg., 1997, S.449-466, hier S.463. Zur Stalinisierungsdebatte siehe auch: Norman LaPorte: *‘Stalinization’ and its Limits in the Saxon KPD 1925-28*, in: *European History Quarterly*, 31. Jg., 2001, S.549-590; Ders.: *The German Communist Party in Saxony 1924-1933*, Bern 2003.

berger, Parteitag vom Oktober 1919 an.⁹ Im Vorfeld dieser illegal abgehaltenen Versammlung der jungen KPD kam es zu schweren Spannungen zwischen der Zentrale und dem linken Parteiflügel um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. In Heidelberg wurden schließlich den überraschten Delegierten von der Zentrale „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“ zur Abstimmung vorgelegt.¹⁰ Sie betrafen vor allem die seit der Gründung der KPD strittigen Fragen der Haltung der Partei zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften. Mit Hilfe der „Leitsätze“ sollte die Partei auf die Position der Zentrale – welche damit auf dem Gründungsparteitag der KPD Anfang Januar 1919 in der Minderheit geblieben war – festgelegt werden: auf die Beteiligung an Wahlen (die allerdings „als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen“ seien)¹¹ und die Mitarbeit in den Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) anstelle des Aufbaus eigenständiger (kommunistischer) Gewerkschaften. Der letzte Passus der „Leitsätze“ lautete: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen [...] nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.“¹² Mallmann schreibt, daß nicht einmal Ernst Thälmann sich später einen derartigen Rigorismus im Durchgreifen erlaubt habe wie die KPD-Zentrale um den sich als Testamentsvollstrecker Luxemburgs fühlenden Paul Levi. Dieser habe in Heidelberg „das Modell für den künftigen Umgang mit der innerparteilichen Diskussion“ geschaffen.¹³ Diese Kritik am angeblich undemokratischen Vorgehen der KPD-Zentrale auf dem Heidelberger Parteitag ist keineswegs neu. Zuerst wurde sie von der zeitgenössischen Opposition formuliert. So schrieben die Ausgeschlossenen in einem Brief an die Delegierten des II. Weltkongresses der Komintern (19. und 23. Juli bis 7. August 1920), sie seien aus der KPD „entfernt worden, weil wir es wagten, gegen den Reformismus der Zentrale in Opposition zu treten“.¹⁴ Aber selbst aus den eigenen Reihen wurde Levi kritisiert. Die Kominternführung erklärte: „Wir geben auch zu, daß die Zentrale des Spartakusbundes im Orga-

9 Da der Parteitag in der Illegalität stattfand, mußten die Delegierten häufiger den Tagungsort wechseln. So fand die Konferenz neben Heidelberg auch noch in Mannheim, auf der Wachenburg und dem Dilsberg statt. Der Einfachheit halber verwenden wir hier die auch in der Literatur geläufige Bezeichnung „Heidelberger Parteitag“.

10 Diese „Leitsätze“ sind in ihrer vom Parteitag beschlossenen Form abgedruckt in: Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24.10.1919, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin o. J. (1919), S.60-62. Der von der Zentrale vorgelegte Entwurf der Leitsätze in: ebenda, S.3-6. Auf dem Parteitag wurden außerdem „Leitsätze über den Parlamentarismus“ und „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage“ angenommen, die die Thesen aus den „Leitsätze(n) über kommunistische Grundsätze und Taktik“ spezifizierten (siehe ebenda, S.62-67).

11 Ebenda, S.60.

12 Ebenda, S.62.

13 Mallmann, *Kommunisten*, S.64.

14 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 5, I 6/3/2, Bl. 1.

nisationskampf mit den Elementen der Opposition nicht immer genügend Ruhe und Umsicht an den Tag gelegt und dadurch einen Teil der Arbeiter in die Arme der anarcho-syndikalistischen Schreihälse getrieben hat.“¹⁵ Karl Radek warf Levi später vor, den Kampf „in maßloser Weise geführt“ zu haben.¹⁶ Noch drastischer fiel das Urteil des Zentrale-Mitglieds Fritz Heckert zwei Jahre nach dem Heidelberger Parteitag aus: „Die Art und Weise aber, wie durch Levi in organisatorischer Hinsicht gegen diejenigen Genossen der Feldzug eröffnet wurde, die zwar sachlich einverstanden waren mit den beschlossenen Leitsätzen, aber Bedenken hatten wegen ihrer Anwendung zur Bestrafung vergangener Sünden, war eine Operation, die dem Kranken Arme und Beine und auch einen Teil der Eingeweide herausriß. Die Arbeiter in der Partei hatten kolossale Opfer erbracht, sie wollten die Einigkeit ihrer Organisation erhalten. Sie konnten nicht verstehen, daß mit ihnen solche plötzlichen Experimente gemacht wurden, solche Dr.-Eisenbart-Kuren. Man ließ den Mitgliedern keine Zeit, die Beschlüsse von Heidelberg durchzudenken, und da die Parteiorgane in fast allen bedeutenden Orten verboten waren, wurde die Auseinandersetzung erschwert. Es ist Paul Levis Schuld, durch die brutale Art seines Vorgehens breite kommunistische Schichten in das Lager der KAP getrieben zu haben.“¹⁷ Tatsächlich verlor die KPD im Zuge dieser Auseinandersetzung, die sich bis Anfang 1920 hinzog, nahezu die Hälfte ihrer Mitgliedschaft. Viele von ihnen gingen in die neu gegründete Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).¹⁸

In der Forschung wurde die Kritik erstmals 1948 von Ossip K. Flechtheim aufgegriffen, der das Vorgehen der Zentrale als „zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch“ bezeichnete. Es sei „ein böses Beispiel, das in der Folge von der deutschen Parteibürokratie als auch von Moskau nur allzu gern nachgeahmt wurde“.¹⁹ Auch Hans Manfred Bock konstatiert, Levis taktische Verfahrensweisen „entsprachen sicherlich nicht dem demokratischen Prinzip der Willensbildung“.²⁰ Detlef Siegfried spricht von „undemokratisch zustande gekommenen

15 Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, verfaßt vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Moskau-Petersburg, 2.6.1920, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1920), H. 11, S.192-213, hier S.194.

16 Karl Radek: Der Fall Levi, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1922), H. 17, S.55-80, hier S.66.

17 Fritz Heckert: Paul Levis Weg von der Sekte zur Massenpartei, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), H. 19, S.82-89, hier S.84.

18 Zur Geschichte der KAPD siehe: Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969, S.225-287. Laut Mallmann waren es sogar mehr als 50 Prozent der KPD-Mitglieder, die die Partei verließen. Siehe Mallmann, Kommunisten, S.75.

19 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S.117.

20 Bock, Syndikalismus, S.140.

Beschlüsse[n]²¹, und Duncan Hallas meint, die Durchsetzung des neuen Kurses geschah „ohne große Rücksichtnahme auf demokratische Regeln“.²² Sich auf Flechtheim beziehend, kommt selbst Weber zu einem ähnlichen Urteil.²³

Selbstverständlich widersprach die kommunistische Parteiführung um Paul Levi den von der Opposition erhobenen Vorwürfen, auch wenn sie selbstkritisch zugab, „nicht von Anfang an den klaren Weg gefunden“ und „den einen oder anderen Fehler begangen [zu] habe[n], der korrigiert werden müsse“.²⁴ Aber nur wenige Historiker wie Werner T. Angress folgen ihr: „Auf dem Heidelberger Parteitag von 1919 führte Levi keine Säuberung durch, sondern manövrierte die linken Extremisten in eine so unhaltbare Position, daß sie aus eigenem Entschluß die Partei verließen.“²⁵

Da der Heidelberger Parteitag offensichtlich ein zentrales Argument jener ist, die das Existenz innerparteilicher Demokratie in der frühen KPD bezweifeln, und selbst jenen, die von einer demokratischen Anfangsphase ausgehen, oft zumindest als „böses Beispiel“²⁶ gilt, sollen im folgenden die Geschehnisse um den Parteitag näher beleuchtet und untersucht werden, ob sie tatsächlich als ein Beleg taugen, die Wandlungsthese in Frage zu stellen. Dies soll größtenteils anhand einer Analyse der von der kommunistischen Bewegung überlieferten Dokumente geschehen.

Der Heidelberger Parteitag

Seit ihrer Gründung Anfang 1919 schwelte in der jungen KPD ein Konflikt zwischen den Mitgliedern der Zentrale und einer sehr heterogenen linkskommunistischen Opposition, die prinzipiell antiparlamentarische und antigerwerkschaftliche – wie die Zentrale ihr vorwarf: syndikalistische – Positionen vertrat. Auf verschiedenen Parteikonferenzen im Sommer 1919 war vergeblich versucht worden, eine Klärung der strittigen Fragen zu erreichen. Eine

21 Detlef Siegfried: *Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaften und Linksradikalismus 1917-1922*, Wiesbaden 2004, S.110.

22 Duncan Hallas: *Die Rote Flut. Aufstieg und Niedergang der Kommunistischen Internationale*, Frankfurt/Main o. J. (1985), S.33.

23 Siehe Weber, *Wandlung*, S.39. Die Forschung in der DDR hingegen ignorierte schlichtweg die an der KPD-Führung geäußerte Kritik. Siehe beispielsweise: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3: *Von 1917 bis 1923*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin (Ost) 1966, S.260; Günter Hortzschansky/Horst Naumann: *Einleitung*, in: *Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK des SED, Berlin (Ost) 1985, S.9-67, hier S.46f.

24 Die Januarsitzung des Zentralausschusses, in: *Kommunistische Räte-Korrespondenz*, 2. Jg., Nr. 1 (24), 22.1.1920, S.2-5, hier S.3. Während der Januarsitzung des Zentralausschusses gab es auch „scharfe Kritik an der Zentrale [...] wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber der oppositionellen Organisation“. Siehe ebenda, S.4.

25 Werner T. Angress: *Die Kampfzeit der KPD 1921-23*, Düsseldorf 1973, S.211, Anm. 25.

26 Flechtheim, *KPD*, S.117; Weber, *Wandlung*, S.39.

Integration der verschiedenen Strömungen in einer gemeinsamen Partei wurde zunehmend schwieriger, hatten sie doch bereits angefangen, konträre Praxen auszubilden. In verschiedenen linkskommunistisch dominierten Bezirken wurde etwa unter der Losung „Heraus aus den Gewerkschaften“ der Aufbau von „Arbeiterunions“ aktiv vorangetrieben. Diese sollten eine Alternative zu den Freien Gewerkschaften darstellen, die von den Linksradikalen der „Bürokratisierung“, „Apparatisierung“ und des „Bonzentums“ bezichtigt wurden. In anderen Bezirken wiederum arbeiteten KPD-Mitglieder in den Freien Gewerkschaften.²⁷ Levi verteidigte diese Politik: „Die Frage des Verbleibens in den Gewerkschaften war aber eine [...] Frage von Leben und Tod für die Kommunistische Partei. Aus den Gewerkschaften herauszugehen [...], das wäre gewesen, den Kommunismus von der Erde auf den Mond zu verlegen.“²⁸

Eine bevorstehende Spaltung der Partei zeichnete sich bereits seit der 3. Reichskonferenz im August 1919 ab und wurde vom linkskommunistischen Flügel ebenso wie von seinen Gegnern in der Zentrale forciert.²⁹ Mit den „Leitsätzen“, welche die Zentrale den Delegierten des Heidelberger Parteitages zur Abstimmung vorlegte, verfolgte sie eindeutig das Ziel, einerseits die Partei politisch umzuorientieren – auf die Beteiligung an Wahlen und die Mitarbeit in den Gewerkschaften – und andererseits die Abspaltung des prinzipiell antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen linkskommunistischen Flügels voranzutreiben. Sie schrieb später, daß der Parteitag darüber zu entscheiden hatte, „ob unsere Partei überhaupt eine Partei, ob sie eine kommunistische insbesondere bleiben wollte, oder ob sie sich auflösen sollte in ein Sammelsurium syndikalistischer Ortsgruppen, die planlos, ohne Einheit, ohne Geschlossenheit, jede um ihren Kirchturm herum die ‚ökonomische Revolution‘ machen“.³⁰

Gleich zu Beginn des Heidelberger Parteitages kam es zu einer Abstimmung, aus der sich der in der Literatur so oft erhobene Vorwurf des undemokratischen

27 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: *Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921*, Frankfurt/Main-New York 1986, S.58; Bock, *Syndikalismus*, S.80.

28 Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), H. 14, S.122.

29 Laut der oppositionellen „Kommunistischen Arbeiter Zeitung“ („KAZ“) versuchte die Zentrale bereits auf der 3. Reichskonferenz der KPD, sich eine Mehrheit für ihre Positionen zu organisieren, indem sie Redakteure, Wanderredner und Sekretäre einlud und ihnen das Stimmrecht zuerkennen ließ. Trotzdem gelang es ihr nicht, sich durchzusetzen, weshalb sie nun auf eine Spaltung der Partei orientierte. (siehe Koch-Baumgarten, *Aufstand*, S.58f.) Bock mutmaßt, hätte die Zentrale bereits hier eine Mehrheit gefunden, wäre die Spaltung bereits auf dieser Konferenz vollzogen worden. (siehe Bock, *Syndikalismus*, S.140f.) Für die Spaltungsabsichten *beider* Seiten siehe Koch-Baumgarten, *Aufstand*, S.59 und besonders die Anm. 183 und 184 (S.461f.).

30 Mitteilung der Zentrale zur Gruppe um Laufenberg-Wolfheim in Hamburg, in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. VII.1: Februar 1919-Dezember 1921, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1966, S.149-152, hier S.149 (im folgenden zit. als: DuM).

Vorgehens der Levi-Zentrale speist. Hier wurde den Mitgliedern der Zentrale das Stimmrecht zugesprochen „und damit erst die Voraussetzung für den Sieg des Levi-Kurses geschaffen“, wie etwa Bock meint.³¹ Ähnlich formuliert es Flechthelm: „Eine Mehrheit für ihre Thesen bekam die Zentrale nur dadurch, daß [...] den Zentrale-Mitgliedern das Stimmrecht zuerkannt wurde.“³² Daß dieser Vorwurf immer wieder erhoben wird, ist überaus verwunderlich. Er ist mit einfacher Arithmetik zu widerlegen. Die „Leitsätze“ wurden mit 31 zu 18 Stimmen angenommen.³³ Laut Parteitagprotokoll wurde jedoch nur sechs anwesenden Zentrale-Mitgliedern das Stimmrecht gewährt.³⁴ Es hätte also auch ohne Stimmrecht der Zentrale-Mitglieder eine Mehrheit von sieben Stimmen für deren Positionen gegeben.

Ein weiteres Beispiel mag veranschaulichen, daß der Vorwurf, die Zentrale habe ihre Positionen vor allem mit Hilfe von formaldemokratischen Verfahrenstricks durchgesetzt, so nicht trifft: Die Frankfurter Parteikonferenz im Sommer hatte beschlossen, daß nur die Bezirke, die ihre Mitgliedsbeiträge abgerechnet hatten, Delegierte zum Parteitag entsenden durften. Der in Opposition zur Zentrale stehende Berliner Bezirk hatte nicht abgerechnet und wäre daher nicht stimmberechtigt gewesen. Trotzdem beschloß der Parteitag auf Antrag der Mandatsprüfungskommission, den vier Berliner Delegierten das Stimmrecht zuzuerkennen, eben weil „zwischen Berlin und der Zentrale sachliche Differenzen bestehen“ – ohne daß die Zentrale dagegen Einwände erhob.³⁵

Eine andere Maßnahme, die den Unmut vieler Parteitagsdelegierter weckte, war die „Überrumpelung“ durch die ihnen vorher nicht bekanntgewordenen „Leitsätze“. Laut der linkskommunistischen „KAZ“ waren die „Leitsätze“ erst wenige Tage vor dem Parteitag in zwei Provinzblättern (dem Erfurter „Kommunist“ und der Hanauer „Freiheit“) veröffentlicht worden.³⁶ Radek schrieb später, Levi habe viele Arbeiter dadurch von der Partei abgestoßen, daß er „in Heidelberg die Thesen zum Gesetz der Partei machte, die die Arbeiter erst nach Heidelberg diskutieren konnten“.³⁷ Auch hieraus speist sich der Vorwurf, Levis

31 Bock, Syndikalismus, S.141. Bei der Abstimmung über das Stimmrecht für die Zentrale-Mitglieder hatten 24 Delegierte dafür und 18 dagegen gestimmt. Siehe Bericht 2. Parteitag, S.30.

32 Flechthelm, KPD, S.116. Chris Harman meint, die Zentrale habe sich „durch etwas Schwinderei bei den Delegationen“ eine knappe Mehrheit gesichert (Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-23, Frankfurt/Main 1998, S.188), ohne dies näher zu spezifizieren. Hallas (siehe Flut, S.33) schreibt, einigen linken Delegierten sei der Tagungsort nicht mitgeteilt worden. Siehe hierzu auch: Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Bd. 1: Von der Entstehung des deutschen Kommunismus bis 1924, Berlin 1991, S.159.

33 Siehe Bericht 2. Parteitag, S.42.

34 Siehe ebenda, S.32.

35 Ebenda.

36 Siehe Bock, Syndikalismus, S.144, bes. Anm. 24.

37 Radek, Fall Levi, S.66.

taktisches Vorgehen sei undemokratisch gewesen. Die Zentrale versuchte, die späte Bekanntgabe der „Leitsätze“ mit den Schwierigkeiten in der Illegalität zu entschuldigen.³⁸ Tatsächlich war die KPD zu dieser Zeit illegal und das Zentralorgan der Partei, die „Rote Fahne“, verboten. Zudem entgegnete die Parteiführung aber ihren Kritikern mit dem Argument, seit mindestens acht Wochen seien „die sachlichen Grundlagen der Leitsätze überall diskutiert worden“.³⁹

Ein Blick in die Quellen schafft hier etwas Klarheit. Soweit für den Sommer 1919 Sitzungsprotokolle aus den einzelnen Bezirken überliefert sind, unterstützen sie die Aussage der Zentrale. Zumindest für die Bezirke Niedersachsen, Niederrhein, Halle-Merseburg sowie Rheinland-Westfalen Süd und Nord läßt sich definitiv festhalten, daß die inhaltlich strittigen Punkte des Leittrags – die Gewerkschaftsfrage und die Stellung zur Wahlbeteiligung – zwischen Mai und September von Bezirkskonferenzen diskutiert worden sind.⁴⁰

Die Quellen geben der Zentrale in einem weiteren Punkt Recht. Diese argumentierte später, die Klärung der offenen Fragen sei unaufschiebbar geworden und habe nur durch einen Parteitag vollzogen werden können. Sie habe quasi in Notwehr gehandelt, da die Hamburger Delegierten ihrerseits die Zentrale hätten ausschließen wollen. Tatsächlich stellte der Bezirk Nord folgenden Antrag: „In der gegenwärtigen Revolutionsperiode dürfen Mitglieder der KPD weder bürgerlichen Parlamenten – sei es in Reich, Staat oder Gemeinde – noch Arbeiterräten, die von einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung anerkannt sind, angehören, noch sich an den Wahlen hierzu beteiligen. Kommunisten, die in diesen gegenrevolutionären Institutionen wirken, haben sofort ihr Mandat niederzulegen, andernfalls sind sie auszuschließen.“⁴¹ Unterstützung kam zudem aus dem Bezirk Ostpreußen: „Genossen, die bürgerlichen Parlamenten angehören, haben dort auszuschneiden, sofern dies nicht geschieht, stellen sich diese Genossen außerhalb der Partei.“⁴² Offensichtlich orientierte auch die Opposition auf eine Spaltung der Partei durch den Ausschluß ihrer Gegner.⁴³ Von einer einseitigen Schuldzuweisung für die Eskalation an die Parteiführung sollte man sich daher zumindest an diesem Punkt verabschieden.

38 Siehe Bock, Syndikalismus, S.144.

39 Bericht 2. Parteitag, S.44. Diesen Punkt betonte die Zentrale immer wieder. So hieß es in ihrem Rundbrief von Anfang November 1919, die Leitsätze enthielten „keinen einzigen Gedanken, der nicht seit Monaten in der Partei durchdiskutiert worden wäre.“ Siehe Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen, in: DuM VII.1, S.143-149, hier S.144.

40 Siehe SAPMO-BArch, RY 1, I 3/14/17, Bl. 1, 3; I 3/20/6, Bl. 10; I 3/11/21, Bl. 1; I 3/20-21/6, Bl. 2.

41 SAPMO-BArch, RY 1, I 1/2/2, Bl. 19.

42 Ebenda.

43 Auch Koch-Baumgarten meint, das Argument der Zentrale, sie habe in Notwehr gehandelt, sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Siehe Koch-Baumgarten, Aufstand, S.461, Anm. 184.

Innerparteiliche Debatten statt administrativer Maßnahmen

Die bei der Abstimmung über die „Leitsätze“ unterlegenen Linkskommunisten mußten den Parteitag verlassen. In der Folgezeit verzichtete die Zentrale jedoch darauf, die Beschlüsse des Parteitages einfach administrativ umzusetzen. So wurde beispielsweise die Kieler Ortsgruppe, welche „die Beschlüsse des Parteitages für ‚nicht bindend‘ an[erkannte]“,⁴⁴ weiter in der Partei akzeptiert. Die Zentrale bemühte sich in den folgenden Monaten, die Parteimitgliedschaft von ihren Positionen zu überzeugen. So schrieb sie in einem Rundbrief Anfang November 1919, es sei erforderlich, „in allen Organisationen die Leitsätze zum Gegenstand eingehender und gründlicher Diskussionen“ zu machen. Der Parteitag sei nicht als Schlußpunkt, sondern als Ausgangspunkt der notwendigen Klärung zu sehen. Diese Klärung habe sich zu vollziehen und zu vollenden „nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg, sondern durch sie selbst“.⁴⁵ In einem Brief der Zentrale an den Bezirk Schlesien, welcher die Parteitagbeschlüsse enthielt, hieß es: „Es ist unbedingt notwendig, daß dieses Rundschreiben mit aller Gründlichkeit in den Mitgliederversammlungen diskutiert wird“.⁴⁶ Die Darstellung der offiziellen DDR-Historiographie, wonach in der Zeit „nach dem Parteitag kaum ideologische Auseinandersetzungen geführt [wurden]“,⁴⁷ ist nicht nachvollziehbar – im Gegenteil: Die innerparteiliche Diskussion kam mit Heidelberg keineswegs zum Abschluß, sondern setzte sich in den folgenden Monaten in der ganzen Partei fort. In der „Roten Fahne“, die seit Dezember wieder erscheinen durfte und permanent über Bezirkskonferenzen berichtete, wurde die Debatte fortgeführt. So stellte sich beispielsweise die Bezirkskonferenz Nordbayern „auf den Boden der Leitsätze [...]“. Die Genossen [...] bedauern die Spaltung und hoffen, daß die augenblicklich in Opposition stehenden Bezirke sich bald von der Richtigkeit dieser Leitsätze überzeugen und durch Wiederanschluß die Schlagkraft der Partei erhöhen.“⁴⁸

Auch kritischere Berichte wurden mit Selbstverständlichkeit in dem Zentralorgan abgedruckt: „Vor kurzem fand eine Konferenz des Bezirkes Sachsen-Anhalt statt, die sich mit den Beschlüssen der letzten Reichskonferenz der KPD beschäftigte. Nach lebhafter Debatte wurde in namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, die den Wunsch ausdrückt, die Einigkeit der KPD zu erhalten. Die Resolution stellt fest, daß bei den krassen Gegensätzen zwischen den zentralistischen und syndikalistischen Auffassungen eine Vereinigung dieser Richtungen innerhalb einer Partei unmöglich sei. Deshalb wird gewünscht, daß diejenigen Genossen, welche sich zum Syndikalismus bekennen, daraus die Konsequenzen ziehen. Gleichzeitig verurteilt die

44 Siegfried, Milieu, S.109.

45 Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen, in: DuM VII.1, S. 143-149, hier S.143 und 145.

46 Rundschreiben Nr. 3 – Bezirk 4, 19.11.1919, SAPMO-BArch, RY 1, I 3/7/18, Bl. 5.

47 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S.260.

48 Rote Fahne, 27.12.1919.

Konferenz das Vorgehen der Zentrale auf der Reichskonferenz.“⁴⁹ Der Bericht über einen Vortrag Clara Zetkins in Berlin-Wilmersdorf zeugt ebenfalls von der fortgesetzten innerparteilichen Diskussion. In diesem Fall stellten die Kritiker die Mehrheit: „Der Auffassung der Referentin, daß zu diesen Kampfes Waffen des Proletariats auch – unter bestimmten politischen Umständen – die Beteiligung am Parlament gehöre, begegnete bei der im Saale stark vertretenen Berliner antiparlamentarisch-syndikalistischen Opposition lebhaften Widerspruch. Es kamen verschiedene Redner zum Wort, die den Parlamentarismus grundsätzlich ablehnten.“⁵⁰

Ein Bericht an die Komintern zeigt ebenso die Bemühungen der Parteiführung, die innerparteiliche Debatte fortzusetzen: „Unter diesen Umständen mußte die Auseinandersetzung mit der Opposition durchgeführt werden. Sie erfolgte im Oktober 1919 anhand der ‚Heidelberger Leitsätze‘ und erfolgte organisatorisch in der Form, daß die Delegierten, die auf dem Heidelberger Parteitage gegen die Leitsätze stimmten, an der weiteren Parteitagsarbeit nicht mehr teilnehmen konnten, sondern erst ihre Bezirke befragen mußten. Über Ausschluß aus der Partei sollte erst nach weiterer und eingehender Diskussion innerhalb der Parteiorganisationen entschieden werden und erst dann, wenn die Organisation in voller Kenntnis der Tragweite ihrer Beschlüsse für oder gegen die Leitsätze entschieden hatte.“⁵¹

Zudem bemühte sich die Levi-Zentrale, auch jenen 18 Delegierten, die wegen ihres Abstimmungsverhaltens in Heidelberg ausgeschlossen worden waren, Brücken zum Wiedereintritt zu bauen, indem sie nachdrücklich zwischen inhaltlichen und formellen Gründen der Ablehnung der „Leitsätze“ unterschied. Um die Debatte tatsächlich *inhaltlich* führen zu können, beharrte die Zentrale nicht auf den in Heidelberg vorgenommenen Ausschlüssen. Statt dessen hat sie, wie August Thalheimer während der Januarsitzung des Zentralausschusses (ZA) erklärte, gegenüber ihren Kritikern „in formaler Hinsicht nachgegeben. Dieses Beiseiteräumen formaler Differenzen geschieht nur unter der Voraussetzung, daß die Partei nicht einen Zoll breit von ihrem grundsätzlichen Boden abweicht.“⁵² Entscheidend für die Teilnahme am kommenden Parteitag war daher nicht mehr, ob ein Bezirk bzw. seine Delegierten in Heidelberg gegen die Annahme der „Leitsätze“ gestimmt hatten, sondern ob die Ablehnung formelle

49 Ebenda, 19.12.1919.

50 Ebenda, 20.12.1919.

51 Bericht über die Entwicklung der KPD, in: Berichte zum 2. Kongress der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S.32. Siehe hierzu auch den Beitrag eines namentlich nicht genannten Zentrale-Mitgliedes während des Parteitages: „Es handelt sich heute nicht darum, Organisationen auszuschließen, sondern diejenigen Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt haben, scheiden zunächst als Personen vom Parteitag aus, sie werden sich bei ihren Organisationen zu verantworten haben, und in diesen Organisationen wird die Entscheidung gefällt werden, ob sich diese für oder gegen die Abstimmung ihrer Vertreter aussprechen“. Bericht 2. Parteitag, S.43.

52 Januarsitzung des Zentralausschusses, S.3.

oder politische Gründe hatte. Nicht vom Abstimmungsverhalten, sondern von „der inhaltlichen Stellung dieser Organisationen“ hänge die Zulassung zum nächsten Parteitag ab, entschied der ZA auf seiner Sitzung am 4./5. Januar 1920.⁵³ Mitgliedern, die aufgrund des formalen Vorgehens der Zentrale in Opposition zu ihr standen, sollte offensichtlich der Weg zurück in die Partei offengehalten werden. So bemühte sich die Führung auch immer wieder um Diskussionen mit den oppositionellen Bezirken, um diese für ihre Auffassungen zu gewinnen.⁵⁴

Gleichzeitig wurden die „Leitsätze“ auf jener Januarsitzung des ZA noch einmal bestätigt und es wurde festgestellt, daß nur Bezirke, die auf ihrem Boden stehen, das Recht hätten, Delegierte zum nächsten Parteitag zu entsenden. Diesen Bezirken, so wurde ausdrücklich festgestellt, „bleibt es unbenommen, Abänderungsanträge zu den Leitsätzen zu stellen“.⁵⁵ In einem Artikel „Zur Spaltung“ von Paul Levi hieß es: „Nach fünf Monaten freier Diskussion und Klärung in den Organisationen kann niemand mehr das Argument der ‚Überrumpelung‘ gebrauchen, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Zu allem Überfluß ist in den Hauptzentren der früheren Opposition zugegeben worden, daß formale Gründe keine Rolle mehr spielen, sondern die Entscheidung auf rein sachlichem Boden gefallen sei.“⁵⁶

Einen Monat später erklärte der ZA die „Leitsätze“ als „bindenden Beschluß der Partei“, nachdem er festgestellt hatte, daß die gesamte Partei ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt habe.⁵⁷ Zum Abschluß gebracht wurde die parteiinterne Auseinandersetzung auf dem 3. Parteitag der KPD, der am 25./26. Februar 1920 in Karlsruhe tagte. In einem dort beschlossenen „Aufruf an die Partei“ hieß es: „Diese taktischen Probleme sind monatelang vor dem Heidelberger Parteitag diskutiert worden. Sie sind seitdem anhand der Lösung, die der Heidelberger Parteitag ihnen gegeben hat, monatelang in allen Parteiorganisationen durchgesprochen worden. Die Partei hat, um alle nur formellen Einwände abzuschneiden, organisatorisch freiesten Spielraum gelassen und den Organisationen die Möglichkeit gelassen, rein sachlich zu den Leitsätzen Stellung zu nehmen. Alle Organisationen, ohne Ausnahme, haben von dieser Gelegenheit ausgiebig Gebrauch gemacht und ihre Stellung zu den Leitsätzen [...] präzisiert. Es sind daher nun alle Voraussetzungen über und über erfüllt, um

53 Siehe Mitteilung der Zentrale der KPD zur Gruppe um Laufenberg-Wolffheim in Hamburg, S.149-152, hier S.151, sowie Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD am 4. und 5. Januar 1920 über die Grundsätze für die Einberufung des 3. Parteitages, in: DuM VII.1, S.170.

54 So zum Beispiel Heinrich Brandler Anfang November 1919 im Bezirk Wasserkante Siehe SAPMO-BArch, RY 1, I 3/16/13, Bl. 1-3.

55 Januarsitzung des Zentralausschusses, S.4.

56 [Paul Levi:] Zur Spaltung, in: Die Internationale, 2. Jg. (1920), H. 21, S.9.

57 Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD, 7. und 8.2.1920, in: DuM VII.1, S.184.

diese Differenzen organisatorisch zum Abschluß zu bringen.“⁵⁸ Davon ausgehend beschloß der Parteitag mit lediglich drei Gegenstimmen den Ausschluß der weiterhin oppositionellen Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden.⁵⁹

Fazit

Es läßt sich festhalten, daß die so häufig und von ganz verschiedenen Seiten geäußerte Kritik am Vorgehen der KPD-Zentrale beim Heidelberger Parteitag einen wahren Kern enthält. Die als brachial wahrgenommene Durchsetzung von „Leitsätzen“, deren Positionen von einem großen Teil der Mitgliedschaft nicht geteilt wurden und deren Konsequenz – die Spaltung – wohl von der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt wurde, macht deutlich, daß das Vorgehen der Levi-Zentrale unter dem Gesichtspunkt der innerparteilichen Demokratie ohne Frage problematisch war. Sicher hätte es einen besseren Weg zur Lösung des innerparteilichen Konflikts gegeben. Nichtsdestotrotz zeigen die Dokumente, daß die Zentrale sowohl vor als auch in den Monaten nach dem Parteitag bemüht war, die innerparteiliche Debatte um die kritischen Fragen zu forcieren und ausgiebig zu führen. Der Ausschluß eines – in der Tat: großen – Teils der Mitgliedschaft fand auf einer klaren politischen Grundlage statt. Die beiden Flügel in der Partei vertraten in wesentlichen Fragen gegensätzliche Positionen und entwickelten zudem nicht miteinander vereinbare Praktiken. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis es zur Spaltung kommen mußte.

Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß es Levi um die Durchsetzung des radikaldemokratischen Gedankens des Spartakus-Programms ging: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“⁶⁰ Dies erforderte eine klare Trennung von den ultralinken putschistischen Strömungen in der Partei,⁶¹ eine Position, die im übrigen auch Lenin in seinem berühmten Werk „Der linke Radikalismus“ unterstützte.⁶² Zudem war die Trennung die „notwendige Bedingung für den

58 Aufruf an die Partei, in: Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26.2.1920, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin o. J. (1920), S.4-7, hier S.6.

59 Siehe ebenda, S.7 und 33. Die Bezirke Oberschlesien, Magdeburg, Hannover, Bremen und Hamburg hatten keine Delegierten zum Parteitag entsandt. Siehe ebenda, S.21.

60 Zit. nach: Flechthelm, KPD, S.98.

61 Dazu siehe auch Angress, Kampfzeit, S.68.

62 Siehe W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ders.: Werke, Bd. 31, Berlin (Ost) 1964, S.1-91. Gegen die Linkskommunisten gewandt erklärte er hier, daß man beim Versuch, die Massen zu gewinnen, „allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des ‚reinen‘ Kommunismus nichts mehr ausrichten [könne]“. (S.81)

Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD⁶³ – durch den die KPD Ende 1920 zu einer Massenpartei wurde. Letztendlich machte Levi also mit dem Ausschluß der Ultralinken „den Weg frei für sein wichtigstes Ziel: die Verwandlung der KPD in eine wirkliche Arbeiterpartei“.⁶⁴

Offensichtlich gab es – anders als Mallmann behauptet – ganz entscheidende Unterschiede zwischen Levi und Thälmann und damit zwischen der Partei von 1919 und der von 1929: Das Vorgehen der Zentrale 1919 führte keineswegs zu einem Absterben der innerparteilichen Demokratie und Diskussionsfreiheit und zielte auch nicht darauf ab. Diese blieben auch unter der von Ernst Meyer geführten Zentrale in den Jahren 1921/22 stark ausgeprägt.⁶⁵ 1923 herrschte ebenfalls noch „völlig freie Aussprache. Kritik an sämtlichen Entscheidungen der Parteizentrale war gestattet“.⁶⁶ Theodor Bergmann meint, daß die KPD bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs weniger demokratisch gewesen sei als die SPD.⁶⁷ Die kommunistische Presse blieb bis Mitte/Ende der 20er Jahre offen für verschiedene, oft genug auch konträre Positionen. Die Parteitage dieser Jahre waren gekennzeichnet von freien Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen. Oppositionelle hatten selbstverständlich die Möglichkeit, ihre Positionen in Koreferaten darzulegen. Ebenso selbstverständlich konnte die Zentrale mit ihren Positionen auf Parteitag unterliegen. Dies geschah sowohl in Heidelberg, als gegen den Willen Levis eine leichte Entschärfung des Schlußsatzes der „Leitsätze“ mehrheitlich angenommen wurde,⁶⁸ als auch noch fünf Jahre später: Anfang 1924 wurde die Zentrale der KPD um Heinrich Brandler von den Delegierten eines erneut von heftigsten Diskussionen geprägten Parteitages in freier Entscheidung gestürzt. Die Mitglieder konnten sich also sehr wohl noch gegen die Führung (und die eine andere Führungskonstellation befürwortende Komintern-Spitze) durchsetzen⁶⁹ – ein nach den Thälmannschen Säuberungen wohl ganz undenkbarer Vorgang: Später genügte die Tatsache, eine andere Meinung als das Zentralkomitee zu vertreten, um aus der Partei ausgeschlossen zu werden.

Auch der Levi-Biographin Charlotte Beradt muß widersprochen werden, wenn sie argumentiert, die Heidelberger Spaltung sei „zwar methodisch, nicht aber inhaltlich zu vergleichen“ mit den Spaltungen späterer Jahre, bei denen es anders

63 Hallas, Flut, S.33.

64 Jörn Schüttrumpf: Unabgegoltenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Utopie kreativ Nr. 150, April 2003, S.330-342, hier S.333.

65 Siehe Florian Wilde: „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig“ – Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S.168-184.

66 Otto Wenzel: 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003, S.25.

67 Siehe Theodor Bergmann: Paul Levi. Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien, in: Utopie kreativ, Nr. 185, März 2006, S.247-256, hier S.248.

68 Siehe Bock, Syndikalismus, S.143.

69 Siehe Weber, Wandlung S.60-73.

als in Heidelberg um die Durchsetzung der Apparatherrschaft in der Partei gegangen sei.⁷⁰ Nach Sichtung der Quellen läßt sich vielmehr festhalten, daß die Ereignisse gerade nach dem Parteitag auch methodisch nicht mit der späten KPD vergleichbar waren. Versuche, oppositionelle Kommunisten politisch zu überzeugen und bereits Ausgeschlossene wieder für die Partei zu gewinnen, hat es in der KPD der späten Weimarer Republik nicht gegeben. Zudem ist es mehr als fraglich, ob sich in der gerade wenige Monate alten und sich seit Monaten in der Illegalität befindenden Partei überhaupt schon ein „Apparat“ hatte herausbilden können.⁷¹

Aus den Geschehnissen um den Heidelberger Parteitag ein frühzeitiges Ende der parteiinternen Demokratie abzuleiten, wie es Mallmann und andere tun, ist nicht nachvollziehbar. Der Parteitag war bei aller Kritik, die man am konkreten Vorgehen der Zentrale haben kann und muß, eben *kein* Beispiel für den künftigen Umgang mit innerparteilichen Diskussionen und oppositionellen Strömungen. Somit taugt „Heidelberg“ auch nicht als Kronzeuge gegen die Wandlungsthese.

70 Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969, S.33.

71 Zu den eklatanten Schwächen des „Parteiapparates“ siehe den Geschäftsbericht der Zentrale in: Bericht 2. Parteitag, S.26-30.

Vom Knecht zum Herrn? Ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen und Enttäuschungen¹

Evemarie Badstübner

Ein Problemaufriß

Wilhelm Thiele, Ende der 50er Jahre einer der stellvertretenden Oberbürgermeister Ostberlins, berichtet in seinen Erinnerungen über ein ihn frustrierendes Erlebnis anlässlich der Wiedergründung der Weddinger KPD-Organisation im Juni 1945. Er und seine Genossen hatten traditionsbewußt die Gründungsversammlung in das von früher vertraute Parteilokal „Sängerheim“ verlegt. Dafür erhielten sie vom eingeladenen Referenten Anton Ackermann einen fürchterlichen Rüffel. Sie verkröchen sich in eine alte Scheune, obwohl ihnen nun die besten Säle zur Verfügung stünden. Offensichtlich hätten sie nicht begriffen, daß sie jetzt die Macht hätten.² Als einer der maßgeblichen Redner auf dem ersten Kulturtag der KPD Anfang 1946 charakterisierte Ackermann dann die sozialistische Arbeiterbewegung als Hauptkraft der demokratischen Erneuerung, kennzeichnete aber die gesamte Arbeiterschaft eher vorsichtig als den potentiellen „Hauptträger der nationalen, demokratischen und kulturellen Neugeburt Deutschlands“.³ Basierend auf dem Konzept vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus rechnete er wohl mit längerfristigen Wandlungs- und Lernprozessen der nachfaschistischen Gesellschaft und nicht zuletzt der Arbeiterschaft. Doch zwei Jahre später, auf dem ersten Kulturtag der SED, nannte er sie „die entscheidende und zur Führung berufene Klasse“. Diese Rolle käme der Arbeiterklasse zu,“ meinte er, „weil sie die tragende Säule im Neuaufbau unserer Wirtschaft, unseres materiellen Seins ist und auch die größten Opfer zu bringen hat, weil sie von allen Klassen und Schichten die demokratischste Kraft ist und weil sie die Trägerin der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung sein wird.“⁴ Otto Grotewohl indes glaubte, daß sich die Arbeiter

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Siehe Wilhelm Thiele: *Geschichten zur Geschichte*, Berlin 1981, S.205f. Ackermann befürchtete wohl auch, er habe es mit Sektierern zu tun, die zur alten KPD zurück wollten, denn dieses Lokal war vor 1933 oft genug Ausgangspunkt von antisozialdemokratischen Aktionen.

3 Anton Ackermann: *Unsere kulturpolitische Sendung. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin vom 4.2.1946*, in: Gerd Dietrich (Hrsg.): *Um die Erneuerung der deutschen Kultur, Dokumente 1945-1949*, Berlin 1983, S.122-143, hier S.130.

4 Anton Ackermann: *Marxistische Kulturpolitik. Rede auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin am 7.5.1948*, in: ebenda, S.266-301, hier S.289.

in den jungen volkseigenen Betrieben bereits auf dem „Weg vom Sklaven der Maschine zum Herrn der Maschine“ befänden.⁵

Entsprach dies dem Selbstverständnis und den Intentionen der konkreten Nachkriegs-Arbeiterbevölkerung Ostdeutschlands? Mit welchen Augen sahen Arbeiterinnen und Arbeiter die neu entstehenden Organisationen, und welche Rolle spielten KPD, SPD, später SED oder Gewerkschaften im Arbeiter-Alltagsleben der Nachkriegszeit? Trotz der inzwischen beachtlich gewachsenen Zahl an Publikationen zur ostdeutschen Arbeitergeschichte,⁶ an Zeitzeugenbefragungen und erfahrungsgeschichtlichen Untersuchungen sind generalisierbare Antworten auf diese spezielle Frage nur mit einem hohen Anteil an Spekulation zu geben.

Meine Überlegungen dazu beziehen sich im folgenden allerdings nur auf die unmittelbare Nachkriegszeit. Die weitreichende Wirkung der 40er Jahre sollte indes nicht unterschätzt werden. Denn dieser Zeitraum war ein historischer Hexenkessel, in welchem einerseits die tiefstgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen der ostdeutschen Geschichte stattfanden, sich aber zugleich widersprüchlichste, auch gegenläufige Entwicklungstendenzen in der Arbeiterschaft abzeichneten und potentielle Konfliktlagen, dauerhafte Sozialverhaltensformen sowie politische Konfigurationen ausbildeten, die den Problemhaushalt, aber auch die Stärken der späteren DDR ausmachten. Zudem haben die Alltagserfahrungen der Nachkriegszeit ganze Generationen und soziale Gruppen entscheidend bis in ihre Lebensführung, ihre Wertvorstellungen und ihr Politikverhalten hinein geprägt – ihre Genügsamkeit, ihren sparsamen Umgang mit Nahrungsmitteln und Material aller Art und nicht zuletzt ihre Haltung zu Krieg und Frieden.

Ausgangsbedingungen

Ohne Zweifel ist es für das Verständnis von Arbeitergeschichte nach 1945 unerlässlich, die inneren Differenzierungsprozesse und Veränderungen in der

5 Otto Grotewohl: Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: ebenda, S.219-264, hier S.254. Doch noch immer gingen Politiker wie beispielsweise Pieck von der Längerfristigkeit der Entwicklungen aus: „Wir [...] geben uns auch keinen Illusionen über das Tempo der Durchführung unserer Forderungen hin.“ Schlußansprache Wilhelm Piecks, in: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 5. bis 7. Mai 1948, Berlin 1948, S.270-274, hier S.272.

6 Siehe Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995; Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999; Peter Ahlheit/Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft, Berlin 2004; Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln-Weimar-Wien 2005; siehe auch Alf Lütcke: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.188-213.

Arbeiterexistenz des frühen 20. Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen. Schon in der Weimarer Republik war der um 1900 entstandene, man möchte fast sagen klassische Typ proletarischen Lebens – gekennzeichnet durch klasseneigene Organisationen, Einrichtungen, Kommunikationsstrukturen und Medien, Perspektivvorstellungen und Werte sowie weitgehende Identifizierung der Arbeiter mit der damaligen Arbeiterbewegung – erheblichem Wandel unterworfen gewesen. Wenngleich nach wie vor antikapitalistisch ausgerichtet, hatten in den 20er Jahren soziale und politische Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft, das Anwachsen anderer lohnabhängiger Schichten wie etwa der Angestellten, aber auch die Möglichkeiten der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der zunehmende Einfluß der kommerziellen Massenkultur neue politische, soziale und kulturelle Varianten des Arbeiterverhaltens, unterschiedliche Organisationsstrukturen und -programme und verfestigte politische Lager – hie KPD, da SPD –, aber auch Individualisierungsprozesse befördert.

Der folgenschwerste Einschnitt erfolgte jedoch 1933. Die faschistischen Methoden politisch-kultureller Herrschaftssicherung – brutale terroristische Unterdrückung sowie flächendeckende Vernichtung der proletarischen Organisationskultur und die gnadenlose Verfolgung und Ermordung ihrer handlungsfähigsten Protagonisten auf der einen Seite, sowie ein Höchstmaß an sozialer und kultureller Demagogie, verbrämt mit pseudosozialistischen Argumentationen und Volksgemeinschaftspropaganda auf der anderen, nicht zuletzt jedoch die zeitweilige Konsolidierung der proletarischen Lebenslage durch Arbeitsbeschaffung, Aufrüstung und damit industriewirtschaftliche Konjunktur sowie gruppenspezifisch aufgefächerte Sozialleistungen und Versprechungen bewirkten die Ruhigstellung von Arbeitermilieus, begünstigten aber offensichtlich das Eindringen faschistischen Gedankenguts in Teile der Arbeiterschaft.⁷ Auch Arbeiter profitierten von der Ausplünderung anderer Völker, wobei die Besetzung fremder, vor allem der westlichen Länder zunächst sogar als interessant und angenehm empfunden wurde. Nicht wenige erstrebenswerte Güter gelangten als Urlaubsmitbringsel oder via Paket auch in Arbeiterhaushalte. Selbst „der kleine Landser, der vor 1932 die ‚AIZ‘ gelesen hat,“ so ein Heimkehrer 1949, hatte „mit einem Mal den Herrenmenschenkoller gekriegt“⁸ und glaubte an den Endsieg. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion beschlich zwar so manchen Wehrmachtssoldaten ein ungutes Gefühl, wie aus zahllosen

7 Siehe Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Einleitung, in: Carola Sachse u. a.: Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S.25-52.

8 Stenogramm der öffentlichen Diskussion der Berliner Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vom 7.1.1949 zum Thema „Über die Russen und über uns“. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 32/10085, unpag.

Feldpostbriefen⁹ und zeitgenössischen Beobachtungen hervorgeht. Doch erst die schweren blutigen Kämpfe und Niederlagen im Osten sowie der Bombenkrieg verursachten einen allmählichen Stimmungsumschwung, der jedoch oft genug in Resignation und Mutlosigkeit mündete. Aber noch in den letzten Kriegsmonaten wurden deutsche Arbeiter in der Rüstungsindustrie und anderen kriegswichtigen Werken, die sich gegenüber den Zwangsarbeitern nicht selten als Arbeiter erster Klasse empfanden, relativ gut versorgt. Um dies realisieren zu können, sind auf der anderen Seite immer öfter Menschen besetzter Länder, verfolgte Minderheiten und sowjetische Kriegsgefangene dem Verhungern preisgegeben worden.¹⁰ Vielfach verstrickt in Verbrechen der Nazis, waren nicht wenige Arbeiter keineswegs nur Opfer, politisch neutralisierte Produzenten oder Mitläufer, sondern Täter.¹¹ Aber aus der Arbeiterschaft und ihren Organisationen kamen auch die entschiedensten Gegner des Faschismus. Die kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Folgen dieser zwiespältigen Entwicklung für das nachfaschistische Ostdeutschland sind m. E. noch immer nicht ausreichend erforscht.

Zwar war die Arbeiterschaft nie sozial, kulturell und politisch homogen, doch die kriegs- und nachkriegsbedingten Prägungen und Umschichtungen bewirkten einen besonders problematischen Wandel ihrer inneren Verfaßtheit und Zusammensetzung. Sowohl das überdurchschnittliche Eindringen proletarisierter Gruppen aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, denen die Arbeiterlebensweise fremd war und die ihren neuen Status als sozialen Abstieg betrachteten, und die große Zahl kriegsbeschädigter und arbeitsunfähiger Menschen oder verarmter Rentner und Rentnerinnen aus Arbeiterkreisen, aber auch die zu Arbeitern gewordenen Nazis veränderten die Arbeiterschaft politisch-sozial erheblich. Außerdem fehlten die produktivsten mittleren Jahrgänge, die nur noch ein knappes Drittel des 1939 Normalen bildeten. Eine neue sozial-kulturelle Situation entstand darüber hinaus durch die vielen nun in die Erwerbstätigkeit drängenden Frauen – Arbeiterfrauen, doch auch Frauen aus anderen Schichten der Bevölkerung, die der bis dahin vornehmlich männlich geprägten Industriearbeiterschaft objektiv und subjektiv einen Wandel in den Sozialverhaltensformen abverlangten. Dazu kamen die weiter angewachsenen Scharen von Verwaltungsangestellten, die als lohnabhängige Schicht im

9 Siehe Detlef Vogel: Der Kriegsalltag im Spiegel von Feldpostbriefen (1939-1945), in: Wolfram Wette (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992, S.199-212.

10 Siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2005, S.197.

11 Siehe Josef Mooser: Einleitung und Auswertung: Kontinuität und Diskontinuität in der Arbeitergeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S.653-664, hier S.663. Sehr differenzierte Aussagen finden sich auch bei Alf Lütke: Wo blieb die „rote Glut“? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: Alf Lütke (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main-New York 1989, S.224-282.

Zusammenhang mit der Arbeiterschaft zu sehen sind. Mit dieser hier grob skizzierten Neukonstituierung war einerseits ein fachlicher Dequalifizierungsprozess verbunden, zumal sich Facharbeiter in größerem Umfang noch in Gefangenschaft befanden. Doch hinter diesen demographischen Daten verbarg sich auch der kaum einzuschätzende Verlust an durch die Arbeiterbewegung geformten und gebildeten, handlungsfähigen, selbstbewußten und streitbaren proletarischen Persönlichkeiten, die Opfer des Krieges, aber vor allem des Naziterrors geworden waren. Nicht zu vergessen die großen Endphasen-Verbrechen¹² der Nazis. Noch in den letzten Kriegstagen und sogar darüber hinaus hatten Standgerichte gewütet, denen nachdenklich gewordene, kriegsmüde Menschen aus allen Schichten zum Opfer fielen.¹³ Und um keinen KZ-Häftling, keine potentielle antifaschistische Führungskraft lebend in die Hände der Alliierten gelangen zu lassen, wurden sie auf Todesmärschen durch das Land getrieben. Somit ist letztlich – wenn man auch noch die Opfer des Stalinismus in Rechnung zieht – die Frage nach der politischen Handlungs- und Herrschaftsfähigkeit dieser Arbeiterschaft zu stellen, die in den Perspektivvorstellungen der Linken die große Hoffnungsträgerin war.

Zeitgenössische Berichte über das Kriegsende und die ersten Nachkriegsmonate vermitteln das Bild einer verstörten deutschen Bevölkerung, die sich besiegt fühlte und ihre Kraft vor allem auf das bloße Überleben konzentrierte. „Männer und Frauen fangen leicht an zu weinen“, schrieb Arthur Pieck am 7. Mai als besonders bemerkenswert an seinen Vater nach Moskau. Aufgefallen waren ihm aber auch „politische Unklarheit und Unsicherheit der Arbeiter.“¹⁴ Die Rote Armee suchte mit Unterstützung der spontan entstandenen Antifa-Ausschüsse, der sich ab Juni 1945 neu konstituierenden Parteien und Gewerkschaften, der zunächst von der Besatzungsmacht eingesetzten kommunalen und Landesverwaltungen, ebenso kirchlicher Kreise, der Verzweiflung, aber auch der Verwilderung breiter Schichten entgegenzuwirken und das Leben wieder in geordnetere Bahnen zu lenken. Erstmals begegneten dabei Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsgruppen nun KZlern, Emigranten und anderen Widerständlern in anleitenden und führenden Positionen.

12 Siehe Sven Keller: Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, in: Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg.): Terror nach innen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006, S.25-50, sowie Gabriele Hammermann: Die Todesmärsche aus den Konzentrationslagern 1944/45, in: ebenda, S.122-148.

13 Siehe Norbert Haase: Justizterror in der Wehrmacht am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Arendes/Wolfrum/Zedler, Terror S.84-89.

14 U. a. erschreckten ihn die Forderung kommunistischer Arbeiter nach Waffen und die beabsichtigte Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, aber schließlich waren das die Früchte der KPD-Politik aus der Zeit vor 1933. Arthur Pieck über die Stimmung der Berliner Bevölkerung, Brief an Wilhelm Pieck vom 7.5.1945, in: Alexander von Plato/Almut Leh: Ein stürmischer Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn 1997, S.292.

Diese aktiven antifaschistischen und antimilitaristischen Deutschen mit Widerstandserfahrung bildeten eine kleine Minderheit, zeichneten sich aber durch Initiativreichtum, Einsatzbereitschaft, organisatorische Fähigkeiten, mehr oder weniger klar umrissene Perspektivvorstellungen und gesellschaftliche Konzepte aus. Unter den günstigen Rahmenbedingungen der sowjetischen Besatzungszone verschaffte ihnen dies Handlungsvorteile und -chancen. Sie trafen auf eine Bevölkerung, in welcher klassen- und schichtenspezifische Faktoren anfangs kaum eine Rolle spielten, man fühlte sich in erster Linie als Ausgebombter, Flüchtling, Kriegswitwe, Heimkehrer, Umgesiedelter. In den Augen der meisten durch Krieg und Nachkrieg umhergetriebenen kleinen Leute, auch Arbeiter, rangierte die Versorgung eindeutig vor der Politik. Von den wieder zugelassenen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften, denen sich zunehmend organisationserfahrene, aufbaubereite oder in der Arbeiterkultur der Weimarer Republik verwurzelte Arbeiter anschlossen, und ihren Protagonisten in den Kommunal-, Landes- und Provinzial- und Deutschen Zentralverwaltungen erwarteten sie erst einmal Lebenshilfe, gerechte Entscheidungen bei der Bewältigung nachkriegsspezifischer Daseinsprobleme und insgesamt die Wiederherstellung geregelter Lebensverhältnisse – angesichts der tiefgreifenden Deformation der historisch gewachsenen gesellschaftlichen und individuellen Reproduktionsbedingungen keine leichte Aufgabe. Doch bei aller Disparatheit der damaligen Zustände und Bewußtseinslagen zeichnete sich in wichtigen politischen Fragen ein schichtenübergreifender Konsens ab, nämlich: Nie wieder Krieg! Lieber trocken Brot essen! Nie wieder ein Gewehr anfassen! Ebenfalls weitgehendes Einverständnis herrschte darüber, daß die Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft und enteignet werden müssen. Inschriften an Ruinen, Trümmerloks, Werksmauern wie „Das danken wir dem Führer!“ oder „Adolfs Erbe“ zeugten unmittelbar 1945 von spontanen Versuchen, sich mit der Nazivergangenheit auseinanderzusetzen, wengleich oft genug unter Ausblendung eigener Verantwortung und ohne schon den Faschismus als System zu begreifen. Auch später lassen sich durchaus eigenwillige antifaschistische Basisaktionen feststellen. In einigen Regionen erhielten ehemalige Nazis z. B. keine Plätze in den notorisch überfüllten Bussen des Berufsverkehrs und mußten lange Strecken zu Fuß, im Glücksfall mit dem Rad zurücklegen. Als in den späteren SAG-Betrieben die sowjetischen Betreiber das Management beibehielten, um eine möglichst ertragreiche Produktion zu erreichen, drängten Betriebsräte und Gewerkschafter auf Ablösung der belasteten Direktoren und erzwangen in einigen Fällen eine Neubesetzung der Posten.¹⁵ Wie im Osten so auch im Westen konnten sich politisch wache Menschen, vor allem die Angehörigen der reorganisierten Arbeiterorganisationen, die neue Gesellschaft nur als eine nachkapitalistische vorstellen. Die bekanntlich in der SBZ sehr weitreichende Entnazifizierung der Schulen und Verwaltungen sowie die Übernahme der Behörden durch ausgewiesene Antifaschisten bzw. Unbelastete

15 Siehe Rainer Karlsch: Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S.269-300, hier S.284-289.

stieß daher auf Genugtuung nazikritischer Kreise und fand die pragmatische Zustimmung der Kleine-Leute-Mehrheit, die zugleich irgendwie hoffte, daß eine gesellschaftliche Entwicklung zu ihren Gunsten eingeleitet würde.

Nicht wenige Angehörige der neuen Verwaltungen im Osten waren auf relativ geradem Wege vom Zuchthaus ins Rathaus gelangt. Ihre Widerstandstätigkeit und ihre Verfolgung während der Nazizeit verschafften ihnen Achtung und Respekt, zumal die meisten seinerzeit mit Arbeitern und anderen kleinen Leuten auf Augenhöhe verhandelten, viele sich selbst sehr forderten und sogar dankbar waren, daß sie als neue Ordnungskräfte anerkannt wurden. In Rückblicken erinnern z. B. Kommunisten nicht nur ihre oft überlangen Arbeitstage, sondern auch wie schwer es ihnen fiel, plötzlich an einem Schreibtisch Verwaltungsarbeit leisten zu müssen, von der sie nur wenig verstanden.¹⁶ „Manchmal war das gar nicht anders als mit ein bißchen Glück zu schaffen“, meinte später eine Crimmitschauer Stadträtin.¹⁷ Einige Kommunisten der ersten Stunde, so Werner Eggerath, andeutungsweise und eher widerwillig auch Wilhelm Thiele, lassen in ihren Erinnerungen erkennen, daß sie bei der Wiederherstellung einer funktionierenden Verwaltung erfahrenen Kommunal- und Verwaltungsbeamten aus der Sozialdemokratie viel zu verdanken hatten.¹⁸ Am zügigen Aufbau antifaschistischer Verwaltungen und insbesondere an der Formulierung einer neuen Arbeits-, Sozial- und Versicherungspolitik – einer Domäne sozialdemokratischer Spezialisten aus der Weimarer Republik – hatten sie einen bedeutenden Anteil.¹⁹ Insbesondere diese seinerzeit lebensnotwendige fürsorgliche Tätigkeit ist „unten“ hoffnungsvoll zur Kenntnis und in Anspruch genommen worden. Von den Kriegsfolgen am meisten Betroffene – Arbeiterrentner,²⁰ alleinerziehende und alleinstehende Frauen,²¹ die von 35 RM

16 Dahlem kritisierte auf dem 15. Parteitag der KPD, daß die Reden mancher Sekretäre und Funktionäre „hohl und phrasenhaft“ klängen, sobald es um Produktion und Lenkung der Wirtschaft ginge. Siehe Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 19. und 20.4.1946 in Berlin, Berlin 1946, S.72f.

17 Du bist ja nur bescheiden... Erfahrungen der Stadträtin Lotte Wilke, aufgeschrieben von Brigitte Kirilow, in: Sonntag, 1984, Nr. 10.

18 Siehe Werner Eggerath: Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens, Berlin 1975, S.122f., 133; 158, und Thiele, Geschichten, S.210.

19 So legte die unter der Leitung von Gustav Brack stehende Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS) in der kurzen Zeit ihrer Existenz eine Fülle von arbeiterbezogenen Sozialdatenerhebungen und Sozialanalysen vor, wie allein ein Blick in die Zeitschrift „Arbeit und Sozialfürsorge“ ausweist.

20 Siehe Evemarie Badstübner: Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949). Ausgewählte historische Entwicklungslinien – nachkriegsspezifische Probleme – alltagsgeschichtliche Aspekte, Diss. B, Berlin 1990, S.213-221.

21 Siehe ebenda, S.158-175, sowie Dies.: Durchkommen und Überleben. Frauenalltag in der Nachkriegszeit, in: Zeitbrüche – Lebensbrüche, Frauenalltag in Thüringen 1945,

Sozialhilfe leben mußten, und nicht zuletzt die völlig mittellosen Umgesiedelten wandten sich in Tausenden von Briefen Hilfe suchend an Ämter wie die Zentralverwaltungen für Arbeit und Sozialfürsorge oder für Umsiedler; auch an SED-Instanzen wurde geschrieben. Den Höhepunkt dieser frühen Eingabentätigkeit bildeten die Jahre 1946/47, als die Versorgungslage noch außerordentlich schwierig war und sich 1947 extrem zuspitzte. Auf über 2.400 Briefe habe sie reagiert und auch versucht zu helfen, teilte die zuständige Abteilung der Zentralverwaltung für Umsiedler in ihrem Jahresbericht von 1946 mit.²² Die Eingaben konfrontierten die Behörden mit einer Überfülle an Elend und fast aussichtslosen Alltagssituationen, was offensichtlich dazu führte, daß während der ersten Nachkriegsjahre auch in den Parteivorstandssitzungen der SED die Alltagsprobleme der Bevölkerung noch ausführlich und verständnisvoll diskutiert wurden. Bemerkenswert an dieser frühen Eingabepaxis ist, daß viele Verfasser dezidiert ihre Distanz zu den Naziorganisationen auswiesen.²³ In den Gesuchen wurde indes auch auf der Grundlage neuen politischen Gedankengutes argumentiert und eingefordert, was führende SED-Mitglieder in ihren Verlautbarungen versprachen.²⁴ Enttäuschungen über die geringen Spielräume und die Abhängigkeiten der SED und der deutschen Verwaltungsorgane

Begleitbuch für die gleichnamige Ausstellung des Museums für Thüringer Volkskunde vom 27. April bis 27. August 1995, Erfurt 1995, S.25-53.

22 Siehe Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, in: Hartmut Mehriinger (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR, München 1995, S.43-96, hier S.51, Fn. 28.

23 So wandte sich im März 1947 ein Standesbeamter an das Zentralsekretariat der SED, weil der Rentenanspruch seines Vaters ein Jahr lang keinen Erfolg hatte. „Mein Vater ist in 30 Jahren schwerster Steinbrucharbeit vollkommen verbraucht und nicht mehr arbeitsfähig. Die paar Spargroschen sind inzwischen restlos verbraucht. Ich selbst bin 45% Kriegsgeschädigter und habe mit Frau und Kind als Standesbeamter ein monatliches Einkommen von 38 Mark, bin also nicht im Stande meine Eltern auch noch mit zu unterstützen. [...] Pg war mein Vater nicht, also bestehen in dieser Hinsicht keine Hinderungsgründe. Ich selbst bin Mitglied der SED“. Bundesarchiv. Deutsche Zentralverwaltung Gesundheitswesen und Arbeit und Sozialfürsorge (BArch, DZVAS), Q-1, Nr. 1312, Bl. 61.

24 Weil ohne Vorankündigung die Waisenrente für ihre beiden Kinder gekürzt worden war, schrieb 1947 eine Heimarbeiterin aus Falkenstein im Vogtland an Jenny Matern, Staatssekretärin in der ZVAS, und schilderte ihren Tagesverlauf: „Früh steht man nach Wasser an, dann nach Gemüse, Kartoffeln, je nachdem, was es gibt. Dann muß man hetzen, um ein kärgliches Mittagmahl zu bereiten. Anschließend rennt man in den Wald, um etwas Reisig zu sammeln, damit die Kinder nicht erfrieren. Dann ist es finster u. Stromsperre. So beginnt man dann mit der Heimarbeit nachts 10 Uhr, wenn der Strom wieder kommt u. arbeitet bis 3 oder 4 Uhr morgens. Für die Kinder hat man kaum eine Stunde Zeit. Entweder sie treiben sich bei anderen Familien herum oder verwaorlosen auf der Straße. Dieses ist doch bestimmt nicht der Wunsch der jetzigen Staatsverwaltung.“ Obwohl ihr klar sei, daß der „sinnlose Hitlerkrieg“ alles Geld aufgebraucht hätte, verstünde sie nicht, daß gerade an den Waisen gespart würde. „Und wie hat doch Herr Otto Grotewohl so schön in seiner Leipziger Rede gesagt: ‚Die deutsche Jugend hat keine Schuld‘“. BArch, DZVAS, Q-1, Nr.1312, Bl. 269-271.

konnten aber nicht ausbleiben. Daher entsprangen selbst massive Mißfallensäußerungen oft ganz banalen, aber an die Substanz des einzelnen gehenden Alltagserlebnissen, so wenn Arbeiterkontrollen aus Gründen des Gemeinwohls ihren Klassengenossen gehamsterte Kartoffeln wegnahmen, um genügend Saatkartoffeln für die künftige Ernte bereitstellen zu können, oder die Volkspolizei auf dem Schwarzen Markt gehandelte Güter auch der kleinen Leute beschlagnahmte, um sie in Umsiedlerlagern und Waisenhäusern zu verteilen. Als Hilfsangebot gab es zeitweilig nur Appelle an Solidaritätstraditionen, die tatsächlich in großen Hilfsaktionen wie „Rettet die Kinder!“ oder den Länderaktionen gegen die Not, aus denen später die „Volkssolidarität“ erwuchs, realisiert wurden.

Mehr oder weniger zuversichtlich erwartete die Bevölkerung von deutschen Behörden und Organisationen auch, daß diese als Anwalt deutscher Interessen gegenüber der Besatzungsmacht fungieren würden. In Eingaben und anderen Wortmeldungen ging es dabei sowohl um Interessen von allgemeinesellschaftlicher bzw. regionaler Bedeutung, als auch um heikle persönliche Probleme der Schreiber. Unter anderem hoffte man mit Hilfe der neuen Politiker, die Demontage von Straßenbahnen, von Fabriken²⁵ oder wenigstens die Sprengung der Verwaltungsbaracken zu demontierender Rüstungswerke zu verhindern, die zur Unterbringung von Umsiedlern genutzt werden sollten. An erster Stelle standen aber Fragen nach der Rückführung der Kriegsgefangenen, die sowohl bei den oberen Parteiinstanzen als auch bei Frauenpolitikerinnen auf offene Ohren stießen. Letztere sammelten z. B. Eingaben, um sie in Karlshorst zu übergeben. 1948 durften Elli Schmidt und Käthe Kern sogar ein Kriegsgefangenenlager bei Moskau besuchen.

Als äußerst schwieriges Problem erwiesen sich aber die ständig wiederkehrenden massiven Forderungen nach Rückgabe der Ostgebiete und nach drastischer Senkung der Reparationskosten. Dem war nur mit dem kompromißlosen Hinweis auf die faschistischen Verbrechen und die Wiedergutmachtungspflicht der Deutschen zu begegnen, obwohl sich auch die SED eine mildere Praxis gewünscht hätte. Kompliziertere persönliche Probleme wie die Suche nach dem Verbleib von Familienangehörigen, die ohne Angabe von Gründen durch die Besatzungsmacht verhaftet worden waren, sind insbesondere von Angehörigen der Arbeiterbewegung häufig direkt an Wilhelm Pieck, aber auch Otto Grotewohl herangetragen worden. Kritisch benannt wurden die fehlenden rechtlichen, auf den Einzelfall bezogenen Begründungen für dieses oft willkürliche Vorgehen. „Ich bin 1933 der Partei beigetreten, weil ich keine Arbeit und kein Geld hatte. Auf diese Weise hoffte ich unterzukommen, und es war auch so. Dabei hatte ich keine Ahnung, was für eine Verantwortung ich damit übernehme“, bekannte 1946 ein Arbeiter in einem anonymen Leserbrief an den Berliner „Nachtexpress“. „Ich weiß, daß ich damit eine Schuld auf mich geladen habe, und bin bereit die Folgen zu tragen. Aber dann muß man mal ein Urteil in

25 Siehe v. Plato/Leh, Frühling, S.267f., 313.

der Hand haben, das Recht hat auch jeder Verbrecher.“²⁶ In welches Dickicht an Verwicklungen und schlimmen Entscheidungen Menschen geraten konnten, die sich um die Rückkehr ihrer Angehörigen bemühten, hat schon vor mehr als zehn Jahren Günter Agde in seiner Dokumentation über die Greussener Jungen dargelegt.²⁷ Obwohl über Schuld oder Nichtschuld der Mitläufer, der sogenannten kleinen Pg, schon 1946 entlastend diskutiert worden war, stellte die SMAD die Überprüfung von unschuldig Verhafteten erst Anfang 1948 nach Verhandlungen mit Pieck und Grotewohl in Aussicht.

„... und alles trägt der Arbeiter“

Hier interessieren aber vor allem die Industriearbeiter, die wichtigste Zielgruppe der SED. Sie boten in ihrer Eigenschaft als Produzenten, aber vor allem in ihrer erwarteten Rolle als künftige gesellschaftliche Führungskraft ein widersprüchliches Bild. Den Kern der Arbeiterschaft bildeten unmittelbar nach Kriegsende die vom Kriegsdienst befreit gewesenen Produktionsarbeiter in der Großindustrie, die nach Beendigung der Kampfhandlungen relativ schnell die Wiederherstellung eines geregelten Alltags erstrebten und die dafür ihre produktiven Fähigkeiten, ihr Arbeitswissen und ihre Betriebskenntnis mitbrachten. Sie lebten oft noch in intakten Milieus und wollten wieder normal und kontinuierlich arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Dazu kam die Hoffnung auf eine bessere Lebensmittellkarte. Schon am 10. Mai 1945 verzeichnete der spätere Direktor des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke in seinem Tagebuch, daß sich vor dem Werktor jeden Tag zunehmend mehr Betriebsangehörige einfanden. Am 16. Mai durften sie dann das Werk zu Aufräumungsarbeiten betreten, also noch vor Erlaß der Produktionsbefehle und der Arbeitspflichtverordnungen.²⁸ Allerdings wurden in den ersten Nachkriegsmonaten Tausende von Arbeitern zu Demontearbeiten herangezogen.²⁹

Der unmittelbaren Nachkriegsdepression folgte ab Spätsommer 1945 eine Phase des Wiederaufbaus, die 1946 ihren Höhepunkt erreichte und in welcher Arbeiter alles daransetzten, Fabriken, Wasser-, Energie- und Verkehrsbetriebe wieder arbeitsfähig zu machen. „Man tat damals, was getan werden mußte“, meinte ein ehemaliger Maurer, später ein bekannter Kunsthistoriker, „das geschah ohne jedes Empfinden von Heroismus, obwohl es heroisch war, fast nur mit bloßen Händen den Trümmern zu Leibe zu gehen, in zerstörten Fabriken Maschinen aus dem Schutt zu graben und neu in Gang zu setzen, und das alles mit einem

²⁶ Nachtexpress, 25.1.1946.

²⁷ Siehe Günter Agde: Die Greussener Jungs. Hitlers Werwölfe, Stalins Geheimpolizisten und ein Prozeß in Thüringen, Berlin 1995. Siehe auch Frank Beyers Bericht über das Schicksal seines Onkels. Frank Beyer: Wenn der Wind sich dreht, München 2002, S.41f.

²⁸ Hartmut Mehls: Ein ungewöhnliches Tagebuch, in: Das Magazin, 1982, H. 5, S.46f.

²⁹ Siehe z. B. Rainer Karlsch: „Rüstungsprovinz“ und Reparationsressource – Die Demontagen in Sachsen/Anhalt, in: Ders./Jochen Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949, Berlin 2002, S.227-273, hier S.258f.

Minimum an Nahrung, nicht viel mehr an Hoffnung³⁰. Trümmerfrauen reagierten ebenfalls emotionslos und pragmatisch: „Irgendwie muß der Schutt ja weg. Von alleine wird nichts.“³¹ Von aufkommendem Lebensmut zeugten kleine Zeitungsmeldungen etwa vom Wiedererstehen des Lichtenberger Arbeiterorchesters³², von Arbeiterchören oder allgemein über die Wiederbelebung der Freizeitkultur. Immerhin gab es außer Alkolat auch schon wieder Bier – „Sieger- und Besiegtenbier“.³³

Es ist dies m. E. die Zeit größten Einverständnisses mit den neuen politischen Kräften seitens der Arbeiterschaft nach 1945. Als Ausweis dessen sind wohl auch die Abstimmung über den Volksentscheid vom Juni und die Wahlen vom Oktober 1946 zu interpretieren, die auf demokratischem Wege neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen herstellten. Die Schaffung von Einheitsgewerkschaften und die konfliktreiche Vereinigung von KPD und SPD wurden von unten eher differenziert nach jeweiliger Parteibindung, Kenntnis der Umstände, aber auch pragmatisch und unaufgeregt zur Kenntnis genommen.³⁴ Erneuerungswille der Arbeiterorganisationen und Aufbauwille an der Basis trafen sich dennoch im konkreten Anliegen des Wiederaufbaus. Es war die Karbid- und Sauerampfer-Generation, die unter großem persönlichem Einsatz, oft mit eigenem Werkzeug unter schwersten Bedingungen die Produktion wieder in Gang brachte. Da die Demontage der Rüstungsindustrie Vernichtung von Industriearbeitsplätzen bedeutete, produzierten nun hochqualifizierte Arbeiter Holzschuhe oder Kochtöpfe aus Stahlhelmen u. ä. oder mußten die in großer Zahl benötigten Schrauben wie zu Urgroßvaters Zeiten mit der Hand herstellen – aber sie konnten es.³⁵ In nahezu allen Produktionszweigen hatten sie mit zerstörten Produktionsanlagen, fehlenden Maschinen oder Maschinenteilen sowie Energie- und Rohstoffmangel zu tun, d. h. Umständen, die eine zügige Produktion unmöglich machten und den Anteil der körperlichen Arbeit anwachsen ließen.³⁶ Die zerrüttete Infrastruktur belastete zusätzlich. „Da kommen die Arbeiter einer Grube täglich aus mehr als dreißig Ortschaften, von denen einige mehr als 15 Kilometer entfernt liegen“, heißt es in einem

30 Wolfgang Hütt: Heimfahrt in die Gegenwart, Berlin 1982, S.436.

31 Die Frauen packen an, in: Deutsche Volkszeitung, 26.6.1945.

32 Siehe Die Freie Gewerkschaft, 10.4.1946.

33 Im neuen Jahr – das neue Bier, in: Nachtexpress, 3.1.1946. Beim sog. Besiegtenbier handelte es sich um Dünnbier, gelegentlich auch Fliegerbier genannt.

34 Diesbezüglich existieren noch viele Wissenslücken. Siehe aber Ahlheit/Haack, Autonomie, S.59-72.

35 Siehe Wilhelm Schulz: Anfänge im Rostocker Hafen 1945, in: Unbeugsame Kraft. Erinnerungen und Episoden aus dem Kampf der Arbeiterbewegung im Bezirk Rostock, Rostock 1976, S.260-263, hier S.261.

36 In der Berliner Industrie betrug 1946 der Anteil der Maschinenstunden an den für die Fertigung geleisteten Arbeitsstunden (ohne Bau) im März 25 %, im April und Mai 26 % und vom Juni bis September 30 %. Siehe Geschäftsbericht des FDGB Groß-Berlin, Berlin 1947, S.225.

Versammlungsbericht aus der thüringischen Kaliindustrie vom Juni 1946. „Eisenbahn- und Omnibusverbindungen fehlen. Fahrräder sind nicht vorhanden. Ein großer Teil der jeden Tag Ausfallenden ist fußkrank, da ihnen die nötigen festen Lederschuhe fehlen.“ Kein Wunder, daß die Forderung aufkam, Fahrräder von Leuten zu beschlagnahmen, die sie nicht aus beruflichen Gründen brauchten.³⁷ Eine aktive gesellschaftliche bzw. politische Betätigung oder eine extensive Versammlungstätigkeit zum Zwecke der politischen Meinungsbildung konnte unter diesen Bedingungen kaum erwartet werden. Symptomatisch dafür ist die Reaktion von Berliner Siemens-Plania-Arbeitern auf die Einladung zu einer großen Gewerkschaftsversammlung: „Wir gehen nach Hause und legen uns aufs Sofa“.³⁸ Arbeitererinnerungen an diese Zeit widerspiegeln Stolz auf das Geleistete, zeitgenössische Aussagen eher das Gefühl, überfordert zu sein, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, denn Arbeitsergebnisse wurden zu großen Teilen für Reparationszahlungen verwendet. Dauerhafte Stabilität in den Produktionsabläufen und im Verhältnis zu den neuen politischen Kräften war somit keineswegs gegeben. Die nach wie vor hohen Reparationsleistungen und die unerwartete zweite Demontagewelle führten in der Versorgungs- und Wirtschaftskrise von 1947 sogar zu erheblichen Rückschlägen und rückläufigen Entwicklungen. „Ich bin ein alter Arbeiter hier geworden und die Maschinen, all das, was hier weggeholt wurde [...] ich habe damals an einem Abend geheult, richtig geheult,“ erzählte 1948 ein Hennigsdorfer Arbeiter anlässlich einer Betriebsreportage dem Schriftsteller Eduard Claudius.³⁹ Die Wiedergutmachungspflicht gegenüber der Sowjetunion wurde erneut in Frage gestellt, und die eng mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitende SED geriet einmal mehr in den Ruch der „Russenpartei“.

Arbeiter verspürten in ihren reproduktiven Lebensbereichen an die Substanz gehende Verschlechterungen. „Erst essen, dann arbeiten“, artikulierten in der zugespitzten Situation des Jahres 1947 nicht wenige Arbeiter. Selbst der II. Parteitag der SED vom September 1947 stellte in seiner Entschließung zur politischen Lage fest: „Die Moral versinkt im Elend“.⁴⁰ Zu Hungermärschen wie im Westen führte die schwierige Lage nicht. Ostdeutsche Arbeiter bekundeten ihr Mißfallen vor allem in den jeweiligen Betrieben oder blieben in großer Zahl der Arbeit fern, weil sie notgedrungen auf eigene Faust lebenswichtige Güter aufreiben wollten. Als bewußt widerständiges politisches Verhalten läßt sich dieses Fernbleiben daher nicht bewerten. Allerdings zeichnete sich ab, daß Arbeitsverhalten und Arbeitsdisziplin in den künftigen Interaktionen von Arbeiterschaft und politischer Führung eine dominierende Rolle spielen würden.

37 Zit. nach: Dietmar Keller: *Lebendige Demokratie*, Berlin 1971, S.42f.

38 Aus einem Diskussionsbeitrag von Karl Litke auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED vom 20.4.1947, SAPMO-BArch, DY 30, IV/2/1/12.

39 Eduard Claudius: *Arbeit, Kritik, Hoffnung, Hennigsdorfer Eindrücke*, in: *Deutschlands Stimme*, 15.8.1948, S.6.

40 Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED. 20. bis 24. September 1947 in Berlin, Berlin 1947, S.538.

Denn Arbeiter stellten sich in ihrer Mehrheit der Nachkriegssituation mit den Verhaltensweisen, die sie in früheren Gesellschaften praktiziert hatten,⁴¹ zumal sie in ihrer Lebenslage keine Veränderungen oder gar Verbesserungen verspürten. Der befreite Arbeiter, „der Fleiß ohne Unternehmerteitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber“ entfaltet,⁴² wie er in den Vorstellungen der Linken existierte, war dauerhaft – sieht man von der Überwindung der größten Nachkriegsnot ab – in der Praxis kaum anzutreffen. Im Gegenteil, in einigen volkseigen gewordenen Betrieben hatten Arbeiter anfangs sofort die Stechuhren stillgelegt und Bergarbeiter z. B. die 6-Stunden-Schicht gefordert.⁴³ Obwohl Arbeit, Arbeitsamkeit und Arbeiterstolz in den Wertvorstellungen der Arbeitenden durchaus einen zentralen Platz einnahmen, blieb Arbeit Mittel zum Erwerb und damit wichtigster Weg zum individuellen Konsum und zur persönlichen Lebensgestaltung. In gewisser Weise hatte Ackermann schon frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen: „Wir müssen uns den Kopf zerbrechen: Was können wir tun, um den Arbeitern etwas zu geben?“, fragte er auf der 5. Tagung des Parteivorstandes der SED im September 1946. „Denn alle Schichten haben irgend etwas von uns bekommen, jedenfalls viele Schichten: der Bauer, der Lehrer, die Intelligenz haben im großen und ganzen sehr viel bekommen, aber von Anfang an nichts bekommen hat der Arbeiter, und alles trägt der Arbeiter.“⁴⁴ Die soziale und politische Brisanz dessen zeigte sich im Krisenjahr 1947 besonders deutlich und erforderte zügiges Handeln. Bekanntlich gingen die deutschen Gremien mit Unterstützung der SMAD – beginnend mit dem Befehl 234 – dazu über, die materielle Lage der Arbeiter mit einem Bündel differenzierter Maßnahmen direkt im Betrieb zu verbessern: Werksessen, Ausbau der betrieblichen Gesundheitseinrichtungen, Einrichtung von Betriebskindergärten, Bereitstellung von Urlaubsplätzen, ‚kulturelle Arbeit an den Massen‘ usw. Daneben begann die im Grunde notwendige, aber umstrittene Einführung von Leistungslöhnen und die Initiierung von Wettbewerben. In Verbindung mit der längerfristigen Wirtschaftsplanung, der Eröffnung von HO-Geschäften und einigen kleineren Preissenkungen gelang in der Folgezeit eine gewisse Konsolidierung der Lage. Die ausgesprochenen Hungerjahre waren vorbei.

41 Ein Berliner Glühlampenwerker bezeichnete später seine Kollegen als „ein bißchen schwerfällig, weil sie noch von OSRAM kamen und den ‚Siemensschritt‘ hatten. – Siemensschritt, das ist ein ganz bestimmter Schritt. Man geht nicht schneller. Das ist eine gewisse Arbeitsweise.“ Wolfgang Herzberg: So war es. Lebensgeschichten zwischen 1900 und 1980, Halle-Leipzig 1985, S.239.

42 Heinz Stützer: Sächsische Bergarbeiter im Kampf um Kohle und für ein demokratisches Deutschland von 1945 bis 1948, Leipzig 1966, S.19.

43 Schon die junge KPD betrachtete dies als Bestandteil der künftigen „sozialistischen Bürgertugenden“. Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30.12.1918 bis 1.1.1919, o. O. o. J., S.51.

44 SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/1/4, Bl.163.

Führende gesellschaftliche Kraft?

An dieser Stelle ist zu fragen, inwieweit die Arbeiterschaft an der Basis tatsächlich tragende und führende gesellschaftliche Kraft dieser Aufbau- und Erneuerungsphase wurde, wie Ackermann prognostiziert hatte.⁴⁵ Der Versuch einer Antwort ergibt ein Bild äußerst widersprüchlicher Entwicklungen. Arbeiter hatten sicherlich einen Anteil an Entnazifizierung und antifaschistischer Erneuerung. Tragende Kraft waren sie aber in Ost wie West vor allem in ihrer Funktion als weiterhin ausführende Produzenten. Nur arbeiteten sie nicht von einem neuen Arbeitsethos getrieben, sondern wie zuvor auch, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und suchten angesichts ihrer Erschöpfung und der nach wie vor schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen ihre Arbeitskraft sogar möglichst zu schonen. Also wehrten sie sich gegen Leistungslöhne mit der alten Losung „Akkord ist Mord“, und der Aktivist Adolf Hennecke erschien vielen als Arbeiterverräter. Da sich die reproduktiven Lebensbereiche, die nun einmal von Niveau und Effektivität der gesellschaftlichen Produktion abhängig sind, in der SBZ langfristig nicht den Erwartungen entsprechend entwickeln konnten, war diese Konfliktsituation von Dauer. Lohn- und Normenfragen bildeten in den folgenden Jahren den sozialen und politischen Hauptkonfliktstoff zwischen Produktionsarbeitern der volkseigenen Industrie und politischer Führung.⁴⁶ Auf der Suche nach plausiblen Erklärungen für die sich letztlich aus den Notwendigkeiten der industriellen Arbeit ergebenden Anforderungen an die Arbeiter argumentierte z. B. der Gewerkschafter Walter Maschke: „Kam es früher darauf an, aus geduldigen und fügsamen Knechten Kämpfer zu bilden, die selbstbewußt ihren Weg im Vertrauen auf die Kraft und die Stärke der Bewegung gingen, so müssen heute aus den Kämpfern bewußt dem wirtschaftlichen Neuaufbau dienende Arbeiter werden – die in Gemeinschaft, aber auch auf sich selbst gestellt – in ihrer Arbeit verantwortungsbewußt ihren Weg der Pflicht gehen.“⁴⁷ Auch Ackermann erhoffte den „gewandelten Menschen“, der Arbeit als „ehrenvolle, freiwillige gesellschaftliche Verpflichtung“ betrachten würde.⁴⁸

45 Während Ackermann noch auf dem Kulturtag der KPD meinte, daß Arbeiter und Intellektuelle beim gesellschaftlichen Neuaufbau zusammengehen müssen, schrieb er nach seiner 1948 erfolgten Abstrafung in einem großen Unterwerfungsartikel: „Sie [die Arbeiterklasse E. B.] ist die einzige Klasse, die an der Aufdeckung der Wahrheit interessiert ist. Daher ist sie auch befähigt, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen u n d b e w u ß t – bewußt im Sinne exakter wissenschaftlicher Erkenntnis – G e s c h i c h t e z u m a c h e n.“ (Hervorhebung im Orig.) Anton Ackermann: Stalin, Führer des Weltproletariats. Zu seinem 69. Geburtstag am 21. Dezember 1948, in: Neues Deutschland, 21.12.1948.

46 Siehe grundlegend hierzu Hübner, Konsens.

47 Walter Maschke: Wege zur Zusammenarbeit zwischen Werktätigen und Kulturschaffenden, in: Der Zweijahrplan und die Kulturschaffenden. Protokoll der gemeinsamen Arbeitstagung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft Kunst und Schrifttum am 28. und 29.10.1948 in Berlin, o. O. J., S.11-25, hier S.15.

48 Neues Deutschland, 5.9.1948.

Zwar fand in der SBZ/DDR schrittweise auch eine Verrechtlichung alter Arbeiterforderungen statt, aber die tagtäglichen Plackereien und das Verlangen nach neuer Fügsamkeit ließen dies im Alltagsbewußtsein in den Hintergrund geraten.

Allein der Organisationsgrad⁴⁹ beweist, daß Arbeiter mit ihren Forderungen vor allem auf die neu gegründeten Gewerkschaften setzten.⁵⁰ Immerhin hatten diese in ihren Grundsatzdokumenten wichtige sozialpolitische Forderungen und Arbeiterrechte wie das Streikrecht verankert.⁵¹ Daneben wirkten Erinnerungen an die Gewerkschaftsbewegung vor 1933. Auch Losungen wie „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ entsprachen Arbeiterhoffnungen. Gewerkschafter und Betriebsräte waren die von den Arbeitern am meisten akzeptierten Interessenvertreter im Betrieb, mit denen sie vor Ort ohne zeitraubende Versammlungstätigkeit verhandeln konnten. Dafür organisierten diese unter den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer sozialisierten Industrie schrittweise weitgehende Möglichkeiten der Mitbestimmung und eröffneten Arbeitern neue Handlungsspielräume. Schon die ersten 1945 spontan gebildeten, erst recht die durch die Betriebsrätewahlen von 1946 entstandenen Betriebsräte forderten und praktizierten gemeinsam mit den Gewerkschaften zunehmend Mitsprache bei Einstellungen und Entlassungen, bei Lohn- und Gehaltsfragen, bei sozialen Belangen und Arbeitsschutzfragen und – das war eine völlig neue Gestaltungsmöglichkeit – bei der Produktionsgestaltung und bei der Verwaltung des Betriebes sowie bei Verhandlungen mit Besatzungsbehörden, Finanzgebern und Kooperationspartnern. Daß sie unter Umständen auch sehr konservativen und modernisierungsfeindlichen Auffassungen folgten, zeigt die Behandlung der Frauenproblematik. Der Anteil der Frauen an Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären entsprach in keiner Weise dem prozentualen Mann-Frau-Verhältnis. Nun gehörte die Eingliederung der zumeist beruflich nicht qualifizierten Frauen in den Arbeitsprozeß zweifellos zu den schwierigsten arbeitspolitischen Problemen der Nachkriegszeit. Auch Arbeiter sahen die Notwendigkeit, Frauen zu beschäftigen, offerierten aber viele Vorbehalte.⁵² Denn unbestritten galten Arbeitsamkeit, körperliches Geschick, Arbeitswissen, das Beherrschen praktisch-technischer Fertigkeiten, Rationalität, Kooperationsfähigkeit sowie Ordnungssinn und Diszipliniertheit vor allem als

49 1947 3,5 Mio., 1950 5 Mio. Mitglieder. Von den 1.854 000 Mitgliedern der SED kamen im Jahre 1947 46,3 % aus der Industriearbeiterschaft.

50 Siehe Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln-Weimar-Wien 2005, S.29.

51 Siehe Soziale Forderungen des FDGB, in: Protokoll des 2. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, o. O. o. J. (1947) S.221-223.

52 „Die Frau ist an sich bei Ausübung einer beruflichen Tätigkeit weniger konzentriert als der Mann und die gegenwärtigen Zeitverhältnisse tragen dazu noch besonders bei.“ Aus einem Bericht des Verbandes der Holzarbeiter an die ZVAS über die Beschäftigung von Frauen vom 19.3.1946. BArch, DZVAS, Q-1, Nr. 1293, Bl. 24f.

Eigenschaften männlicher Industriearbeiter und bildeten wichtige Seiten ihres Selbstbildes und ihres Selbstbewußtseins. In den männerdominierten Industriebetrieben, die bislang kaum Frauen beschäftigt hatten, stießen diese daher auf wenig Entgegenkommen. Sie wurden diskriminiert, nicht für voll genommen, benachteiligt und regelrecht schikaniert. Frauen mußten Außerordentliches leisten, um mit solchen Situationen fertigzuwerden und in der Arbeit zu bestehen. Wer daher einen Beruf als Sekretärin in einer Gemeindeverwaltung oder in einer Kohlenhandlung ergattern konnte, blieb dort möglichst bis zur Rente. Parteiinstanzen, Frauen- und Sozialpolitikerinnen versuchten relativ frühzeitig, Frauen in ihrer Lage zu helfen, auch weil sie Auswirkungen auf deren Politikverhalten befürchteten. Doch als im August 1946 der SMAD-Befehl 253 der alten proletarischen Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eine rechtliche Grundlage gab, brach innerhalb der Arbeiterschaft der Streit erst richtig aus, und die Realisierung dieses Befehls wurde immer wieder abgebremst. Frauen seien kleiner als Männer, bräuchten also weniger Nahrungsmittel usw. wurde diskutiert, daher wäre weniger Lohn gerecht. Unseligerweise griff die Ökonomin Rita Sprengel in einem der Selbstverständigung dienenden Artikel⁵³ dieses Argument auf, so daß Frauengruppen empört protestierten. Jürgen Kuczynski mischte sich ein und meinte, dann müßte man aber auch kleineren Männern unter 1,70 weniger Lohn zahlen.⁵⁴ Couragierte Frauen, Frauenausschüsse, auch die Frauenpolitikerinnen der SED haben mit großem Elan gegen das weitverbreitete konservative Frauenverständnis angekämpft – übrigens auch in den eigenen Reihen – und Frauen aufgefordert, sich zu wehren. Doch aus Zeitgründen und wegen ihrer starken familiären Belastung verzichteten viele Frauen auf Teilnahme am aktiven politischen Leben. Die arbeitende Frau mit Berufsabschluß hat sich massenhaft erst Ende der 50er und Anfang 60er Jahre ihren mehr oder weniger anerkannten Platz erobert.

Doch auch auf ein anderes Problem mit Langzeitwirkung ist hinzuweisen: So ist nicht zu übersehen, daß schon Ende der 40er Jahre die Arbeitswelt für Produktionsarbeiter eine völlig neue Bedeutung erlangte. Insbesondere volkseigene oder SAG-Betriebe entwickelten sich zu dem bestimmenden Ort, an dem sich Arbeiter kollektiv artikulierten, ihre Spielräume austesteten und mehr oder weniger erfolgreich versuchten, ihre spezifischen, manchmal gruppen- bzw. betriebsegoistischen Interessen durchzusetzen. Die oft massive Kritik an den noch immer schlechten Lebensbedingungen, besonders an den katastrophalen Wohnverhältnissen, fand ebenfalls hier statt und nahm in späteren Jahren zu, als Währungsreform und Marshallplan im Westen bessere Lebenschancen erwarten ließen. Doch schon im Oktober 1947 hatte Walter Ulbricht auf einer Bezirksvorstandssitzung des FDGB⁵⁵ verärgert reagiert, weil in den Betrieben Forderungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage gestellt würden. Im

53 Siehe Rita Sprengel: Studien zur Bewertung der Frauenerwerbstätigkeit, in: Die Arbeit, 1948, S.6.

54 Siehe Jürgen Kuczynski: Wert und Preis der Frauenarbeit, in: Die Arbeit, 1948, S.106.

55 Siehe Hübner, Konsens, S.28.

Grunde forderte er die Gewerkschafter auf, sich nicht in Opposition zu üben, sondern in erster Linie die Interessen der SED nach unten zu vertreten. Damit war der Sache nach ein Funktionswandel der Gewerkschaften eingeleitet. Da der SED und anderen Gremien die Forderungen, ständigen Diskussionen und Aushandlungsnotwendigkeiten offenbar lästig waren, standen auch die Betriebsräte zur Disposition, zumal sie im sowjetischen Modell nicht vorkamen. Als erste lösten die sowjetischen Leitungen die Betriebsräte in den SAG-Betrieben auf, in der übrigen SBZ bestanden sie noch bis Ende 1948. Ihre Abschaffung bedeutete Verzicht auf langwierige, manchmal quälende, aber basisdemokratische und im Hinblick auf Arbeiter emanzipatorische Entscheidungsfindungsprozesse, die in Gang zu setzen für eine nachfaschistische Gesellschaft eigentlich unabdingbar war.

Vor allem in den Großbetrieben baute die SED 1948/49 ihr Betriebsgruppensystem aus, d. h. in den Augen der Arbeiter entstand neben Betriebs- und Gewerkschaftsleitung ein weiterer Leitungsapparat, mit dem sie sich auseinandersetzen bzw. arrangieren mußten.⁵⁶ Die Arbeiterbewegung in Gestalt von Parteien und Gewerkschaften trat Arbeitern nun zunehmend als staatlich organisierte Kraft entgegen, die sie auf der Grundlage oben gefaßter verbindlicher Beschlüsse anleitete und führte. Angesichts dieser Selbstermächtigung entstanden in Perspektive neue Konfliktherde, denn die SED befand sich auf dem Wege zur hierarchisch gegliederten stalinistischen Kaderpartei. Die Welle der Disziplinierungen und Parteisäuberungen betraf zwar zuerst die Mitglieder, aber auch nach außen wurde der Ton rauher. Selbst die Arbeiterfreizeitkultur wurde unter die Lupe genommen und die Erziehung zum neuen Menschen forciert. Kulturerzieherische Freizeitkonzepte wurden gefördert und erstmals Künstler zu diesem Zweck in die Betriebe geschickt. „Kulturelle Kurzveranstaltungen während der Arbeitspause zur Hebung der Arbeitsintensität“ oder der „Kampf gegen das Bummelantentum“ mit „zeitnahen Bühnenstücken“ stießen allerdings auf wenig Gegenliebe.⁵⁷ Zur gleichen Zeit wurde aber an einem weitgehend pluralistischen Verfassungsentwurf gearbeitet, und beispielsweise der Sozialpolitische Ausschuß des Deutschen Volksrates erörterte interessante, am Volkswohl orientierte Maßnahmen für ganz Deutschland.

Um die Wirtschafts- und Versorgungslage zu verbessern, griffen die jeweiligen Führungsgremien mehr und mehr zum Mittel der ideologischen Massenmobilisierung und riefen immer erneut Produktionswettbewerbe sowie andere Aktionen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ins Leben. Zugleich setzten sie auf Schulung und Erziehung. Das war sicher nicht falsch, denn systematische und umfassende politische und fachliche Bildungsarbeit gehörte zu

⁵⁶ Die Qualität dieser Beziehungen hing oft vom Format der Akteure ab. Siehe auch Ahlheit/Haack, *Autonomie*, S.58-72.

⁵⁷ Festlegungen thüringischer Kulturreferenten aus dem Jahre 1947. BArch, DZVAS, Q-1, Nr. 1313, Bl. 88.

den bedeutenden Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Doch Schulung wurde zunehmend auch als ideologische Disziplinierung verstanden, und die Sowjetisierung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehrstoffe produzierte eher Mißvergüßen. Stalins These vom sich gesetzmäßig verschärfenden Klassenkampf konnte einen kritischen Denker durchaus zum Klassenfeind werden lassen. Bezieht man allerdings die Berufsdimension in die Überlegungen ein, zeigt sich, daß die Chance zur fachlichen Qualifizierung für immer mehr Betriebsangehörige interessant wurde.

Auf viele Brüche und Kursänderungen, mit denen sie die politische Entwicklung seit 1945 konfrontierte, war die Arbeiterschaft nicht vorbereitet. Vieles wurde auch nicht gleichzeitig wahrgenommen, sondern erst allmählich verarbeitet und begriffen. Die 1948 einsetzende Distanzierung der SED von den demokratischen Denk- und Praxisansätzen des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus, die ja auf fruchtbaren Boden gefallen waren, die Verdrängung ehemaliger Sozialdemokraten, der angestrebte Funktionswandel der Gewerkschaften, die Schaffung der Kasernierten Volkspolizei und die entgegen allen früheren Erklärungen überdimensionierte Propagierung des sowjetischen Beispiels, die quasireligiöse Stalinverehrung, dazu der Kalte Krieg und die sich abzeichnende Teilung Deutschlands verursachten Unsicherheit und großes Unbehagen. Von „oben“ wurde zudem Arbeiterleben mehr und mehr ideologisiert und immer weniger als sozialer Prozeß wahrgenommen. „Aus einer analytischen Sozialkategorie, der ‚Arbeiterklasse‘“ wurde „eine unmittelbare Kollektivperson mit konsistenter Identität, die unabhängig von wirklich empirischen Personen quasi lebensgeschichtlich ‚handelt‘.“⁵⁸ Arbeiter reagierten auf diese Entwicklungen mißtrauisch und abwartend, wollten aber ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse, Ansprüche und Verhaltensweisen ernst genommen sehen. Schließlich hatten auch sie gewisse Emanzipationsprozesse durchlaufen.

Jugendliche und junge Erwachsene aus Arbeiterkreisen sahen die Welt allerdings oft anders. Sie kannten die sogenannten Friedenszeiten nicht, sondern waren in den Kriegs- und Trümmerjahren aufgewachsen, wollten vorwärtskommen und etwas werden. Da sie beachtliche, nie dagewesene Bildungschancen erhielten, fühlten sie sich der neuen Ordnung verbunden. Durchaus offen für die Aufgabe, ein neues Deutschland zu errichten, erlebten sie in Perspektive soziale Aufstiege, viele drangen in neue Lebenswelten und Funktionen vor, die ihnen durchaus Gestaltungsmöglichkeiten boten, und bildeten so eine wichtige Aufbau- und Trägergeneration der DDR.⁵⁹ Und mancher empfand dies als Weg vom Knecht zum Herrn.

Als sich die DDR 1949 als Arbeiter-und-Bauernmacht konstituierte, hat darin die Masse der Arbeiter ihren eigenen Aufstieg vom Knecht zum Herrn aber nicht sehen können. Sie verstanden sich nach wie vor als ‚einfache‘ Arbeiter, die aber

⁵⁸ Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt/Main 1991, S.46.

⁵⁹ Siehe z. B. Mary Fullbrook: Generationen und Kohorten in der DDR, in: Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, Leipzig 2006, S.113-130.

gerade in dieser Rolle beachtliches Druckpotential entfalten konnten. Schließlich wurden sie gebraucht. Im Bewußtsein ihrer Unersetzbarkeit entzogen sie sich übersteigter Politpädagogik und verfolgten eigene Vorstellungen und Interessen. Keimhaft deutete sich an, was Ahlheit/Haack „informelle Autonomie der Arbeiter“ nannten. Über Vor- und Nachteile dieser Begriffsbildung wird weiter nachzudenken sein. Da sich die sozialistischen Spitzenfunktionäre als Teil der Arbeiterklasse verstanden, war jedoch für sie die Hegemonie der Arbeiterklasse unumstrittene Realität. Die sich daraus ergebenden Widersprüche zwischen Arbeitern und SED, zwischen „oben“ und „unten“ wurden zumeist in der schönen Literatur⁶⁰ problematisiert, hin und wieder versuchten auch Politiker wie etwa Alfred Kurella – als Kulturpolitiker eher dogmatisch –, Erklärungen zu finden. So meinte er, daß die Entwicklung der unterdrückten Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse (die ja von den Klassenindividuen nachvollzogen werden muß, E. B.), „daß der Übergang vom Knecht zum Herrn nie als ein bloßes Nacheinander gesehen werden darf, sondern als Spannung in der Existenz des Arbeiters in jeder Etappe, als Einheit der Gegensätze begriffen werden muß“.⁶¹ Auf höchst intelligente Weise nahm sich dann im letzten Jahrzehnt der DDR Volker Braun des ungleichen Paares Herr und Knecht an und machte es zum Dreh- und Angelpunkt seines gesellschaftskritischen „Hinze-Kunze-Romans“. Dieser beginnt mit Fragen: „Was hielt sie zusammen? Wie hielten sie es miteinander aus? Ich begreife es nicht, ich beschreibe es. Und immer der eine mit dem anderen, und der andere machte mit... Wenn man sie fragte, antwortete der eine für den anderen und der andere mit: Im gesellschaftlichen Interesse.“ Heutzutage schlägt sich mit diesen Fragen die DDR-bezogene Geschichtswissenschaft herum.

60 Auch Wissenschaftler bedienen sich gern dieser Vorgaben. Insbesondere der Frank-Beyer-Film „Die Spur der Steine“ nach dem Roman von Erik Neusch dient gelegentlich als Beispiel. Siehe Ahlheit/Haack, *Autonomie*, S.423-430. In unserem Falle empfiehlt sich Werner Bräunigs Buch „Rummelplatz“ als idealer literarischer Kontext.

61 Alfred Kurella: *Kamst zu uns aus dem Schacht. Erinnerungen an Hans Marchwitza*, Berlin 1980, S.76f.

Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte¹

Andreas Tietze

Die polytechnische Bildung, die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit der Schüler und der Vermittlung von Einblick in die wichtigsten Produktionszweige, war ein zentrales Element des Bildungswesens der DDR. Sie stellte in der deutschen Bildungsgeschichte insofern ein Novum dar, als daß die Sphären der Produktion und der Erziehung nun auch außerhalb der Berufsausbildung bewußt miteinander verschränkt wurden.² Damit trat die Erziehung zum Teil aus der Schule heraus und verband sich mit dem gesellschaftlichen Leben. Dies brachte Neuerungen nicht nur für Schüler und Lehrer, sondern auch für die Arbeiter volkseigener Betriebe und die Arbeiter und Bauern der LPGen. So regelte das Schulgesetz von 1959 in § 11 Abs. 2: „Die volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind für die Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, insbesondere bei der Durchführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion, verantwortlich.“ Die Übernahme eines Bildungsauftrages und pädagogischer Verantwortung durch die Betriebe schlug sich auch auf die Tätigkeit der Arbeiter nieder.

Wenn im folgenden versucht wird, die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR aus der Perspektive konkreter Erfahrungen bei der Verknüpfung des Unterrichts mit produktiver Arbeit nachzuzeichnen, so steht nicht der Anspruch im Vordergrund, ein umfassendes oder repräsentatives Bild der realen Entwicklungen mit ihren Widersprüchen und Schwierigkeiten zu zeichnen. Stattdessen beschränkt sich die Darstellung auf idealtypische Fälle, an denen sich die wesentlichen Prozesse dieser Entwicklung illustrieren lassen. Anhand von Modellberichten, deren Veröffentlichung in erster Linie propagandistischen Zwecken diene, soll skizziert werden, wie sich die Verbindung von Unterricht und Produktion vollzog und wie die Arbeiterklasse im konkreten Fall die ihr zugewiesene Erziehungsverantwortung übernahm. Im Mittelpunkt stehen drei

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Hier sei darauf hingewiesen, daß die Verbindung des Unterrichts mit praktischer Arbeit der Schüler keineswegs eine Erfindung der DDR-Pädagogik gewesen ist. Sowohl die klassische bürgerliche Pädagogik als auch die Reformpädagogik versuchten in vielfältiger Weise, die praktische Tätigkeit der Schüler für den Unterricht nutzbar zu machen, sei es durch Handfertigkeitsunterricht oder in der Arbeits- bzw. Produktionsschule. Das Neue der polytechnischen Bildung war die Verbindung des Unterrichts mit der realen, gesellschaftlichen Produktion anstelle isolierter, schulisch organisierter manueller Tätigkeit.

Erfahrungsberichte, die exemplarisch darstellen, vor welcher Aufgabe Schule und Betriebe standen, als es darum ging den Unterricht im Sinne polytechnischer Bildung umzustrukturieren und mit der Arbeit im Betrieb zu verbinden.

I. Einleitung

Als nach Kriegsende die Reorganisation des Schulwesens in der SBZ begann, spielte auch die Verbindung von Unterricht und Arbeit, z. T. durch materielle Notwendigkeiten begründet, eine Rolle. Jedoch orientierte man bis ca. 1948 verstärkt auf die Arbeitsschulidee der Reformpädagogik, wie sie in der Weimarer Republik große Popularität genoß. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Tradition unter der Lehrerschaft noch relativ weit verbreitet, da sie Bestandteil der Berufsbiographie vieler Lehrer in der SBZ war. Als theoretische Grundlage, auf der man vorübergehend den Aufbau des Schulwesens gründen konnte, war sie ebenfalls geeignet, da sie dem antifaschistischen Konsens der ostdeutschen Nachkriegspädagogik entsprach.³ Erst mit der Entwicklung einer sozialistischen Perspektive ab 1948/49 begann die Abwendung von der Arbeitsschulidee und die Hinwendung zu einer auf Leistungssteigerung ausgerichteten Intellektualisierung des Unterrichts, wobei die bestehenden arbeitsunterrichtlichen Rudimente, wie der Werkunterricht, beseitigt wurden. Die polytechnische Bildung spielte zu dieser Zeit, bis auf vereinzelte Beiträge,⁴ in der wissenschaftlichen Diskussion und erst recht in der Praxis keine Rolle.

Erst als im Juli 1952 die II. Parteikonferenz der SED den Aufbau des Sozialismus beschloß, erhielt auch die Debatte um polytechnische Bildung einen enormen Impuls. Dieser manifestierte sich in einem Beschluß des Politbüros der SED vom 29. Juli 1952, in dem es hieß: „Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in unserer Republik fordert, daß sich die Jugend in der allgemeinbildenden Schule die Grundlagen der Wissenschaften und der Produktion aneignet.“⁵ Zwischen dem Politbüro und der pädagogischen Basis versuchte die Redaktion der Zeitschrift „Pädagogik“ mittels einer Erklärung, als Transmissionsriemen zu fungieren und die gefaßten Beschlüsse zu vermitteln. Hinsichtlich der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit erkannte die Pädagogikredaktion die vom Politbüro gestellten Forderungen an und orientierte auf eine, dem sowjetischen Beispiel folgende, Einführung des polytechnischen

3 Paul Wandel: Die demokratische Einheitsschule – Rückblick und Ausblick; in: Pädagogischer Kongress – Leipzig – 1947, Berlin-Leipzig o. J., S.42.

4 Walter Wolf: Polytechnische erziehung in der grundschule und zweijahrplan; in: Pädagogik, 4 (1949) 1, S.9-17.

5 Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen. Beschluß des Politbüros der SED vom 29.7.1952, in: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik – Teil 1: 1945-1955, ausgewählt von Gottfried Uhlig, Berlin 1970, S.419.

Unterrichts. Aufgrund der sowjetischen Erfahrungen würden dabei der „deutschen demokratischen Schule [...] solche Irrwege wie die Einführung der Produktionsschule oder [der] monotekhnische[n] Ausbildung erspart bleiben.“⁶ Bezüglich der primär intellektuellen, auf Leistungssteigerung ausgerichteten Bildung stellte die Forderung nach Einführung der polytechnischen Bildung keinen Richtungswechsel dar. Vielmehr folgte sie dem Anspruch der Leistungssteigerung unter neuen, klar auf den Sozialismus gerichteten gesellschaftlichen Bedingungen. Die Forderung nach polytechnischer Bildung war am Anfang der 50er Jahre im allgemeinen aus der Perspektive gesellschaftlicher Notwendigkeit legitimiert worden.

Mit dem angestrebten Aufbau des Sozialismus in der DDR und der Orientierung an den Erfahrungen der UdSSR sind zwei zentrale Faktoren benannt, die den Bestrebungen zur Einführung der polytechnischen Bildung zu Grunde lagen. Ihre Durchsetzung jedoch bedurfte einer zumindest grundlegenden Verständigung über deren Wesen, Inhalte und Methoden sowie über bisherige, vereinzelte Erfahrungen, bestehende Schwierigkeiten und die zu ergreifenden ersten Schritte. Den Verständigungsprozeß darüber in Gang zu setzen und die praktische Umsetzung der polytechnischen Bildung vorzubereiten, das war die Aufgabe einer groß angelegten Konferenz.

Auf der vom Ministerium für Volksbildung angeregten sogenannten „theoretisch-praktischen Konferenz über Fragen der polytechnischen Bildung“ im Mai 1953 wurde versucht, Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung dieser neuen Bildung zu finden, wobei neben Bildungsfunktionären und Erziehungswissenschaftlern auch die pädagogische Basis in Form engagierter Lehrer eine gewichtige Rolle spielte. Deren Bedeutung speiste sich vor allem daraus, daß zwar über die Einführung der polytechnischen Bildung ein breiter Konsens herrschte, das „Wie“ dieser Entwicklung jedoch bislang weitgehend unklar war. So erging vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (DPZI) die Aufforderung an Lehrer, die in irgendeiner Weise mit dem, was sich unter polytechnischer Bildung subsumieren ließ, befaßt waren, ihre Erfahrungen zu schildern und als Beispiel zur Nachahmung bereitzustellen.⁷ Damit wurden einzelne praktizierende Pädagogen wichtige Stützpunkte der flächendeckenden Einführung der polytechnischen Bildung.⁸

6 Erklärung des Reaktionskollegiums zum Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen vom 29.7.1952, in: Pädagogik, 7 (1952) 11, S.793-813.

7 Um die an einzelnen Schulen gemachten Erfahrungen zusammenzutragen, lieferte das DPZI ganz praktische Hilfe. So wurden z. B. die Zweigstellen mit je 100 l Benzin unterstützt, um Berichte und Exponate zur polytechnischen Bildung zusammenzutragen. (Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung/Archiv: DPZI; Akte 546; Hausmitteilung vom 17.3.1953).

8 Später waren solche, polytechnisch engagierten Lehrer weiterhin von Bedeutung bei der

Deren Erfahrungsberichte blieben bis zur gesetzlichen Fixierung der polytechnischen Bildung 1959 ein wichtiges Instrument zu ihrer Durchsetzung in der Praxis. Dies aus zwei Gründen:

- 1 Zum ersten dienten diese Berichte dem Erkenntnisgewinn. In Ermangelung diesbezüglicher Fachliteratur und verwertbarer Erfahrungen versuchte man, über dieses „trial-and-error-Verfahren“ aus individuellen Erfahrungen verallgemeinerbare Erkenntnisse abzuleiten.
- 2 Ihnen kam in hohem Maße eine propagandistische Bedeutung zu. Die Idee der polytechnischen Bildung war in der DDR der fünfziger Jahre keineswegs flächendeckend verbreitet und die Polytechnizität des Unterrichts nirgends verbindlich festgelegt, so daß jene Erfahrungsberichte die Aufgabe hatten, das Thema in die Reihen der Lehrer hineinzutragen und deren Nachahmung zu induzieren.

Mit der fortschreitenden Entwicklung des Konzeptes polytechnischer Bildung⁹ veränderten sich auch die Gegenstände der Erfahrungsberichte. Wurden 1953 noch vermehrt selbstgebaute Lehrmittel, Modelle und Schülerexperimente vorgestellt,¹⁰ stand 1958 die Kooperation der Schule mit dem Betrieb und die konkrete Ausgestaltung der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit im Mittelpunkt der Berichte.

II. Berichte

Die folgenden Erfahrungsberichte wurden im Jahr 1958 in der Zeitschrift „Pädagogik“ veröffentlicht und stehen exemplarisch für eine Serie solcher Berichte in jenem Jahr. Der Grund für ihr Erscheinen liegt in der Forcierung der Bestrebungen zur Einführung der polytechnischen Bildung seit der Schulkonferenz der SED im April 1958 und der Einführung der Fächer „Unterrichtstag in

Erforschung praktischer polytechnischer Bildung, z. B. im Rahmen der Fächer „Unterricht in der Produktion“ (UdP) und „Einführung in die sozialistische Produktion“ (ESP). (Siehe BBF/DIPF/Archiv: DPZI Akte 1908, Forschungsverträge).

9 Zwischen 1953 und 1959 entwickelte die polytechnische Bildung in der DDR ihre Gestalt, die sie im großen und ganzen bis 1990 beibehielt. Jedoch unterschieden sich die anfänglichen Vorstellungen, formuliert auf der Konferenz von 1953, deutlich von der tatsächlichen Struktur der polytechnischen Bildung am Ende der fünfziger Jahre. Während zu Beginn die Diskussion eher um produktionsrelevante Inhalte kreiste, die in den bestehenden Fächern vermittelt werden sollten, war 1958/59 ein Fächerkanon entstanden, der der polytechnischen Bildung neue Strukturelemente bereitstellte und die praktische Tätigkeit der Schüler im Betrieb verbindlich regelte. Die anfänglich formulierten widersprüchlichen Positionen, ob polytechnische Bildung nun Unterrichtsinhalt oder Unterrichtsprinzip sei, wurden in den Lehrplänen am Ende der 50er Jahre aufgehoben. Polytechnische Bildung war nun Bildungsinhalt und Unterrichtsprinzip.

10 Siehe die Beiträge zur Konferenz von 1953, in: Die polytechnische Bildung in der Deutschen Demokratischen Republik und die Wege zu ihrer Verwirklichung – Protokoll der theoretisch-praktischen Konferenz des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts über Fragen der polytechnischen Bildung vom 21.-23.5.1953 in Berlin, Berlin 1954.

der sozialistischen Produktion“ (UdP) und „Einführung in die sozialistische Produktion“ (ESP) im September 1958. Damit stand jede Schule vor der Aufgabe, den Unterricht mit der Arbeit in einem Betrieb zu verbinden. Die veröffentlichten Berichte hatten in dieser Situation sowohl eine anleitende wie auch eine motivierende Funktion.

2.1 „Über die Vereinigung des Unterrichts mit produktiver Arbeit“ (Fridubert Köllner)

Die Ernst-Thälmann-Schule hatte seit 1949 Patenschaftsverträge mit einigen Betrieben Ruhlas und führte gelegentliche Betriebsbesichtigungen durch. Dennoch beklagte man die mangelnde Verknüpfung der Produktionspraxis und der Schule und stellte fest, daß die Entwicklungen, die sich in den Betrieben vollzogen, in der Schule nicht entsprechend reflektiert werden konnten. Also ließ man ab 1956/57 die Schüler jeden Mittwoch von 14.00 – 16.00 Uhr an der Arbeit im VEB Elektrische Fahrzeugausrüstung teilnehmen. Dazu hieß es im Betriebskollektivvertrag des Industriebetriebes: „Um die Erziehung zur Arbeit und die polytechnische Bildung der Schüler zu fördern, verpflichtet sich die Werkleitung, im Betrieb folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a) Die Schüler der 7. Klasse arbeiten in achtwöchigem Wechsel in den Abteilungen Schmiede, Werkzeugbau, Reparaturwerkstatt, Montage Autoelektrik;
- b) Die Schüler der 8. Klasse in dreiwöchigem Wechsel in den Abteilungen Mechanik, Kleinmaschinen, Gasanlage;
- c) Die Schüler der 9. und 10 Klasse in dreiwöchigem Wechsel in der Abteilung Chemie-Labor;
- d) Die Schüler der 11. und 12. Klasse in zweiwöchigem Wechsel in den Abteilungen Elektro-Labor, Elektroprüffeld, Galvanik.

[...] Hierzu stellen die Meister der betreffenden Abteilungen für den Durchlauf der Schüler einen Plan unter Berücksichtigung der Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen auf und sind verantwortlich für die Betreuung der beteiligten Schüler und Lehrer.“¹¹ Damit übernahmen die Arbeiter nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern ebenso erzieherische Verantwortung für die in ihrem Bereich tätigen Schüler. In der Bewertung dieser Verbindung von Unterricht und Arbeit stellte Köllner fest: „Die Möglichkeiten einer engen Verbindung zwischen der produktiven Arbeit und dem Unterricht in der Schule waren unterschiedlich. Während in einzelnen Abteilungen Erkenntnisse aus der Chemie, dem Physik- und Mathematikunterricht gut verwendet werden konnten, waren in anderen Abteilungen, zum Beispiel im Elektrolabor, umfangreiche Unterweisungen notwendig, die weit über den Unterrichtsstoff hinausgingen. In der Montage und der Schmiede wurden sehr wenige Kenntnisse aus dem Unterricht verlangt.“¹²

11 Betriebskollektivvertrag des VEB Elektrische Fahrzeugausrüstung, zit. nach: Fridubert Köllner: Über die Vereinigung des Unterrichts mit produktiver Arbeit, in: Pädagogik, 13 (1958) 4, S.282.

12 Ebenda.

Aus der Arbeit ergaben sich Schwierigkeiten, denen durch die Umstrukturierung des schulischen Unterrichts begegnet werden sollte. Dies war z. B. die Ausrichtung der Unterrichtsschwerpunkte an den Anforderungen der in der jeweiligen Klassenstufe besuchten Abteilungen. Insofern also wirkte die Betriebspraxis auf die bewußte Gestaltung des Verhältnisses von Unterricht und produktiver Tätigkeit zurück. Es erfolgte nicht eine bloße Ergänzung des Unterrichts durch die Arbeit in der Fabrik, sondern der Unterricht wurde so umstrukturiert, daß die Verbindung mit der Arbeit möglichst organisch wurde. Im Ergebnis stellte Köllner eine enger werdende Bindung zwischen Schülern und Arbeitern fest, da die Patenschaftsverträge nunmehr zwischen Klasse und Abteilung, statt auf der Ebene Schule – Betriebsleitung, geschlossen wurden. Gleichzeitig sei die theoretische Arbeit der Schüler, z. B. zur Geschichte des Betriebes, von den Arbeitern mit Interesse aufgenommen worden.¹³

2.2 „Schule und sozialistischer Großbetrieb“ (Manfred Kitze/Manfred Lindhof)

Die Verfasser dieses Berichtes waren der Schuldirektor der Käthe-Kollwitz-Oberschule in Merseburg und ein Mitarbeiter der Arbeitsdirektion der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Die Leitfrage ihres Berichts lautete: „Wie kann die Arbeiterklasse ihren Einfluß auf die Erziehung geltend machen?“¹⁴

Die Lösung dieser Frage wurde an der Kollwitz-Schule nicht allein auf die Kooperation mit dem Patenbetrieb beschränkt, da dessen Mitarbeiter oft nur einen ungenügenden Kontakt zur Schule hätten, sondern man bemühte sich um die intensive Einbindung der Eltern in die Diskussionen zur Einführung des polytechnischen Unterrichts. Der Elternbeirat stellte in dieser Hinsicht einen Kooperationspartner dar. „Nachdem im Elternbeirat und im Kern der Elternschaft über die Art der sozialistischen Umgestaltung der Schule Klarheit geschaffen worden war, begann die Diskussion im Pädagogischen Rat. Wir schlugen diesen Weg ein, um den Kollegen zu zeigen, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei eine gewaltige Kraft darstellen, die fähig ist, die Verhältnisse grundlegend zu verändern [...] Wir, die Mitglieder der Schulparteiorganisation, standen also nicht allein da, unsere Forderungen, die ja Forderungen der sozialistischen Gesellschaft sind, wurden nachdrücklich von den aktiven Vertretern der Gesellschaft, unseren Arbeitereltern unterstützt.“¹⁵ Hier zeigt sich, daß die Einführung der polytechnischen Bildung nicht primär auf pädagogischer Initiative beruhte. Vielmehr war es die Implementierung politischer Notwendigkeiten durch die SED-Basisorganisation mit Hilfe aktiver Eltern. Die Lehrerschaft erscheint zumindest zu einem gewissen Teil als retardierendes Moment der Neugestaltung.

13 Siehe ebenda, S.286.

14 Manfred Kitze/Manfred Lindhof: Schule und sozialistischer Großbetrieb, in: Pädagogik, 13 (1958) 9, S.679.

15 Ebenda, S.680.

Im Zuge erfolgreicher Überzeugungsarbeit unter den Lehrern wurde jedoch auch der theoretische Fachunterricht hinsichtlich polytechnischer Inhalte umgestaltet. Dazu kam noch vor der Einführung des UdP die Kooperation mit der Industrie im Rahmen eines sogenannten „produktionstechnischen Tages“. „Als wir dann in den Klassen 9, 10 und 11 [...] Klassenelternversammlungen abhielten, wurden unsere Pläne von dem größten Teil der Elternschaft interessiert aufgenommen. Eltern, die sich noch nicht über die Bedeutung der polytechnischen Bildung im klaren waren und vor allem die Schwierigkeiten sahen, nicht jedoch die ungeheuren erzieherischen Möglichkeiten, wurden besonders von den Vertretern der technischen Intelligenz aus den Leunawerken aufgeklärt. In einer Besprechung mit Vertretern der Kreisleitung der SED, der Gewerkschaft und der FDJ bei der Arbeitsdirektion des Betriebes wurde unser Vorhaben gebilligt und vom Direktor der Leuna Werke ‚Walter Ulbricht‘, Prof. Dr. Schmidt, genehmigt.“¹⁶ Auch die Tatsache, daß die SED, die FDJ und die Gewerkschaft den Beratungen beiwohnten, verdeutlicht den Charakter dieser Maßnahme als gesamtgesellschaftliches Projekt. Unter gründlicher Beachtung von Sicherheitsbestimmungen und gesundheitlicher Unbedenklichkeit der Arbeitsplätze begann die Arbeit der Schüler im Leunawerk. Dabei wurde auf den intensiven Kontakt zu den Arbeitern besonderer Wert gelegt, um deren erzieherischen Einfluß zu sichern. So heißt es im Bericht: „Wir sind der Meinung, daß unsere Schüler nicht genug unmittelbar mit unseren Arbeitern zusammenkommen können, so daß sie die schwere und komplizierte Arbeit kennenlernen [...]. Wir haben keinen Grund, dabei zu verschweigen, daß die hohen Leistungen unserer Arbeiter nicht ausschließlich und nicht immer der Ausdruck eines hohen sozialistischen Bewußtseins sind, daß nicht das Verhalten aller Arbeiter vorbildlich ist.“¹⁷

Dabei beteiligten sich die Arbeiter durch Vorschläge zur Organisation des UdP, zur Führung eines Berichtsheftes durch die Schüler oder zur Teilnahme der Schüler an Versammlungen und Beratungen direkt an der Erziehungsarbeit.

Die Schüler wurden in verschiedenen Abteilungen des Werks eingesetzt und verrichteten vielfältige Tätigkeiten, so das Anfertigen einfacher Bauelemente an Bohrmaschine und Drehbank, Reparaturarbeiten an Werkzeugen und Maschinen und Materialprüfung. Der Bildungswert dieser Arbeiten hing laut Bericht entscheidend davon ab, ob „der jeweilige Meister oder Arbeiter Interesse an der Weiterbildung der Schüler hat und seine Aufgabe mit gewissem pädagogischem Geschick anpackt. Hier können die Pädagogen mit geeigneten Hinweisen helfen.“¹⁸

Im Betrieb galt es, neben produktionsrelevantem Wissen im Rahmen der chemischen Industrie auch praktische Fähigkeiten zu vermitteln. So ging es beim Einsatz der Schüler in der Bauabteilung darum, sie so zu qualifizieren, „daß sie noch

16 Ebenda, S.683.

17 Ebenda, S.684.

18 Ebenda, S.685.

im kommenden Jahr unter Anleitung entsprechender Facharbeiter die Klassenräume und Flure ihrer Schule zu renovieren vermögen.“¹⁹

Kitze und Lindhof schließen ihren Bericht mit dem Ausblick auf eine weitere Intensivierung der polytechnischen Bildung und engere Verbindung von Schule und produktiver Tätigkeit. „Ab September 1958 wollen wir einen weiteren Schritt tun, und den Versuch unternehmen, die Schüler systematisch darauf vorzubereiten, daß sie bei Abschluß der produktiven Arbeit und theoretischen Unterweisung gleichzeitig mit dem Abitur die Facharbeiterprüfung ablegen können. Wir denken dabei an den Beruf des Chemiefacharbeiters. [...] Wir gehen mit Freude ins nächste Schuljahr, das uns der sozialistischen Schule einen großen Schritt näher bringen wird.“²⁰

In diesem Bericht wird deutlich, wie vielschichtige Möglichkeiten man sah, den erzieherischen Anspruch der Arbeiterklasse zu verwirklichen: zum einen über die enge Einbeziehung der Eltern in das schulische Geschehen, zum anderen über die Eingliederung der Schüler in die Praxis der Arbeiter. Damit bekam auch die Funktion des Pädagogen einen neuen, eher koordinierenden, synthetisierenden Charakter.

2.3 „Die Schule und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes“ (Gerold Müller, Fritz Fischer, Gerhard Irmscher)

Die Schule im nahe Karl-Marx-Stadt gelegenen Claußnitz, eine neunklassige Schule, die zur Mittelschule ausgebaut werden sollte, schloß mit der 231 ha umfassenden LPG der Gemeinde einen Freundschaftsvertrag, auf dessen Grundlage man den anstehenden, gemeinsamen Aufgaben im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes begegnen wollte. So veranstaltete die Schule oft Kulturveranstaltungen wie Buchbesprechungen oder Feiern, an denen die Mitglieder der LPG teilnahmen. Andererseits nahmen die Lehrer an den Versammlungen der LPG teil.

Auf der Basis der Beschlüsse der SED-Schulkonferenz von 1958 und mit dem Ziel der Errichtung der sozialistischen Schule sollte das Verhältnis zwischen Schule und LPG umgestaltet werden. So nahmen Arbeitsgemeinschaften der Schüler die Arbeit der LPG zum Gegenstand ihrer Tätigkeit. „Die Jungen Fotografen“ fertigen Dia-Reihen über die Arbeit der Genossenschaftsbauern und den Einsatz der neuesten landwirtschaftlichen Maschinen an. Mit diesen Lichtbildern wollen wir in den Bauern- und Einwohnerversammlungen propagandistisch wirken. [...] Die „Jungen Historiker“ sind dabei, eine Chronik unserer LPG zu erarbeiten und sie fortwährend zu ergänzen. Wir werden damit eine wichtige Zeit in der Geschichte des Dorfes für die Zukunft festhalten. Die „Jungen Meteorologen“ übermitteln täglich um 7.30 Uhr dem Agronomen ihre

19 Ebenda, S.686.

20 Ebenda.

Beobachtungsergebnisse, damit er sich bei der Organisation des Arbeitstages danach richten kann.“²¹

Darüber hinaus beteiligte sich die LPG an der polytechnischen Ausbildung der Schüler. Sie stellte der Schule Anbaufläche zur Verfügung, auf der die Schüler der 7. bis 9. Klasse Wettbewerbe um die größten Flächenträger austragen konnten.²² Die Anleitung der Schüler während des Unterrichtstages in der Produktion wurde von Genossenschaftsbauern übernommen, die gemeinsam mit den Lehrern versuchten, die praktischen Arbeitserfahrungen mit theoretischen Kenntnissen zu verknüpfen.

Dazu wurde ein Plan aufgestellt, in dem die Behandlung des Schulstoffes mit praktischen Arbeiten verbunden wurde. So war für die 8. Klasse vorgesehen:

<i>Woche</i>	<i>Fach</i>	<i>Stoffeinheit</i>	<i>Produktive Arbeit</i>	<i>Beobachtung in Unterricht und Produktion</i>	<i>Erziehungsziel</i>
3.11.- 15.11. 1958	Chemie	Oxydation, Rostschutz	Pflege der Maschinen	Rostentfernung, Rostschutzmittel	Erhaltung des genossen- schaftlichen Eigentums
1.12.- 20.12. 1958	Physik	Druck und Druckkraft	Arbeit im Kuh- und Schweinestall	Messen, Wiegen, Milchprüfung. Arbeitsweise der „Dämpfer- kolonne“	Genauigkeit und Sauberkeit

(aus: Müller u. a., Die Schule..., S.740; Auszug)

Um die polytechnische Ausbildung der Schüler zu sichern, wurde auch von den Lehrern verlangt, sich hinsichtlich der Lehrinhalte weiterzubilden, so daß z. B. jeder junge Lehrer Traktor fahren lernen mußte.

Im Gegensatz zum Merseburger Beispiel nahmen hier die Eltern eher eine zögernde Haltung ein. „In der Aussprache im Elternrat stieß unser Versuch dagegen auf einen gewissen Widerstand. Ein Teil der Mitglieder sah darin zunächst eine Mehrbelastung der Kinder, teilweise betrachtete man diese neue Unterrichtsform sogar als Wiedereinführung der Kinderarbeit. In der Diskussion gelang es uns, den Elternbeirat dafür zu gewinnen, daß das ‚polytechnische Praktikum‘, wie wir es nannten, versuchsweise eingeführt werden soll.“²³

Die gegenseitige Verflechtung der Akteure war zu eng und die Bedeutung der Angehörigen der LPG zu groß, als daß deren Bedenken hätten administrativ

21 Gerold Müller/Fritz Fischer/Gerhard Irmscher: Die Schule und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes, in: Pädagogik, 13 (1958), S.738.

22 Ebenda, S.743.

23 Ebenda, S.739.

übergangen werden können. Vielmehr mußte die Verbindung von Schule und Betrieb von allen Akteuren, auch den Eltern, getragen werden.

III. Die Erfahrungsberichte als Quellen bildungshistorischer Erkenntnis

1958 gewann die polytechnische Bildung im großen und ganzen ihre Gestalt, die bis 1990 das Schulwesen der DDR prägte. Insofern berühren diese Berichte den Kern der polytechnischen Bildung in der DDR, die Verbindung des Unterrichts mit der gesellschaftlichen Produktion.

Alle Berichte wurden in der „Pädagogik“, der zentralen erziehungswissenschaftlichen Fachzeitschrift, herausgegeben vom DPZI, veröffentlicht. Das DPZI war hinsichtlich der Einführung der polytechnischen Bildung eine der Haupttriebkraft, weshalb die Berichterstattung weniger der Beobachtung sich vollziehender Prozesse diente, sondern diese Entwicklungen selbst vorantreiben sollte. Durch diesen propagandistischen Charakter läßt sich aus den Berichten kein repräsentatives Stimmungsbild gewinnen. Den Vertretern der polytechnischen Bildung stand eine Vielzahl von Lehrern gegenüber, die als Vertreter einer Pädagogik vom Kinde aus oder in der Ablehnung eines materialistischen Erziehungsverständnisses, diese Neuerungen skeptisch bzw. latent ablehnend mitverfolgten. Jedoch konnten sie kein Gegenkonzept formulieren, welches in irgendeiner Weise konkurrenzfähig gewesen wäre. Insofern mußte sich die polytechnische Bildung nicht gegen ein alternatives Erziehungskonzept durchsetzen, sondern gegen Skepsis gegenüber dem Neuen sowie gegen die fehlende Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung dieser Entwicklungen. Die angeführten Erfahrungsberichte können als Instrumente in diesem Kampf verstanden werden.

Anhand der Berichte lassen sich folgende avisierte Veränderungen in der beruflichen Praxis der Arbeiter feststellen:

Der Horizont ihrer Arbeit erweiterte sich über die Fabrikhalle oder die LPG hinaus und erfaßte nunmehr auch die Kooperation mit Schülern und Pädagogen. Dadurch verstärkte sich die gesellschaftliche bzw. politische Perspektive ihrer Arbeit im Kontext des sozialistischen Aufbaus. Darüber hinaus erweiterte sich der Aufgabenbereich ihrer Arbeit. Zur eigentlichen Aufgabe der materiellen Produktion trat nun jene hinzu, den Schülern Grundkenntnisse und –fähigkeiten zu vermitteln, sowie Verantwortung für sie zu übernehmen. Dies stellte besondere Anforderungen an die Arbeiter hinsichtlich pädagogischen Geschicks, Geduld und vorbildhaften Verhaltens.

Durch die Verbindung von Unterricht und Produktion und durch die direkte Beteiligung der Arbeiter an der Erziehung der Jugendlichen sollte, so die Erwartung der Pädagogen und Bildungsfunktionäre, die polytechnische Bildung einen konkreten Beitrag zur Beseitigung des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit leisten.

Als historische Dokumente ihrer Zeit legen diese Berichte heute Zeugnis vom damaligen Aufbruch in pädagogisches Neuland sowohl für Schüler und

Pädagogen als auch in besonderer Weise für die Arbeiter. Dieser Aufbruch hätte ohne die Pionierleistungen an einzelnen Schulen und Betrieben und den Sprung aller Beteiligten ins kalte Wasser nicht stattfinden können. Die konkrete Praxis der polytechnischen Bildung im Rahmen des entstehenden Sozialismus hatte direkt emanzipierende Effekte auf die Arbeiter wie auch auf die Erziehung.

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von

Clara Zetkin (1857-1933)

laden der
Förderverein für Forschungen zur Geschichte
der Arbeiterbewegung
und die Rosa-Luxemburg-Stiftung

zum Kolloquium

„Clara Zetkin in ihrer Zeit“.
ein.

Termin: Freitag, 6. Juli 2007, 10 bis 18 Uhr
Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,
Franz-Mehring-Platz 1

Anschließend Besuch der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in
Birkenwerder b. Berlin (Busfahrt).

Interessenten, die sich mit Diskussionsbeiträgen beteiligen
wollen, teilen das bitte mit an: a.plener@web.de

Weitere Informationen und Programm des Kolloquiums auf den
Websites des Jahrbuchs für Forschungen zur Geschichte der
Arbeiterbewegung: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de

Biographisches

Zum Stellenwert biographischer Forschung für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten¹

Ulla Plener

Dies soll kein Beitrag zur Theorie der Biographik als Teil der Geschichtsschreibung sein – dazu gibt es eine umfangreiche Literatur.² Vielmehr geht es um die ganz persönliche Erfahrung aus der Arbeit mit Einzelbiographien in den letzten 15 Jahren. Sie trug dazu bei, die Arbeiterbewegung und jeden ihrer beiden Hauptteile – Sozialdemokraten und Kommunisten – besser zu verstehen, die Sicht auf jeden dieser Teile viel stärker als vorher zu differenzieren. Dabei sei auf zwei Aspekte hingewiesen:

- a) die Einzelbiographie als eine *Grundlage für das Verständnis* der Arbeiterbewegung als *soziale Bewegung* insgesamt – und einzelner ihrer Teile – eben aus der Sicht von unten, vor allem wenn es nicht um Führungskräfte, sondern um „einfache“, an der Basis engagierte Teilnehmer der Bewegung geht;
- b) die Einzelbiographie als Bestandteil kollektivbiographischer Forschung und *Grundlage für die Bewertung der verschiedenen Richtungen* in der Arbeiterbewegung.

Zu a)

Die Einzelbiographie ist eine wesentliche Grundlage für das Verständnis der Arbeiterbewegung als soziale Bewegung; ihrer Ursprünge, Anliegen und Ziele, der Ursachen ihrer Spaltung, des Wesens ihrer einzelnen Teile. Warum wurde (und blieb) der eine Sozialdemokrat, und warum wurde der andere Kommunist, obwohl beide aus annähernd gleichen sozialen Verhältnissen kamen? Wie und warum ging der eine mit dem „anderen Klassenbruder“ so und ein anderer derselben Richtung mit diesem „Bruder“ ganz anders um? Warum schlossen sich viele Kommunisten 1928 der KPD/O und nicht wenige Sozialdemokraten 1931 der SAP an? Wieso blieben die meisten überlebenden Kommunisten, die im sowjetischen Exil ihre nächsten Angehörigen verloren oder unter absurden Vorwürfen selbst verhaftet wurden, Folter und langjährige Lagerhaft unter unvorstellbaren Bedingungen

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Siehe jüngst zusammenfassend Jürgen Mittag: Gesichter in der Menge: Kollektivbiographische Forschungen und das Beispiel der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsparlamentarier, in: Bruno Groppo/Berthold Unfried (Hrsg.): Gesichter in der Menge. Kollektivbiographische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Leipzig 2006, S.15-36 (darin Literatur zum Thema).

durchlitten hatten, Kommunisten, wieso blieben sie der Sowjetunion treu? Warum befürwortete der eine Sozialdemokrat nach 1945 die Einheit der Arbeiterbewegung, und warum lehnte ein anderer diese auch nach der Erfahrung mit Nazi-Regime und Krieg strikt ab?

Antworten auf solche Fragen finden sich nur, wenn viele Einzelbiographien darüber befragt werden. Da geht es um die Weltanschauung und die Geisteshaltung des einzelnen, seine Motive für politisches Engagement – oder für Verweigerung, seine theoretischen – bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger verinnerlichten – Überzeugungen, seine persönlichen Erfahrungen in der Bewegung als „Kollektiv“ und mit dem einzelnen in ihr. Und das alles familiär und/oder vom gesellschaftlichen und persönlichen Umfeld geformt – bei dem einen mit der Zeit verfestigt, bei dem anderen verändert. Das hängt wiederum sehr wesentlich von der Persönlichkeitsstruktur, von den psychischen und charakterlichen Eigenschaften des einzelnen ab: Dasselbe Ereignis, die gleiche Erfahrung wird von dem einen so, von dem anderen ganz anders verarbeitet; der eine ist mehr rational, der andere mehr gefühlsbetont usw.

Als Beispiel sei das „Paar“ Theodor Leipart/Kurt Schumacher angeführt – zwei Sozialdemokraten, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Beide dominierten zu ihrer Zeit Teile der Arbeiterbewegung und beeinflussten sie und ihre Positionen überaus wesentlich: Leipart die freien Gewerkschaften des ADGB 1921 bis 1933 (er war seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts maßgebend an deren Konstituierung beteiligt.); Schumacher die SPD nach 1945. Leipart (1867-1947) – aus ärmlichen Verhältnissen kommend, Drechsler von Beruf, Autodidakt – wurde gefehrt von der organisatorisch einheitlichen Arbeiterbewegung vor 1914, als sie nach seiner Wahrnehmung die größten Erfolge erzielt hatte. Schumacher (1895-1952), um eine Generation jünger, wurde geprägt vom Ersten Weltkrieg (in den er als 18jähriger freiwillig gezogen war) und von den konfrontativen 20er Jahren, war Akademiker, Parlamentarier auf Landes- und Reichsebene. Leipart, von den Ideen der Arbeiteremanzipation geleitet, war schon von seiner Persönlichkeitsstruktur her auf Gewaltfreiheit, Reform, Ausgleich und Einheit orientiert, Schumacher ein „Entweder-Oder“-Denker und unversöhnlich gegenüber seinen Feinden (auch dem „feindlichen Bruder“ in der KPD und SED – bis in den Tod). Leipart, von den Kommunisten vor 1933 als „Steigbügelhalter des Monopolkapitals“ verfehmt, ist von den Gewerkschaften heute vollkommen vergessen; Schumacher, von der SED als „Handlanger des amerikanischen Imperialismus“ (zeitweilig sogar als „Agent der Gestapo“) diffamiert, wird von der SPD bis heute gefeiert. Das Eindringen in die Lebensläufe, Psyche, Intentionen, Wirken und Werke dieser zwei hervorragenden Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung erklärt vieles in ihrem Denken und ihrer Politik und führt zu Korrekturen in vielerlei Hinsicht sowohl in bezug auf diese beiden Menschen und die Ergebnisse ihres Wirkens als auch auf die zwei Formationen der Arbeiterbewegung, denen sie vorstanden.³

3 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart (1867-1947). Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – ein Lebensbild mit Dokumenten, 1. Halbbd.: Biographie, Berlin 2000, 2. Halbbd.:

Die Tragik der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts ist ebenfalls nicht ohne die biographische Forschung spürbar wahrzunehmen und (wenigstens teilweise) zu erklären. Die zeitweilige Öffnung der Moskauer Archive (der Komintern, des ehemaligen KGB) ermöglichte den Zugang zu einer Vielzahl persönlicher Zeugnisse von oder über Kommunisten, die um 1930 als Facharbeiter und nach 1933 auf der Flucht aus Nazi-Deutschland in die Sowjetunion gekommen waren. Auf dieser Grundlage konnten viele Schicksale aufgehellert werden. Neben dem 2006 herausgegebenen „Totenbuch“⁴ sind es fast 30 Lebensläufe, denen (dem einen mehr, dem anderen weniger) ausführlich gefolgt werden konnte.⁵

Vor allem dokumentieren diese Schicksale die – faszinierende – Kraft der Ideale und Überzeugungen, die die kommunistische Bewegung des 20. Jahrhunderts gespeist hatten, von denen sie getragen wurde und dank derer sie über den Großen

Dokumente, Berlin 2001; Dies.: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003.

4 Siehe Ulla Plener/Natalia Mussienko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938, Berlin 2006.

5 Siehe (von mir herausgegeben und/oder geschrieben) Arnold Reisberg – ein kommunistisches Schicksal, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1991, H. 2, S.259-268; Richard Ulbricht, ein deutscher Facharbeiter. Hat sich nicht als schuldig bekannt – und wurde erschossen. Vernehmungprotokolle, Anklageschrift und weitere Dokumente aus dem Archiv des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB), in: Utopie kreativ, Berlin, 1991, H. 9 (Mai), S.93-106; Kommunisten im tragischen Dreieck: Persönlichkeit – Bewegung – Partei. Impressionen aus biographischer Forschung zum Thema Persönlichkeit im stalinistischen Parteiverständnis der dreißiger Jahre, in: ebenda, 1993, H. 37/38 (Nov./Dez.), S.159-166; Auskünfte einer NKWD-Akte über den letzten Weg und den Tod deutscher Kommunisten in der Sowjetunion (1936-1939): W. Leow-Hofmann, H. Rogalla, J. Schneider, P. Scholze, H. Wilde, in: ebenda, 1994, H. 39/40 (Jan./Febr.), S.131-139; Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen (1902-1946), Berlin 1996 und 1998; Leben mit Hoffnung in Pein. /acht/ Frauenschicksale unter Stalin, Frankfurt/Oder 1997; „Was in der SU vorgeht, ist ungeheuerlich...“ Deutsche Arbeiter in Moskau als „Brandleristen“ verhaftet. Aus den Akten des NKWD, in: Utopie kreativ, 2000, H. 119 (Sept.), S.909-918 (es geht um acht deutsche Kommunisten, von denen fünf erschossen und drei an Deutschland ausgeliefert wurden – einer von ihnen kam nach Auschwitz und wurde dort ermordet); Mirko Beer (1905-1942). 1930-1936 Chirurg in Berlin und Moskau – 1936-1938 Militärarzt in Spanien – 1942 vom NKWD erschossen, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 2006/III, S.81-100; Mirko Beer: Bericht über die Kommandierung nach Spanien vom 10. Oktober 1936 bis 3. Juni 1939, in: Utopie kreativ, 2006, H. 191 (Sept.), S.791-810. In Arbeit sind ausführliche Biographien zu Mirko Beer, Josef Schneider, Paul Scholze, Richard Ulbricht. 2007 erscheint bei Edition Boudoni in der von mir herausgegebenen Reihe „Arbeiterbewegung/Biographien“ die von Eike Stiller verfaßte Biographie des sozialdemokratischen Sportfunktionärs Karl Bühnen (siehe Verurteilt zur Höchststrafe, S.27f.).

Terror in der Sowjetunion und den Zweiten Weltkrieg hinaus noch fast ein weiteres halbes Jahrhundert gelebt hatte.⁶

Zugleich erhellt das von diesen Kommunisten und Kommunistinnen selbst Erlebte die Widersprüchlichkeit der damaligen Praxis in der Sowjetunion. So fühlten sich die aus Deutschland emigrierten Frauen (jedenfalls vor dem Großen Terror) in der Tat emanzipiert, erlebten sie nach ihrer persönlichen Wahrnehmung eine Wirklichkeit, nach der sie als Kommunistinnen gestrebt hatten: rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung, Zugang zu sinnvoller Erwerbsarbeit, zu Bildung jeder Art, unabhängig von sozialer Herkunft, Befreiung von der Bürde der Hausarbeit, freie Entscheidung über Mutterschaft u.a.m.⁷

Ähnlich Max Hoelz. Vom gläubigen Christen im Gefolge einer persönlichen Begegnung während des als barbarisch erlebten Ersten Weltkrieges zum Rebellen gegen die Reichen geworden, dann überzeugter Kommunist, erlebte er (nach siebenjähriger Haft in Deutschland) seit 1929 die Sowjetunion zunächst als das „Vaterland der Werktätigen“ und engagierte sich dafür mit ganzer Kraft – bis der fortschreitende „Große Umbruch“ hin zur stalinisierten Diktatur des Partei- und Staatsapparats auch ihn erreichte und er am Ende daran zerbrach.⁸

Und schließlich: Alle diese Einzelschicksale stehen für die Erkenntnis, daß der stalinistisch verformte, entartete reale Sozialismus sowjetischer Prägung scheitern mußte, da er den angestrebten kommunistischen/sozialistischen Idealen widersprach, antihuman, antidemokratisch und also antiemanzipatorisch war.

Zu b)

Als Bestandteil kollektivbiographischer Forschung bilden Einzelbiographien eine unverzichtbare Grundlage für die *Bewertung* der verschiedenen Gruppen oder Richtungen in der Arbeiterbewegung. Auf der Linzer Historiker-Tagung 2005, die kollektivbiographischer Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet war, formulierte Jürgen Mittag als Erkenntnisziel dieser Forschung: Einerseits eine Systematik zu erarbeiten, die das Allgemeine und Typische innerhalb der Gesamtheit hervorhebt, andererseits aber auch das Individuelle und Untypische der Lebensläufe herauszustellen, und er sprach in diesem Zusammenhang vom Spannungsverhältnis, das sich aus der Dichotomie von „Struktur“ (der Bewegung, Gruppe, Partei) und „Individualität“ (des einzelnen in der Bewegung, Gruppe, Partei) ergebe.⁹ In diesem Spannungsverhältnis bildet nach meiner Erfahrung mit biographischer Forschung die Individualität einen sehr wichtigen Gesichtspunkt für

6 Siehe Ulla Plener: Quellen persönlicher Widerstandskraft kommunistischer Häftlinge. Impressionen aus biographischer Forschung, in: Robert Streibel/Hans Schafranek (Hrsg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und Gulag, Wien 1996, S.206-219.

7 Siehe Dies.: Das Erleben der Frauenemanzipation im sowjetischen Exil: Erwartung – Erlebnis – Bruch, in: Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hrsg.): Jahrhundertsschicksale. Frauen im sowjetischen Exil, Berlin 2003, S.84-93.

8 Siehe Dies. (Hrsg.): Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!“ Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933, Berlin 2005.

9 Mittag, Gesichter, S.16, 20.

die Bewertung der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung, so auch der kommunistischen.

Auf der Grundlage des von ihm und Andreas Herbst herausgegebenen biographischen Handbuchs „Deutsche Kommunisten“ 1918 bis 1945 sprach Hermann Weber auf der Linzer Tagung von der „Wandlung des deutschen Kommunismus von einem radikalen Teil der Emanzipationsbewegung deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer Organisation, die sich politisch und personell der Komintern und der KPdSU Stalins unterordnete“, so daß Kommunisten „nach außen zu allem, auch zum Tode bereit“ und „nach innen Untertanen“ wurden.¹⁰ Diese Sicht spart bei der Bewertung der Gesamtbewegung die „Individualität“ (und damit bestimmende Spezifika der *Bewegung*) aus, für sie ist allein die „Struktur“ maßgebend.

Meine Erfahrung ist aufgrund biographischer Forschung eine andere. Etwa wenn es um Lebensläufe von Frauen und Männern im sowjetischen Exil geht, die verhaftet wurden und die Hölle eines Lagers des Gulag überlebt haben. Wären sie wirklich nur autoritätshörige Objekte der terroristischen Gewalt und/oder willfährige Gefolgsleute ihrer Parteiführung gewesen, dann wäre das ihnen kaum gelungen. Widerstandskraft schöpften sie aus der von kommunistischen Idealen gespeisten Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft; aus produktiver Arbeit, auch unter unmenschlichen Bedingungen; aus geistiger und künstlerischer Tätigkeit; Frauen wohl zusätzlich daraus, daß sie Mütter und Liebende waren. Sie waren Subjekte, Persönlichkeiten, als solche widerstanden sie der Willkür und dem Terror.¹¹

Das zeigt auch das Ergebnis der biographischen Dokumentation über Frauen aus Deutschland, die in den Jahren 1940 bis 1944 aktiv an der französischen Résistance teilgenommen haben.¹² 90 von 132 der namentlich erfaßten Frauen waren (oder wurden) Mitglieder der KPD, dazu kamen drei Töchter von Kommunistinnen.¹³ Sie gehörten sämtlich nicht der „Führungsschicht“ an. Die zusammengetragenen Fakten weisen nach: Ja, diese Kommunistinnen waren mit ihrer illegalen Parteiorganisation verbunden und handelten überwiegend in deren Auftrag. Aber: Diese Frauen stellten sich den Gefahren der illegalen Arbeit absolut freiwillig, sie folgten dabei ihrem emanzipatorischen kommunistischen Ideal – es war die Quelle ihres Antifaschismus. Während ihrer illegalen Aktionen („Soldatenarbeit“, Tätigkeit in deutschen Dienststellen oder als Kurier, Herstellung und Verbreitung von

10 Hermann Weber: Biographien deutscher Kommunisten. Ein Handbuch belegt das dramatische Schicksal der KPD-Führer von 1918 bis 1945, in: Groppo/Unfried. Gesichter, S.133-146, hier S.146. Das gilt auch für Michael Buckmillers Kollektivbiographie der Komintern-Mitarbeiter, in der hinter der Datenmaske – den 28.400 biographischen Einträgen – die Individualität nicht mehr auszumachen ist. Siehe ebenda, S.181-192.

11 Siehe Plener, Quellen; Dies., Leben.

12 Siehe Dies.: Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Eine Dokumentation, Berlin 2006 (2. stark erweiterte Auflage).

13 Weitere Angaben zu Parteizugehörigkeit, sozialer Herkunft u. a. siehe Dies.: Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance – eine „kollektive Biographie“, in: Groppo/Unfried: Gesichter, S.105-119.

Flugblättern und anderen Druckerzeugnissen sowie falschen Papieren für die Illegalen, Waffentransporte) waren diese Frauen mutig, selbstlos, erfinderisch, geistesgegenwärtig, *in jeder Beziehung selbständig*, auch und besonders, wenn es darum ging, sich in einer komplizierten und gefährlichen Situation blitzschnell so oder anders zu entscheiden. Sie entsprachen ganz entschieden nicht dem Stereotyp eines „Untertanen nach innen“ – als solche hätten sie niemals so handeln können, wie sie gehandelt haben.

Die Vielzahl dieser gelebten Leben muß in die Gesamtbewertung des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung eingeschlossen werden. Erst dann stellt sich auch dessen Geschichte nicht als ein totes Schema dar; erst dann erhalten wir ein wahrhaftiges, weil lebendiges – und auch widersprüchliches, wie es nun einmal war, – Bild von der Arbeiterbewegung des vergangenen Jahrhunderts. Vergewenwärtigen wir uns die „Individualität“, und zwar nicht nur weniger einzelner, sondern die der *vielen* Beteiligten, die nicht nur bestimmte Charaktereigenschaften, sondern besonders und gerade *Handlungen* – in diesem Fall Widerstandshandlungen – kennzeichneten, dann gewinnen auch die kommunistische Bewegung und ihre Teilnehmer an Leben, an Farbe – an Wahrhaftigkeit.

„Sie war der Arzt und Gesundheitsexperte der Fraktion“. Elinor Hubert, geb. Höhnen (1900-1973)

Gisela Notz

Elinor Höhnen war die Tochter eines preußischen Regierungspräsidenten. Als ‚höhere Tochter‘ durfte sie die Oberstudienanstalt für Mädchen in Breslau besuchen und an der Universität in Greifswald Medizin studieren. Während des Zweiten Weltkriegs führte sie eine ärztliche Praxis und holte, obwohl sie in der Zwischenzeit zwei Töchter hatte, ihre Promotion nach. 1949 war sie im ersten Deutschen Bundestag die einzige sozialdemokratische Akademikerin. „Die klavierspielende Tochter“ hatte sich gleich nach dem Zweiten Weltkrieg aus innerer Überzeugung der Parole der sozialdemokratischen Frauen „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ angeschlossen. Schon früh setzte sie sich kritisch mit der Entwicklung der Technik im Gesundheitswesen auseinander. Sie wurde der „Arzt und Gesundheitsexperte der SPD“.¹

*„In der Schule war Geschichte von früh auf mein Lieblingsfach“²
Kindheit, Jugend und Studium der Medizin (1900-1927)*

Als Elinor Höhnen am 11. Mai 1900 in Breslau geboren wurde, war ihr Vater ein angesehener Beamter. Später wurde er in Stralsund Regierungspräsident. In dem privilegierten preußischen Elternhaus waren Künstler und Gelehrte „häufigere und willkommener Gäste als irgendwelche Minister“.³ Der Vater begrüßte die Revolution von 1918, weil sie mit einer verstaubten Gesellschaftsordnung aufräumen sollte. Er gehörte zu den Mitbegründern der Deutschen Volkspartei in Allenstein in Ostpreußen und zog als Stadtverordnetenvorsteher in das Rathaus ein. In ihrem Elternhaus bekam Elinor Höhnen die ersten politischen Anregungen; vom Vater lernte sie das Schachspielen, mit ihm las sie Goethebiographien und andere historische Schriften. Nach dem Besuch der Volksschule und des Lyzeums in Allenstein absolvierte sie die Oberstudienanstalt für Mädchen in Breslau und legte dort ihr Abitur ab. Der Einfluß des Vaters mag dazu beigetragen haben, daß Geschichte ihr Lieblingsfach wurde. 1921 ging sie

1 Siehe auch Gisela Notz: Frauen in der Mannschaft, Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag, Bonn 2003, S.225-243.

2 Elinor Hubert: Preußische Beamtentochter und Ärztin, in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Frauen machen Politik, Schriftenreihe für Frauenfragen, 1958, Nr. 4, S.9-18. Diese und die nächsten Verweise stammen, soweit nicht anders ausgewiesen, aus der genannten, vom Parteivorstand der SPD herausgegebenen Schrift sowie aus den schriftlichen Mitteilungen der Tochter von Elinor Hubert, Alix Hubert-Fehler, vom 13.8.2002. Sie hat gemeinsam mit ihrer Schwester Sibylle Trumm, geborene Hubert, einige Erinnerungen aufgeschrieben, die vor allem die Zeit vor 1948 betreffen.

3 Hubert, Beamtentochter, S.14.

zur Universität nach Greifswald, um Deutsch und Geschichte zu studieren und Bibliothekarin zu werden, einer der wenigen Berufe, die, abgesehen vom Lehrerinnenberuf, damals für bürgerliche Frauen opportun waren. Bald war sie enttäuscht, weil ihr die Universität nach einem hervorragenden Geschichtsunterricht am Breslauer Gymnasium und dem Selbststudium mit ihrem Vater nichts Neues bieten konnte. Sie wechselte noch im gleichen Jahr das Studienfach und studierte Medizin. Zwar lobte sie später die „vorbildliche Kameradschaft“ zwischen Studentinnen und Studenten, erinnerte sich aber auch an Dozenten, die sich immer wieder bemühten, „durch entsprechende Bemerkungen und Witze“ anwesende junge Frauen aus den Vorlesungen zu vergraulen. Die Studienfächer schienen sie auch im Medizinstudium nicht besonders zu interessieren. Die junge Studentin hielt sich während der ersten Semester mehr im Reitstall und auf dem Segelboot auf als an der Universität. Dennoch schaffte sie nach furchtbarem Pauken das Physikum, legte 1926 das Staatsexamen ab und erlangte 1927 die Approbation als praktische Ärztin. Ihren Berufswunsch stellte sie zunächst allerdings zurück, weil sie im gleichen Jahr den damaligen Assistenten und späteren Oberarzt der Universitätsfrauenklinik in Greifswald und Universitätsprofessor Dr. Rudolf Hubert heiratete.

„Es war wie ein unaufhaltsamer Sog“⁴

Erste politische Arbeit und Eintritt in die Deutsche Volkspartei (1927-1933)

Sie war nun Ehefrau, besuchte die Universität in Greifswald nunmehr als „Hobby“ und hörte staatsrechtliche und völkerrechtliche Vorlesungen. Die Schatten, die der Nationalsozialismus warf, machten sich in ihrem Elternhaus bereits während der zwanziger Jahre bemerkbar. Ihre eigene Familie, sie hatte in der Zwischenzeit zwei Mädchen geboren – 1928 Sibylle und 1931 Alix –, blieb nicht von der Wirtschaftskrise der beginnenden dreißiger Jahre verschont. 1930 trat sie – gemeinsam mit ihrem Mann – der Deutschen Volkspartei bei und wurde Mitglied des Greifswalder Ortsvereinsvorstandes und einer Arbeitsgemeinschaft junger Volksparteiler. Als sie bemerkten, daß sich die Volkspartei mehr und mehr auf die Nationalsozialisten zu bewegte, verließen sie sie wieder.⁵ Mit wachsender Angst beobachteten sie, daß täglich neue MitbürgerInnen zu den Nationalsozialisten übertraten. Ihnen erschien das wie ein unaufhaltsamer Sog, dem sich zu wenige Menschen ohnmächtig entgegenzuwerfen versuchten.

4 Ebenda, S.16.

5 Siehe Munzinger-Archiv, Lieferung 27/65, 3.7.1965.

„Die bürgerlichen Parteien hatten völlig versagt“⁶
Im Schatten des Hakenkreuzes (1933-1945)

Noch hatte Elinor Hubert keine Ahnung, daß der Nationalsozialismus auch in ihr persönliches Leben eingreifen könnte. Das änderte sich schlagartig. 1933 wurde ihr Vater zur Disposition gestellt.⁷ Auch ihr Mann wurde 1933 fristlos entlassen, weil er 1932 mit auf einem Wahlplakat gestanden hatte, das sich gegen die Wahl Hitlers wandte. Die Studenten ihres Mannes wollten sich das nicht gefallen lassen. Sie beriefen eine Klinikversammlung ein und erklärten, daß sie nicht auf einen ihrer beliebtesten Dozenten verzichten wollten. Damit hatten sie zunächst Erfolg. Da Rudolf Hubert seine politische Einstellung nicht ändern wollte, dauerte es aber nicht lange, bis er wieder Schwierigkeiten bekam. Als der Reiterverein Greifswald 1935 in die SA-Reiterstaffel übernommen werden sollte und er sich weigerte mitzumachen, war dies einer der letzten Gründe, die zu seiner fristlosen Entlassung führten. Er galt als nicht zuverlässig im Sinne des Regimes. Ein Mitglied der SA nahm seinen Platz als Oberarzt ein. Dr. Rudolf Hubert erhielt durch die Hilfe des Göttinger Professors Dr. med. Martius eine außerplanmäßige Professur in Göttingen. Die Familie zog nach Kassel, wo Dr. Hubert bis zum Kriegsbeginn im September 1939 in einem Krankenhaus des Deutschen Roten Kreuzes neben seiner Professur ambulante Operationen durchführen konnte. Elinor Hubert versorgte den Haushalt und die beiden Kinder, die sich später an ein friedliches und harmonisches Familienleben in Kassel erinnern. Freilich blieben auch den Kindern die Schatten des Hakenkreuzes nicht verborgen.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Rudolf Hubert sofort eingezogen. Elinor Hubert blieb mit den Kindern allein. Ihr Mann wurde als Stabsarzt in Frankreich stationiert. Die Töchter erlebten einen uniformierten Vater, der nur kurze Heimatbesuche abstatten konnte, und sie bekamen Feldpostbriefe. Eine Flüchtlingsfamilie aus dem Saarland teilte mit ihnen Wohnung und Küche. Elinor Hubert versuchte, den Lebensstandard für die Töchter aufrechtzuerhalten, fuhr mit ihnen weiter zu den Reitstunden nach Göttingen und führte den Haushalt notfalls auch ohne Haushaltshilfen. Rudolf Hubert hatte Glück und wurde nach Brandenburg an der Havel versetzt. In der expandierenden Industriestadt konnte er die Gynäkologische Abteilung und die Chefarztposition des städtischen Krankenhauses übernehmen. Im Sommer 1940 zog auch Elinor Hubert mit den beiden Kindern in die Industrie- und Arbeiterstadt, wo die Familie nun ein großes altes Haus in einem riesigen Park bewohnte. Für Elinor begann ein neues Leben. Sie lebte auf dem Land und züchtete Blumen, Gemüse und Obst. Durch die Flugzeuge, die über ihren Garten hinwegflogen, fühlte sie sich zunächst nicht bedroht. Das ‚Glück‘ dauerte nicht lange: Im Oktober 1941 starb ihr innig geliebter Vater an einem Schlaganfall, im Januar 1942 verlor sie ihren Mann während eines Ski-Urlaubs der Familie durch einen Herzinfarkt.

6 Hubert, Beamtentochter, S.17.

7 Siehe Munzinger-Archiv 1965.

Elinor Hubert stand „von einem Tag auf den anderen“ mit ihren zehn- und 13jährigen Mädchen alleine da.

Das Nachholen der Facharztausbildung gab sie auf, weil sie ihre Kinder nicht alleine lassen wollte. So hospitierte sie – um ihre Kenntnisse aufzufrischen – für ein knappes Jahr an der Kinderpoliklinik und der Medizinischen Poliklinik der Charité in Berlin, wohin sie täglich von Brandenburg aus fuhr. 1943 ließ sie sich in ihrem Wohnhaus in Brandenburg als praktische Ärztin nieder. So konnte sie immer für die Kinder erreichbar sein. Trotz des großen Patientenandrangs betreute sie die Müttervorsorgestelle in einem Außenbezirk Brandenburgs. 1944 entschloß sich Elinor Hubert zur nachträglichen Promotion an der Universität Göttingen. Ihre Dissertation schrieb sie „Zur Differentialdiagnose zwischen Ovarialtumoren und extragenitalen Tumoren des Abdomen“. Den großen Garten hatte sie aufgrund der schwierigen Ernährungslage in einen Nutzgarten mit Gemüse und vielen Obststräuchern umfunktioniert.

Als sich die Luftangriffe auf Berlin verstärkten, wurde ihr Haus zur Fluchtstätte für die Kinder von Freunden. Sie verbrachte die Nächte im Keller des Hauses und die Tage in der Praxis und sorgte sich um ihre heranwachsenden Töchter, die als Oberschülerinnen in „Jungvolk“ und BDM eingetreten waren. Am Ostersonnabend 1945 zerstörte der erste große Fliegerangriff auf Brandenburg die Gas- und Wasserleitungen in ihrem Haus und machte aus ihrem Obst- und Gemüsegarten einen gewaltigen Bombentrichter. Nach zehn Tagen siedelte sie mit ihren Kindern und mit ihrer Mutter, die in der Zwischenzeit nach Brandenburg gekommen war, in den Krankenhausbunker um. Während der Belagerung der Stadt leitete sie die Innere Abteilung des Krankenhauses.⁸ Die nun 16jährige Tochter Sibylle wurde im überfüllten Krankenhaus als Schwesternhelferin eingesetzt, die drei Jahre jüngere Alix half auf der Kinderstation.

Während der Kriegstage wurde Elinor Hubert bewußt, wie hilflos ihr ärztliches Tun in einem mörderischen System war. Sie mußte zuckerkranken Menschen sterben sehen, weil es kein Insulin mehr gab, und Herzkranke, weil das Strophanthin ausgegangen war. Am schlimmsten empfand sie das Sterben der Kinder, die von den Bomben nicht verschont blieben. In ihr reifte der Gedanke, daß sie sich, wenn sie den Krieg überleben sollte, einer politischen Partei anschließen wollte, die Kriege in Zukunft verhindern würde. Die „sogenannten bürgerlichen Parteien“ hatten nach ihrer Meinung völlig versagt.⁹ Die Ärztin entfernte sich nicht nur politisch von ihnen, sondern fühlte sich auch zu den Menschen der unteren Schichten mehr und mehr hingezogen.

8 Siehe ebenda.

9 Siehe Hubert, Beamtentochter, S.17.

*„Es gab Steckrüben mit Kartoffeln oder Kartoffeln mit Steckrüben“
Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1949)*

Sofort nach der deutschen Kapitulation nahm die Ärztin Kontakte zur CDU in Brandenburg und Berlin auf. Mit Freunden sprach sie über den Beitritt zur SPD. Sie wohnte mit ihren beiden Töchtern weiter im Krankenhaus; die Mutter war in der Zwischenzeit an einer Infektion gestorben. Da inzwischen etliche Ärzte aus der Gefangenschaft zurückgekehrt waren und sie ihre Patienten versorgt sah, fuhr sie im Oktober 1945 mit einem englischen Flüchtlingstransport im plombierten Zug nach Westen und wohnte mit ihren Töchtern zunächst „in einem Massenlager“ unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. In Göttingen angekommen, fanden sie die vom Krieg ‚verschonte‘ Wohnung ihrer Mutter als Studentenwohngemeinschaft vor. Gezwungenermaßen arrangierten sie sich mit den neuen Bewohnern. Ein kleines Zimmer richtete Elinor Hubert als Praxis ein. Nach wenigen Wochen erhielt sie die Niederlassungsgenehmigung als Ärztin, denn schließlich war sie politisch völlig unbelastet. Wie viele andere Mütter ernährte sie ihre Kinder phantasie reich mit „grauen Nudeln und Steckrüben mit Kartoffeln oder Kartoffeln mit Steckrüben“, wie sich die Tochter Alix Hubert erinnert.¹⁰ Die Töchter erhielten Schulspeisung und von einer norwegischen Hilfsaktion Trainingsanzüge. Elinor Hubert nähte ihnen Kleider aus rot-weiß-kariertes Bettwäsche und sorgte dafür, daß sie am kulturellen Leben teilhaben konnten.

An eine politische Karriere dachte Elinor Hubert zunächst nicht, als sie am 1. Dezember 1945 der SPD beitrug.¹¹ Parallel zu ihren parteipolitischen Aktivitäten war sie außerparlamentarisch in der Frauenbewegung tätig. Sie wurde erste Vorsitzende des Göttinger Frauenrings, einer parteiunabhängigen und parteiübergreifenden Frauenorganisation, zu deren Mitgründerinnen sie gehörte.¹² Bei politischen Aktionen halfen nicht nur die Töchter mit, sondern auch die Studierenden, die sie in der Wohnung ihrer Mutter vorgefunden hatte. Die Töchter lernten sehr früh, selbständig und eigenverantwortlich zu sein. Die Göttinger Wohnung scheint in diesen Nachkriegsjahren eine gute Adresse für Freunde und Verwandte gewesen zu sein, die vorübergehend keine Bleibe hatten, weil sie ihre Wohnungen durch Krieg und Besatzung verloren hatten. Die Töchter lebten als „ganz normale Backfische“. Das Engagement der Mutter in der Politik war „nicht unbedingt unvereinbar“ mit ihrem Leben. Heute wissen sie nicht mehr, ob es die Überzeugung der Mutter war, die sie ansteckte, selbst politisches Interesse zu entwickeln, oder die „unglaublich spürbare politische notwendige Erneuerung“.

10 Schriftliche Mitteilungen von Alix Hubert-Fehler, 13.8.2002.

11 Siehe Abgeordnete aus Verantwortung, in: Hannoversche Presse, 18.9.1965.

12 Siehe Interview Gisela Notz mit Irma Keilhack am 20.5.1999 in Hamburg. Zu den überparteilichen Frauenausschüssen und deren Verhältnis zur SPD siehe auch die Biographie über Lisa Albrecht in: Notz, Frauen, S.130-149.

Als Elinor Hubert im Frühjahr 1946 gefragt wurde, ob sie in den neuernannten Rat der Stadt Göttingen eintreten wolle, bat sie zunächst um Bedenkzeit, fand aber keinen rechten Grund für eine Ablehnung. 1947 wurde die Sozialdemokratin gewählttes Mitglied und gehörte bis 1950 dem Rat der Stadt Göttingen an. Aufgrund ihrer Kompetenzen wirkte sie als Vorsitzende des Wohlfahrts- und Gesundheitsausschusses.

Bald gewann sie den Eindruck, daß für einen tieferen Einstieg in die Politik juristische Kenntnisse nützlich wären und belegte bis zur Währungsreform Vorlesungen in Jura an der Göttinger Universität. Sie wollte den „juristischen Doktor“ machen, hielt das Studium aber nur vier Semester durch und arbeitete dann wieder als praktische Ärztin in Göttingen. Als stellvertretendes Mitglied im Zonenbeirat der britischen Zone mußte sie oft nach Hamburg fahren und war tagelang von zu Hause abwesend. Nun kam sie doch in erhebliche Zeitnot.

*„In den ersten Jahren hatte ich oft ein bedrückendes Gefühl“¹³
Arbeit im Deutschen Bundestag (1949-1969)*

Elinor Hubert trug sich gerade mit dem Gedanken, ihre politische Betätigung einzuschränken, als der SPD-Parteivorstand sie aufforderte, im Wahlkreis Alfeld-Holzminden für den Ersten Deutschen Bundestag zu kandidieren. Da sie sich keine wirkliche Wahlchance ausrechnete, dachte sie, sie könnte sich nach dem Wahlkampf ganz ihrer Arbeit im Rat und in der ärztlichen Praxis widmen. Es kam anders: Zu ihrer eigenen Überraschung wurde sie 1949 in den Bundestag gewählt. Sie war die einzige Akademikerin in der SPD-Fraktion.¹⁴ Obwohl sie gewohnt war, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, beschrieb sie „die ersten Schritte, die man als Abgeordneter tut“, als nicht einfach. Es war für sie „besonders als Frau“ zunächst sehr ungewohnt und aufregend, auf dem Marktplatz in Holzminden zu einer Menschenmenge zu sprechen.¹⁵ Dennoch waren für sie die Würfel für ihre zukünftige politische Arbeit gefallen. Ihr Ratsmandat und ihre ärztliche Praxis gab sie auf.¹⁶ Ab 1957 war sie zudem Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union und hatte noch eine Reihe anderer Funktionen.

Bereits während ihrer Wahlkampfveranstaltungen hatte sich Elinor Hubert stark beunruhigt gezeigt über zunehmende rechtsradikale und nationalistische Tendenzen in der Bundesrepublik.¹⁷ Maßgeblich wirkte sie am Gesetz für

13 Interview Keilhack, S.19.

14 Hubert saß 1954 u. a. mit Clara Döhring in der Bundestagsfraktion, und 1958 war sie außer Käte Strobel einziges weibliches Mitglied im Parteiausschuß. Siehe Anwesenheitsliste der Delegierten und Gäste der SPD-Parteitage sowie Protokolle der Parteitage, und die Biographien über Käte Strobel und Clara Döhring, in: Notz, Frauen, S.483-501 und S.190-204.

15 Siehe Abgeordnete aus Verantwortung.

16 Siehe ebenda.

17 Siehe Brief Dr. Elinor Hubert an Hertha Gotthelf vom 19.8.1949, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), PVI 0258.

Kriegsopferversorgung und am Heimkehrergesetz mit. In einem Unterausschuß des Rechtsausschusses befaßte Elinor Hubert sich mit der Großen Strafrechtsreform. Die Tochter Alix war fasziniert, als FahrerIn ihrer Mutter den Ersten Deutschen Bundestag von Beginn an erleben zu können. 1950/1951 studierte sie in Bonn und lebte mit der Mutter und mit Lisa Albrecht, ebenfalls Bundestagsmitglied der ersten Stunde und Kämpferin für den Frieden, zusammen.

Ihrer Absicht, eine Bundesrepublik mit aufzubauen, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen sollten, blieb Elinor Hubert auch während ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag treu. Sie wollte dafür sorgen, daß alle Kräfte für eine Wiedervereinigung in Freiheit eingesetzt und nicht neue deutsche Divisionen aufgestellt werden, denn darüber diskutierten die Politiker der konservativen Regierungsparteien 1950 schon wieder. Damals lehnte die SPD einen deutschen Wehrbeitrag ab. Ihre friedenspolitischen Vorstellungen, die Elinor Hubert vor allem mit Frauen durchsetzen wollte, gingen nicht in Erfüllung, denn schon 1956 stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für eine Remilitarisierung.¹⁸

Als Ärztin und Mitglied des Gesundheitsausschusses wurde Elinor Hubert schnell „der Arzt- und Gesundheitsexperte der SPD“.¹⁹ Sie wirkte bei der Verabschiedung des Lebensmittelgesetzes und des Arzneimittelgesetzes, der Novelle zum Krankenpflegegesetz, am Entwurf zur Änderung des Mutterschutzgesetzes, an der Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und an einer Gewerbeordnung mit, die darauf abzielte, die Luftverschmutzung zu vermindern. Andere wichtige Politikfelder, in die sie ihre Erfahrungen als Ärztin einbringen konnte, waren Fragen der Rassendiskriminierung und der sexuellen Aufklärung.²⁰

Mit Besorgnis beobachtete sie die Zunahme von krankmachenden Arbeitsbedingungen durch Rationalisierung und Technisierung in der Erwerbsarbeit. Sie verwies darauf, daß es die Erkrankungen des Herzens und des Kreislaufs seien, die an der Spitze der Volkskrankheiten rangierten, und daß Unterbeanspruchung am Arbeitsplatz ebenso gesundheitsschädlich sein könne wie Überbeanspruchung. Unfallverhütung allein erschien ihr nicht als ausreichend. Sie erkannte die Gefahren „moderner“ fensterloser Arbeitsräume mit künstlicher Belüftung und Belichtung bereits, als sie noch als Errungenschaft gefeiert wurden.²¹ Sie machte auf die Gefahren monotoner Akkord- und Fließbandarbeit für das „empfindsamere Nervensystem der Frau“ und der Jugendlichen aufmerksam und verwies schon in den 50er Jahren darauf, daß sich

18 Siehe SPD-Versammlung mit Dr. Elinor Hubert, Durch Wiedervereinigung zum Frieden, in: Osnabrücker Tageblatt, 11.6.1952.

19 Walter Henkels: Von der Studienstiftung bis zu den Krankenschwester, Bonner Köpfe: Elinor Hubert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.7.1963.

20 Siehe Key L. Ulrich: Eine Ärztin im Bundestag, in: Hannoversche Zeitung, 23.7.1965.

21 Siehe Elinor Hubert: Vorbeugende Gesundheitsfürsorge, in: Gleichheit, 1953, Nr. 9, S.292-294.

auch zahlreiche Angestelltentätigkeiten durch den Einzug neuer Techniken stark verändert hatten. Sie unterbreitete Vorschläge für bessere Pausenregelungen, verkürzte Arbeitszeiten und persönlichkeitsfördernde Arbeitsbedingungen.²² Ihre Vorstellungen von einer Neuordnung des Gesundheitswesens bezogen sich auf einen Gesundheitsschutz, der den „ganzen Lebensweg vom Säugling über das Kleinkinder- und Schulzeitalter bis ins Arbeitsleben“ und alle Bevölkerungsgruppen betraf.²³

Ihr unermüdliches Eintreten für die Gesundheit anderer bewahrte sie offensichtlich nicht davor, sich selbst nicht selten zu überfordern. Im Februar 1958 erlitt sie einen schweren Herzinfarkt und mußte in ein Bonner Krankenhaus gebracht werden.²⁴ Zwei weitere Infarkte sollten später folgen.

Enttäuscht war Elinor Hubert von dem 1961 eingerichteten Ministerium für Gesundheit und von der Gesundheitspolitik der ersten Ministerin Elisabeth Schwarzhaupt (CDU). Sie hatte sich von ihr eine aktivere Gesundheitspolitik erhofft, die angesichts der Bedrohung durch zunehmende Krebs- und Kreislaufkrankheiten unbedingt notwendig erschien. Stattdessen waren viele gesetzgeberische Vorschläge ihrer Partei, besonders solche, die präventive Maßnahmen betrafen, abgelehnt oder nur unzureichend umgesetzt worden. Die „Aufgabe eines Gesundheitsministers, auf alle Bereiche der Gesetzgebung einzuwirken und Hüter gesundheitlicher Forderungen zu sein“, sei nicht erfüllt worden. Stattdessen blieb das Bundesgesundheitsministerium in all den Jahren „das Stiefkind der Regierung“. Auch dem mit dem Bundesgesundheitsamt verbundenen Auftrag, Forschungsvorhaben zu ihrem Arbeitsbereich zu vergeben, hatte die Ministerin nach Elinor Huberts Meinung nicht erfüllt.²⁵

Ganz und gar nicht hinnehmen wollte sie die Appelle, die die Ministerin Elisabeth Schwarzhaupt an die Bevölkerung richtete, „sich gesundheitsmäßig zu verhalten“ und die damit die Begrenzung staatlicher Aufgaben rechtfertigte. Von einer Mobilisierung der durch die fatalen Zustände Betroffenen hielt sie offenbar nicht viel. Auf die Frage eines Journalisten, ob die deutschen Ärzte nach dem Beispiel anderer Länder (Schweden, Belgien) streiken sollten, bezog sie trotz ihrer Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung, keine eindeutige Position, sie sagte: „Eigentlich nicht“.²⁶

Chronisten lobten sie als Rednerin, die zu vielen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nahm. Besonderes Lob erwarb sie sich offensichtlich, weil sie dies „nie [...] in dem sentimentalen Ton [tat], in den Politikerinnen gern verfallen, wenn sie

22 Siehe Dies: 40-Stunden-Woche und Erhaltung der Gesundheit, in: Gleichheit, 1955, Nr. 1, S.1f.

23 Siehe Hubert, Gesundheitsfürsorge, S.293.

24 Siehe Mitteilung vom 21.2.1958, ohne weitere Angabe, in: AdsD, Sammlung Personalien Elinor Hubert.

25 Siehe Pressestelle im Bundeshaus. Die SPD-Fraktion teilt mit: Betr.: Bundestags-sitzung, 16.4.1964 und Betr.: Gesundheitshaushalt, 18.2.1965; spd: pressemitteilungen und informationen, 29.1.1965.

26 spd: pressemitteilungen, 29.1.1965.

zu sozialen Fragen sprechen“. Im Gegenteil: Elinor Hubert war „ganz und gar eine Dame“.²⁷

Bei der Bevölkerung war sie während ihrer 20jährigen Bundstagsarbeit überaus beliebt. Ihre Sprechstunden waren stets überfüllt. Wenn es ihre Zeit erlaubte, besuchte sie Industrieanlagen, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser, um sich „vor Ort“ über das Wohlergehen der Menschen zu erkundigen. Sie setzte sich für Mittelpunktschulen, den Ausbau der Universitäten und Fachhochschulen, die qualitative und quantitative Verbesserung von Kindertagesstätten und Kindergärten, die „Sorgen und Probleme der arbeitenden Frauen“ sowie für die älteren Bürger und die landwirtschaftlichen Beschäftigten ein.²⁸

Zu einer Zeit, als Umweltschutz und Umweltpolitik noch kaum ein Thema waren, forderte Elinor Hubert bereits mehr Schutz gegen Umweltgefahren, wies auf die Bedrohung durch Luft- und Wasserverschmutzung, durch Lärm, Straßenverkehr und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen hin und forderte immer wieder wirkungsvolle Gesetze, um gesundheitsschädliche Umweltbedingungen kontrollierbar zu machen.²⁹ Ihrer Meinung waren die Umwelteinflüsse und der Zusammenhang von Umwelt und aktuellen Volks- und Zivilisationskrankheiten ebenso zu erforschen, wie das bei Infektionskrankheiten geschah.³⁰ Eine „zentrale Stelle zur Erforschung der Volkskrankheiten“ erschien ihr eine dafür geeignete Institution.³¹ Ihr ging es immer darum, die Wurzeln von gesundheitlichen Gefahren zu erkennen und zu bekämpfen. Sie konnte nicht verstehen, daß der Bundesverteidigungsminister versuchte, bei der Bevölkerung Verständnis für die Belästigung durch den Fluglärm zu wecken. Fluglärm sei keine „Belästigung“, sondern eine Gefährdung der Gesundheit, gegen die die Bevölkerung geschützt werden müsse.³² Wirtschaftliche und militärische Belange sollten nicht vor die Interessen der Menschen nach einer gesunden Umwelt gestellt werden.

In ihrem Engagement berief sich Elinor Hubert auf das neugeschaffene Grundgesetz für die BRD, wonach „jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ habe. Und die war nach ihrer Meinung nur möglich, wenn für das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden gesorgt war. Der Staat dürfe sich seiner notwendigen Aufklärungspflicht nicht entziehen. Über die

27 Henkels, Studienstiftung.

28 Siehe Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.): Vorn. Sicher ist Sicher, SPD 1965, Broschüre, Postwurfsendung, Kopie in: AdsD, Sammlung Personalia Elinor Hubert.

29 Siehe Elinor Hubert: SPD: Mehr Schutz gegen Umwelt-Gefahren, in: Das Parlament, 31.8.1966.

30 Siehe Ulrich, Ärztin.

31 Siehe Dr. Elinor Hubert, in: SPD: pressemitteilungen und informationen, 6.8.1964.

32 Siehe Dr. Elinor Hubert, in: Die SPD-Fraktion teilt mit, 22.9.1964.

Gefahren, die den Menschen in der modernen Zivilisation drohen, wollte sie schon im Schulunterricht aufklären.³³

Als ihre Genossin Käte Strobel 1966 in der Großen Koalition Gesundheitsministerin wurde, wußte diese sofort, daß sie sich auf Elinor Hubert verlassen konnte.³⁴ Schon als sie gefragt wurde, ob sie das Amt übernehmen wolle, ging es ihr blitzschnell durch den Kopf: „Gesundheitsminister, das sollte eigentlich Elinor Hubert werden.“ Käte Strobel nahm das Amt aber an, weil sie meinte, „wenn also schon ein Ministeramt einer Frau angeboten wird, dann darfst du nicht nein sagen“.³⁵ Tatsächlich unterstützte Elinor Hubert Käte Strobel während deren Amtszeit mit ihrer Kompetenz, wo immer sie konnte.³⁶ Wie viele Politikerinnen bedauerte Elinor Hubert, daß sie so wenig Zeit für ihre Familie hatte. In den ersten Jahren hatte sie oft ein bedrückendes Gefühl, obgleich ihre Töchter nicht mehr so jung waren. Als die beiden Töchter verheiratet waren, kannte sie als „Abgeordneten-Mutter“ keine bessere Erholung, als einen Abend oder einen Sonntag in der Familie einer der Töchter zu verbringen.³⁷

Für ihre Verdienste um das Deutsche Arzneimittelgesetz 1964 wurde sie auf dem Deutschen Apothekertag in Hamburg mit der Ehrengabe der deutschen Apothekerschaft ausgezeichnet. 1965 erhielt sie auf dem 68. Deutschen Ärztetag für ihre Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens die Paracelsus-Medaille, und im Juni des gleichen Jahres verlieh ihr der Bundespräsident das Große Verdienstkreuz.³⁸

„20 Jahre Bundestag sind genug“³⁹

„Ruhestand“ (1969-1973)

Für die Bundestagswahl 1969 kandidierte sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr. Vier Jahre verbrachte sie noch „im Ruhestand“, erfreute sich an ihren Töchtern und den Enkelkindern und genoß ihr Haus in Neuhaus. Sie pflegte viele persönliche Kontakte, führte weiter gerne politische Diskussionen, besuchte alte Freunde und hatte stets ein offenes Haus.

Elinor Hubert starb am 25. Januar 1973 in Köln, der Stadt, in der ihre Tochter Alix heute noch lebt und arbeitet. Fragt man ihre Töchter danach, was für ein Mensch Elinor Hubert gewesen ist, so erfährt man, daß sie immer zur Stelle war, wenn man sie brauchte, daß sie im politischen und persönlichen Freundeskreis absolut verlässlich war. Wenn sie es selbst hören könnte, würde sie wohl am

33 Siehe ebenda, S.7.

34 Siehe die Biographie über Käte Strobel, in: Notz, Frauen, S.483-501.

35 Käte Strobel: Tabubrecherin in Fragen der Sexualität, in: Renate Lepsius: Frauenpolitik als Beruf. Gespräche mit SPD-Parlamentarierinnen, Hamburg 1987, S.33-51, hier S.43.

36 Siehe ebenda, S.44-46.

37 Siehe Hubert, Beamtentochter, S.18.

38 Siehe Pharmazeutische Zeitung, Nr. 22, 3.6.1965, S.705, Abschrift in: AdsD, Sammlung Personalien Elinor Hubert.

39 Elinor Hubert, zit. nach: Hannoversche Presse, 11.2.1969.

meisten freuen, daß sie im Urteil der Töchter „letzten Endes ein ganz normaler Mensch mit Vor- und Nachteilen war.“ Der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, würdigte Elinor Hubert in einem Beileidschreiben: „In den zwanzig Jahren, die wir zusammengewesen sind im Bundestag, hat sie vorbildlich gewirkt und vieles bewirkt. Und sie war ein guter Freund, wenn es darauf ankam. Für unsere Bundestagsfraktion ist Elinor eine Zierde gewesen.“⁴⁰

40 Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag, 6.1.1973, in: AdSD, Sammlung Personalien Elinor Hubert.

A. S. Makarenko in Moskau. Die beiden letzten Lebensjahre

Valentin Bejlinson

Der nachfolgende Beitrag des Pädagogen und Journalisten Valentin Grigor'evič Bejlinson (geb. 1926) stützt sich auf Notizen, die dieser von Gesprächen mit Zeitzeugen angefertigt hat. Dabei handelt es sich um Material einer Quellengattung, die der Forschung bisher nicht zur Verfügung stand und unsere Kenntnis von Anton Semenovič Makarenko (1888-1939) auf unerwartete Weise erweitert. Das in der Fachliteratur schon wiederholt behandelte Thema dieses Artikels – Makarenko in Moskau, im Zentrum der Macht –,¹ erscheint dabei in neuem Licht. Als Sohn eines Offiziers mit häufig wechselnden Aufenthaltsorten wuchs Valentin Bejlinson bei seinem Großvater mütterlicherseits, Aleksandr S. Aluf, auf. Dieser war 1901 wegen Unterstützung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verhaftet worden. 1902 gelang ihm die Flucht nach Westeuropa, wo er Geschichte, Medizin und Chemie studierte und anschließend in verschiedenen pharmazeutischen Unternehmen, u. a. seit 1912 in London, tätig war. Nach der Februarrevolution in seine Heimat zurückgekehrt, engagierte sich Aluf beim Aufbau der russischen Gewerkschaftsbewegung, und von Oktober 1917 bis August 1938 war er Leiter der Hauptverwaltung Apotheken im Volkskommissariat für Gesundheitswesen der RSFSR. Daneben forschte und lehrte er zur Geschichte der russischen Arbeiterbewegung. Seine Wohnung im Zentrum von Moskau war Mittelpunkt eines Kreises von Intellektuellen, die dem Stalinschen System mehr oder weniger kritisch gegenüberstanden. 1938 wurde A. S. Aluf unter der standardisierten Beschuldigung „antisowjetischer Aktivitäten und Spionage“ (für Großbritannien) verhaftet, zum Tode verurteilt und erschossen.

Seit seinem 12. Lebensjahr hatte Valentin Bejlinson es sich zur Gewohnheit gemacht, interessante Gespräche, die in der Familie seines Großvaters und später im eigenen beruflichen Umfeld mit Personen aus Kultur, Wissenschaft und Politik geführt wurden, tagebuchartig festzuhalten. Dadurch entstand über Jahrzehnte hinweg ein umfangreicher Fundus von Notizen zur Situation der Intellektuellen und ganz generell zu den Lebensbedingungen in der damaligen Sowjetunion.

Seine Aufzeichnungen hielt Bejlinson mit Bleistift in winziger Schrift in kleinformatigen Notizbüchern, seit den 60er Jahren in normal großer Schrift in Schreibheften fest. Zum Schutz seiner Gesprächspartner und natürlich auch der

1 Siehe Götz Hillig: Das letzte Jahr. Vom Scheitern des Schriftstellers Makarenko, in: ders. (Hrsg.): Hundert Jahre Anton Makarenko. Neue Studien zur Biographie, Bremen 1988, S.243-283; A. A. Frolov: A. S. Makarenko: moskovskij period tvorčestva (1937-1939 gg.). Chronika del i myslej [A. S. Makarenko: Die Moskauer Schaffensperiode (1937-1939). Chronik der Werke und des Denkens], Nižnij Novgorod 1997; Götz Hillig: Makarenko im Jahr des „Großen Terrors“, Marburg 1998.

eigenen Person benutzte er dabei bis zum XX. Parteitag der KPdSU (1956), auf dem Chruščev mit seiner Geheimrede die Entstalinisierung einleitete, bezüglich der Namen verschlüsselte Angaben. Stalin selbst, der seine Widersacher im Politbüro der KPdSU seit 1927 systematisch ausgeschaltet hatte und schließlich die Alleinherrschaft ausübte, fungiert dort zunächst als „ON“ (ER), später als „St.“, Makarenko, von dem der Tagebuchschreiber entsprechend seinem Zeugnis erstmals 1937 gehört hatte, von Anfang an als „M-o“, dessen Ehefrau als „Galina“ und Gor’kij als „Maksim“.

Im Alter von 15 Jahren als Freiwilliger in die Rote Armee eingetreten, nahm Valentin Bejlinson bis zu seiner Verwundung (Ende 1944) am Großen Vaterländischen Krieg teil. Danach absolvierte er zwei Studien – Jura und Pädagogik (Promotion). In den folgenden Jahrzehnten war er auf dem Gebiet der Volksbildung tätig – als Kinderheim- und Schulleiter, zuletzt als Leiter der Abteilung für die Entwicklung neuer Lehrmittel des führenden sowjetischen Schulbuchverlags „Prosvješćenie“ (Bildung), von 1990 bis 1991 zugleich als Berater des Bildungsministers der RSFSR.

In Zusammenhang mit einer dringend erforderlich gewordenen medizinischen Behandlung entschloß sich Valentin Bejlinson 1994 kurzfristig, nach Deutschland zu übersiedeln, wo bereits seine Tochter lebte, die als Dolmetscherin tätig ist. Später gelang es ihm, sein einzigartiges Archiv nachsenden zu lassen. Aus den in den vergangenen Jahren schrittweise dechiffrierten Notizbüchern bezieht er in dem vorliegenden Beitrag relevante Aussagen seiner Gesprächspartner zu Makarenkos Leben und Wirken als Schriftsteller in Moskau während der Jahre 1937 bis 1939 ein, das sich von der vorangehenden Tätigkeit als Pädagoge in Char’kov und Kiev grundlegend unterschied. Doch unabhängig von seiner spezifischen Thematik kann der hier wiedergegebene Artikel dazu beitragen, unsere Kenntnis von der zunehmenden (Selbst)Reglementierung der sowjetischen Intelligenz im „Jahr des Großen Terrors“ zu erweitern.

Valentin Bejlinsons Beitrag wurde von Edgar Günther-Schellheimer (Mittenwalde-Motzen bei Berlin), der den Autor bereits 1954 während eines Praktikums an dessen Schule (Nr. 43) im Rahmen seines Pädagogikstudiums in Moskau kennengelernt hatte, aus dem Russischen übersetzt. Für nicht mit Makarenko vertraute deutschsprachige Leser werden in den Fußnoten erforderliche Erläuterungen gegeben.

Götz Hillig

Die Ereignisse, von denen hier die Rede ist, betreffen jene Zeit, als Makarenko bereits in einem vorgeschrittenen Alter ist, als Wegbereiter einer neuen Pädagogik und meisterhafter Erzieher Popularität erlangt hat und in Moskau in einem Haus von Privilegierten wohnt. Das war eine Zeit unbeschreiblicher Umbrüche der gesellschaftlichen, offiziellen und persönlichen Beziehungen, als geachtete Menschen ihre Verlorenheit erleben mußten und Nichtsnutze jedweder Art unaufhaltsam Karriere machen konnten.

Würde man einen Kalender erstellen, in dem alle Tätigkeiten Makarenkos in der Öffentlichkeit in dieser Zeit (Februar 1937 bis März 1939) enthalten sind, dann würde uns dessen regelrechter Heißhunger auf alles überraschen. Eine solche Aktivität ist für ihn ungewöhnlich, ja irgendwie krankhaft.

Makarenko ergreift jede Gelegenheit, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen und Erklärungen abzugeben. Wo er überall auftritt, was er alles und worüber er schreibt! Es überrascht, wie dieser Neu-Moskauer allgegenwärtig ist. Und diese seine Vielseitigkeit ist nicht etwa enzyklopädisch, keine aufklärerische Tätigkeit oder ein Bestreben, Bildung zu vermitteln, vielmehr ist er hartnäckig bemüht, in allen Fragen des geistigen Lebens der sowjetischen Gesellschaft mitzureden, ja die höchste Autorität zu sein.

Auf einem Bankett zu Silvester 1938/39 bei Dr. Gecel'd, einem Freund meines Großvaters, stellt der bekannte Schriftsteller und Kulturhistoriker V. V. Veresaev² bedauernd folgende Überlegungen in den Raum: „Was geht wohl in Makarenko vor? Ein solcher Pädagoge; warum bringt er seine längst versprochene Erziehungsmethodik nicht zum Abschluß und springt statt dessen über jedes Stöckchen und erklimmt jedes nur mögliche Podium! [...]“

Ein Allwissender, der sich nicht einmal um Argumentationen bemüht. Er überlegt nicht, hegt keinerlei Zweifel, sondern formuliert Postulate. Was für ein unverfrorenes apodiktisches Gebaren! Was für eine Selbstsicherheit als ‚Historiker‘, als ‚Politologe‘ und sogar als ‚Philosoph‘! Was für eine Erbarmungslosigkeit im Urteil über Kollegen! [...]

Der Schriftsteller Makarenko befand sich doch erst am Anfang seiner Karriere. Das ‚Pädagogische Poem‘ war die Ankündigung eines großen schriftstellerischen Talents, doch Makarenko hat es verraten. [...]

Sehen Sie nur, wie er belletristische Werke ‚auseinandernimmt‘. Das sind doch Rezensionen eines wütenden Parteimenschen, der sich nur dafür interessiert, wie ein Roman, eine Erzählung, ein Spielfilm oder ein Schauspiel vom Standpunkt der Partei zu bewerten ist. So schätzt er Furmanov³ ein, so den Film ‚Der Weg ins Leben‘,⁴ den Roman ‚Peter der Erste‘.⁵ Makarenko bemüht sich in seinen parteigemäßen Stellungnahmen, päpstlicher als der Papst zu sein. [...]

2 Veresaev kannte Makarenko aufgrund ihrer gemeinsamen Arbeit in der Leitung der Sektion Prosa des Schriftstellerverbandes; in diese Funktion waren beide am 16.11.1937 in geheimer Abstimmung gewählt worden.

3 Gemeint ist Makarenkos Artikel „Чapaев“ von D. Furmanov“ über den 1923 erschienenen Roman und dessen gleichnamige Verfilmung (1934), der innerhalb eines Zyklus „Die besten Bücher der sowjetischen Literatur“ der Zeitschrift „Literaturnyj kritik“ (Nr.10-11/1937) zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution erschienen war.

4 Über den Film „Der Weg ins Leben“ (Putevka v žizn', 1931), dem Erfahrungen der Arbeitskommunen der Vereinigten Staatlichen politischen Verwaltung (OGPU) zugrunde liegen, hatte sich Makarenko am 21. April 1937 während einer Diskussion im Anschluß an seinen Vortrag „Schöngeistige Literatur über die Erziehung unbeaufsichtigter Kinder“ ungewöhnlich kritisch geäußert. Vorangegangen war die Verhaftung des Volkskommissars

Wie schade, wir verlieren da ein vielversprechendes Talent. Die Menschheit kennt einige Dutzend großer Meister der Pädagogik, doch allein Makarenko war in der Lage, den pädagogischen Prozeß in seiner Gesamtheit zu beschreiben; nur ihm, Makarenko, ist es gelungen, eine solch überaus komplizierte Sache auf eine Weise darzustellen, daß sie für jedermann verständlich wird, und sie somit zu einem allen zugänglichen Gemeingut zu machen. Das ist ein fundamentaler Bestandteil der Kultur der ganzen Menschheit. Doch anstatt dort anzuknüpfen, verhält er sich wie ein Provinzler, der ins Hauptstadtfair einbricht, einzig und allein zu dem Zweck, alle möglichen rüden Ausfälle zu ersinnen.“

Nach einer längeren Pause stellt Veresaev fest: „Alle wirklichen Schriftsteller sind jetzt still, halten sich von öffentlichen Aktionen fern. Ebenso die Historiker. Der großartige Tarle⁶ enthielt sich einer Auftragsrezension zu A. N. Tolstojs Roman ‚Peter der Erste‘, Makarenko jedoch ließ sich darauf ein, und wie primitiv und ungeschickt. [...]“

Daß Makarenko parteilos ist, kann doch kein Grund dafür sein, eine Hyperparteilichkeit zu demonstrieren. Im Gegenteil, es kommt die Zeit, da werden es Parteilose leichter haben. [...] Der Kreml beginnt sich immer öfter an den ‚Ehemaligen‘ zu orientieren. Sehen Sie den Aufstieg von Majskij⁷, Tarle, Korovin⁸ – Kulturschaffenden, die irgendwann dem Bolschewismus gegenüber feindselig gesinnt waren. Oder nehmen Sie die Hochachtung, die Stalin dem ‚sowjetischen Grafen‘⁹ entgegenbringt. Oder die überwältigende Karriere des aus dem Adel stammenden K. Simonov¹⁰ und die Unterstützung von S. Michalkov.¹¹ [...] Wie erklärt sich eine solche Liebe von Stalin für die Bulgakovschen ‚Tage der Turbyns‘¹², die von Sympathien für den russischen Adel durchdrungen sind, und

des Inneren der UdSSR G. G. Jagoda, nach dem die Erste Arbeitskommune in Bolševo bei Moskau benannt war.

5 Makarenkos 1937 entstandener Artikel „‚Peter der Erste‘ von A. N. Tolstoj“ wurde erst posthum veröffentlicht, und zwar anhand des Autorentyposkripts aus dem Archiv der Redaktion der Zeitschrift „Literaturnyj kritik“. Veresaev hatte offenbar Kenntnis von diesem Text und den Umständen seiner Ablehnung erhalten.

6 E. V. Tarle (1874-1955), sowjetischer Historiker.

7 I. M. Majskij (1884-1975), sowjetischer Diplomat und Historiker.

8 E. A. Korovin (1861-1939), sowjetischer Historiker.

9 Damit ist der sowjetische Schriftsteller A. N. Tolstoj (1883-1945) gemeint, Autor des oben erwähnten historischen Romans „Peter der Erste“, Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR (seit 1937), wiederholt mit dem Staatspreis der UdSSR ausgezeichnet.

10 K. M. Simonov (1915-1979), sowjetischer Schriftsteller, wiederholt mit dem Staatspreis der UdSSR ausgezeichnet.

11 S. I. Michalkov (geb. 1913), sowjetischer Schriftsteller, wiederholt mit dem Staatspreis der UdSSR ausgezeichnet.

12 Die Inszenierung des Moskauer Künstlertheaters der „Tage der Turbyns“ (Uraufführung 1926) nach dem Roman „Die Weiße Garde“ von M. A. Bulgakov (1891-1940) soll sich Stalin mehrmals angesehen haben.

die verachtende Abneigung Stalins gegenüber dem superrevolutionären, lobhudehenden Theaterstück ‚Batum‘ desselben Bulgakov?¹³

Ein Rätsel. Doch eines ist klar: Heutzutage erweist sich eine makellose bolschewistische Biografie bereits nicht mehr als ein Plus, sondern als ein Minus. [...]

Der arme Makarenko hat sich verrannt. Ich weiß nicht, ob es ihm gelingen wird, zu guter Letzt in die erste Reihe der geistigen Führer vorzudringen; daß er jedoch als Mensch am Ende ist, das ist eine Tatsache. Eine weitere Tragödie unseres so talentierten Zeitgenossen, ein weiterer Totalverlust, der sich ganz offensichtlich nicht verhindern läßt.“

Seit dem Jahr 1937 hatte Makarenko in seiner Umgebung niemanden, der ihn geistig bereichert und gestärkt hätte. Eine echte Freundschaft läßt sich nicht so einfach aufbauen, und sie ist schwer zu bewahren. Ab 1928 (die Verbindung mit Galina Stachievna Saľko,¹⁴ der extreme politische Umschwung im Land¹⁵) verliert Makarenko seine wenigen echten Freunde, die für ihn so hilfreich waren, um seine Berufung zu finden und sich darin schöpferisch zu bestätigen. Zuerst verliert er die großartige Grigorovič¹⁶, dann den in seiner Dankbarkeit verlässlichen Vesič¹⁷ und schließlich den „Don Quichotte“ Terskij¹⁸.

Die Übersiedlung nach Moskau, die mit dem Verlust außergewöhnlicher Beziehungen verbunden war – allein Balickij¹⁹ war von unschätzbarem Wert, und selbst Zatonkij²⁰ mit seinem schwächlichen Charakter verfügte über analytischen Verstand und immense soziale Erfahrungen –, entzog Makarenko jenen Nährboden, den er so nötig hatte. Selbst die ehemaligen Weggefährten und Kollegen sind nun für Makarenko faktisch nicht mehr erreichbar. Das seit

13 „Batum“ – Theaterstück über den jungen Stalin als Organisator einer Arbeiterdemonstration in Batum (Batumi) im März 1902, dessen Uraufführung das Moskauer Künstlertheater zum 60. Geburtstag Stalins am 21.12.1939 vorgesehen hatte, was dieser jedoch verhinderte. Das Stück erschien erst posthum – 1977 in den USA und 1988 in der UdSSR.

14 Die Verbindung mit G. S. Saľko wurde erst 1935 standesamtlich registriert.

15 Seit dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Sommer 1928) zeichnete sich der Aufstieg Stalins (zu der Zeit noch mit N. I. Bucharin, dem neuen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern, verbündet) ab.

16 E. F. Grigorovič (1880-1973), enge Freundin Makarenkos aus vorrevolutionärer Zeit bis Mitte der 20er Jahre, Mitarbeiterin in Kolonie und Kommune bis 1931.

17 V. A. Vesič, Erzieher in der Gor’kij-Kolonie.

18 V. N. Terskij (1898-1965), Erzieher und Leiter der Klubarbeit in Kolonie und Kommune.

19 V. A. Balickij (1892-1938; hingerichtet), 1922-1937 Leiter der GPU und des NKVD der Ukrainischen SSR; hatte seit 1925 freundschaftliche Beziehungen zu Makarenko, dessen Tätigkeit in der Dzeržinskij-Kommune er umfassend förderte.

20 V. P. Zatonkij (1888-1938), ukrainischer Politiker, 1923-24 und 1933-37 Volkskommissar für Bildungswesen, seit 1927 für Arbeiter- und Bauerninspektion der Ukrainischen SSR sowie seit 1925 Sekretär des ZK der KP(B)U. 1937 verhaftet, zum Tode verurteilt und im Januar 1938 hingerichtet; gehörte seit der Gymnasialzeit zum Freundeskreis von Makarenkos Frau Galina S. Saľko.

langem bekannte Gesetz: der Reichtum eines Menschen zeigt sich im Reichtum seiner Beziehungen, gilt für Makarenko in Moskau nahezu absolut. Sein Bestreben, nun in die erste Reihe der sowjetischen Ideologen vorzustoßen, verstärkt nur noch seine Einsamkeit. Keiner steht ihm zur Seite, um ihn in seinem selbstmörderischen Ehrgeiz aufzuhalten, den großen Pädagogen zu seiner Bestimmung zurückzuführen, ihn zu begeistern, seine ihm als einem Genie auferlegten gigantischen Aufgaben zu erfüllen.

Übrigens, in Moskau erwarteten ihn zwei alte Freunde, starke Persönlichkeiten, die dem erstickenden Makarenko wie Höhenluft nötig gewesen wären.

Der eine war Nikolaj Vasil'evič Petrov, ein Altersgenosse Makarenkos, Aktivist der sowjetischen Theaterkunst, Volksschauspieler, künstlerischer Leiter eines der besten Theater der UdSSR und Europas, des Aleksandrov-Theaters in Leningrad, er organisierte im Regierungsauftrag das Russische Schauspielhaus in Char'kov (damals Hauptstadt der Ukraine).²¹ Dieses Theater hatte eine wunderbare und sehr produktive Patenschaft über Makarenkos Kommune. 1936 übergab Petrov die künstlerische Leitung des Theaters dem bekannten Schauspieler A. G. Kramov und siedelte nach Moskau über, wo er seine Tätigkeit als Regisseur und Kunsthistoriker fortsetzte.

Und da gab es den anderen Freund: Jurij Borisovič Lukin; im Alter von erst 24 Jahren war er zu einem Förderer Makarenkos geworden. Es kam Makarenko letzten Endes sehr zunutze, daß er mit Lukin einen echten Redakteur bekam, der alle starken Seiten seines Autors herausfand und die schwachen eliminieren konnte; einen Redakteur, der den talentierten Autor verehrte und der Schritt für Schritt bewirkte, daß dieser sich vollständig entfalten konnte, der als leitender Redakteur keine Schatten auf seinen Autor fallen ließ, ihn nie einschränkte oder gar versuchte, aus ihm Nutzen zu ziehen und ihn sich dienstbar zu machen. Besondere Anerkennung fand Lukin 1937 im Kreis der Schriftsteller und Journalisten durch seine überaus erfolgreiche Zusammenarbeit mit Michail Šolochov, dem Autor des weltbekannten „Stillen Don“.

Im Sommer 1937 nahm Makarenko in Moskau seine Beziehung zu Lukin wieder auf. Es verging jedoch kein Jahr, und die freundschaftlichen Bande zerrissen. Es war keine Feindschaft, aber eine Entfremdung und ganz offensichtlich ein Auseinanderdriften.

Was vollzog sich in diesem einen Jahr?

1947 lernte ich Viktor Ivanovič Chochrjakov in einer Gruppe von Schauspielern kennen. Diese Bekanntschaft stand damals in keinerlei Beziehung zur Pädagogik

21 Die Gründung dieses Theaters in Char'kov (1933) als erste russischsprachige Bühne der Hauptstadt erfolgte in einer Zeit, als die forcierte Ukrainisierung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens dieser Sowjetrepublik gestoppt wurde.

und zu Makarenko, ja über Chochrjakov war mir zu jenem Zeitpunkt überhaupt noch nichts bekannt.²²

Das war nichts anderes als eine lustige Kumpanei. Erst in den Jahren 1961 bis 1966, als ich einen Sammelband mit Erinnerungen an Makarenko und Erzählungen über die Gor'kij-Kolonie und die Dzeržinskij-Kommune vorbereitete, traf ich mich speziell mit Chochrjakov. Neben vielem anderen, vor allem über Inhalt und Formen des künstlerischen Schaffens in der Kommune, erfuhr ich dabei von folgendem Vorfall:

Er ereignete sich im Herbst 1937 während der Pause einer Vorstellung im Theater der Revolution (heute Majakovskij-Theater). Im überfüllten Foyer erblickte Chochrjakov den rauchenden Makarenko gemeinsam mit V. Višnevskij²³ und einem weiteren, recht finster blickenden Mann (er erwies sich als V. Ermilov, der Schrecken aller Schriftsteller und Regisseure, ein mächtiger Parteifunktionär²⁴). Chochrjakov traute seinen Augen nicht und versuchte, zu dem ihm bekannten Makarenko vorzudringen. Als Chochrjakov sich näherte, führte dieser gerade das Wort. Als Makarenko auf seiner Schulter die Hand von Chochrjakov spürte, wandte er sich mürrisch ab und setzte seine Rede fort. Chochrjakov trat verstört von einem Fuß auf den anderen und war außer sich. Schließlich war Makarenko mit seiner Rede fertig und gab Chochrjakov flüchtig die Hand, und, wie ganz unbeteiligt, stellte er ihn vor, sich an irgendetwas erinnernd, wie in einem Monolog. Der irritierte Chochrjakov wartete immer noch, daß sich Makarenko ihm zuwandte. Die ‚hohen Tiere‘ berieten über den Entwurf einer Theater-„Leniniade“. Und da nannte V. Višnevskij unter den Regisseuren, denen man eine solche Aufgabe übertragen könnte, N. Petrov, den verehrten Lehrer Viktor Chochrjakovs.

Ermilov kaute unzufrieden an den Lippen, und Makarenko fragte nach, wobei er durch sein ganzes Auftreten zeigen wollte, daß er sich verhöhrt habe: „Wer, Petrov?“ Und nach einer vielsagenden Pause fuhr er fort: „Nun, der ist etwas altmodisch, Ihr Petrov.“

Chochrjakov fühlte sich buchstäblich wie ein begossener Pudel. Makarenko aber, der bemerkte, daß Chochrjakov wegging, hielt ihn nicht auf, sondern rief ihm nur nach: „Also, kommen Sie mal wieder. Wir werden uns bestimmt noch einmal sehen.“

Doch nach dieser Begegnung im Theaterfoyer haben sich Chochrjakov und Makarenko nicht wiedergesehen.

22 V. I. Chochrjakov (1913-1986), Bühnen- und Filmschauspieler, Schüler von N. V. Petrov. Zusammen mit L. A. Skopina, der späteren Ehefrau von Petrov, und A. I. Jankevskij gestaltete er die Patenschaftsarbeit des Char'kover Russischen Schauspielhauses mit der Dzeržinskij-Kommune.

23 V. V. Višnevskij (1900-1951), sowjetischer Schriftsteller, Träger des Staatspreises der UdSSR (1950).

24 V. V. Ermilov (1904-1965), sowjetischer Literaturkritiker.

Nach einer langen Zeit gedankenschweren Schweigens hat Chochrjakow schließlich doch Petrov davon erzählt. Denn diesen hatten schon Gerüchte über die Einschätzung erreicht, die sein bester Freund abgegeben hatte. Doch Makarenko hat niemals versucht, sich zu rechtfertigen oder seine Schuld zu bagatellisieren, noch sein Verhalten wiedergutzumachen. Darunter hat Petrov sein ganzes weiteres Leben sehr gelitten. Als ihn die Nachricht von Makarenkos plötzlichem Tod ereilte, war es um Petrovs Ruhe und Schlaf geschehen. Er machte sich Vorwürfe, Makarenko, dem die Moskauer Gesellschaft so fremd war, nicht die erforderliche Aufmerksamkeit bekundet, ein solches Talent nicht geschützt zu haben.

Petrov hat Makarenko 25 Jahre überlebt. In diesem Vierteljahrhundert mußte er viel Bedrückendes und viel Leid ertragen, er hat aber auch viel erreicht. Er schuf ein grundlegendes Werk zur Geschichte des Theaterlebens, „50 und 500“; er schrieb Erinnerungen, einzigartig in ihrer Ehrlichkeit, über bedeutende Zeitgenossen, die Begründer und Schöpfer des Moskauer Künstlertheaters, des besten Theaters der Welt im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, schrieb auch über Makarenko.²⁵ Doch mit niemandem und niemals sprach er darüber, wie dieser sich im Herbst 1937 benommen hatte. Petrov versuchte vor allem zu verstehen, was mit Makarenko bei dessen Übersiedlung nach Moskau geschehen war.

Von meiner Begeisterung für Makarenko hatte I. L. Andronikov²⁶ erfahren. Einmal, wahrscheinlich war das 1955, traf dieser in der 43. Schule auf Ju. B. Lukin. „Sie kennen sich?“ fragte Andronikov interessiert. Lukin und ich freuten uns darüber und lächelten; wir bestätigten, was Andronikov erraten hatte. Drei Wochen später kam Andronikov auf das Thema „Lukin“ zurück, als er Überlegungen darüber anstellte, daß die 43. Schule für ihre Initiativen von seiten der Administration und der Öffentlichkeit Unterstützung benötigt. Andronikov bestätigte sichtlich bewegt, daß die Freundschaft mit Lukin für mich das wertvollste Geschenk, daß dieser ein Mensch des goldenen Zeitalters der Kultur, außerdem von seltener Bescheidenheit und höchstem Edelmut sei.

Es vergingen zwei Jahre. Andronikov interessierte sich bei fast allen unseren Begegnungen dafür, ob ich meine Bekanntschaft mit Lukin weiter pflege. Darauf antwortete ich gern und berichtete ihm, daß meine Beziehung zu Lukin sich zu einer wahren Freundschaft entwickle und daß ich ohne ihn gar nicht mehr leben könne...

25 1952 erschien in den „Izvestija APN RSFSR“ [Nachrichten der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der RSFSR], vyp.38, S.136-142, ein Erinnerungsbeitrag N. V. Petrovs über Makarenko: „A.S. Makarenko. (Vospominanija)“.

26 I. L. Andronikov (1908-1990), Lermontov-Forscher und Schriftsteller. Laut Zeugnis von V. Bejlinson hatte dessen Tochter 1954 die von ihm geleitete 43. Schule absolviert; Andronikov und seine Frau blieben dieser Schule auch weiterhin verbunden.

Andronikov, der meine Begeisterung vernahm, hielt plötzlich inne und wollte etwas sagen, tat es dann aber doch nicht. Schließlich packte er mich an der Schulter, versuchte seine wunderbare Stimme zu bändigen und äußerte fast im Flüsterton: „Ich muß Ihnen eine für Sie unangenehme, sehr unangenehme Geschichte erzählen.“

Wir verließen das Schulgebäude und richteten unsere Schritte durch die Gassen zum Ufer der Moskwa. Und Andronikov erzählte mir folgendes:

Makarenko war Lukin mehr als verpflichtet. Er war es gewesen, der das erste Buch Makarenkos herausgebracht hatte. Im Widerstreit mit seinen Vorgesetzten und den älteren Kollegen im Verlag hatte der noch ganz junge Lukin, von einer entsprechenden Bitte Maksim Gor'kij überzeugt, in etwa einem halben Jahr den „Marsch des Jahres 30“ vorzüglich für den Druck vorbereitet, das Buch durchgesetzt und veröffentlicht. Lukin sandte Gor'kij nach Italien ein Vorausexemplar, womit er unverzüglich dessen begeisterte Stellungnahme auslöste.²⁷ Es war Lukin, der Makarenko anregte, an der Fortsetzung des „Marsches“ zu arbeiten und ein umfassendes Epos über die Erfahrungen der Kommune zu schaffen,²⁸ wobei er seine Karriere und seine materiellen Interessen zurückstellte. Es war Lukin, der den Einfluß von Makarenkos Moskauer Milieu durchbrach und dessen letztes literarisch-pädagogisches Werk, „Flaggen auf den Türmen“, bis zur Abgabe in die Herstellung begleitete. Es war Lukin, der Šolochov, als er bereits sechs Jahre lang dessen Redakteur war und sein Freund wurde, auf Makarenko aufmerksam gemacht hatte. Und es war Lukin, durch den 1937 nicht wenige der damals bekannten und daran interessierten Kulturschaffenden erfuhren, daß Makarenko „wegen Kontakten zu Volksfeinden“ die Verhaftung drohe und man im Kreml, bei Stalin, wegen Makarenko vorstellig werde.²⁹

Wenn man all das auf seinen Kern prüft, dann war es im Grunde genommen Lukin, der Makarenko in der Hitze der Verhaftungshysterie gerettet hat.

Und was war mit Makarenko, hat er von der Rolle Lukins gewußt? Er hat davon gewußt, denn Anton Semenič erfuhr damals umgehend durch Vsevolod Višnevskij von Šolochovs Einsatz, der dabei von Fadeev³⁰ unterstützt worden war.³¹ Makarenko konnte mühelos erraten, wem er Šolochovs Sympathie zu verdanken hatte. Die Bedeutung von Lukins guter Tat war in dieser so

27 Gemeint ist Gor'kij's Brief an Makarenko vom 17.12.1932.

28 Makarenko schrieb daraufhin das Werk „FD-1“, das jedoch nicht veröffentlicht wurde. Später hat er Teile aus diesem Manuskript in den Roman „Flaggen auf den Türmen“ übernommen.

29 Mit „Kontakten zu Volksfeinden“ war ganz offensichtlich Makarenkos frühere Verbindung zu Balickij und anderen Tschekisten in der Ukraine gemeint, die inzwischen hingerichtet worden waren. Eine entsprechende Verleumdung hatte das dortige NKVD an die Leitung des Allunions-Schriftstellerverbandes nach Moskau weitergegeben.

30 A. A. Fadeev (1901-1956), sowjetischer Schriftsteller, seit 1934 Stellvertretender Vorsitzender des Organisationskomitees, Mitglied von Leitung und Präsidium des Schriftstellerverbandes der UdSSR.

31 M. A. Šolochov hatte sich im Herbst 1937 bei Stalin für Makarenko eingesetzt.

schrecklichen Zeit für Makarenko leicht erkennbar. Als jedoch die „Flaggen auf den Türmen“ für die Einzelausgabe abgeschlossen waren, schob Makarenko, um sich von Lukin fernzuhalten, vor, sehr beschäftigt zu sein. [...] ³²

1938 war Makarenko in alter Freundschaft von Ščerbakov ³³ in ein Gästehaus der sowjetischen Regierung eingeladen worden. Dort hatten sich Parteifunktionäre und Leiter des Schriftstellerverbandes eingefunden, um „schöpferische Brigaden“ zur Propagierung der Errungenschaften Stalins vor allem bei der Rekonstruktion von Moskau zu bilden. Jemand schlug vor, auch Ju. Lukin in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Doch da brauste Makarenko auf: „Das wird nichts. Ein Unpolitischer!“ Überrascht wandte sich Fadeev Makarenko zu, doch Ščerbakov nickte – Makarenko muß es ja besser wissen. ³⁴

Wahrscheinlich seit diesem Vorfall (vielleicht war das der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte) verhielt Fadeev sich Makarenko gegenüber reserviert; er hat jedoch weiterhin die Popularisierung seiner *pädagogischen* Erfahrungen unterstützt.

Andronikovs Erzählung hat bei mir das Bild, das ich bereits auf dem Silvester-Bankett bei Dr. Gecel'd vermittelt bekommen hatte, vervollständigt. Veresaev

32 Die von Lukin als Redakteur betreute Buchausgabe von „Flaggen auf den Türmen“ war, wie aus dem Impressum hervorgeht, erst am 14.4.1939, also zwei Wochen nach Makarenkos Tod, in die Herstellung gegangen und im Spätsommer jenes Jahres erschienen. Siehe Anton Makarenko: Gesammelte Werke. Marburger Ausgabe, hrsg. von Leonhard Froese u.a., Bd. 13: Die Makarenko-Drucke 1923-1939. Chronologisches Verzeichnis der zu Lebzeiten erschienenen Werke, zsgest. von Götz Hillig, Ravensburg 1976, S.139-142. Ein Grund für diese Verzögerung könnte die negative Aufnahme des Vorabdrucks dieses Werks in der Zeitschrift „Krasnaja nov“ durch die sowjetische Literaturkritik gewesen sein.

33 A. S. Ščerbakov (1901-1945), Parteifunktionär, 1934-36 „Organisationssekretär“ des Schriftstellerverbandes der UdSSR; 1938-45 Erster Sekretär des Moskauer Stadt- und Gebietskomitees der VKP(b).

34 Makarenkos Reaktion könnte allerdings auch als ein Versuch gesehen werden, Lukin und damit auch sich selbst zu schützen. Die oben angesprochenen Schwierigkeiten bei der Herausgabe des Buchs „Der Marsch des Jahres 30“, das in der Dzeržinskij-Kommune spielt, hingen vor allem damit zusammen, daß das Manuskript dieses Werks der GPU der Ukrainischen SSR, dem diese Einrichtung bekanntlich unterstand, zur Genehmigung vorgelegt werden mußte. Die gesamte Führung von GPU/NKVD dieser Sowjetrepublik mit V. A. Balickij an der Spitze fiel 1937/38 dem Terror zum Opfer. Makarenko selbst war es gelungen, durch die Übersiedlung nach Moskau der Repression zu entgehen. Die Einbeziehung von Lukin in die geplanten Brigaden hätte zur Überprüfung von dessen Vergangenheit und damit auch zur Aufdeckung seiner eigenen und Makarenkos Zusammenarbeit mit den „Organen“ der Ukrainischen SSR führen können. Zur Bedeutung Balickijs für den Pädagogen und Schriftsteller in den Jahren 1927-1937 siehe Götz Hillig: Anton Semenovič Makarenko – ein Nicht-Kommunist im Dienst der sowjetischen Sicherheitsorgane, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2005/III, S.48-63.

war daraufhin von Fadeev gewarnt worden: „Seien Sie gegenüber Makarenko vorsichtiger. Ihre Gespräche über Puškin und Nikolaj I.³⁵ verheißen nichts Gutes.“

Lukin wußte, welch gefährliche Beurteilung ihm Makarenko verpaßt hatte. Doch er änderte seine Beziehungen zu seinem Freund nicht. Seine Hochachtung vor dem Wunderpädagogen bewahrte er sein Leben lang. Er tat alles, was in seinen Kräften stand, damit die Erfahrungen Makarenkos in der breiten Masse des Volkes verstanden wurden. Lukin suchte Zöglinge und Mitstreiter Makarenkos und sammelte deren Zeugnisse, opferte ein Jahr für die Vorbereitung und Herausgabe des Buches von Fere³⁶ und unterstützte auf jede Weise die Edition der gesammelten Werke Makarenkos. Es war vor allem Lukin zu verdanken, daß sich mit Beginn der 60er Jahre in der UdSSR eine Bewegung der Anwendung von Makarenkos Erfahrungen und der Erforschung seines Lebens und Werks herausbildete. Und welch wunderbare Fernsehsendungen gestaltete Ju. Lukin! Die letzten Jahre seines Lebens³⁷ widmete er der Vorbereitung einer umfassenden Publikation über die produktivsten Pädagogen in der Nachfolge von Makarenko, über Organisatoren hervorragender Kollektive in Schule, Produktion, Wissenschaft, Kunst und Sport.

Vierzig Jahre hatten mich unzertrennlich mit Jurij Borisovič Lukin verbunden, diesem edlen Menschen. Über alle Themen konnten wir völlig frei miteinander sprechen. Ich habe mich jedoch niemals nach der Äußerung Makarenkos bei Ščerbakov erkundigt. Durch sein Verhalten bewies Lukin: Mit dem, was damals vor sich gegangen war, hatte sich Makarenko nicht versündigt. Schuld waren die Umstände, war die Zeit.

Es gab jedoch einen Vorfall, der Lukin aus der Bahn warf. 1985 hatte er mich zu einer seiner Fernsehsendungen eingeladen, die aus dem Museum für Literatur übertragen wurde. Das Thema war: „Mitstreiter Makarenkos“. Alles verlief ausgezeichnet. Lebhaft und interessiert reagierte der bis auf den letzten Platz gefüllte kleine Saal auf jedes Wort, es gab Zurufe. Und natürlich gab es auch Zettel, die an Lukin als den Leiter der Sendung gerichtet waren. Der Abend neigte sich seinem Ende zu, das zufriedene Publikum dankte den Veranstaltern. Lukin und ich gingen hinaus auf die Petrovka, wir gingen zu Fuß zum Puškin-Platz, das Wetter war besonders schön. Ich befand mich in Hochstimmung und teilte meine Eindrücke mit, Lukin jedoch war irgendwie bedrückt.

35 Nikolaj I. (1796-1855), russischer Zar (seit 1825), absolutistischer Herrscher, der sich durch umfangreiche Gebietseroberungen und die Niederschlagung revolutionärer Aufstände hervortat.

36 Das Buch des Agronomen der Gor'kij-Kolonie N. Fere „Mein Lehrer. Erinnerungen an A. S. Makarenko“ erschien 1953 im Moskauer Verlag „Pravda“ (Bibliothek „Ogonjok“), eine deutsche Übersetzung unter dem Titel „Makarenko – mein Lehrer“ in demselben Jahr im Berliner Verlag „Neues Leben“.

37 Ju. B. Lukin verstarb 1996.

„Wahrscheinlich ist er müde geworden. Ein solcher Abend kostet viel Kraft, und dazu kommen die Jahre...“, ging es mir durch den Kopf.

Auf dem Strastnyj-Boulevard machte Lukin Halt. „Setzen wir uns, rauchen wir eine!“ Unter einer Laterne setzten wir uns auf eine Bank. Aus seiner Jackentasche zog er einen Zettel hervor, und der sonst immer verbindliche Lukin forderte unwirsch: „Lesen Sie das!“ – Es war ein Zettel aus dem Saal, adressiert „An den bekannten Journalisten der UdSSR Lukin“.

Ich führe hier den vollen Text an:

„Wieviel kann man ertragen?! Warum machen Sie Makarenko zu einem Gott? Ihr Makarenko ist ein ganz gemeiner Hund und ein Speichellecker Stalins. Sie vertuschen die Wahrheit, und er hat auch Sie verraten. Er ist und bleibt ein Pedant. Wir vergessen nichts!“ Und unterschrieben war der Zettel mit „Pamjat“³⁸.

Außer mir hat von diesem Zettel niemand aus Lukins Umgebung erfahren. Jedoch kam er selbst bei unseren Begegnungen wiederholt auf jenen Vorfall im Museum für Literatur zurück. Für Lukin war das ein Schlag ins Gesicht gewesen. Während unseres letzten Zusammentreffens unter vier Augen erklärte er, gleichsam ein Fazit ziehend: „Die erfahrensten und gestältesten Staatsmänner, die standhaftesten Bolschewiki haben damals den Kopf verloren. Und Makarenko war doch nur ein Lehrer, der sein ganzes Leben unter Kindern und Jugendlichen verbracht hatte. Eine andere Welt kannte er doch nicht.

Was begriff Makarenko von diesen furchtbaren politischen Spielen? Noch dazu in diesen vielschichtigen und derart hinterlistigen Intrigen in einer Hauptstadt, wie sie sich selbst ein Dumas nicht hätte ausdenken können. Ein völlig Naiver und Blauäugiger in einer Hexenküche, wo Beelzebub und viele kleine Teufelchen ihr Unwesen treiben. Und als Fachmann und Genie völlig unterbewertet. Dazu noch nicht etabliert, ewig um Honorare kämpfend. Und er, in Moskau nicht mit seinen eigentlichen Dingen beschäftigt, alterte schnell, wurde krank.

Wunderbare Nachtigallenklänge gerieten in einen dunklen Käfig, der alles verschlingt, wo man sich gegenseitig als Scheusale auffrißt. Man verwehrt der Nachtigall den Gesang, es gelingt ihr nicht, das Scheusal zu besänftigen, Makarenko befand sich in Moskau auf verlorenem Posten. Als wir uns kennengelernt hatten, war Makarenko ein anderer gewesen; der Druck, dem er ausgesetzt war, hatte ihn völlig verändert. [...]

Nur jemand, der die Jahre 1937 bis 1939 selbst erlebt hat, vermag die menschlichen Schwächen der Kulturschaffenden zu begreifen und nachsichtig zu sein, als sie plötzlich den Boden unter den Füßen verloren. In ihrem Alltag waren das doch schwache Menschen, unerfahren und leicht verwundbar.

Da hat man so einen Lukin beleidigt, was macht das schon aus? Was in unserem Gedächtnis bleiben wird, ist das Werk und das Wirken Makarenkos.

Das ist meine Antwort. Und wie denken Sie darüber?“

38 „Pamjat“ (Gedächtnis) – eine nationalistische Vereinigung zur Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus.

Ich nahm Lukin so, wie er ist, und verstand ihn, deshalb fügte ich nur hinzu: Die Welt der Kinder, die so begeisternd und wunderbar von Makarenko gestaltet wurde, war eine in sich geschlossene Welt; Makarenko hat dort nicht die äußerst komplizierten Beziehungen mit Schülern aus Familien, aus dem Milieu ihrer außerschulischen Existenz, der Straße und Höfe, erfahren können.

Lukins Antwort erklärte vieles. Das Allgemeine, aber nicht das Spezifische. Für mich blieb eine Frage unbeantwortet: Warum hat sich Makarenko gegenüber Petrov und Lukin so verhalten? Sie hatten doch damals Makarenko weiterhin unterstützt, wobei sie eigene Interessen und Pläne zurückstellten. Denn zu einer solchen Zeit und in einer so fremden Welt hatte damals niemand auch nur zu träumen gewagt, solche Freunde zu besitzen. Mit sich allein hatte Makarenko am 27. April 1936 in sein Tagebuch geschrieben, wie wertvoll für ihn die Beziehung zu Petrov, einem Gleichgesinnten, sei. Am Vorabend seiner Abreise nach Moskau erwähnte Makarenko Petrov mit den Worten, dieser sei sein bester Freund, und er, Makarenko, verehere ihn.

Nur fünf Personen erfuhren in Makarenkos Leben eine solche Wertschätzung. Und überhaupt war es Makarenko ganz zuwider, von irgendjemandem zu sagen, daß er ein Verehrer von dessen Wirken und Streben sei. Waren es doch nur Maksim Gor'kij, der von Makarenko Anerkennung erhielt und begeistert verehrt wurde, sowie Vsevolod Balickij, den der Kolonie- und Kommuneleiter Makarenko vergöttert hatte.

Jahrelang hatte ich nach einer Antwort auf diese Frage gesucht. Ich beriet mich darüber mit Fere, Terskij, Grigorovič, Kalabalin,³⁹ Skopina, Šved,⁴⁰ wiederholt ganz ausführlich mit V. E. Gmurman⁴¹. Erst im Jahre 1986 kamen wir beide zu einer gewissen Schlußfolgerung.

Nicht ohne Zögern begann Makarenko im Sommer 1937, seine bisherigen Kontakte abzurechnen. Das zeigte sich auch darin, wen Anton Semenovič und Galina Stachievna zu sich in die Lavrušinskij-Gasse einluden. Ohne sich untereinander abgesprochen zu haben, erklärten sowohl Terskij als auch Fere und Kalabalin, auch Popovičenko⁴² und sogar Tatarinov⁴³, daß Galina Stachievna unmißverständlich zu verstehen gegeben habe: ihr Besuch sowie der aller anderen Kollegen und Zöglinge sei unerwünscht.

Und Gmurman fügte noch hinzu: 1957 hatte Galina Stachievna ihm berichtet (wobei sie betonte, daß allein sie es war, die Makarenko in unsicheren Zeiten gerettet habe): Als ihr Mann im März 1939 nach Char'kov abreiste, habe sie ihm ganz entschieden jedwede Treffen auf der Linie alter Freundschaften unter-

39 S. A. Kalabalin (1903-1972), 1921-23 Zögling der Gor'kij-Kolonie, arbeitete seit 1928 in verschiedenen Erziehungseinrichtungen, war mit Makarenko befreundet.

40 N. (S., A. N.). Šved (1915-1982), 1929-1935 Zögling der Dzeržinskij-Kommune.

41 V. E. Gmurman (1906-1987), sowjetischer Makarenko-Forscher.

42 V. I. Popovičenko, 1921-25 Erzieher und Lehrer in der Gor'kij-Kolonie.

43 T. D. Tatarinov, Erzieher in Kolonie und Kommune.

sagt.⁴⁴ Der Moskauer Makarenko brach alle Brücken zur Vergangenheit ab, er wollte sich sogar nicht mehr daran erinnern, was Gor'kij alles für ihn getan hatte. Von nun an demonstrierte Makarenko den Machthabern, in deren Nähe er geraten war, wie besessen, daß er zu ihnen, zu dieser neuen Epoche gehörte.

P. S. An einem Tag im Juni 1938 bat V. I. Vernadskij⁴⁵ seine Kollegin L. G. Bogdasarova⁴⁶, ein Treffen mit Makarenko zu organisieren. Aus vielerlei Gründen, die von Ljubov Georgievna selbst abhingen, sollte das Treffen erst im August stattfinden, und zwar in deren Wohnung. Doch da erhielt sie einen Anruf von Vernadskij. Dieser entschuldigte sich dafür, ihr Unannehmlichkeiten bereitet zu haben, und erklärte, daß man unverzüglich „Entwarnung“ geben müsse: Er habe nicht mehr den Wunsch, Makarenko kennenzulernen.

Warum wohl? Die Publikationen Makarenkos in Zeitungen und Zeitschriften, seine Auftritte auf den verschiedensten Veranstaltungen riefen Bitterkeit und Schmerzen hervor. Was für ein Nihilismus in bezug auf die Vergangenheit, selbst die eigene pädagogische Jugendzeit!

Was für eine Art und Weise, andere Richtungen einzuschätzen! Er stellte sie wie Karikaturen hin; verdammt sie, nannte keine Namen oder Werke, zitierte nicht, beschrieb nicht ihren wesentlichen Inhalt; entstellte sie absichtlich.

Was sollten die Erklärungen Makarenkos über „Schädlingstätigkeit“ in der Pädagogik?⁴⁷ Dabei hatte er ganz bestimmt die Pädologie im Auge. Doch die Pädologie verfügt zweifellos über einen wahren Kern: das Verhältnis von Biologischem, Naturgegebenem, und Erziehung. Das ist eine Grundfrage der Pädagogik. Wie gern hätte ich darüber mit dem „Maitre“⁴⁸ selbst gesprochen, aber leider steht das in den Sternen.

44 Makarenko hielt sich übrigens nicht an diese Order. Seine Ankunft in Char'kov hatte sich unter den ehemaligen Zöglingen und Mitarbeitern schnell herumgesprochen, und so kam es zu zahlreichen Begegnungen mit dem geliebten „Vater“ und Freund.

45 V. I. Vernadskij (1863-1945), führender russischer/sowjetischer Naturwissenschaftler, Träger des Staatspreises der UdSSR (1943).

46 L. G. Bogdasarova (1880-1954), seit 1918 Direktorin einer Moskauer allgemeinbildenden Schule; hatte sich laut Zeugnis von V. Bejlinson in der Zeit des Großen Terrors engagiert für Schüler eingesetzt, deren Väter bzw. Eltern verhaftet worden waren. In 28 Fällen gelang es ihr, betroffene Kinder, die damals gewöhnlich in spezielle Heime eingewiesen wurden, in ihrer Schule zu behalten, sie dort unterzubringen, zu verpflegen und sie auch auf das spätere Berufsleben vorzubereiten.

47 Über „Schädlingstätigkeit“ in der Pädagogik, die schwieriger zu erkennen und deshalb gefährlicher sei als in anderen Bereichen des sowjetischen Lebens, sprach Makarenko wiederholt auf Vortragsveranstaltungen in Moskau im Februar 1939.

48 Mit „Maitre“ wurde Makarenko – laut Zeugnis von A. I. Mil'čakov, 1927-28 Erster Sekretär des ZK des Komsomol der Ukraine – von Balickij bei dienstlichen Beratungen angesprochen.

Vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt.

Adolf Wicklein, geboren: 26.1.1886, hingerichtet: 5.1.1945

Horst Schilling

Das Ereignis, von dem ich hier erzählen will, hat mich bewegt wie nur wenig andere in meiner Kindheit. Noch heute sind mir viele Einzelheiten der damaligen Geschehnisse so gegenwärtig, als wären sie gestern passiert. Obwohl ich erst elf Jahre alt war und meine Eltern versuchten, das Geschehen möglichst von mir fernzuhalten, hat es, gemeinsam mit den gesamten Kriegserlebnissen, mein späteres Denken, vor allem meine politischen Ansichten und Überzeugungen, wesentlich beeinflusst.

Es war im Jahre 1944, also zu einer Zeit, als der Zweite Weltkrieg sich bereits seinem Ende näherte. Unter den Menschen herrschten allgemein Trauer, Angst und Sorgen um das Morgen. Auch wenn es öffentlich nicht geäußert werden durfte, so wurden sich doch immer mehr Menschen der Tatsache bewußt, daß der mit dem Überfall auf Polen begonnene und im Rausch der ersten schnellen Siege auf ganz Europa ausgedehnte Eroberungskrieg für Deutschland verloren war und daß es bis zur endgültigen militärischen Niederlage nicht mehr lange dauern konnte. Im Osten rückte die Rote Armee immer näher an die Grenzen des Deutschen Reiches. Im Westen waren amerikanische und britische Truppen an der französischen Atlantikküste gelandet und nahmen dadurch Deutschland in die Zange. Immer mehr Großstädte fielen, getroffen von angloamerikanischen Bomben, in Schutt und Asche. Die deutsche Industrie wurde durch die Luftangriffe, durch den Mangel an Arbeitskräften und durch zunehmenden Rohstoffmangel immer mehr geschwächt, und auch die Nahrungsmittel wurden immer knapper. Die Naziführung mobilisierte die „letzten Reserven für den Endkampf“ – wie sie es nannte. Doch immer mehr Menschen erkannten, daß das Ende nahte. Alle Versuche, die Niederlage mit Geheimwaffen wie V1 und V2 bzw. mit zum „Volkssturm“ einberufenen Kindern und alten Männern aufzuhalten, mußten es nur noch verschlimmern.

Ich merkte, daß meine Eltern diesem unvermeidlichen Ende mit sehr gemischten Gefühlen entgegensahen. Zum einen sehnten sie das Ende des mörderischen Krieges und der faschistischen Gewaltherrschaft herbei, zum anderen hatten sie große Sorge hinsichtlich dessen, was uns Deutsche nach der Niederlage erwartete. Und so wie ihnen ging es sicher vielen Menschen. Es war durchaus bekannt, daß die deutsche Wehrmacht und vor allem die Waffen-SS in den überfallenen Ländern furchtbare Verbrechen begangen und grausame Massaker angerichtet hatten. Selbst in dem kleinen Ort in Thüringen, in dem wir wohnten, hatten wir erlebt, wie brutal die aus den besetzten Ländern hierher verschleppten Menschen von Deutschen behandelt, richtiger muß ich sagen: mißhandelt, wurden. Wie würden dann diese Völker als Sieger mit uns Deutschen umgehen?

Noch sehr gut erinnere ich mich, daß meine Mutter immer wieder beteuerte: „Von mir aus können sie uns alles nehmen, was wir haben, wenn sie uns (damit meinte sie meinen Vater, mich und sich) nur zusammen lassen. Auch wenn wir in einem einzigen Zimmer hausen müssen, will ich nicht klagen!“ Das kam ihr damals aus tiefstem Herzen und es spricht dafür, wie überzeugt meine Eltern – und so wie sie wohl viele Deutsche – waren, daß die vom nationalsozialistischen Deutschland überfallenen Völker sich für das ihnen zugefügte Leid und Unrecht rächen würden.

Zu dieser Angst kamen damals bei uns die Sorge, daß auch unser Vater noch den Einberufungsbefehl erhalten könnte, das Bangen um die Angehörigen, die an der Front waren, sowie um unsere Verwandten in Leipzig, das – wie alle deutschen Großstädte damals – immer häufiger und immer heftiger bombardiert wurde.

Auch wenn ich, als damals Elfjähriger, all dies in seiner ganzen Schrecklichkeit nicht erfassen konnte, spürte ich jedoch sehr wohl die bedrückende Atmosphäre, die allgemeine Ratlosigkeit, Verzweiflung und Furcht vor dem, was kommen würde.

In dieser bedrückenden Situation erreichte uns eine Nachricht, die alles noch erheblich verschlimmerte. Sie vermehrte das Entsetzen und schürte neue Ängste. Wie uns diese Nachricht erreichte, wer sie brachte, weiß ich nicht. Ich merkte nur am Verhalten der Erwachsenen, daß etwas Furchtbares geschehen sein mußte. Zunächst versuchten die Eltern, von mir fernzuhalten, was passiert war. Das geschah sowohl aus Rücksichtnahme auf mich als auch aus Vorsicht. Aber die zahlreichen Besuche von Verwandten, die Bedrücktheit der Erwachsenen und ihre heimlich geführten Gespräche signalisierten mir, daß sich etwas Außergewöhnliches ereignet hatte, und schließlich hatte ich begriffen: Bei Onkel Adolf in Sonneberg, dem Bruder meines Großvaters, war die Geheime Staatspolizei (Gestapo) gewesen. Allein die Nennung dieses Namens verbreitete damals Angst und Schrecken.

Sie hatte Adolfs Wohnung durchwühlt und ihn sowie seine Frau mitgenommen. Die Erwachsenen rätselten, was die Ursache für die Verhaftung sein könnte. Und sie wußten, daß derjenige, der einmal in die Hände der Gestapo gefallen war, das Schlimmste zu befürchten hatte, noch dazu, wenn er – wie Onkel Adolf – früher der Kommunistischen Partei angehört hatte. Nach einigen Tagen kehrte Adolfs Frau Frieda wieder nach Hause zurück. Dieser Umstand ließ zunächst Hoffnung aufkommen. Wenn Frieda so relativ rasch wieder freigelassen worden war, könnten möglicherweise auch die Beschuldigungen gegen ihren Mann nicht gar so schwerwiegend sein.

Doch nach einem Gespräch meiner Mutter mit Frieda mußten diese Hoffnungen wieder aufgegeben werden. Frieda hatte unter vier Augen und unter dem Siegel der absoluten Verschwiegenheit meiner Mutter erzählt, was sie während der Haft erlebt und erlitten hatte: In pausenlosen Verhören am Tag und in der Nacht wollte man von ihr belastende Aussagen gegen ihren Mann erpressen. Da sie nichts Derartiges sagen konnte und wollte, wurde sie bedroht, geschlagen und

gefoltert. So wurden ihr die Hände gefesselt und Streichhölzer unter die Fingernägel getrieben. Völlig erschöpft, am Ende ihrer körperlichen und geistigen Kräfte, habe sie schließlich ein Blatt Papier unterschrieben, nur um endlich in Ruhe gelassen zu werden. Was auf dem Papier stand, das sie unterschrieben habe, wisse sie gar nicht. Den Wortlaut des Schriftstücks zu lesen und gar zu erfassen, dazu sei sie überhaupt nicht in der Lage gewesen. Schließlich sei sie dann entlassen worden. Man habe ihr jedoch angedroht, sie werde sofort wieder abgeholt, wenn sie irgend jemanden von ihren Erlebnissen in der Haft erzähle.

Ich habe den Inhalt dieses Gespräches erst viel später von meiner Mutter erfahren. Was ich damals mitbekam, war lediglich das Entsetzen meiner Mutter, die unter Tränen klagte: „Die arme Frieda, was haben die nur mit ihr angestellt!“ Auch den Grund für die Verhaftung Adolfs und seiner Frau erfuhr ich erst nach dem Kriegsende, als über diese Dinge frei gesprochen werden konnte. Und so war es zur Verhaftung von Adolf gekommen:

In der Porzellanfabrik in Köppelsdorf bei Sonneberg, in der Adolf damals arbeitete, waren russische Kriegsgefangene beschäftigt. Von diesen waren eines Tages trotz strenger Bewachung drei verschwunden, sie waren geflohen. Bei den daraufhin von der Gestapo durchgeführten Vernehmungen in der Fabrik sagten Kollegen aus, Adolf habe sich häufig mit den russischen Gefangenen unterhalten und ihnen auch Nahrungsmittel zugesteckt. Tatsächlich hatte Adolf, der im Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft gewesen war und sich dabei einige Kenntnisse der russischen Sprache angeeignet hatte, Kontakt zu den Gefangenen aufgenommen. Er hatte den hungernden Menschen, so gut er konnte, zu essen gegeben und sie auch über den Verlauf des Kriegsgeschehens informiert. Zum Verhängnis wurde ihm aber etwas anderes. Adolf hörte heimlich ausländische Radiosender wie Radio Beromünster in der Schweiz, den Londoner Rundfunk und Radio Moskau. Von den beiden letzteren wurden regelmäßig die Namen deutscher Soldaten verlesen, die in alliierte Gefangenschaft geraten waren. Wenn unter den Genannten Soldaten waren, die aus dem Sonneberger Raum stammten, notierte Adolf ihre Namen und ihre Heimatadresse. Da die NS-Behörden generell keine Angaben über deutsche Soldaten machten, die in feindlicher Gefangenschaft waren, handelte es sich bei den von Adolf Notierten um Männer, die ihren Angehörigen als vermißt gemeldet worden waren, beziehungsweise um solche, von denen die Angehörigen lange überhaupt keine Nachricht erhalten hatten. Diese Familien lebten also in großer Ungewißheit und Sorge. Durch Adolfs Informationen erfuhren sie, daß ihr Sohn, ihr Ehemann, Bruder oder Vater noch lebt und sich in Gefangenschaft, also in relativer Sicherheit, befindet. Damit hatte Adolf diesen Menschen eine große Sorge genommen. Doch das Abhören ausländischer Radiosender war damals verboten und erst recht das Weitersagen des Gehörten. Deshalb mußte Adolf seine Informationen heimlich und anonym weitergeben. Um sich nicht zu verraten und Nachforschungen der Polizei bzw. der Gestapo zu entgehen, schrieb Adolf die Nachrichten in verstellter Schrift, und seine Tochter Ella fuhr mit ihnen

abwechselnd in unterschiedliche Orte der Umgebung, um sie dort in die Briefkästen zu stecken. Wegen dieser Vorsichtsmaßnahmen war es der Gestapo lange Zeit nicht gelungen, den Schreiber der Briefe ausfindig zu machen. Als jedoch nach der Flucht der russischen Gefangenen Adolf in Verdacht geriet, den Geflohenen geholfen zu haben, wurde am 19. Juni 1944 – während er auf Arbeit war – seine Wohnung durchsucht. Dabei fanden die Nazischergen nichts, was ihn hinsichtlich der Flucht der russischen Gefangenen belastete. Was sie jedoch fanden, war eine Liste mit den Namen von deutschen Soldaten, die in amerikanische Gefangenschaft geraten waren. Adolf hatte sie am Abend vorher notiert.

Dieser Fund war Anlaß, ihn und seine Frau noch am gleichen Tage zu verhaften. Auch ein Nachbar Adolfs und dessen Ehefrau wurden festgenommen.

Da die nationalsozialistischen Machthaber davon ausgingen, daß die Menschen, wenn sie Informationen über den wirklichen Kriegsverlauf bekommen, ihren Durchhalteparolen nicht mehr glauben, deklarierten sie das Hören von „Feindsendern“ als „Vaterlandsverrat“. Und die Weitergabe des dort Gehörten, insbesondere die Benachrichtigung von Menschen, deren Angehörige als Gefangene in „Feindländern“ lebten und – entgegen der Greuelpropaganda der Nazis – nicht umgebracht worden waren, galt als „Wehrkraftzersetzung“. Die Nazis fürchteten, daß andere Soldaten dem Beispiel folgen und zum Gegner überlaufen könnten. Dementsprechend lautete dann auch die Anklage gegen Adolf auf Vaterlandsverrat und Wehrkraftzersetzung.

Zunächst blieb jegliche Nachricht von Adolf aus. Auch seine Frau wußte nicht, wo er sich befand. Es war schon November, als Post von ihm kam, die besagte, daß er in Rudolstadt einsitzt und auf seinen Prozeß wartet. Daraufhin bemühte sich meine Mutter um eine Besuchserlaubnis, die ihr auch gewährt wurde. Gemeinsam mit ihrer Tante, Adolfs Schwester Ida, fuhr sie nach Rudolstadt. Ich weiß noch, mit welcher Aufregung die beiden Frauen losfuhren. Und auch die Daheimgebliebenen warteten mit Sorge auf ihre Rückkehr, denn schon allein einen politisch Inhaftierten im Gefängnis zu besuchen war in jenen Zeiten ein erhebliches Risiko.

Als meine Mutter am Abend wieder zu Hause eintraf, befand sie sich in einem Zustand, wie ich sie nie zuvor erlebt hatte. Sie kam völlig verstört und ganz außer sich aus Rudolstadt zurück. Sie hatte kaum die Tür hinter sich geschlossen, als sie zu weinen anfang. Mein Vater versuchte verzweifelt, sie zu beruhigen und zum Sprechen zu bringen, doch vergeblich. Schließlich schickte mein Vater mich ins Bett. Doch ich konnte vor Aufregung nicht schlafen und hörte meine Mutter noch lange weinen.

Ich weiß nicht, wann meine Mutter mir zum ersten Mal Einzelheiten von ihrem Besuch bei Adolf erzählt hat. Auf jeden Fall war es erst nach Kriegsende. Und jedes Mal wenn sie davon sprach – auch noch viele Jahre später – standen ihr wieder Tränen in den Augen. Sie hatte in Rudolstadt einen völlig abgemagerten, entstellten und gebrochenen Menschen angetroffen. Wie sie berichtete, kam er

mit Handschellen, gebeugt und mit schlurfendem Schritt in den Besuchsraum. Sie habe ihn zunächst nur an seinen Augen erkannt, die etwas aufblitzten, als er sie sah. Sein Gesicht war voller blauer Flecke und Schorf. Die Wangen waren eingefallen, die Augen trünten, es fehlten ihm Schneidezähne, und er hörte schlecht. Wenn er sie verstehen wollte, drehte er immer sein Gesicht zur gleichen Seite, wahrscheinlich hatte man ihm ein Trommelfell zerschlagen. Die Hände zitterten. In einem unbeobachteten Augenblick zog er die Hosenbeine hoch, die Unterschenkel waren das rohe Fleisch. Auf Fragen antwortete er so gut wie nichts und schüttelte nur den Kopf. Dafür sollte sie ihm so viel wie möglich von zu Hause, von allen Verwandten und Bekannten erzählen. Als die Besuchszeit zu Ende war und er wieder abgeführt wurde, sagte er zum Abschied: Macht's gut, wir werden uns wohl nie wiedersehen!

In der Zwischenzeit starteten die Nazis einen niederträchtigen Rufmord. Sie verbreiteten in der Nachbarschaft von Adolf und unter seinen Arbeitskollegen das Gerücht, seine Frau Frieda habe bei den Vernehmungen ausgesagt, daß Adolf mit einer seiner Töchter aus erster Ehe Blutschande betrieben habe. Mit dieser schmutzigen Verleumdung sollte der aufrechte und mutige Antifaschist nicht nur physisch vernichtet, sondern auch moralisch hingerichtet werden. Und mit seiner Person sollten zugleich die Kommunisten allgemein als moralisch verkommene Subjekte und Kriminelle verunglimpft werden. Darüber hinaus ging es den Nazis auch darum, Adolfs Angehörige in Verruf zu bringen und Zwietracht zwischen ihnen zu säen. Die Tatsache, daß man Frieda relativ bald wieder freigelassen und gegen sie keine Anklage erhoben hatte, förderte Spekulationen, sie könne tatsächlich Aussagen zu Lasten ihres Mannes gemacht haben. Wäre jedoch an den Beschuldigungen gegen Adolf und seine Frau auch nur ein Fünkchen Wahrheit gewesen, wäre das bestimmt bei dem späteren Prozeß gegen Adolf vorgebracht worden. Daß die Verleumdungen weder in der Verhandlung noch im Urteil gegen Adolf erwähnt wurden, zeigt, daß sie völlig aus der Luft gegriffen waren. Sie bewirkten aber, daß das Verhältnis zwischen Adolfs Kindern aus der ersten Ehe sowie seiner zweiten Frau und deren Kindern auf Dauer gestört war.

Die nächste Nachricht über Adolf, die uns erreichte, besagte, daß am 2. Dezember 1944 der Prozeß gegen ihn in Rudolstadt vor dem zweiten Senat des Volksgerichtshofs stattfinden würde. An dieser Stelle ist es angebracht, Meyers Lexikon zu zitieren, in dem zu lesen ist: „Volksgerichtshof, durch Gesetze vom 24.4.1934 und 18.4.1936 geschaffenes Gericht, das als Erst- und Letztinstanz die Aufgabe des Reichsgerichts bei Hoch- und Landesverrat und bei anderen politischen Delikten übernahm, und dessen Mitglieder der Reichskanzler Hitler persönlich ernannte. In seinen Verhandlungen mußten von den fünf Richtern jeweils nur zwei Juristen sein, die anderen kamen aus der NSDAP, SA, SS, Wehrmacht oder Polizei, womit die Nichtjuristen und politischen Würdenträger auf jeden Fall in der Mehrheit waren. [...] Der V. diente zur Unterdrückung politischer Gegner. Die etwa 200 Hinrichtungen als Folge der Verfahren gegen die Mitglieder der Widerstandsbewegung vom 20. Juli gehörten zu der

Gesamtzahl von über 5000 vollstreckten Todesurteilen des Volksgerichtshofes.“ Die meisten dieser Todesurteile wurden in der Zeit von 1942 bis 1945 gefällt, als Roland Freisler Präsident des Volksgerichtshofs war. Er ging in die deutsche Justizgeschichte ein als „Blutrichter“ und als Personifikation des nationalsozialistischen Terrors.

So war es kein Wunder, daß Angst und Sorge unter Adolfs Verwandten weiter zunahmen, als bekannt wurde, daß Freislers Volksgerichtshof den Fall Adolf Wicklein an sich gezogen hatte. Der Sitz des Gerichts war Berlin. Da zu dieser Zeit aber Berlin schon fast täglich von Luftangriffen heimgesucht wurde, kamen der Vertreter des Oberreichsanwalts als Ankläger sowie fünf Richter des zweiten Senats des Volksgerichtshofs von Berlin nach Rudolstadt, um gegen Adolf zu „verhandeln“. Die beiden „Juristen“ in diesem „Hohen Gericht“ waren Volksgerichtsrat Diescher als Vorsitzender und Landgerichtsdirektor Preußner als erster Beisitzer; als weitere Beisitzer fungierten SS-Obergebietsführer Reckwerth, SA-Obergruppenführer Günther und NSDAP-Oberbereichsleiter Kuhr.

An der Verhandlung am 2. Dezember 1944 durften nur Verwandte ersten Grades teilnehmen. Von Adolfs Tochter Ella liegt folgender Bericht über diese Verhandlung vor:

„Mutter und ich wohnten der Verhandlung bei. Nachdem unser Vater auf der Anklagebank Platz genommen hatte, ließ er wie zufällig seinen Kittel etwas herunterrutschen. Wir konnten erkennen, daß sein Oberarm und seine Schulter von Mißhandlungen gekennzeichnet waren. Die Verhandlung war kurz und mein Vater kam kaum zu Wort. Als er im Schlußwort erklären wollte, daß er unschuldig sei, schrie ihn der Vorsitzende Richter nieder und schnitt ihm das Wort ab. Bei der Urteilsverkündung waren wir auf eine hohe Strafe gefaßt. Als der Nazi-Richter das Todesurteil verkündete, waren wir wie gelähmt. Die Heimfahrt und die folgenden Wochen und Monate waren grauenvoll.“

Der Urteilstext war kurz und lakonisch und in der Begründung unfafßbar. Er lautete: „Der Angeklagte Wicklein hat bis zum Sommer 1944 Feindsender abgehört und das Gehörte verbreitet sowie im Verkehr mit dem Mitangeklagten Eichhorn-Gart und mit russischen Kriegsgefangenen kommunistisch gehetzt. Er wird deshalb zum T o d e verurteilt und ist für immer ehrlos.“

Das Urteil gegen die beiden Mitangeklagten lautete: „Der Angeklagte Otto Eichhorn-Gart hat mehrfach Auslandssender abgehört und drei sowjetrussischen Kriegsgefangenen zur Flucht verholfen. Er wird deshalb zu 8 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt. Martha Eichhorn-Gart wird wegen Beihilfe zur Feindbegünstigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Den Eheleuten Eichhorn wird die erlittene Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.“ Wenn man die zugrunde gelegten „Straftaten“ und die dafür verhängten Strafen bei Adolf und dem Ehepaar Eichhorn miteinander vergleicht, kann man zu dem Schluß kommen, daß es bei diesem Prozeß vor allem um die Liquidierung des Kommunisten Wicklein ging.

Der Volksgerichtshof war als „Erst- und Letztinstanz“ für wichtige politische Prozesse geschaffen und damit jeder Einspruch gegen seine Urteile von vornherein ausgeschlossen worden. Das bedeutete für Adolf, daß er keinerlei Möglichkeit hatte, gegen das unmenschliche und jeglichem Recht hohnsprechende Urteil Berufung einzulegen. Das einzige, was blieb, war ein Gnadengesuch.

Aus dem vorletzten Brief Adolfs, den er am Heiligen Abend 1944 aus seiner Zelle im Weimarer Gefängnis an seine Angehörigen schrieb, geht hervor, daß er ein solches Gesuch verfaßt hat. In diesem Brief heißt es: „Meine Lieben, macht Euch nicht allzu sehr Kummer, vielleicht ändert sich mein Schicksal noch zum Besten. Ich habe ein Gesuch gemacht und habe auch Hoffnung.“

Auch die Verwandten wollten das Urteil nicht tatenlos hinnehmen. Häufig kam in dieser Zeit, Adolfs Schwester Ida, die in Neuhaus ganz in unserer Nähe wohnte, zu uns. Sie und meine Mutter versuchten, sich gegenseitig zu trösten, und sie beratschlagten, ob und wie man Adolf vielleicht doch noch helfen könne. Adolfs Bruder Karl, der in Leipzig wohnte, richtete ein Gnadengesuch direkt an Hitler. Es war jedoch zu befürchten, daß die nationalsozialistischen Machthaber sich von derartigen Gesuchen kaum beeinflussen ließen. Und man hoffte darauf, daß sie mehr bewirken, wenn sie von Frontsoldaten verfaßt sind. Darum schrieb Adolfs Sohn Werner, der zu dieser Zeit als Marinesoldat in Norwegen stationiert war, ebenfalls ein solches Gesuch, woraufhin er jedoch von seinen Vorgesetzten schwer gemäßregelt wurde. Auch der Schwiegersohn von Adolfs Schwester Ida, Albert Erbse, richtete als Mitglied der Waffen-SS von der Front aus ein Gnadengesuch an den Reichsjustizminister. Das erzählte er mir wenige Jahre, bevor er 2001 im 92. Lebensjahr verstarb. In diesem Schreiben habe er erklärt, bei der Vollstreckung des Urteils an einem unschuldigen Menschen könne er nicht länger SS-Mitglied sein. Daraufhin wurde ihm von seinen Vorgesetzten gedroht, die Mitgliedschaft in der SS könne nur der Tod beenden.

Ich weiß nicht, ob und wer außer den Genannten sich für Adolf einsetzte. Immerhin sah sich der Justizminister veranlaßt, die Vollstreckung des Urteils zu beschleunigen. Bereits am 21. Dezember unterzeichnete er folgenden Erlaß: „In der Strafsache gegen den am 2. Dezember vom Volksgerichtshof verurteilten Adolf Wicklein ordne ich mit Ermächtigung des Führers die Vollstreckung des Urteils an.“ Bereits am nächsten Tag schrieb ein Beauftragter des Ministers an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof: „In der Strafsache gegen den vom Volksgerichtshof am 2. Dezember 1944 zum Tode verurteilten Adolf Wicklein übersende ich Reinschrift und beglaubigte Abschrift des Erlasses vom 21. Dezember 1944 mit dem Ersuchen, mit größter Beschleunigung das Weitere zu veranlassen.“

Noch in Unkenntnis dieser endgültigen Entscheidung schrieb Adolf am Weihnachtsabend den erwähnten Brief an seine Frau Frieda, seine Tochter Ella sowie an alle seine Kinder aus erster Ehe und deren Familien. Er versuchte, den Seinen Mut und Trost zuzusprechen, und er war auch besorgt, daß sie sich selbst bzw. gegenseitig irgendwelche Vorwürfe machen oder Schuld für sein Schicksal

zuweisen könnten. So schrieb er seiner Tochter Ida: „Was ich bei meiner Verhandlung gesehen habe, kann ich bis jetzt nicht recht verstehen. Frieda und Ella allein. Und Ihr allein! Hoffentlich seid Ihr nicht böse miteinander.“

In Durchführung des oben zitierten ministeriellen Erlasses vom 21. Dezember 1944 wurde am 5. Januar 1945 im Gefängnis Weimar von dem Staatsanwalt Dr. Eichhorn als Leiter der Vollstreckungsbehörde, dem Justizoberinspektor Haubner als Beamter der Staatsanwaltschaft, dem Hauptwachtmeister Brinkmann als Gefängnisbeamter und der Gefängnisärztin Frau Dr. Deichmann folgendes Protokoll unterschrieben: „Vorgeführt wird der Strafgefangene Adolf Wicklein. Es wird ihm der Erlaß des Reichsministers der Justiz vom 21. Dezember eröffnet, wonach die Vollstreckung des Urteils angeordnet ist. Es wird ihm weiter eröffnet, daß das Urteil heute 18.10 Uhr vollstreckt wird.“

Danach verblieb Adolf noch die Zeit für einen letzten Abschiedsbrief. Angesichts seiner unmittelbar bevorstehenden Hinrichtung schrieb er als Vermächtnis an seine Familie: „Mein letzter Wille: Seid gut miteinander!“

Und er verabschiedete sich nacheinander von jedem seiner Angehörigen, von seiner Frau, von seinen Kindern aus erster und zweiter Ehe und von seinen beiden Geschwistern. Er nannte sie einzeln beim Namen, um jedem Lebewohl zu sagen, gedachte seiner verstorbenen ersten Frau und seiner toten Eltern. Und er beendete den Brief mit dem erneuten, geradezu beschwörenden Appell: „Meine Lieben Alle, ich sterbe mit vollen Gedanken bei Euch. Es trägt niemand die Schuld. Es ist mein Schicksal, dass ich sterben muss. Denkt alle daran. Meine Lieben Alle, noch mal, seid alle gut miteinander.“

Die Hinrichtung wurde von dem anwesenden Staatsanwalt Dr. Eichhorn, Justizinspektor Kühn und Hauptwachtmeister Brinkmann minuziös protokolliert und per Unterschrift bestätigt. Die „Niederschrift über den Hergang der Vollstreckung des Todesurteils an Adolf Wicklein“ lautet: „In dem Hofe des Landgerichtsgebäudes in Weimar wurde dem Leiter der Vollstreckungsbehörde um 18.10 Uhr von dem Scharfrichter Roselieb gemeldet, daß das Richtgerät in Ordnung sei und er mit seinen Gehilfen für die Hinrichtung bereit stehe. Die Vorführung des Verurteilten wurde veranlaßt; Adolf Wicklein wurde von zwei Gefängniswachtmeistern zur Richtstätte geführt. Nach Feststellung der Personalien wurde dem Scharfrichter der Auftrag erteilt, das Urteil zu vollstrecken. Die Vollstreckung verlief ohne Zwischenfall; der Verurteilte verhielt sich ruhig. Von der Vorführung bis zur Übergabe an den Scharfrichter wurden 10 Sekunden, von der Übergabe bis zur Vollstreckung des Urteils weitere 10 Sekunden benötigt.“

Wie eine formlose „Quittung“ in der Gerichtsakte belegt, wurde Adolfs Körper noch am Hinrichtungstag der Anatomie der Universität Jena übergeben, damit kein Grab und kein Stein an diesen mutigen Mann, der sich den faschistischen Herrschern nicht beugte, erinnert. Die Angehörigen durften also ihren Mann und Vater nicht einmal begraben. Stattdessen erging an die Ehefrau – ebenfalls noch am 5. Januar – ein Schreiben, mit dem ihr ohne Anrede mitgeteilt wurde:

„Das Todesurteil gegen Adolf Wicklein ist heute vollstreckt worden. Eine Veröffentlichung der Todesanzeige ist unzulässig.“ Und auch damit noch nicht genug, wurden Adolfs Frau Frieda kurze Zeit danach drei Rechnungen zugestellt. Man forderte von ihr die Begleichung der Haft-, der Verurteilungs- und der Hinrichtungskosten.

Einen Tag nach Adolfs Hinrichtung wurde ich zwölf Jahre alt. Ich habe weder eine Erinnerung an diesen Geburtstag, noch weiß ich, wann und unter welchen Umständen uns die Nachricht erreichte, daß das Urteil an Adolf vollstreckt worden war. Was ich aber weiß: Diese Nachricht und die durch sie ausgelöste Trauer und Empörung in unserer Familie bewirkten, daß ich zu begreifen begann, warum meine Eltern das Ende des Krieges und die Niederlage Deutschlands herbeisehnten.

Nach 1945 wurden in Neuhaus-Schierschnitz, dem Geburtsort von Adolf Wicklein, und in Sonneberg, seinem letzten Wohnort, jeweils eine Straße nach ihm benannt. Der Volkseigene Betrieb „Keramische Werke Sonneberg-Neuhaus“, in dem die Porzellanfabriken, in denen Adolf gearbeitet hatte, aufgegangen waren, gab seiner Betriebsberufsschule ebenfalls den Namen Adolf Wicklein. Bald nach der politischen Wende im Jahre 1990 wurden die beiden Straßen, die den Namen Adolf Wickleins getragen hatten, wieder umbenannt. Die Betriebsberufsschule wurde aufgelöst, und mit ihr verschwand auch die kleine Ausstellung zu Ehren von Adolf Wicklein, die Lehrer und Schüler dort zusammengetragen hatten.

Adolf Wickleins letzter Brief

Weimar, den 5.1.1945

Mein lieben Alle: Frau Kinder Enkel.

Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, bin ich nicht mehr unter den Lebenden. Sende Euch hiermit die letzten Grüße. Grüsst mir meinen lieben Bruder und Familie, und meiner lieben Schwester und Familie die letzten Grüße. Ich sterbe unschuldig. Habe alles gemacht, was mir von der Regierung aufgegeben worden ist. Mein letzter Wille, seid gut miteinander. Erzieht meine Enkel gut und sagt ihnen von mir Bescheid. Liebe Ida, Marie und Richard, betrachtet Eure Mutter, wenn Ihr diesen Brief lesen tut. Meine liebe Frau, Ella und Werner, lebt wohl und bleibt gesund. Hätte Euch gerne noch einmal gesehen. Grüsst alle Nachbarn und meine Arbeitskollegen. Auch die Werksleiter. Ich hätte nicht gedacht, dass ich so von Euch gehen muss. Ich habe Euch alles gemacht, was ich tun konnte. Jetzt, wo ich es etwas besser haben könnte, muss ich von Euch scheiden. Lasst Euch alle ein großes Bild von mir machen, damit Ihr Euren lieben Vater recht oft sehen könnt. Hoffentlich verschont Euch der Krieg. Meinen lieben Enkeln einen letzten Gruß. Ich kenn ein einsam Plätzchen auf der Welt, liegt ruhig und

still verborgen, da ziehts mich hin, wenn mich der Kummer plagt, es quälen mich die Sorgen, den schönsten Platz den ich auf Erden hab, das ist die Rasenbank am Elterngrab. Meine lieben Kinder, einmal noch in meinem ganzen Leben möchte ich o Gott meine lieben Eltern wieder sehen. Meine liebe Ella, grüsse Deinen lieben Bräutigam, und mein lieber Werner grüsse Deine liebe Braut. Liebe Ida, grüsse recht herzlich Deinen lieben Fritz, und küsse Deine lieben Kinder von mir. Liebe Marie, grüsse Deinen lieben Hermann und Deine lieben Kinder. Lieber Richard, grüsse Deine liebe Frau und küsse Deine lieben Kinder. Meine liebe gute süße Frieda, sei gut mit allen und küsse meinen lieben kleinen Walter. Mein letzter Wille: Meiner Mutter ihr Bild bekommt meine Tochter Ida. Meine Lieben Alle, ich sterbe mit vollen Gedanken bei Euch. Es trägt niemand die Schuld. Es ist mein Schicksal, dass ich sterben muss. Denkt alle daran. Meine Lieben Alle, noch mal, seid alle gut miteinander. Es grüsst und küsst Euch alle das letzte Mal, Euer lieber und unvergesslicher und guter Vater. Auf ein Nichtwiedersehen für immer.

(hierhin ist ein Herz gezeichnet)

Der letzte Kuss.

**Vor 70 Jahren:
Beginn der Errichtung
des Konzentrationslagers Buchenwald**

Wissenschaftliche Tagung
am 16. Juni 2007 · 10.00 bis 16.00 Uhr
Weimar Buchenwald · Jugendbegegnungsstätte
der Gedenkstätte Buchenwald

Referenten:

Prof. Dr. Volkhart Knigge; Dr. Roland Hahnemann;
Dr. Harry Stein; Günther Pappenhelm; W. Möll;
Jens Schley, Sabine Stein u.a.

Anmeldung an:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.
Käthe-Kollwitz-Straße 6 in 07743 Jena
Fax: 03641-426553
vorstand@rosa-luxemburg-stiftung-thueringen.de

Adolf Wicklein (1886-1945). Eine biographische Skizze – verfaßt von seiner Enkeltochter

Brigitte Dornheim

Im Hauptstaatsarchiv Thüringen existieren Aufzeichnungen,¹ die belegen, daß vom 23. November 1938 bis zum 5. Januar 1945 im Lichthof des Landgerichts in Weimar 118 Männer und fünf Frauen unter dem Fallbeil starben. Am Freitag, dem 5. Januar 1945, beginnend um 17.30 Uhr, wurden im 20-Sekunden-Takt neun Menschen geköpft. Der letzte von ihnen war der am 26. Januar 1886 in Neuhaus-Schierschnitz (Kreis Sonneberg) geborene und in Sonneberg, Drehweg 63, wohnhafte 58jährige Kapseldreher Adolf Wicklein.

In der Niederschrift über den Hergang der Vollstreckung des Todesurteils heißt es: „Adolf Wicklein wurde von 2 Gefängniswachtmeistern zur Richtstätte geführt. Nach Feststellung der Personalien wurde dem Scharfrichter der Auftrag erteilt, das Urteil zu vollstrecken. Die Vollstreckung verlief ohne Zwischenfall; der Verurteilte verhielt sich ruhig. Von der Vorführung bis zur Übergabe an den Scharfrichter wurden 10 Sekunden, von der Übergabe bis zur Vollstreckung des Urteils weitere 10 Sekunden benötigt.“²

Damit wurde das vom Volksgerichtshof in Rudolstadt am 2. Dezember 1944 ausgesprochene Urteil vollstreckt.

„Er wird deshalb zum T o d e verurteilt und ist für immer ehrlos.“³

So der Wortlaut des dort verkündeten Urteils.

Als ich, die Enkeltochter dieses Adolf Wicklein, damals 17- oder 18jährig, diese Worte zum ersten Male las, war ich tief erschüttert. Mit welchem Recht glaubten die Richter dieses sogenannten „Volksgerichtshofes“ im „Namen des deutschen Volkes“ meinem Großvater die bürgerliche und menschliche Ehre absprechen zu können? Was hatte er getan?

Ihre Urteilsbegründung lautete: „*Der Angeklagte Wicklein hat bis zum Sommer 1944 Feindsender abgehört und das Gehörte verbreitet sowie im Verkehr mit dem Mitangeklagten Eichhorn-Gart und mit russischen Kriegsgefangenen kommunistisch gebetzt.*“⁴

1 Thüringer Hauptstaatsarchiv (ThHStA), Weimar, Bestand Generalstaatsanwalt Jena, Nr. 606.

2 Diese Sätze sind in Dokumenten des Thüringer Landgerichts bzw. des Landgerichtsgefängnisses Weimar nachlesbar, die in den 60er Jahren meinem Vater Werner Wicklein, dem jüngsten Sohn Adolf Wickleins, und dessen Schwester Ella Dötschel, geb. Wicklein, von der damaligen SED-Kreisleitung Sonneberg in Kopie übergeben wurden. Es handelt sich um eine Niederschrift vom 5.1.1945. Privataarchiv.

3 Beglaubigte Abschrift des Urteils, 6.12.1944. Sie bescheinigt die „Vollstreckbarkeit des Urteils“. Privataarchiv.

4 Ebenda.

Das bedeutete im Sprachgebrauch der Nazi-Richter „Vorbereitung zum Hochverrat“. In der gleichen Strafsache waren neben Adolf Wicklein auch die Eheleute Otto und Martha Eichhorn-Gart, ebenfalls wohnhaft in Sonneberg/Thüringen, Drehweg Nr. 63, angeklagt. Aus den Erzählungen meines Vaters, des jüngsten Sohnes von Adolf Wicklein, und seiner Schwester Ella weiß ich, daß mein Großvater diese „Feindsender“ nicht nur hörte, um sowjetische Kriegsgefangene über den wahren Kriegsverlauf zu informieren und ihnen damit Mut zu machen, sondern auch, um die Namen von deutschen Wehrmachtsangehörigen zu erfahren, die in die Gefangenschaft der Alliierten Streitkräfte geraten waren. Der Sender BBC London verlas regelmäßig Listen, auf denen die Namen derer erfaßt waren, die von der Führung der Wehrmacht den Angehörigen als vermißt gemeldet worden waren, aber in Gefangenschaft überlebt hatten. Es waren in erster Linie Familien aus Thüringen, die mein Großvater davon benachrichtigte, daß ihre vermißt geglaubten Söhne bzw. Ehemänner noch lebten.

Meine Tante Ella warf als junges Mädchen Briefe, die diese Nachricht enthielten, abwechselnd in die Briefkästen der verschiedenen Orte des Kreises Sonneberg ein.

Von ihr weiß ich auch, daß von meinem Großvater notierte Adressen bei der Haussuchung, die seiner Verhaftung unmittelbar vorausging, der Gestapo in die Hände fielen. Bis vor kurzem glaubten mein Vater und seine Schwester, daß die mit meinem Großvater angeklagten und zu acht Jahren Zuchthaus bzw. einem Jahr Gefängnis verurteilten Otto und Martha Eichhorn-Gart nach der Zerschlagung der Hitlerdiktatur nicht wieder in ihre Heimatstadt zurückgekehrt und wahrscheinlich umgekommen seien. In der Urteilsbegründung für Otto Eichhorn-Gart hieß es, daß er zusammen mit dem Angeklagten Adolf Wicklein „Feindsender“ abgehört und russischen Kriegsgefangenen zur Flucht verholfen habe. Seiner Ehefrau wurde „Feindbegünstigung“ angelastet. Meine Tante erzählte auch, daß mein Großvater und die Eheleute Eichhorn-Gart den sowjetischen Kriegsgefangenen, mit denen sie Kontakt aufgenommen hatten, Nahrungsmittel zusteckten. Im antifaschistischen Kabinett des Kreises Sonneberg, in dem mein Vater bis 1989 viele Jahre lang ehrenamtlich tätig war, gab es keinen Hinweis auf den Verbleib des Ehepaars Eichhorn-Gart, die beide gebürtige Steinacher waren.

Vor kurzem erhielten wir von einem Mitarbeiter der Geschichtswerkstatt Apolda/Weimar e. V., der im Zuge seiner Recherchen zum Konzentrationslager Nohra und zur Geschichte des Landgerichtes Weimar meinen Vater besuchte, die Kopie eines Protokolls der Kriminalpolizei-Dienststelle Sonneberg (Land Thüringen) aus dem Jahre 1948 zur Vernehmung des Kraftfahrers Otto Eichhorn-Gart. Hier werden die in dieser Darstellung wiedergegebenen Fakten bestätigt. Im Vernehmungsprotokoll äußerte Otto Eichhorn-Gart auch seine

Vermutungen über denjenigen, der wahrscheinlich die kleine Gruppe, die „auf der Dreh 63“ illegal arbeitete, der Gestapo ausgeliefert hatte.⁵

Auf der Basis der Aussagen von Zeitzeugen, in diesem Fall der Aussagen meines Vaters und seiner Schwester Ella sowie zweier Freunde und Kampfgefährten (Arthur Posecker aus Neuhaus-Schierschnitz und Ernst Züllich aus Mengersgereuth-Hämmern), möchte ich versuchen, die Entwicklung meines Großvaters zu einem Menschen, der aus weltanschaulichen, politischen und moralischen Gründen Widerstand gegen das verbrecherische Naziregime leistete, nachzuvollziehen. Jene Zeitzeugen-Aussagen erhielt ich 1968/69 im Rahmen von Recherchen für eine Jahresarbeit, die ich als Schülerin an der damaligen Hermann-Pistor-Oberschule Sonneberg schrieb. Sie liegen also bereits über 30 Jahre zurück; Arthur Posecker und Ernst Züllich sind seit vielen Jahren verstorben.

Wie bei so vielen seiner Generation waren für Adolf Wicklein die schlimmen Erlebnisse an den Fronten des 1. Weltkrieges und seine Begegnungen in russischer Kriegsgefangenschaft ausschlaggebend für die Entwicklung seines politischen Denkens und Handelns, bestätigten und vertieften sie doch Erkenntnisse und Überzeugungen, zu denen er bereits vor dem 1. Weltkrieg gelangt war.

Von frühester Jugend an war Adolf Wicklein, Sohn des Postangestellten Richard Wicklein, in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und im Arbeiterturnverein aktiv. Erlernt hatte er einen für die Sonneberger Spielzeugindustrie typischen Beruf, den des Augeneinsetzers. Ende des Jahres 1918 wohnte Adolf Wicklein in Mengersgereuth-Hämmern und wurde zum Mitbegründer der dortigen KPD-Ortsgruppe. In den folgenden Jahren spielte er eine aktive Rolle bei der Organisation eines gemeinsamen Streiks von SPD- und KPD-Mitgliedern gegen die Kapp-Putschisten 1920 und beim Aufbau einer „Roten Hundertschaft“ zur Abwehr von Anschlägen gegen die aus den Wahlen von 1923 hervorgegangene Thüringer Koalitionsregierung von KPD und SPD.

Die nach dem Reichstagsbrand einsetzende Terrorwelle gegen die politischen Gegner des Hitlerregimes erfaßte Ende Februar 1933 in Mengersgereuth 13 Genossen der KPD. Sie wurden verhaftet und in das Sammellager Nohra bei Weimar, das erste Konzentrationslager im nationalsozialistischen Staat, gebracht. Als sogenannte „Schutzhäftlinge“ mußten sie dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und waren physischen und psychischen Mißhandlungen ausgesetzt. Bei ihrer Entlassung nach über acht Wochen warnte man sie davor, über ihre Haftbedingungen zu reden und ihre politische Tätigkeit fortzusetzen. Zurückgekehrt in ihren Heimatort, wurden sie bespitzelt und in sogenannten „Schwarzen Listen“ erfaßt. Keiner der dortigen Unternehmer wagte es, ihnen Arbeit zu geben. Angesichts dieser Situation zog Adolf Wicklein mit seiner zweiten Ehefrau, Frieda Wicklein, und den beiden jüngsten seiner fünf Kinder –

5 Siehe Kopie eines Vernehmungsprotokolls der Kriminalpolizei-Dienststelle Sonneberg vom 8.1.1948. Privatarchiv.

seine drei aus erster Ehe stammenden Kinder waren bereits erwachsen – in seinen Geburtsort Neuhaus-Schierschnitz. Aber auch hier fand er keinen festen Arbeitsplatz. Die Familie mußte vom kargen Lohn seiner Frau und von dem, was er bei Gelegenheitsarbeiten verdiente, leben. In Neuhaus suchte und fand er Kontakt zu Genossen, die er aus seiner politischen Tätigkeit vor dem 1. Weltkrieg kannte. Es war eine kleine Gruppe Gleichgesinnter, die sich regelmäßig traf, um die Nachrichten der „Feindsender“, so vor allem die von Radio Moskau und die des Senders Beromünster, zu hören und um diese Nachrichten in unterschiedlichen Formen zu verbreiten, in Formen, die den komplizierten und gefährlichen Bedingungen der Illegalität angepaßt waren. Dabei standen sie in Verbindung mit anderen illegal arbeitenden Gruppen im Thüringer Raum. Einige Mitglieder dieser Gruppe wurden Mitte der dreißiger Jahre denunziert, zu Gefängnisstrafen unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt und für „wehrunwürdig“ erklärt. Adolf Wicklein entkam damals nur durch einen Zufall der Verhaftung. 1936, in der Zeit der intensiven Kriegsvorbereitung, in der jede Hand gebraucht wurde, fand auch er wieder Arbeit, wenn auch eine der schmutzigsten und gesundheitsschädlichsten, die die Porzellanfabrik in Neuhaus damals zu vergeben hatte. Er mußte gebrauchte Rohstoffsäcke, die zur Wiederverwertung bestimmt waren, ausklopfen und waschen. Später bekam er im gleichen Betrieb Arbeit als Kapseldreher. Als in der Abteilung Großdreherei eine Anzahl von Großkörpern unbrauchbar gemacht worden waren, entließ die Betriebsleitung alle „Verdächtigen“, darunter auch Adolf Wicklein, obwohl die Gestapo diesen Sabotageakt nicht hatte aufklären können. In der Porzellanfabrik Hering in Sonneberg-Köppelsdorf erhielt er wieder eine Anstellung als Kapseldreher. Dort arbeitete er bis zu seiner Verhaftung im Sommer 1944. In der Zwischenzeit war Adolf Wicklein mit seiner Frau und seiner damals 22jährigen Tochter Ella – sein Sohn Werner war zu jener Zeit als Angehöriger der Kriegsmarine in Norwegen stationiert – nach Sonneberg, Drehweg 63, verzogen. Der NSDAP-Ortsgruppenleiter von Lindenberg, seinem vorletzten Wohnort, soll geäußert haben, daß man die ganze Familie Wicklein ausrotten müsse. In Sonneberg lernte Adolf Wicklein den 1903 geborenen gelernten Kraftfahrer Otto Eichhorn-Gart und dessen fast gleichaltrige Ehefrau Martha kennen.

An einem Sommertag im Jahre 1944 nahm die Gestapo in der Wohnung der Familie Wicklein eine Haussuchung vor und beschlagnahmte deren Radiogerät sowie einige Schriftstücke. Adolf Wicklein wurde an seinem Arbeitsplatz verhaftet. In den Tagen danach tauchten überall dort, wo die Familie Wicklein in den vorangegangenen Jahren gelebt und wo Adolf Wicklein gearbeitet hatte, Gestapo-Beamte auf, die Ermittlungen anstellten und Verhöre durchführten. In diesen Tagen verhaftete die Gestapo auch das Ehepaar Eichhorn-Gart.

Am 2. Dezember 1944 tagte in Rudolstadt der „Volksgeschichtshof“ in der Strafsache gegen Adolf Wicklein sowie gegen Otto und Martha Eichhorn-Gart. Wickleins Tochter und seine Ehefrau wohnten der Verhandlung bei. Als Adolf Wicklein auf der Anklagebank Platz nahm, ließ er wie zufällig seinen

Gefängniskittel etwas herunterrutschen. Seine Schulter und sein Oberarm waren von Mißhandlungen gezeichnet.

Das vom „Volksgerichtshof“ ausgesprochene Todesurteil traf seine Frau und seine Kinder hart. Sein Sohn Werner, der damals als Angehöriger der Wehrmacht ein Gnadengesuch eingereicht hatte, machte, nachdem seine Vorgesetzten von diesem Urteil unterrichtet worden waren, mit einigen seiner Kameraden schlimme Erfahrungen. Die Nazi-Behörden schreckten auch nicht davor zurück, der Ehefrau von Adolf Wicklein die Haft-, Verhandlungs- und Hinrichtungskosten in Rechnung zu stellen.

Meine Großmutter, die an der Seite eines überzeugten Kommunisten und Antifaschisten ein Leben voller Entbehrungen, voller Kummer, Angst und harter körperlicher Arbeit geführt hatte, verstarb im Februar 1955 mit 56 Jahren. Die schwere und gesundheitsschädliche Arbeit in der Porzellanindustrie, die sie vor allem in den Jahren, in denen ihr Mann als Kommunist und Hitlergegner keine feste Anstellung finden konnte, gezwungen war anzunehmen, hatte sie lungenkrank gemacht. Die kleine Invalidenrente von 70 bis 80 Mark monatlich, die sie nach 1945 erhielt und die die Gemeindevertretung von Lindenberg um zehn Mark aufstockte, reichte nicht, um ihre stark angegriffene Gesundheit zu stabilisieren.

Deshalb hat nicht nur das Schicksal meines Großvaters, sondern auch das meiner Großmutter oft meine Gedankengänge beeinflußt, wenn ich mit Ereignissen aus der Zeit der Nazidiktatur und aus der Nachkriegszeit konfrontiert wurde.

Angesichts des braunen Gedankengutes, das in letzter Zeit auch in meiner Heimatstadt Sonneberg verstärkt hervortritt, weilen meine Gedanken oft bei meinem Großvater, dem ein sogenannter „Volksgerichtshof“ im „Namen des deutschen Volkes“ seine Ehre nehmen wollte. Einem Mann, der den Mut aufbrachte, das Leid deutscher Eltern und Ehefrauen, die um ihre Nächsten bangten, zu lindern, und der Zwangsarbeitern, die unter menschenunwürdigen Bedingungen schufteten mußten, helfend zur Seite stand.

Dokumentarisches

In memoriam Theodor Leipart (1867-1947):

Zwei unbekannte Dokumente

Ulla Plener

Fritz Tarnow nannte ihn den „großen Gewerkschaftsführer“, dessen Name „in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung [...] neben dem von Carl Legien als Schöpfer und Gestalter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für alle Zeiten erhalten bleiben“ werde. (Siehe unten) Gemessen an seiner gestaltenden Leistung beim Aufbau der deutschen (und z. T. internationalen) Gewerkschaftsbewegung, kann Leipart der Bebel der deutschen Gewerkschaften genannt werden. Doch – ganz gegen Tarnows Voraussage – ist er heute vergessen, sein Name auch in den Gewerkschaften den wenigsten bekannt.

Leipart stand seit 1890 – zusammen mit Legien (neben!, nicht nach diesem) – am Beginn der gesamtdeutschen Gewerkschaftsorganisation. Er war es, der die ersten Statuten für sie ausarbeitete, ebenso wie die für den ADGB bei dessen Gründung 1919. Er war es auch, der die Inhalte der Bewegung bis 1933 maßgebend bestimmte.¹

Leipart war der unermüdliche Aufklärer und Kämpfer für die geistige und materielle Emanzipation der Lohnarbeiterschaft: In ihrer Bewußtseinsbildung, ihrer kulturellen Höherentwicklung sah er die Voraussetzung für die Befreiung aus der menschenunwürdigen ökonomischen Abhängigkeit vom Kapital und geistigen Bedürfnislosigkeit. Darauf – nicht auf die Verelendung – setzte er bei der angestrebten „Revolutionierung“ der Arbeiterklasse, verstanden als ihr selbstbewußtes Auftreten und ihren Kampf für die politischen und sozialen Rechte. Dieser Aufgabe widmete er sein Leben, darin sah er die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Die Emanzipation der Lohnarbeiterschaft auf dem Wege der „Zivilisierung des Kapitalismus“ durch Reformen bis hin zu seiner Überwindung war Inhalt seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Nicht zuletzt war es Leipart, der schon 1919 konkret die Idee der Wirtschaftsdemokratie (die heute wieder aktuell zu werden scheint²) als Weg zur

1 Siehe Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz - Ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), 1. Halbband: Biographie, 389 S., Berlin 2000 (im folgenden Plener, Leipart I); 2. Halbband: Dokumente, 537 S., Berlin 2001 (im folgenden Plener, Leipart II).

2 Siehe Heinz-J. Bontrup u. a.: Wirtschaftsdemokratie: Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg 2006; Ulla Plener/Julia Müller/Heinz-J. Bontrup: Wirtschaftsdemokratie: wieder aktuell, Pankower Vorträge, H. 89, Berlin 2006; Ulla Plener: Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und

Überwindung des Kapitalismus begründete und diese seitdem im Namen der Gewerkschaften immer wieder gefordert hatte.³ In seinem Auftrag gab Fritz Naphtali an der Spitze eines Autorenkollektivs den zum „Klassiker“ gewordenen Sammelband „Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel“ heraus und begründete die Idee auf dem Hamburger Kongreß des ADGB 1928.⁴

Das aufklärerische Anliegen brachte Leipart zum wiederholten Male in der Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre am 15. September 1926 über „Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften“ so zum Ausdruck: „Als Zweck und Ziel der Gewerkschaften ist in allen Statuten der Verbände an erster Stelle (!) aufgeführt die Aufklärung und Bildung (!) der Mitglieder; die Aufklärungsarbeit sei es in erster Linie, die die Köpfe der arbeitenden Massen revolutioniert und zum Nachdenken“ bringt. Als weiteren Zweck nannte er dann „die Pflege der Solidarität und die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, zu denen im besonderen die Arbeitszeitverkürzung gehöre, denn erst sie schaffe dem Lohnarbeitenden „die Freiheit zum Leben und gibt ihm die Möglichkeit, seine eigene Persönlichkeit auszubilden und sich zu behaupten. Die Forderung nach verkürzter Arbeitszeit ist deswegen für die Gewerkschaften stets in erster Linie eine kulturelle Forderung gewesen“. Auch der Lohnkampf habe nicht nur materielle Bedeutung, er soll auch „dazu dienen, den Aufstieg (der Lohnarbeiterschaft) auf eine höhere Kulturstufe zu ermöglichen“.⁵

Im folgenden geben wir einen unbekanntem Aufsatz Leiparts wider, ebenfalls mit 15. September 1926 datiert, der für den Aufklärer Leipart kennzeichnend ist: Es geht ihm um das „politökonomische ABC“ des Kapitalismus; um den Gedanken der „sozialen Solidarität“ und der (Einheits-)Gewerkschaft als Vertretung aller Lohnarbeitenden; um die Begründung der gewerkschaftlichen Forderung nach Demokratie in der Wirtschaft; um die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften als grundlegend für ausreichenden materiellen Konsum und kulturelle Höherentwicklung der Lohnarbeitenden. Viele Passagen muten eigenartig aktuell an, z. B. wenn vom Verhältnis Staat, „de(s) berufene(n) Vertreter(s) der Gemeinschaftsinteressen“, und Wirtschaft die Rede ist.

Außerdem veröffentlichen wir – mit freundlicher Genehmigung des Archivs der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Bonn, – einen Nekrolog, den Leiparts langjähriger Mitsstreiter Fritz Tarnow eine Woche nach dessen Tod geschrieben hatte, der aber weder damals noch später veröffentlicht wurde.

Aktualität der sozialdemokratischen Ur-Idee: Wirtschaftsdemokratie, 2. ergänzte Auflage, Berlin 2006; dies.: Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken, in: Utopie kreativ, H. 195, Januar 2007, S.31-40.

³ Siehe Plener, Leipart I, S.161-169.

⁴ Siehe ebenda, S.218-226.

⁵ Plener, Leipart II, S.349-359, hier in der Reihenfolge der Zitate S.350, 351.

Während die kommunistische bzw. SED-Historiographie Leipart überwiegend als „Reformisten“ und Verräter an Arbeiterinteressen vor 1933 gebrandmarkt hatte, wurde er von der SPD und vom DGB wie auch von deren Geschichtsschreibung nach 1946 weitgehend als Unperson bzw. verantwortlich für das Ende der freien Gewerkschaften 1933 behandelt, da er sich angeblich den Nazis unterworfen hätte. Im Gegensatz zu solchen Darstellungen hatte sich Leipart den Nazis nicht gebeugt. Als er sich am 13. April 1933 zusammen mit Wilhelm Leuschner und weiteren ADGB-Vertretern mit Nazifunktionären auf deren Einladung hin traf und letztere von ihm forderten, die Leitung des ADGB an sie gegen eine „angemessene Pension“ zu übergeben, lehnte Leipart das ab und erklärte: „Sie wissen, daß wir alle Sozialdemokraten sind, die ein Leben lang gekämpft und gelitten haben. Wir stehen zu unseren seitherigen Auffassungen [...] Wir müssen es ablehnen, Verräter an unserer Sache zu sein, denn es ist unser Lebenswerk.“⁶

Dem negierenden bzw. abwertenden Umgang mit Leipart in der westdeutschen Historiographie liegt zweifellos die Tatsache zugrunde, daß er sich 1945/1946 für die Einheit der politischen Arbeiterbewegung – also für die SED – (auch öffentlich) eingesetzt hatte – aus tiefster Überzeugung, sie sei unbedingt notwendig für den Erfolg der Ziele der Arbeiterbewegung – und 1946 Mitglied der SED wurde. Die Distanz ihm gegenüber zeigte sich schon, als Leipart in der Nacht vom 22. zum 23. März 1947 gestorben war: Während sein Leichnam am 1. April auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde feierlich beerdigt wurde – für die SED sprach Otto Grotewohl die Totenrede –, wurde im Westen Deutschlands von der SPD und den Gewerkschaften seiner kaum gedacht. Dafür steht auch die Tatsache, daß mehrere Nachrufe, die Fritz Tarnow, 1947 Sekretär der Gewerkschaften der amerikanischen Besatzungszone, geschrieben hatte, so u. a. für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, nicht veröffentlicht wurden.⁷

Theodor Leipart: Zweck und Aufgaben der Gewerkschaften

Die Zeit, in der zuerst der Gedanke gewerkschaftlichen Zusammenschlusses sich in Deutschland regte, liegt nahezu acht bis neun Jahrzehnte zurück. Es ist ungefähr die gleiche Periode, in der die Umgestaltung der Produktionsmethoden und die Entwicklung des Verkehrswesens, die auf die technische Revolution seit Ausgang des 18. Jahrhunderts zurückging, auf Deutschland übergriff. In den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte auch in Deutschland die Entwicklung zum Großbetrieb entschieden ein, mehrte sich die Zahl der Fabrikgründungen. Gleichzeitig mit dieser technisch-organisatorischen Umwälzung, in deren Verlauf das Handwerk allmählich zurückgedrängt wurde, kam, aus den alten handwerklichen Berufen und aus der Landwirtschaft sich

6 Plener, Leipart II, S.465. Über den Anteil Leiparts am Widerstand gegen das Nazi-Regime in den Jahren 1933-1945 siehe Plener, Leipart I, S.296-303.

7 Siehe auch Ulla Plener: In memoriam Theodor Leipart (1867-1947), in: Utopie kreativ, H. 197, März 2007, S.262-268.

rekrutierend, jene Schicht auf, die keinen anderen Besitz hatte als ihre Arbeitskraft: die „freie“ Lohnarbeiterschaft.

Dieser mit der zunehmenden Industrialisierung ständig sich vermehrenden Schicht der Besitzlosen und von jedem Besitz Ausgeschlossenen fehlte zunächst jedes Bewußtsein, daß mit dem Sieg des Kapitalismus ein im Großen gesehen gleichartiges Schicksal über sie hereinbrach. Die verschiedenartige Herkunft der neuen Schicht, die in den Prozeß der Industrialisierung hineingerissen wurde, brachte es mit sich, daß sich das Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Aufeinanderangewiesenseins nur langsam durchsetzte. Erst als Generation um Generation die Zwangsgemeinschaft der Lage erlebten, als sich unter den in düsteren Fabrikräumen und unwohnlich verwahrlosten Arbeitervorstädten zusammengeballten Massen eine Tradition gemeinsamen Elends herausbildete, erwachte der Geist des Widerstands gegen die Mächte, die so zerstörend in ihr Leben eingegriffen hatten, Männer und Frauen, ja die Kinder im zartesten Alter in die freudlose Front eines schier unbegrenzten Tagewerks zwangen, das Familienleben vernichteten und jede Kraft zu geistigem Aufschwung im Keim ersticken. Aus der „Summe von Proletariern“, die in dumpfer hoffnungsloser Ergebung in ihr Schicksal nebeneinander lebten, in stetem Kampf um die Arbeitsstelle, besonders in den Zeiten schlechter Konjunktur, die in unberechenbarer Folge wiederkehrten, wurde allmählich eine relativ einheitliche, eine organisationsfähige Masse, in deren Reihen der Gedanke freiwilligen Zusammenschlusses neuen Lebensmut und Kampfeswillen wecken konnte, sobald er einmal greifbare Gestalt gewann.

Der Kapitalismus hatte seinen Siegeszug unter dem Zeichen rücksichtsloser individualistischer Selbstbehauptung angetreten. Es waren vor allem zwei Grundsätze, von denen er beherrscht wurde. Erstens der Grundsatz des Individualismus: Jeder für sich, keiner für den anderen. Zweitens der Grundsatz ausschließlicher Selbstbestimmtheit der Wirtschaft: Die Wirtschaft unterliege nur ihren eigenen Gesetzen; sie sei an keine anderen Rücksichten gebunden; der Staat, der berufene Vertreter der Gemeinschaftsinteressen, habe sich in die Regelung ihrer Verhältnisse nicht einzumischen; seine einzige Aufgabe gegenüber der Wirtschaft sei, die Schranken niederzulegen, die von einer früheren, gebundeneren Gesellschaftsform her ihrer hemmungslosen Entfaltung, der freien Auswirkung der wirtschaftlichen „Naturgesetze“ im Wege standen.

Das freie Spiel der Kräfte wirkte sich in der Produktion in doppeltem Sinn aus. Im Verhältnis der Unternehmungen zueinander in einer ausschließlich von dem Gedanken höchstmöglichen Gewinns bestimmten Konkurrenz. Im Verhältnis von Kapital und Arbeit im „freien“ individuellen Arbeitsvertrag, dessen Kontrahenten der freie, im Besitz der Produktionsmittel befindliche Unternehmer und der formal ebenso freie, tatsächlich nur auf seine Arbeitskraft angewiesene, im übrigen besitzlose Proletarier war. Das die gesamte Produktion ausschließlich und ungehemmt regelnde Prinzip war das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Eine Folgeerscheinung dieser beherrschenden Grundsätze war eine eigentümliche Verschiebung in der praktischen Zwecksetzung der Wirtschaft. Der allgemeine Sinn aller gesellschaftlichen Wirtschaft, so sollte man denken, ist die Versorgung der Menschen mit den Gütern, die zur Deckung ihres Bedarfs lebensnotwendig sind, ist die planmäßige Sicherung ihrer Existenz. Als Zweck der Wirtschaft erscheint demgemäß eine Bedarfsdeckung, die gesunde Lebensverhältnisse für alle einzelnen innerhalb der gesellschaftlichen Wirtschaft gewährleistet, besondere, für die heranwachsende Generation gesicherte Lebensbedingungen schafft, alle in der Produktion Tätigen oder auf sie Angewiesenen nach Kräften vor den Wechselfällen des Lebens schützt und endlich jeden einzelnen, im Interesse des Volksganzen und um seinem eigenen persönlichen Leben tieferen Inhalt zu geben, die Möglichkeit bietet, an den lebendigen Kräften der Kultur Anteil zu nehmen. Diese Zwecksetzung ordnet die Wirtschaft den Lebensinteressen der als ein organisches Ganzes, als eine Einheit höherer Ordnung erfaßten, staatlich organisierten Gesellschaft unter.

Aber diese Zwecksetzung, die *der Wirtschaft nur eine dienende Funktion* innerhalb des gesellschaftlichen Organismus zuweist, vertrug sich nicht mit dem Anspruch der freien, nur ihren eigenen Gesetzen folgenden kapitalistischen Wirtschaft auf unbeschränkte Autonomie. Das Ziel aller einzelnen, neben- und gegeneinander tätigen, selbständigen privatwirtschaftlichen Unternehmungen, aus denen sie sich zusammensetzt, wurde der Profit. Das Gewinnstreben jedes einzelnen Unternehmens wurde der Antrieb, der die jeder Einheit entbehrende Wirtschaft in Bewegung setzte. Die Bedarfsdeckung wurde, statt ausdrücklicher, auch in der Praxis ohne weiteres erkennbarer Zweck zu sein, gleichsam zur beiläufigen Folgeerscheinung der Produktion. Zu ihrem eigentlichen Zweck wurde die Sicherung des Gewinnes der einzelnen Unternehmungen, gleichgültig, ob die Gesamtwirtschaft dabei gedieh, gleichgültig, ob unzählige Arbeiter periodisch auf die Straße geworfen und mit ihren Frauen und Kindern unabsehbarer Not überantwortet wurden, gleichgültig, ob das Entgelt für die Arbeit der unzähligen in der Produktion tätigen Menschen für die nackte Existenz reichte; unbekümmert um das wirtschaftliche Elend, die Freudlosigkeit, die geistige Verödung, in denen die von der Wirtschaft abhängigen Menschen, erschöpft von einer bis an die äußersten Grenzen der Leistungsfähigkeit ausgedehnten Arbeitszeit, ihre Tage verbringen mußten.

Es ist behauptet worden, die Gewerkschaften seien aus „echt kapitalistischem Geist“ geboren, „die Grundsätze echt individualistischer Selbstbehauptung“, die sich in der freien kapitalistischen Wirtschaft durchgesetzt hatten, seien auch die Prinzipien, auf denen sich ihr Wirken aufbaute. Ein größeres Mißverständnis der Idee, die sich im Verlauf der Geschichte der Gewerkschaften immer deutlicher als der tragende Gedanke ihrer Wirksamkeit herausstellte, läßt sich schwer vorstellen. Von Beginn an, mit der zögernden ersten Bildung gewerkschaftlicher Organisationen, ist der Widerspruch zu den Grundsätzen des Individualismus sowie der unbedingten Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft unvermeidlich gegeben, wenn er auch keineswegs sofort klar erfaßt und ausgesprochen wurde.

Die erste Aufgabe war, gerade innerhalb der Arbeiterschaft den Individualismus, den Kampf aller gegen alle um die Arbeitsstellen zu überwinden. Der Gedanke der *sozialen Solidarität*, der Gedanke, daß die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Arbeiters nicht in macht- oder besitzgesicherten Vorrechten bestehen kann, sondern nur in der Teilnahme an den Fortschritten der sozialen Lage seiner Gruppe oder der Gesamtheit aller, die abhängige Arbeit leisten, mußte langsam, in jahrzehntelanger Werbearbeit eindringen in die Massen, ehe die Bildung leistungsfähiger Gewerkschaften möglich wurde. Die grundsätzliche Unterordnung der Interessen des einzelnen unter die Interessen der in den Verbänden zusammengefaßten Gruppen kam nun im ganzen Gebiet des Reiches zur Geltung.

Aber in dem Gruppenegoismus der Verbände erhielt sich doch, wenn auch früh gemildert durch einsichtsvolles Zusammenwirken, ein gewisser kollektiver Individualismus, den zu überwinden eine der wesentlichsten Aufgaben der Bundesorganisationen ist, die als Träger der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben, als Vertreter der Gesamtmitgliedschaft, als Repräsentanten des Produktionsfaktors Arbeit eine ständige zunehmende Bedeutung gewinnen. Schon zeigt sich in vielen entscheidenden Fragen ein Zusammenwirken der Organisationen verschiedener Richtungen, insbesondere der Bundesorganisationen, so daß trotz aller Unterschiede insbesondere auf weltanschaulichem Gebiete (Unterschiede, die in Zukunft an Bedeutung verlieren werden) eine relative Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Front zu Tage tritt und die gesamtgewerkschaftliche Solidarität sich befestigt. Darüber hinaus sind die Gewerkschaften tatsächlich längst die maßgebenden Vertreter des größten Teiles der noch unorganisierten Arbeiterschaft. Die Tarifverträge, die mit ihnen abgeschlossen wurden, regelten im Jahre 1925 die Arbeitsverhältnisse von 11 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen, während nur reichlich 5 Millionen in den Gewerkschaften organisiert sind.

Aus der „gestaltlosen Masse“ durch keine gemeinsamen Interessen, durch keine gemeinsame Idee verbundener *Proletarier* ist durch die Gewerkschaften und in ihnen verkörpert eine organisierte soziale und wirtschaftliche Macht geworden. Der Produktionsfaktor Arbeit, in der vorgewerkschaftlichen Periode wie in den Zeiten ihres Beginns gleichsam gesprengt in Millionen Atome, hat sich in den Gewerkschaften kristallisiert, ist in weitem Ausmaß ein aktionsfähiges einheitliches Gebilde geworden. Das Kräftesystem der freien, auf die völlige Wehrlosigkeit des atomisierten Produktionsfaktors Arbeit eingestellten kapitalistischen Wirtschaft ist in einer Weise verändert worden, wie kein Gegner der Gewerkschaften es vor 70 Jahren, ja vor 60 Jahren für möglich gehalten hätte. Dem ausschließlichen Individualismus, von dem sie beherrscht war, ist in dem sozialen und wirtschaftlichen Solidarismus der Gewerkschaften ein Gegner entstanden, der den Kapitalismus – neben anderen auf der Einsicht in die Unzulänglichkeit seines Grundprinzips beruhenden Antrieben – immer mehr in die Richtung rationaler Organisation der Gesamtwirtschaft drängt, während in seinen ersten Jahrzehnten die rationelle Organisation der Einzelwirtschaft Anfang und Ende seiner Weisheit war.

Die organisierte Vereinheitlichung des Produktionsfaktors Arbeit hatte in erster Linie den Zweck, die *Konsumenteninteressen der Arbeiter* zu schützen; die *Lohnpolitik* der Gewerkschaften wurde, je weiter ihr Einfluß sich erstreckte, zu einem Regulator des Konsums von Millionen Menschen. Die Gewerkschaften wurden die einflußreichste Konsumentenorganisation. Die Erhaltung und Steuerung des Konsums hat für die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft *grundlegende Bedeutung*; sie richtet sich nicht nur auf die relative Sicherung des äußeren Lebens, auf die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter. Ihre erfolgreiche Durchführung ist zugleich entscheidend für das Maß an *kulturellem Inhalt*, den sie ihrem Leben geben können. Freilich nur dann, wenn die Gewerkschaften *durch energische Arbeitszeitpolitik den Arbeitern genügende Freizeit verschaffen*.

Gerade an diesem Punkt, in der Arbeitszeitfrage, kommt der Gegensatz zu dem zweiten Prinzip der kapitalistischen Wirtschaft – dem Grundsatz ausschließlicher Selbstbestimmtheit und Eigengesetzlichkeit – zum schärfsten Ausdruck. Die Gewerkschaften lehnen es ab, die Arbeitszeitfrage nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln, sie können es vor allem *nicht anerkennen, daß privatwirtschaftliche Interessen über das Maß an Zeit entscheiden sollen, in der die Arbeiter sich selbst gehören*. Die von ihnen durchgesetzte Begrenzung der Arbeitszeit, ihre schrittweise Verkürzung, zwingt der freien kapitalistischen Wirtschaft einen festen Rahmen auf, dessen Gefüge die Unternehmer nicht nach privatwirtschaftlichem Ermessen verändern können, wenigstens nicht entfernt mehr in dem Maße, in dem es vor Jahrzehnten in ihrem Belieben stand. Indem die Wirtschaft gezwungen wird, gesetzlich festgelegte, durch Maßnahmen der einzelnen Erwerbswirtschaft nicht verrückbare Grenzen für die Arbeitszeit anzuerkennen, wird sie wohl oder übel gezwungen, sich an eine gesamtwirtschaftliche Regelung der Produktion (wie auf begrenzteren Gebieten auch durch die tarifliche Lohnregelung) zu gewöhnen. Sie wird außerdem gezwungen, außerwirtschaftliche Werte als auch für sie bindend anzuerkennen.

Diese und ähnlich gerichtete Versuche, gesamtwirtschaftliche Regelungen auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaft durchzuführen, deuten darauf hin, daß die beiden tragenden Prinzipien der freien kapitalistischen Wirtschaft in ihrer Geltung erschüttert sind und daß die Auffassung, die Gesamtwirtschaft innerhalb eines Staatsgebietes sei ein organisches Ganzes und ihre nationale Organisation die Hauptaufgabe, an Boden gewinnt. Der Aufbau unseres *Arbeitsnachweises* zum Beispiel mag im Einzelnen vielfacher Kritik unterzogen werden können, entscheidend ist der Sieg des Gedankens, daß die *Regelung des Arbeitsmarktes eine gesamtwirtschaftliche Angelegenheit* ist, bei der Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertreter der Wirtschaft mit der Reichsarbeitsverwaltung und den ihr unterstellten Behörden als Vertreter des Staates solidarisch zusammenwirken. Auch der Arbeitsmarkt wird mehr und mehr als ein Ganzes, als ein Organismus angesehen. Eine gesunde Arbeitsmarktpolitik kann sich daher nur auf die klare Einsicht in die Lage und Tendenzen der Gesamtwirtschaft gründen. Das ist nicht nur die Auffassung der Gewerkschaften.

Vielleicht noch sichtbarer als bei der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsmarktpolitik tritt der Zug nach gesamtwirtschaftlicher Solidarität, nach Übernahme gesamtwirtschaftlicher Verantwortung bei der *Erwerbslosenunterstützung* zu Tage. Die Erwerbslosenunterstützung war noch vor wenigen Jahrzehnten nur als ein Mittel der gewerkschaftlichen Kampfsolidarität bekannt; im übrigen wurde eine gesellschaftliche Verpflichtung zur Unterstützung der aus dem Produktionsprozeß durch höhere Gewalt Ausgeschiedenen nicht anerkannt. Gewerkschaftliche Selbsthilfe – andernfalls Armenunterstützung und Bettel – das war die Alternative, vor die Wirtschaft und Staat die Arbeitslosen stellten. Es ist daher trotz aller Mängel, die der bestehenden Einrichtung wie dem vorliegenden Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung anhaften mögen, für die geschichtliche Betrachtung eine Veränderung von wahrhaft revolutionärer Bedeutung, daß heute die *Haftung der Gesamtwirtschaft für die unfreiwillig Erwerbslosen* nicht nur grundsätzlich anerkannt, sondern praktisch durchgeführt wird. Die tiefgreifende Änderung der Wirtschaftsauffassung, die sich in der Schaffung dieser Institution verrät, die überraschende Einsicht in die abgrundtiefen sozialen Unzulänglichkeiten der sich selbst überlassenen, freien, ihren „Naturgesetzen“ folgenden kapitalistischen Wirtschaft, der prinzipielle Bruch mit dem Grundsatz rücksichtsloser individualistischer Selbstbehauptung – in unseren eigenen Reihen wird nur zu leicht übersehen, was für eine *entscheidende Wandlung des sozialen Weltbildes* hier vorliegt.

Diese Siege über den Geist des Individualismus, die die Arbeiterbewegung und vor allem die Gewerkschaften erfochten haben, können in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Es zeigt sich, in welchem Maße die *Gewerkschaften* gerade auf Grund ihres leitenden Prinzips gesamtgewerkschaftlicher Solidarität *geschichtlich notwendige Vorarbeit geleistet haben für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft*.

Von ihrer engeren Zielsetzung, der Organisation der Gesamtarbeiterschaft zur Beherrschung des Arbeitsmarktes von seiten des Angebots an Arbeitskraft, kamen sie zwanglos zu dem Bild einer Wirtschaft, die ebenso beherrscht war von dem Prinzip gesamtwirtschaftlicher Solidarität wie sie von dem entsprechenden Grundsatz sich in ihrem Bereich leiten ließen.

Der große Gedanke der gesamtwirtschaftlichen Solidarität, dessen durchgängige Verwirklichung die Gewerkschaften erstreben, besteht aus zwei Elementen. Das eine ist die Solidarität der Wirtschaft mit allen in ihr Tätigen und den auf sie Angewiesenen. Davon war bereits die Rede. Das andere ist die Solidarität der Gesamtwirtschaft in ihrer Führung – deshalb *erstreben die Gewerkschaften die Zusammenfassung der Einzelwirtschaften und ihre Unterordnung unter einen Gesamtwillen. Sie erstreben die gemeinwirtschaftliche Organisation* aus einem doppelten Grunde. Erstens weil sie die größte und für gewaltige Volksschichten repräsentative Konsumentenorganisation sind, die ihre Aufgabe – Erhaltung und Steuerung der Konsumkraft großer Teile des Volkes – am reibungslosesten erfüllen kann, wenn die Wirtschaft als ganzes auf dem gleichen Prinzip planmäßiger Zentralisation beruht wie sie selbst. Zweitens auf Grund einer prinzipiell bedeutsamen Erweiterung der gewerkschaftspolitischen Zielsetzung. Sie haben gelernt, daß

selbst der denkbar ausgedehnteste Einfluß auf das Arbeitsangebot zu der Verwirklichung ihrer Ziele nicht ausreicht, daß sie vielmehr unvermeidlich auch auf die Nachfrage nach Arbeit Einfluß und damit Anteil an der Leitung der Produktion, an der Wirtschaftsführung gewinnen müssen.

Der ideologische Ausdruck dieser Einsicht ist die *Forderung der Wirtschafts-demokratie*.

Sie ist – wenn man will – ein Bruch mit der auf Lohn- und Arbeitszeitpolitik beschränkten Tradition, eine Erweiterung der Gewerkschaftspolitik im engeren und üblichen Sinne. Die Gewerkschaften kämpfen nun nicht mehr allein um einen größeren Anteil an einem gegebenen gesellschaftlichen Arbeitsertrag, sondern es kommt ihnen darauf an, „die Effektivität der Produktion“, die Produktivität der Wirtschaft direkt, bewußt, planmäßig zu erhöhen, weil sie wissen, daß mit der Produktivität die Gesamtkaufkraft steigt, daß das allgemeine Lohnniveau von der Gesamtkaufkraft abhängt.

Die in weitem Umfange noch *bestehende Wirtschaftsordnung kennt nur die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit*. Anstelle dieser Alleinherrschaft oder Vorherrschaft soll durch tiefgreifende Umgestaltung der Rechtsordnung unter gleichzeitiger Erschließung der geistigen Kräfte, die in den Schichten der abhängigen Arbeit brachliegen, durch ein großzügiges Erziehungswerk eine *neue Wirtschaftsordnung* aufgebaut werden, die es ermöglichen soll und wird, das die Vertreter des Kapitals und der Arbeit gemeinsam – eine organisch entwickelte und daher institutionell auch allein mögliche Arbeitsgemeinschaft – im Zusammenwirken mit den Vertretern des Staates die Leitung der Gesamtwirtschaft übernehmen, die erst dann eine „Volkswirtschaft“ im echten Sinne des Wortes werden kann.

Aus: Die freie Gewerkschaft, Ortskartell Hamburg, 15. September 1926, in: SAPMO-BArch Sg Y 2 V DF / VII SSÜ, Bl. 20/Rückseite.

Zum Gedächtnis Theodor Leiparts

von Fritz Tarnow

Zonensekretär der Gewerkschaften der US-Zone.

Der Bayerische Gewerkschafts-Kongress, der vom 27. bis 29. März 1947 in München versammelt war, nahm mit tiefster Anteilnahme die Trauerbotschaft vom Ableben des großen Gewerkschaftsführers Theodor Leipart entgegen, der am 23. März 1947, kurz vor der Vollendung seines 80. Lebensjahres, in Berlin verstorben ist.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird sein Name neben dem von Carl Legien als Schöpfer und Gestalter der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für alle Zeiten erhalten bleiben.

Die ersten Anfänge der Bewegung fallen in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, aber sie wurden wieder zerstört durch das Sozialistengesetz, das erst 1890 wieder aufgehoben wurde. Ein halbes Jahr nach dem Falle des Gesetzes trat in Halberstadt eine Konferenz gewerkschaftlicher Delegierter

zusammen, um Maßnahmen für den Aufbau und die Zentralisierung der Gewerkschaften zu beraten. Einer der jüngsten Delegierten war der 24jährige Drechslergeselle Theodor Leipart, der von Hamburg aus zusammen mit seinem älteren Berufskollegen Carl Legien die Vorarbeiten für diese Konferenz geleistet hatte.

Von dieser Zeit an waren Carl Legien und Theodor Leipart führende und bald *die* führenden Köpfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Legien, der schon vor 25 Jahren das Zeitliche gesegnet hat, war von der Halberstädter Konferenz als Vorsitzender der „Generalkommission der deutschen Gewerkschaften“, des Vorläufers des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gewählt worden. Theodor Leipart arbeitete zunächst von der Spitze seines Berufsverbandes aus am organischen Zusammenschluß der Verbände. Zwei Jahre nach der Halberstädter Konferenz schlossen sich unter seiner Führung die Verbände der Tischler, Drechsler, Wagner und Bürstenmacher zum Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammen.

Leipart nahm zunächst den Platz des zweiten Vorsitzenden und von 1908 den des ersten Vorsitzenden ein. Daneben war er unermüdlich tätig an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung.

Als Carl Legien im Jahre 1920 starb, gab es keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß Theodor Leipart sein Nachfolger sein muß.

Seine Leistungen und seine Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung zu schildern, würde bedeuten, ein wesentliches Stück der Gewerkschaftsgeschichte wiederzugeben.

Theodor Leipart war ein unermüdlicher Arbeiter, der sich für ein Privatleben kaum Zeit gönnte. Er war ein Fanatiker der Sachlichkeit. Aus vielen Jahren enger Zusammenarbeit mit ihm kann ich mich nicht entsinnen, jemals aus seinem Munde Plattheiten oder inhaltslose Phrasen gehört zu haben. Mit solchen strengen Grundsätzen war ihm der Weg zur Tribüne des zündenden Volksredners versperrt, und er gab sich auch keine Mühe, etwas zu sein, was seiner Natur nicht entsprach.

Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch. Von einer Vornehmheit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt.

Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde. Auf ihn richteten sich alle Blicke, wenn es galt, den Weg aus einer schwierigen Situation zu finden. Wenn er sprach, hatte er auch immer etwas zu sagen. Er wirkte durch die überzeugende Logik seiner Argumente.

Ein ausgesprochener Realpolitiker, wie es Theodor Leipart war, mochte er wohl auf Außenstehende als eine kalte Natur wirken. Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hat.

Mit Theodor Leipart hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer größten Führer und einen ihrer Besten verloren.

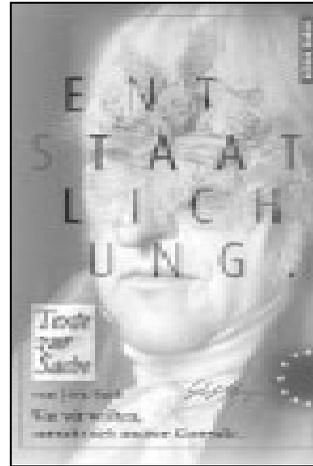
Die Trauerfeier für Theodor Leipart findet am 1. April 1947 in Berlin, im Gewerkschaftshaus, wo er so viele Jahre für die Arbeiter, Angestellten und Beamten geschaff hat, statt. Die Bayerischen Gewerkschaften werden durch eine Abordnung vertreten sein.

Maschinenschriftliches Manuskript vom 30./31. März 1947, Archiv des DGB, Nachlaß Fritz Tarnow, in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

JÖRN SACK: ENTSTAATLICHUNG.

WAS WIR WOLLTEN,
ENTZIEHT SICH UNSERER KONTROLLE.

ISBN 978-3-929390-93-3
TEXTE ZUR SACHE IM SPECTRUM



DAS UMSTRITTENE THEMA „GLOBALISIERUNG“ HAT JÖRN SACK IN SEINEM BUCH „ENTSTAATLICHUNG“ ANALYTISCH AUFGEGRIFFEN. DIE TEXTE ZEIGEN DEN UNAUFHÖRLICHEN RÜCKZUG DES STAATES AUS SEINER GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG, DURCH DIE DIE CHANCE DER DEMOKRATIE VERSPIELT WIRD. DIESES BUCH IST EIN ERGEBNIS SEINER JAHRZEHNTELANGEN TÄTIGKEIT IN EU-GREMIEN, DIE AM ENDE ZU EINER ENT-FREMDUNG VON SEINEM URSPRÜNGLICHEN ENGAGEMENT FÜHRTE.

Neue Sachbücher in der Edition Bodoni
Linienstraße 71 in 10119 Berlin · 030-2825137
info@bodoni.org

Regionales

Das Sport- und Kulturkartell Heidenau, Dohna und Umgebung. Wie die Arbeiterbevölkerung einer Industriestadt das kulturelle Leben ihrer Kommune prägte¹

Günter Benser

Wenn der Blick auf die Arbeiterbewegung von unten her erfolgen soll oder wenn wir die untere Ebene dieser Bewegung betrachten wollen, dann empfiehlt es sich, unsere Aufmerksamkeit auch auf die aus dieser Bewegung hervorgegangenen oder ihr nahestehenden lokalen Vereine zu richten. Wir stoßen dann selbstverständlich auch auf Tatsachen und Zusammenhänge, Auseinandersetzungen und Probleme, die uns aus Darstellungen der Geschichte der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften bekannt sind, aber keineswegs in bloßer spiegelbildlicher Verkleinerung, sondern verbunden mit, ja überlagert durch die Eigendynamik solcher Gemeinschaften. Das wiederum hat Konsequenzen für Interpretationen des Gesamtgeschehens und sollte Anlaß sein, gängige Beschreibungen und Wertungen an derartigen Basisprozessen zu messen.

Diese Eingangsthese soll am Beispiel des Sport- und Kulturkartells der Arbeiterorganisationen meiner Geburtsstadt Heidenau belegt werden, indem ich erstens Entstehung und Werdegang dieses Kartells beschreibe sowie auf seine Liquidierung durch die Nazis eingehe, und zweitens aus diesem Bericht einige Schlußfolgerungen ableite.

1. Entstehung, Werdegang und Liquidierung des Kartells

Zum hauptsächlichen Handlungsort, zur Stadt Heidenau, sei nur soviel gesagt: Dieser zwischen Dresden und Pirna an der Elbe liegende Ort erhielt 1924 Stadtrecht, nachdem sich zwei Jahre zuvor mehrere aus Bauerndörfern hervorgegangene Industriegemeinden zusammengeschlossen hatten. Sozialökonomischer Hintergrund war – dank der Nähe der sächsischen Hauptstadt Dresden und dank günstiger Verkehrsanbindungen im Elbtal – die Anfang des vorigen Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung stürmische Entwicklung

¹ Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

dieser Region.² Seit dieser Zeit wurde hier links gewählt. Es handelte sich um jenen Reichstagswahlkreis, der Otto Rühle in den Reichstag entsandt hatte, also jenen Mann, der im Ersten Weltkrieg als erster an der Seite Karl Liebknechts gegen die Kriegskredite stimmte. Später wurde der Wahlkreis durch Siegfried Rädels repräsentiert, Abgeordneter der KPD, 1943 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Bei den Kommunalwahlen gab es in Heidenau immer klare linke Mehrheiten. In den Jahren der Weimarer Republik dominierte zunächst die USPD, dann die SPD, und in den letzten Jahren der Republik vermochte sich die KPD nach vorn zu schieben. Mit den Kommunalwahlen vom 18. Januar 1933 zogen nach bis dahin vergeblichen Anläufen die Nazis erstmals als gewählte Vertreter ins Stadtparlament ein, als eine rechnerisch unbedeutende Minderheit – den drei Abgeordneten der NSDAP standen neun Vertreter der KPD, sieben der SPD und sechs der bürgerlichen Parteien gegenüber.

In Heidenau gab es ein reges Vereinsleben. Eine mit 12. August 1920 datierte Aufstellung benennt 103 ortsansässige Vereine,³ die teils im bürgerlichen, teils im proletarischen Milieu angesiedelt waren. Bereits im Juni 1920 hatte sich eine Genossenschaft zur Errichtung eines Licht- und Luftbades gebildet.⁴ Sie arbeitete so erfolgreich, daß – auch dank Spenden der Industrie – bereits ein Jahr später ein auf der Meuschaer Höhe angelegtes Freibad mit großzügigen Grünanlagen seiner Bestimmung übergeben werden konnte.⁵ Im September 1924 weihte die bürgerliche Sportvereinigung Heidenau ihr Stadion ein,⁶ und im Mai 1925 erfolgte die Sportplatzweihe des Arbeiter-Turn- und Sportvereins mit einem Festzug, an dem sich 2.000 Sportler beteiligten⁷.

Am 14. September 1926 fanden sich die Abgesandten von rund zwei Dutzend Vereinen beziehungsweise Organisationen zusammen. Sie unterzeichneten an diesem Tage die Satzung des Sport- und Kultur-Kartells Heidenau, Dohna und Umgebung, die am 1. Januar 1927 in Kraft treten sollte.⁸ Eine aus dieser Zeit stammende Aufstellung⁹ verzeichnet 22, verweist aber auf 24 Mitgliedsorganisationen aus Heidenau, Dohna und Burkhardswalde mit 1.386 Mitgliedern, wobei die einzigen dem Kartell beigetretenen rein politischen Verbände – die Heidenauer Ortsgruppen der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands – keine Mitgliedszahlen angegeben hatten. Die Mitgliedsorganisationen des Kartells vereinten in ihren Reihen demnach etwa

2 Siehe die Geschichte von Menschen und Unternehmen der Stadt Heidenau, Dresden 1997; Heidenau. Entwicklung einer sozialistischen Stadt, zgest. von Herbert Koitzsch, Dresden 1978.

3 Stadtarchiv Heidenau (SAH) 0000125, Bl. 23f.

4 Siehe Pirnaer Anzeiger, 8.6.1920.

5 Siehe ebenda, 18.5.1921.

6 Siehe ebenda, 10.9.1924.

7 Siehe ebenda, 15., 17. und 19.5.1925.

8 Siehe SAH 0000124, unpag.; Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Amtsgericht Pirna 1572, Vereinsregister Nr. 99.

9 Siehe SAH 0000122, unpag.

eineinhalbtausend Menschen. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Sparten sagen zugleich etwas über die Beliebtheit beziehungsweise die Angebote bestimmter Freizeitbeschäftigungen. Verschiedene Vereine besaßen ihr Pendant in entsprechenden bürgerlichen Vereinigungen. Bestimmte Sportarten – wie Radfahren – traten als typische proletarische Betätigungsfelder hervor.

Mitgliedschaft im Kartell

<i>Ort</i>	<i>Sparte</i>	<i>Mitglieder</i>
Heidenau	Radfahrer	198
	Athleten	56
	Arbeiter-Samariter	45
	Mandolinenorchester	112
	Arbeiter-Schachklub	30
	Kegelklub Frohsinn	12
	Volksgesundheit	155
	Volkschor	135
	Volksbühne	42
	Stenographen	25
	Naturfreunde	70
	Esperanto	18
	Freie Schützen	15
	Bandoniumklub	24
	Kommunistische Partei, Ortsgruppe	ohne Angabe
Kommunistischer Jugendverband	ohne Angabe	
Dohna	Radfahrer	112
	Sänger	145
	Turner	82
	Dramatischer Verein	38
Burkhardswalde	Radfahrer	40
	Sänger	32

Dem Akt der Konstituierung dieses Kartells waren bereits wichtige Aktivitäten vorausgegangen, denn die Gründer hatten nicht mehr und nicht weniger vor, als eine imposante Anlage für sportliche, kulturelle und gesellige Veranstaltungen zu bauen und gemeinsam zu betreiben. Dazu wollten die Initiatoren entsprechend den damaligen Möglichkeiten Fördermittel einwerben, wie sie für sogenannte

Notstandsarbeiten gewährt wurden, die Unterstützung der Stadt Heidenau einholen und freiwillige unbezahlte Arbeitsleistungen erbringen.

Wann und von wem der Anstoß zur Bildung eines derartigen Kartells und zu dessen großzügigen Planungen gegeben wurde, konnte bisher nicht erhellt werden. Spätestens seit Frühjahr 1926 muß so etwas wie ein Vorbereitungskomitee tätig geworden sein, das unter der Leitung des Buchdruckermeisters Max Keßler stand, der dann zum ersten Vorsitzenden des Kartells gewählt wurde.¹⁰ Keßler hatte sich am 15. Mai 1926 an den Stadtrat von Heidenau gewandt und um Bereitstellung eines Geländes entlang des Müglitzflusses gebeten. Gelder seien von der produktiven Erwerbslosenfürsorge zugesagt, so daß an die Stadt keine finanziellen Forderungen gestellt würden. Bürgermeister Paul Gröger (SPD) gab die Zusage, dem Kartell Flächen „gegen einen mäßigen jährlichen Pachtzins“ zur Verfügung zu stellen.¹¹

Am 11. August lagen bereits erste Planskizzen¹² vor, und ein mit 1. September datierter Kostenanschlag des Stadtbauamtes Heidenau wies eine Gesamtsumme von 75.620 RM aus.¹³ Es klingt unglaublich, aber mit dieser Summe sollten geschaffen werden: eine Radrennbahn mit Zuschauerplätzen und Tunneleingang, eine Laufbahn im Innenraum der Radrennbahn, eine 100-Meter-Laufbahn außerhalb der Radrennbahn, ein Platz für Leicht- und Schwerathletik sowie Freiübungen, ein Platz für Reigenfahren, ein Box-Podium, eine Freilichtbühne, zwei Spielplätze für Kinder und für die Abhaltung von Kinderfesten, ein Fahrrad-Aufbewahrungsort, Einfriedungen und Bepflanzungen, ein Unterkunftsgebäude mit Garderobe und Übernachtungsmöglichkeiten, Aborte, Straßen- und Wegeanlagen.

Am 29. Dezember erfolgte durch Beschluß des Amtsgerichtes Pirna die Eintragung des Kartells als eingetragener Verein.¹⁴ In dessen Satzung hieß es: „Das Kartell bildet den Zusammenschluß aller Sport, Leibesübungen und Kultur treibenden Vereine von Heidenau, Dohna und Umgebung, soweit sie der Zentralkommission oder einem Bunde angehören, und führt den Namen Sport- und Kultur-Kartell von Heidenau, Dohna und Umgebung.“¹⁵ Mit Zentralkommission war die 1912 gegründete Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege gemeint. In den zwanziger Jahren stand diese Dachorganisation unter Führung von Sozialdemokraten, die dem rechten Flügel der SPD zuzurechnen waren. Warum sich dennoch die kommunistischen Ortsgruppen am Kartell beteiligten, nicht aber die sozialdemokratischen, läßt sich schwer erklären. Womöglich haben sich die SPD-Organisationen gerade deshalb ferngehalten, weil sie nicht mit Kommunisten in einem Kartell zusammenwirken wollten. Wahrscheinlicher ist, daß die Sozialdemokraten über die einzelnen Mitglie-

10 Siehe ebenda.

11 Ebenda.

12 Siehe ebenda.

13 Siehe ebenda.

14 Siehe Vereinsregister Nr. 99, Bl. 1; Pirnaer Anzeiger, 22.1.1927.

15 SAH 0000124 und Vereinsregister Nr. 99.

dervereine ihren Einfluß hinreichend gewahrt sahen. Die Anbindung an die Zentralkommission war wohl unerläßliche Voraussetzung, um an die benötigten Finanzmittel heranzukommen, weshalb sie vermutlich auch von den Kommunisten toleriert wurde.

Als Vereinszweck war ausgewiesen: „Hebung und Förderung der Volkskraft, der Volksgesundheit und Volksbildung“. Als Mittel, diesen Zweck zu erreichen, wurden unter anderen genannt: die Organisation entsprechender Veranstaltungen und die Schaffung erforderlicher Einrichtungen, die moralische und finanzielle Unterstützung der dem Kartell angehörenden Vereine, die Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den Behörden. Mitglied des Kartells konnte jeder Verein werden, der einem Bund angehörte und die Richtlinien der Zentralkommission oder seines Bundes anerkannte. Zu den Generalversammlungen des Kartells durfte jeder Verein zwei Delegierte entsenden.

Nachdem sich das Kartell konsolidiert hatte, ging es mit doppeltem Elan zu Werke. Im Herbst 1926 wurde mit den Arbeiten am Sport- und Kulturkomplex auf einer Fläche von 22.000 Quadratmetern begonnen. Zeitweilig waren bis zu 90 Erwerbslose beschäftigt, um die geplanten Anlagen zu errichten – finanziert mit Geldern der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“,¹⁶ einem Vorläufer späterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Bis zur Einweihung des Stadions leisteten die Mitglieder der dem Kartell angehörenden Vereine 12.000 freiwillige Arbeitsstunden. Die gesamte Bauleitung übernahm im April 1927 der erfahrene Dresdener Ingenieur Edmund Hellner, ein Spezialist für den Bau von Rad-, Motor- und Automobil-Rennbahnen und Sportplätzen.¹⁷

Wie angesichts damaliger Materialpreise und Lohnkosten zu erwarten war, ließ sich das Stadion mit der ursprünglich geplanten Summe nicht errichten. Das Kartell lag im ständigen Kampf mit den Behörden um neue Finanzzuwendungen oder um die Gewährung von Darlehen, wobei es wegen allzu kühner Planungen Kritik einzustecken hatte. Die Landesbehörden rügten, es handle sich um „ein großzügiges Projekt, wie es kaum in allen Großstädten anzutreffen ist“. ¹⁸ Am Ende beliefen sich die Kosten auf etwa das Doppelte des ersten Kostenanschlages. Dennoch wurde das Projekt im wesentlichen wie vorgesehen verwirklicht, und zwar in erstaunlich kurzer Zeit.

Da die Hauptarbeiten gut voranschrritten, wurde bereits der 20. Mai 1927 als Termin für die Stadionweihe anvisiert. ¹⁹ Dies war nun doch zu optimistisch gedacht, denn es blieben noch manche Hürden zu nehmen und baupolizeiliche Auflagen zu erfüllen. Daraufhin sollte die Stadionweihe in den Tagen vom 15. bis 17. Juli erfolgen. Der Festumzug war bereits genehmigt, und zwar nur auf der rechten Straßenseite in Reihen zu viert, Radfahrer zu dritt.²⁰ Da schwemmte die Müglitz alle Planungen hinweg.

16 SAH 0000123 unpag.

17 Siehe ebenda.

18 Ebenda.

19 Siehe ebenda.

20 Siehe ebenda.

Am 9. Juli 1927 ereignete sich im Osterzgebirge die schwerste Unwetterkatastrophe des vergangenen Jahrhunderts. Vor allem in den Tälern der Müglitz und der Gottleuba richteten die Fluten verheerende Schäden an. Die Wassermassen rissen nicht nur ganze Häuser mit sich und schwemmten Vieh von den Uferwiesen weg. Es waren auch viele Menschenopfer zu beklagen, deren Zahl der „Pirnaer Anzeiger“ auf etwa 150 Personen bezifferte.²¹ In Heidenau wurden nicht zuletzt die sich entlang der Müglitz erstreckenden, vor den Abschlußarbeiten stehenden Anlagen des Sport- und Kulturkartells in Mitleidenschaft gezogen. „Die Wasserfluten rissen weg, was nicht niet- und nagelfest war“, teilte der Vorsitzende Max Keßler mit.²² Große Mengen von Erdreich wurden abgetrieben. Der Schaden bezifferte sich auf 20.000 RM, das dürfte zehn bis 15 Prozent der Gesamtbausumme entsprochen haben.

Vom Sport- und Kulturkartell wurden die größten Schäden in erstaunlich kurzer Frist behoben, so daß nun zur Stadionweihe in den Tagen vom 19. bis 21. August 1927 eingeladen werden konnte. Im Aufruf des Kartells hieß es: „Wuchtig und demonstrativ muß unser Fest wirken, und dazu sollt Ihr alle mit beitragen. Bringt Eure Banner und Fahnen mit, damit schon der Festzug ein Zeichen der Kraft und Stärke unserer Arbeitersportbewegung wird.“²³ Angesichts dieses selbstbewußten Auftretens der Heidenauer Arbeiter-Sport- und Kulturbewegung war es wohl kein Zufall, wenn wenige Tage vor der Stadionweihe die bürgerliche Sportvereinigung Heidenau in Gemeinschaft mit der Turngemeinde 1897 vom 3. bis 14. August auf dem Sportplatz am Bahnhof eine Sportwoche durchführte, die sicher als Gegenveranstaltung gedacht war.²⁴ Die Stadionweihe begann mit einer schlichten Feier im Sportheim, auf der an den zurückgelegten Weg erinnert wurde. Die Volksschöre Heidenau und Dohna boten Gesangsvorträge. Nach Einbruch der Dunkelheit wurde ein Lampionumzug veranstaltet, begleitet von zwei Musikkapellen. Dem schlossen sich an den folgenden Tagen Sportwettkämpfe und Spiele an sowie das erste Rennen auf der neuerrichteten Radrennbahn. Am Sonntag fand der Festumzug statt, an dem sich auch zahlreiche auswärtige Vereine beteiligten. Die Einweihung der Freilichtbühne erfolgte am Abend des 20. August 1927 mit einer Festaufführung der Volksbühne Heidenau. Gezeigt wurde „s'Nuller!“, ein „Volksstück mit Gesang in 5 Akten von K. Morre. Musik nach steirischen Motiven von V. Pertl. Verstärkte Orchsterbeglgt. K. Winkler“. Dieses sozialkritische Schauspiel stammte aus dem Jahre 1885, sein Verfasser war nationalliberaler Abgeordneter im Österreichischen Reichstag. Dieser Eröffnungsveranstaltung folgte bereits am 11. September die von 800 Zuschauern besuchte Premiere des beliebten Lustspiels „Im weißen Rößl“ von Blumenthal/Kadelburg (die Vertonung durch Ralph Benatzky erfolgte erst später).

21 Siehe Pirnaer Anzeiger, 12.7.1927.

22 SAH 0000123.

23 Ebenda.

24 Siehe Pirnaer Anzeiger, 31.7.1927.

Ein weiterer Höhepunkt in der Geschichte des Kartells war der Reichs-Arbeiter-Sporttag. Das Kartell beging dieses Ereignis am 24. Juni 1928 mit einem Weckruf und einem Festzug, an dem sich alle angeschlossenen Vereine beteiligten. Am Abend endete die Veranstaltung mit einer Aufführung des Schauspiels „Die Rabensteinerin“ von Ernst von Wildenbruch,²⁵ einem Verfasser vaterländischer Geschichtsdramen, die ihm das Verdikt eintrugen, ein „flacher Nachahmer Schillers“ zu sein. Das zu Beginn der Neuzeit angesiedelte Stück stellt das untergehende Rittertum bloß und bringt in Gestalt eines Sohnes der Nürnberger Kaufmannsfamilie Welser einen idealistischen, sozial und freiheitlich denkenden jugendlichen Helden auf die Bühne.

Der Reichs-Arbeiter-Sporttag fand parallel zum 16. Bundestag des Arbeiter-Turn-und-Sport-Bundes statt. Dieser Kongreß bildete einen tiefen Einschnitt in der deutschen Arbeitersportbewegung, denn hier wurden den kommunistischen Delegierten die Mandate aberkannt, was in der Folgezeit zur Spaltung und zum Ausschluß von zehntausenden Mitgliedern und Funktionären führte.

Diese Geschehnisse können nicht ohne Auswirkungen auf das Kartell und deren Mitgliedsorganisationen geblieben sein. Im Protokoll der darauffolgenden Generalversammlung des Kartells, die am 21. Januar 1929 stattfand, ist davon jedoch nichts zu spüren.²⁶ Am 9. Februar 1931 allerdings beschloß das Kartell gegen drei Stimmen eine Änderung seiner Satzung, mit der es seine Verbundenheit mit der Zentralkommission bekräftigte und offenbar linken Separierungsbestrebungen eine Abfuhr erteilen wollte. Es war sicher eine Antwort auf externe und interne Auseinandersetzungen, wenn nun der Zweck des Kartells weitergehend, und zwar wie folgt definiert wurde:

„Seine Bestrebungen sind auf die Hebung und Förderung der Volkskraft, Volksgesundheit und Volksbildung gerichtet.

Der Zweck des Kartells ist: als Mitglied der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege e./V. in deren Sinne zu wirken, die Werbearbeit für die gemeinsamen Bestrebungen zu leiten, den geselligen und sportlichen Verkehr zwischen den angeschlossenen Vereinen zu fördern, den Auswüchsen des Vereinswesens zu steuern und die Vereine zu tüchtigen Körperschaften für die Arbeiterbewegung heranzubilden.

Das Kartell ist eine Unterabteilung der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege e./V. in Berlin, und seine Tätigkeit muß mit deren Richtlinien und Beschlüssen übereinstimmen. Das Kartell ist gemeinnützig. Alle Einnahmen werden ausschließlich für Zwecke der Jugendpflege und Leibesübungen verwendet.“²⁷

Es fällt auf, daß im Protokoll der Name des früheren 2. Vorsitzenden Albert Graf (KPD) nicht mehr auftaucht, was auf interne Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im Kartell hindeuten könnte.

25 Siehe Pirnaer Anzeiger, 26.6.1928.

26 Siehe Vereinsregister Nr. 99, Bl. 22.

27 Ebenda, Bl. 24.

Vergleichbare Auseinandersetzungen vollzogen sich auch in anderen proletarischen Kulturorganisationen, so vor allem in dem bereits 1906 gebildeten Deutschen Arbeiter-Theater-Bund. Anfang der zwanziger Jahre war – nicht zuletzt unter dem Einfluß der revolutionären Theaterkunst in Sowjetrußland – mit der Agit-Prop-Bewegung eine ganz neue Richtung des Schauspielens entstanden, die ihre Auftritte auf die Straße verlagerte und unmittelbar ins politische Geschehen eingreifen wollte. 1927 faßte der XI. Parteitag der KPD den Beschluß, daß alle proletarisch-revolutionären Theatergruppen, dem Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands (ATBD) beitreten sollten. Dies geschah, mit dem Ergebnis, daß die Schlüsselpositionen dieses Dachverbandes in die Hände von Kommunisten gelangten, worauf sich der sozialdemokratische Flügel vom ATBD trennte und dieser eine rein kommunistische Organisation wurde.²⁸ Davon war allerdings das Kartell kaum berührt, denn die ihm angehörenden dramatischen Vereine sahen ihre Dachorganisation im überparteilichen Verband für Volksspielkunst.

Der 30. Januar 1933 läutete das Ende des Sport- und Kulturkartells Heidenau, Dohna und Umgebung ein. Nach Inthronisierung der Hitlerregierung fielen die Nazis überall in Deutschland sofort über ihre politischen Gegner her. Auch in Heidenau wütete der braune Terror. Zu den ersten Opfern zählte der im Schutzhaftlager Königstein-Halberstadt grausam zu Tode geprügelte Heidenauer Kommunist Fritz Gumpert, dessen Schicksal durch das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror“ international bekannt wurde.²⁹ Am Nachmittag des 9. März besetzte die SA die Gebäude des Sport- und Kulturkartells.³⁰

Am 11. März 1933 meldete der „Pirnaer Anzeiger“, die Heidenauer Stadtverordnetenversammlung sei nicht handlungsfähig, da 13 der 25 Stadtverordneten ihr Mandat nicht „auszuüben vermögen“. Im Klartext hieß das – die Mehrheit der Abgeordneten war verhaftet oder vor dem Terror geflüchtet. Am 28. März unterwarfen sich die Nazis, die bei der letzten Wahl lediglich zwölf Prozent der Mandate errungen hatten, mit Unterstützung der bürgerlichen Abgeordneten endgültig das Stadtparlament und die Stadtverwaltung. Den Kommunisten waren die Mandate schon entzogen worden. Der größte Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten war – so tat der „Pirnaer Anzeiger“ kund – durch „Inhaftierung oder Ortsabwesenheit verhindert“.³¹ Nun ließ sich der Chef der Heidenauer Nazis, der Elektromeister Georg Schreiber, von einer willfähigen Mannschaft zum Stadtverordnetenvorsteher „wählen“. Die so gesäuberte Stadtverordnetenversammlung hatte nichts Eiligeres zu tun, als auf

28 Siehe Ludwig Hoffmann/Daniel Hoffman-Ostwald: Deutsche Arbeitertheater 1918-1933, 1. Bd., München 1973, S.172.

29 Siehe Lothar Berthold/Dieter Lange (Hrsg.): Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Braunbuch I (= Antifaschistische Literatur in der Bewährung. Reprints im Akademie-Verlag Berlin, Bd. 2), Berlin 1980, S.320f.

30 Siehe Pirnaer Anzeiger, 11.3.1933.

31 Ebenda, 28. u. 30.3.1933.

der gleichen Sitzung Hindenburg und Hitler die Ehrenbürgerschaft der Stadt Heidenau anzutragen, wofür sich Hitler ein Vierteljahr später bedankte.³² Einen Monat nach der Unterwerfung des Stadtparlaments wurde der bereits als örtlicher Beauftragter des Reichskommissars für Sachsen agierende Georg Schreiber – zunächst kommissarisch – in das Amt des Bürgermeisters gehievt, von einer Stadtverordnetenversammlung, die sich nun aus 14 – meist willkürlich zu Stadtverordneten erhobenen – Vertretern der NSDAP und fünf in der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot vereinten Vertretern ehemaliger bürgerlicher Parteien zusammensetzte. Der angesehene Bürgermeister Paul Gröger war bereits zuvor beurlaubt worden. Im Juni wurde er in „Schutzhaft“ genommen, bis schließlich sein „freiwilliger Rücktritt“ gemeldet werden konnte. Auch in Heidenau begingen die Nazis mit großem Tamtam den 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ – und die bürgerlichen Vereine reichten sich bereitwillig in das nationalistische Spektakel ein. Tags darauf besetzten braune Abteilungen die Geschäftsstellen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes in Heidenau. Erneut kam es zu Verhaftungen. Dies als ein Beispiel, wie die NS-Diktatur vor Ort installiert worden ist.

Aber so leicht war die Bevölkerung der Arbeiterstadt Heidenau von den Nazis nicht zu erobern oder einzuschüchtern. Als am 5. März Reichstagswahlen abgehalten wurden, lag die NSDAP mit 2.811 Stimmen noch immer an dritter Stelle, hinter der sich steigenden KPD (3.685 Stimmen) und der ebenfalls Zuwachs verzeichnenden SPD (3.013 Stimmen). Die im Stadtparlament mit fünf Sitzen plazierte Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hatte ganze 450 Stimmen einzufahren vermocht. Da fragt man sich, wie ein reichliches Jahr später, am 19. August 1934, bei der Abstimmung über Hitlers Wahl in das vereinigte Amt von Reichspräsident und Reichskanzler in Heidenau 10.237 Ja-Stimmen (= 90,64 % und damit über dem Reichsdurchschnitt liegend) zustande gekommen sein sollen.

1935 gab es zur Geschichte des nun als „marxistisch“ und „staatsfeindlich“ eingestuftes Kartells noch ein Nachspiel. Das Kartell war schon längst unterdrückt, enteignet und de facto verboten, da muß Mitte 1935 ein dienstfeiriger Beamter entdeckt haben, daß es noch im Vereinsregister geführt wurde. Daraufhin richtete am 23. Juli 1935 die Politische Abteilung des Stadtrats Heidenau ein von Bürgermeister Schreiber unterzeichnetes Schreiben an das Amtsgericht Pirna, in dem gefordert wurde, das Sport- und Kulturkartell Heidenau (und überdies die Freie Turnerschaft Heidenau sowie den Sportverein Groß- u. Kleinsedlitz) gemäß § 74 des BGB „als im Zuge der nationalsozialistischen Revolution als staatsfeindlich aufgelöste Organisationen im Vereinsregister zu löschen“³³. Wie ein handschriftlicher Entwurf erkennen läßt, folgte das Amtsgericht Pirna nicht nur eilfertig dieser Aufforderung und tilgte „die in der Anlage verzeichneten marxistischen Vereinigungen [...] in den

32 Siehe ebenda, 15.6.1933.

33 Vereinsregister Nr. 99, Bl. 27.

hiesigen Registern“³⁴. Es wandte sich überdies an die Geheime Staatspolizei Sachsen in Dresden mit der Frage, ob noch weitere marxistische Vereinigungen bekannt seien, die zu löschen sind. Es unterbreitete das Anerbieten, die Vereinsregister von Beamten der Gestapo durchsehen zu lassen, „da hier die einzelnen Vereinigungen und Unternehmen nicht völlig sicher beurteilt werden können“³⁴. Hierüber erfolgte Berichterstattung an den Präsidenten des Oberlandesgerichts Dresden mit Datum 7. August 1935.³⁴

Dies war das endgültige Ende des Sport- und Kulturkartells Heidenau, Dohna und Umgebung, wengleich einzelne ihrer Mitgliedsorganisationen – wie zum Beispiel die „Volksbühne Heidenau“³⁵ – noch einige Jahre unter widrigen Bedingungen und mit einigen Anpassungen fortexistierten.

2. Fazit und Verallgemeinerungen

Wenn wir ein Fazit ziehen und einige Verallgemeinerungen³⁶ treffen wollen, dann dürften dies die folgenden sein:

1. Das Sport- und Kulturkartell Heidenau, Dohna und Umgebung bestand etwa sechseinhalb Jahre. In der lokalen Erinnerungskultur ist es nicht mehr seiner Bedeutung gemäß präsent. Doch die von diesem Kartell oder in seinem Vorfeld wesentlich durch die Arbeiterbewegung initiierten, errichteten und betriebenen Anlagen gehören noch immer zu den herausragenden Errungenschaften der städtischen Infrastruktur. In DDR-Zeiten ist zwar auf betrieblicher Ebene im sportlichen und kulturellen Bereich viel geleistet worden, die Kommune hingegen zehrte weitgehend von den in den zwanziger Jahren geschaffenen Einrichtungen. So läßt sich mit Fug und Recht sagen, daß die materiellen Voraussetzungen für die sportliche und kulturelle Betätigung der Einwohner im wesentlichen von der Arbeiterbevölkerung selbst geschaffen worden sind.
2. Mit der Schaffung materieller Grundlagen für sportliche und kulturelle Betätigungen von Werktätigen und ihren Familien gingen auch inhaltliche Orientierungen einher. Dies zeigte sich in der Programmgestaltung, in der Symbolik³⁷ und in bestimmten Riten, wie dies bei der oben geschilderten Einweihung der Anlagen des Kartells oder beim Reichs-Arbeiter-Sporttag hervortrat. Die Überlieferungen zeugen von einem Selbstbewußtsein der Arbeiterorganisationen, das uns heute nur noch selten begegnet.
3. Somit war das Kartell Ausdruck des Emanzipationsstrebens der arbeitenden Bevölkerung. Es blieb auch wesentlich an dieses Milieu gebunden, widerspiegelte Milieuerfahrungen und wirkte auf diese zurück. Nur vereinzelt betätigten sich

³⁴ Siehe ebenda.

³⁵ Siehe Günter Benser: Volksbühne Heidenau. Die bewegte Geschichte eines Amateurtheaters (erscheint demnächst bei edition bodoni).

³⁶ Einige Überlegungen stützen sich auf den 1906 gegründeten, von mir eingehend untersuchten Dramatischen Verein „Volksbühne Heidenau“, der wohl als ein typisches Kartellmitglied betrachtet werden darf.

³⁷ So war zum Beispiel die Fahne der Arbeiter-Esperantisten mit der Losung versehen: „Sprengt die Fesseln der National-Sprachen“. Siehe Foto im Besitz des Verfassers.

kleinere Gewerbetreibende oder Handwerker an den im Arbeitermilieu verankerten Vereinen.

4. In manchen im Kartell mitwirkenden Sparten sind ganze Familienverbände aktiv geworden, haben mehrere Generationen zusammengewirkt, wie ich dies selbst für die Volksbühne Heidenau bezeugen kann. Auf diesem Hintergrund entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen und Verbindungen zwischen Familien, die weit über die Existenz des Kartells und seiner Mitgliedsorganisationen hinauswirkten.

5. Solche Milieuerfahrungen erklären auch, wieso sich beträchtliche Teile der Arbeiterbevölkerung den Nazis gegenüber als resistent erwiesen haben.³⁸ Denn die zu Zeiten eines aktiven Vereinslebens entstandenen Verbindungen und gelebten Überzeugungen bestanden fort, gaben gegenseitig Halt und Zuversicht.

6. Die geschilderten Erfolge des Kartells ließen sich nur erreichen, wenn die Kräfte der Arbeiterorganisationen gebündelt wurden. Wir finden in der Lokalpresse manche Berichte über heftige und beschämende Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auch im Heidenauer Stadtparlament. Und es ist angedeutet worden, daß die Reibungen und Spaltungen in Dachverbänden offenbar auch ihre Wirkungen zeitigten. Dennoch scheint der grundlegende Konsens im Kartell nie generell in Frage gestellt worden zu sein. Entweder haben die Fehden zwischen den politischen Parteien doch nicht so ungebrochen nach unten durchgeschlagen, oder man war sich bewußt, was auf dem Spiele stand, wenn das Kartell zerfallen würde.

7. Es dürfte angeraten sein, solche Milieu- und Kulturerfahrungen zu bedenken, wenn Urteile über die 1945 einsetzenden antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen sowie über die Entstehung der SED und die Massenorganisationen getroffen werden. Es gab abseits der großen Politik Felder ersprießlicher Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilosen. In den großen Städten mögen die sozialdemokratischen und die kommunistischen Milieus mehr oder weniger scharf getrennt gewesen sein,³⁹ für überschaubare Kommunen muß dies bezweifelt werden, ja, es gibt Tatsachen, die dagegen sprechen.

Wir sollten deshalb nicht nur aus lokal- oder vereinsgeschichtlichem Interesse heraus, sondern wegen eines tieferen Verständnisses der Geschichte der Arbeiterbewegung insgesamt derartigem Basisgeschehen mehr Aufmerksamkeit schenken.

38 Siehe Michael Schneider: Arbeiter im „Dritten Reich“ – zwischen Einordnung, Hinnahme und Dissens (erscheint demnächst im Protokollband der 42. Linzer Konferenz der ITH).

39 Siehe Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1-4.2, Berlin 1983-1990.

Berichte

Geschichte der Arbeiterbewegung, von unten erlebt.
Arbeiterbewegung und Arbeiterleben im 20. Jahrhundert.
Tagung am 8./9. Dezember 2006 in Berlin¹

Berthold Petzinna

Den Auftakt der Tagung bildete am 7. Dezember ein Filmabend im Kino Babylon in Berlin-Mitte, dessen Programm *Günter Agde* zusammengestellt hatte und kommentierte. Unter dem Titel „Von unten gesehen. Arbeiter in Ost und West 1945-1950“ wurden Filme unterschiedlicher Länge (fünf bis 26 Minuten) aus Besatzungszeit und früher BRD bzw. DDR gezeigt, die mit alltags- bzw. produktionsorientierter Thematik verschiedene Aspekte des Konferenzgegenstandes vor Augen führten.

Am Freitag, dem 8. Dezember, eröffnete *Dietrich Mühlberg* den ersten Themenblock „*Arbeiterbewegung und Arbeiter-Alltag*“ mit einer biographisch angelegten Einführung, die unterschiedliche Dimensionen der Thematik und ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung anriß.

Roland Gröschel (Neu-Zittau) wandte sich in seinem Beitrag über „Das Engagement in Arbeiterjugend-Organisationen in der Weimarer Republik – Bestandteil von Lebensgeschichten“ einer Übersicht zu, die Erfahrungen und Prägungen von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Kommunistischen Jugend Deutschlands (bzw. des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands; KJ) in ihrem jugendlichen Engagement resümierte. Der Referent unterschied neun Erfahrungsfelder für einen vergleichenden Blick. Generell bewertete er die innerorganisatorischen Strukturen in der SAJ als offener und dialogischer angelegt als in der KJ. Wengleich beide Gruppierungen in einem angespannten und konfrontativen Verhältnis zueinander standen, bestand durch Berührungspunkte in vielen Bereichen ein Bedürfnis nach Annäherung. Das neuerdings wieder häufiger angewandte Generationenmodell erwies sich auch an diesem Gegenstand als problematisch. Als lebensgeschichtlich bedeutsam erkannte Gröschel nicht inhaltliche Momente, wohl aber eine deutliche habituelle Prägung der ehemaligen Aktivisten.

Im Beitrag von *Hartmut Simon* (Berlin) zu „Arbeiterleben und Gewerkschaftsarbeit (1919-1933) aus archivalischer Sicht“ rückten Quellenfragen in den Vordergrund, ein Schwerpunkt, der auch in vielen anschließenden Vorträgen betont wurde. Die Bestände des ver.di-Archivs eröffnen mit ihrem organi-

¹ Das Jahrbuch wird außer den in diesem Heft publizierten weitere auf der Konferenz gehaltene wie auch andere Beiträge zu diesem Thema veröffentlichen. – Die Red.

sationsgeschichtlichen Schwerpunkt der Sammlungen aber nur wenig direkten Zugang zu einzelnen Mitgliedern. Das gesammelte Verwaltungs-Schriftgut ist perspektivisch anders angelegt. Allerdings gewähren Kassen-Bücher, Arbeitslosen-Statistiken, Wort-Protokolle und einzelne biographische Quellen dennoch Einblick in den Alltag des Arbeiterlebens.

Günter Benser (Berlin) zeigte in seinem Vortrag „Das Sport- und Kulturkartell von Heidenau und Umgebung (1926-1933). Wie Arbeitervereine die Kultur der Kommunen prägten“ die Fruchtbarkeit eines lokalgeschichtlichen Zugangs in die Thematik. Die Quellenvielfalt zur Ortsgeschichte, wie Pläne zu Kulturbauten, vermittelte ein facettenreiches Bild von Aktivitäten und Milieus des Arbeiterlebens, das gerade in dieser mikrogeschichtlichen Perspektive Kontur gewann. Heidenau war, wie der Referent hervorhob, der Wahlkreis von Otto Rühle.

In *Carsten Voigts* (Leipzig) Beitrag „Die antifaschistische Aktion 1932 an der SPD- und KPD-Basis. Gemeinsamkeiten und Brüche“ lag der Schwerpunkt auf den Widersprüchen zwischen Basis und Führung. Als fruchtbare Quelle für den Nachvollzug dieser inneren Spannungen erwiesen sich hier parteiinterne Instruktionsberichte.

Gunter Willing (Halle) eröffnete mit „Spuren autonomer Initiativen in der frühen Arbeiterschaft Thailands“ einen außereuropäischen Horizont. Vor dem Hintergrund eines ersten Streiks in Bangkok 1922/23 bot der Referent einen Einblick in die Formierungsschwierigkeiten der Arbeiterbewegung in einer Gesellschaft, in der der Arbeiter-Begriff hochgradig negativ besetzt und die Arbeiterschaft überdies ethnisch geteilt war.

In der abschließenden Diskussion zu diesem ersten Themenblock wurde angesichts der Zurückdrängung des Themas Arbeiterkultur in der universitären Forschung – auch der Rückzug des DGB aus diesem Forschungsfeld wurde hier bedauert – und des wegen des deutlichen Mangels an Unterlagen zum Arbeiteralltag begrenzten Nutzens des Archivmaterials die verstärkte Sammlung personennahen Materials angeregt.

Das anschließende Podiumsgespräch zu „*Alltagserfahrungen im Widerstand gegen das Naziregime 1933-1945*“ eröffnete *Horst Helas* (Berlin) mit einem Vortrag über „Häftlingsbriefe aus deutschen Gefängnissen 1934-1945“. Wie eingangs bereits Dietrich Mühlberg warnte auch Helas vor einer unkritischen Übernahme der Erinnerungen von Akteuren. An mehreren Beispielen verdeutlichte der Referent die erforderliche quellenkritische Sicht auf Gefängniskorrespondenz: der mitlesende Zensor ist stets als Dritter beim Schreiben gegenwärtig. Dies in Rechnung gestellt, eröffnen die Briefe einen Blick auf Gefängnisleben als „Alltag“.

Eine andere Quellengattung thematisierte *Gerhard Kaiser* (Berlin) in seinem Vortrag „Aus Zeitzeugenberichten im Thüringer VVN-Archiv“. Von der VVN in der sowjetischen Besatzungszone 1949 und 1950 an ihre Mitglieder versandte Fragebögen zu Widerstandserfahrungen erbrachten oft ausführliche Rückantworten. Gelegentlich in Familienbesitz befindliche Briefe, auch „letzte Briefe“ traten hinzu. Berücksichtige man zeitbedingte Verzerrungen, so seien diese

Akten ein wertvoller Quellenbestand. 95 Prozent des Materials stamme von Arbeitern, Handwerkern und sonstigen Angehörigen sogenannter „bildungsferner Schichten“. Neben überregionalen Verbindungen belegten die Unterlagen die Verankerung des Widerstands im Alltag, wobei die Vernetzungen nicht zentral gesteuert, sondern auf landsmannschaftlicher und persönlicher Basis entstanden seien. Deutliche Kritik übte der Referent an der Behandlung des Themas in der DDR – Wegschließen, Verschweigen, SED-Blockaden und Einschüchterung.

Einem anderen Aspekt des Widerstands widmete sich *Ulla Plener* mit dem „Frauenalltag in der französischen Résistance“. Sie nahm 132 Frauen der Jahrgänge 1900 bis 1913 aus Arbeiterfamilien, die aus politischen und emanzipatorischen Motiven freiwillig in der Résistance tätig waren – 90 von ihnen waren Kommunistinnen – in den Blick. Die Quellen fanden sich im Bestand der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv. Die Forschung in BRD wie DDR hatte fast alle diese Frauen zuvor kaum oder gar nicht beachtet. Es entstand das Bild eines konspirativen Alltags in Einsamkeit und Denunziationsgefahr, wobei die Referentin die Solidarität der Franzosen hervorhob. Auch in der Illegalität blieb Alltagsarbeit die Sache dieser berufstätigen Frauen, häufig Mütter und Ernährerinnen ihrer männlichen Mitkämpfer. Handlungsfeld der Frauen war die Soldatenarbeit – der Versuch, deutsche Besatzungssoldaten zu beeinflussen und für die Résistance zu gewinnen. Von den betrachteten Frauen wurden 21 verhaftet, zehn von ihnen hingerichtet.

In der abschließenden Diskussion zu diesem Themenblock wurde nochmals unterstrichen, daß von einer „zentralen Leitung“ im Widerstand oder einer tragenden Rolle von „Dreiergruppen“ keine Rede sein kann, es handelt sich dabei um Zweckmythen. Bedauert wurde die relativ geringe Quellendichte zum Frauenwiderstand, auch sei Vorhandenes – wie Gestapo-Quellen – häufig unzuverlässig.

Dem Themenkomplex „*Das erste Nachkriegsjahrzehnt in Deutschland*“ galten die anschließenden Vorträge. *Evemarie Badstübner* (Berlin) widmete sich unter dem Titel „Vom Knecht zum Herrn? Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen, Enttäuschungen“ vor allem der Bewußtseinslage der Nachkriegsarbeiterschaft, speziell deren „schweigender Mehrheit“. Infolge großer Kenntnislücken, so räumte sie eingangs ein, bleibe manches spekulativ. Durch die teils NS-loyale, teils widerständige Haltung der Arbeiterschaft sei deren Kultur- und Mentalitätsgeschichte für jenen Zeitraum nicht ausreichend erforscht. Verwaltungseingaben zu alltäglichen Lebensfragen seien als Quellen hier fruchtbar. Die starken demographischen und politischen Verwerfungen nach 1945 hätten eine ausgeprägte Nahperspektive und Versorgungsorientierung verursacht. Eine generelle Anti-NS-Perspektive bei gleichzeitiger Ausrichtung gegen Reparationen, Demontagen und Willkürmaßnahmen sowie für den Erhalt der Ostprovinzen ergäbe ein widersprüchliches Bild. Ein linkes Idealbild des

Arbeiters sei in den 1940er Jahren kaum anzutreffen. Lediglich als Produzenten seien Arbeiter treibende Kraft gewesen, statt eines neuen Arbeitsethos seien eine reservierte Haltung, Hoffnungen auf Gewerkschaften, auch konservative und modernisierungsfeindliche Einstellungen – so hinsichtlich der „Frauenfrage“ – zu beobachten gewesen. Versuche der SED, vor diesem Hintergrund politische Massenmobilisierung, Erziehungskonzepte oder eine Idealisierung des Arbeiterbildes zur Geltung zu bringen, seien lediglich bei jüngeren Adressaten auf positivere Resonanz gestoßen, bei älteren hingegen auf Distanz getroffen.

Zeitlich wie thematisch direkt schloß sich mit dem Thema „Was war in Berliner Betrieben am 17. Juni 1953 wirklich los?“ der Beitrag von *Jürgen Hofmann* (Berlin) an. Der Redner wandte sich ausdrücklich gegen eine „Königsperspektive“ sowie die Orientierung an einer geltenden „Meistererzählung“ und nannte den 17. Juni als Beispiel für solche Verirrungen, auch in der bundesdeutschen Historiographie. Das Quellenproblem sah er als für sein Thema zentral an. Unmittelbar nach dem Geschehen in den Betrieben erstellte Berichte seien fruchtbar, mit zeitlichem Abstand verfaßte Darstellungen hingegen durch eine später einsetzende politische Überformung verzerrt. Auch Meldungen der Volkspolizei hatte der Referent als Quellen hinzugezogen. Die durch den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit inhomogene und durcheinandergewirbelte Arbeiterschaft des Jahres 1953 sah Hofmann als „Klasse in Aufruhr“ und zog bezüglich der sozialen und politischen Unzufriedenheit Parallelen zum Jahr 1989, auch hinsichtlich des Gegensatzes zwischen der Mediendarstellung und der Wirklichkeit. Dem im Ostteil Berlins herrschenden flächendeckenden Protest hätten SED und Gewerkschaften hilflos gegenüberstanden.

Hofmanns Beitrag thematisch benachbart waren die Ausführungen von *Wilfriede Otto* über die „SED-Basis zwischen Gehorsam und Auflehnung“. In der Untersuchung der z. B. durch industrielle, kulturelle und landwirtschaftliche Tätigkeiten vielfältig differenzierten und segmentierten Parteibasis sah Otto nach wie vor ein Forschungsproblem. Sie wandte sich vor diesem Hintergrund gegen eine pauschale Beurteilung der SED und verwies auf die Dynamik der Gesamtpartei nach 1946. Bereits 1948 – seit jenem Jahr sank der Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft – gab es zahlreiche Austritte und Ausschlüsse, auch 1951 kehrten vor einer Mitgliederüberprüfung viele Genossen ihrer Partei den Rücken. Im Ergebnis habe eine „sehr große Umschichtung“ in der Partei stattgefunden. Hinzu traten Wellen der Repression, die ehemalige SPD-Mitglieder, Trotzlisten oder Westemigranten treffen konnten. Einen einheitlichen Protest gab es in der SED nicht. Dennoch ist es möglich, Dissens darzustellen. Unterlagen der Parteikontrollkommission dienen dafür als Quellen. Die Verweigerung von Beschlüssen durch Ortsgruppen 1949, Kritik am „Aufbau des Sozialismus“, Nichtbefassung mit „Lehren aus dem Slánsky-Prozeß“ oder auch Reaktionen nach dem 20. Parteitag der KPdSU wertete die Referentin als solche Signale. Opposition, so stellte sie allerdings klar, war in der SED kein positiver Wert.

In der kontroversen abschließenden Diskussion zu diesem Themenblock ging es hauptsächlich um die Frage, ob am 17. Juni 1953 von einer Handlungsfähigkeit

der unteren Parteistrukturen die Rede sein konnte. Pointiert vertrat Jürgen Hofmann die Ansicht, daß die Basisorganisationen, der Initiative entwöhnt, überfordert gewesen waren.

Am Samstag, dem 9. Dezember 2006, wurde die Tagung mit einem Podiumsgespräch über „*Die Namenlosen. Frauen in der männlich dominierten Arbeiterbewegung*“ fortgesetzt.

Zunächst referierte *Mirjam Sachse* (Kassel) über „Die Leserinnen der proletarischen Frauenzeitschrift ‚Die Gleichheit‘ (1891-1923)“. Das Organ, an dem Clara Zetkin als Redakteurin arbeitete, erreichte 1906 bei steigender Tendenz eine Auflage von 46.000 Exemplaren, doch sei die Aussagekraft der Auflagenhöhe fraglich. Bei einer insgesamt geringen Informationsdichte zu diesem Gegenstand konstatierte die Referentin, daß auf seiten der DDR gegenüber der Bundesrepublik ein Forschungsvorsprung bestanden hatte. Insgesamt sei die „Gleichheit“ als Versuch zu werten, „proletarische Frauenöffentlichkeit von oben“ zu schaffen. Direkte Belege für deren Wirkung gebe es nicht, diese könnte „nur bedingt festgemacht werden“. Wenngleich generelle Aussagen zur Rezeption nicht möglich seien, böten doch Autobiographien einen punktuellen Zugang zur Aufnahme dieser Frauenzeitschrift im Sinne einer „Geschichte von unten“. Diese stelle im Rahmen einer Zeitschriftenanalyse, so das Fazit von Sachse, „noch ein Problem dar“.

Gleichfalls einer nur schattenhaft wahrnehmbaren Frauengruppe galt *Simone Barcks* (Berlin) Vortrag „War nicht wenigstens eine Sekretärin dabei? (Bertolt Brecht). Zur Alltagsperspektive der dienstleistenden Frauen in kommunistischen Apparaten“. Dieser Personenkreis verfaßte keine Memoiren, doch enthält das Erinnerungsarchiv im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs diverse einschlägige Texte. Barck stellte beispielhaft die Erinnerungen von fünf Frauen der Jahrgänge 1901 bis 1905 aus proletarischem Milieu vor, bei denen es sich nicht um Karrieregeschichten handelte. Die Texte, die kaum familiäre Angaben bieten, entstanden meist in den 1960er Jahren im Zuge von Befragungen zur Vorbereitung der mehrbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in der DDR. Wurden sie in Teilen veröffentlicht, so zeigten sich charakteristische Bearbeitungsspuren: Konkrete Erinnerungen entfielen zugunsten wertender Allgemeinaussagen. Das abrupte Ende eines Erinnerungstextes ließ einen externen Eingriff als möglich erscheinen. Allgemein wichen veröffentlichte Texte stark von den im Archiv verwahrten Erinnerungen ab. Diese Texte des Erinnerungsarchivs, so die Bilanz der Referentin, bilden eine bislang ignorierte Quelle der Geschichtsschreibung.

„Zwischen Emanzipation und sozialistischem Patriarchat. Frauen in der DDR“ war das Thema des anschließenden Vortrags von *Renate Ulrich* (Berlin). Als Einstieg wählte sie die Diagnose von Autoren der westdeutschen Zeitschrift „Constanze“, die 1965 den DDR-Frauen gegenüber den Frauen in der Bundesrepublik einen „Modernisierungsvorsprung“ gutschrieben hatten. 1965 stand denn auch als wesentliches Jahr für Frauen in der DDR im Zentrum der Ausführungen Ulrichs, die sich vornehmlich auf Forschungsergebnisse aus der

DDR selbst stützten. Während einerseits auf dem sogenannten „Kahlschlagplenum“ zum Jahresende bei gerügten Filmen offenbar auch die Darstellung kritischer/emanzipierter weiblicher Positionen als fundamentaler Angriff gewichtet und eine öffentliche Debatte verhindert wurde, zeitigte dieses Jahr andererseits doch auch den Auftakt zu historischer und soziologischer Frauenforschung in der DDR. Doch blieb dieser Bereich, der ab dem Folgejahr auch am Pädagogischen Institut in Leipzig untersucht wurde, marginalisiert, wurde „in Außenseiter- und Bittstellerposition“ gehalten. Die seinerzeit nicht öffentlich zu erwerbenden Hefte zur Frauenforschung stellen nach Ullrichs Ansicht weiterhin eine Fundgrube dar.

Zeitlich näher an die Gegenwart rückte die Frauenthematik mit dem Beitrag von *Ulrike Hänisch und Eva Schäfer* (beide Berlin) zu „Die LPG-Bäuerin – die Chemiarbeiterin. DDR-Alltag in Frauenerzählungen“. Den Leitfaden bildete die Vorstellung eines Bandes bearbeiteter lebensgeschichtlicher Interviews mit DDR-Frauen. Mit dem Ziel, Lebensphasen des Übergangs nach der „Wende“ darzustellen, lasen die Referentinnen aus zwei Biographien. Die Erörterung konzentrierte sich auf die Problemfelder: Bearbeitung als Verdichtung vor dem Hintergrund des Quellenwerts, Integration der Alltagseindrücke durch Erzählung des Lebens, Erzählstrukturen und Sinnbildung sowie methodische Nähe zur oral history.

Den Abschluß dieses Themenblocks bildete *Ursula Schröters* (Berlin) Vortrag über „Die Schwesterliche Verbundenheit im DFD“. Eine Einordnung des Demokratischen Frauenbundes (DFD) in das Politikmuster der DDR ergab für die Referentin, daß, insofern das Geschlechterverhältnis in der DDR-Politik keine selbständige Dimension darstellte (Bebel-Tradition), Frauenorganisationen „genaugenommen“ nicht in dieses Konzept paßten: Den DFD hätte es konzeptionell nicht geben müssen. Diese Querlagerung des aus den Antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgegangenen DFD wirkte schon bald als Hemmschuh – traditionelle Politikstrukturen dominierten und steuerten erneut die Wahrnehmung der nicht traditionellen. Der Topos „schwesterliche Verbundenheit“ wurde daher nach Gründung des DFD nicht mehr verwendet und die Organisation zunächst aus Betrieben ferngehalten, spätere Betriebsgruppen wurden 1949 aufgelöst. Schließlich wurde der DFD durch den Kalten Krieg als überparteiliche Organisation „abgeblockt“, die Klassenfrage nunmehr vollends dominant. 1979 wurde die Einordnung der Frauenfrage in den Klassenkampf wiederum bestätigt; eine Erneuerung des DFD erfolgte erst ab 1990 durch Druck der Basisorganisationen.

In der Diskussion wurde auf die Bedeutung von Akten der Zentralen Parteikontrollkommission als biographische Quellen verwiesen, da relevante Angaben bei Mitgliederüberprüfungen abgefragt wurden.

Der anschließende Themenblock galt „*Arbeitermilieus, Betriebsleben, Schule, Freizeit*“, eröffnet von *Heinz-Gerd Hofschien* (Bremen) mit „Der langsame Wandel proletarischer Milieus in West und Ost in den 50er Jahren“. Der Vortrag stützte sich auf eine in den 90ern durchgeführte vergleichende Untersuchung der

Arbeiterschaft der Bremer AG-Weser Werft und der Rostocker Neptun-Werft. Methodisch nahm die Untersuchung den Milieubegriff zum Ausgangspunkt, wobei der Referent „Milieu“ als Komplex von Erfahrungsraum, Mentalität und Habitus verstand. Als Material dienten über 60 narrative Interviews. Entgegen der vorherrschenden Ansicht erwies sich das Werftarbeitermilieu Bremens in den 50er Jahren als persistent, wozu sowohl die wenig veränderten Arbeitsabläufe als auch die geringere als gemeinhin angenommen Wohlstandsentwicklung beigetragen hätten. Eine Aushöhlung des Milieus hätten schließlich die Entfremdung von SPD bzw. Gewerkschaften durch deren Regierungsbeteiligung sowie die Kommerzialisierung der Freizeitkultur bewirkt. Ein vergleichender Blick auf Rostock ergab starke Gemeinsamkeiten. Unterschiede zeigten sich hinsichtlich der Gleichbehandlung von Frauen dort sowie in einer höheren Aufstiegsmobilität – Rostock wies ein traditionelles Milieu mit „Zuwachs an Autonomie“ auf. Als Gesamtergebnis ließ sich für die Bundesrepublik ein Milieueinbruch in den 60er Jahren, für die DDR eine Milieutradierung mit Autonomiegewinn festhalten. In der Diskussion wurde dieses Resultat als wesentlich für den Verlauf der BRD- bzw. DDR-Geschichte und forschungsrelevant gewertet.

Daran anschließend führte *Heinz Niemann* (Bergfelde) durch „Auskünfte über die DDR – nach Meinungsumfragen der 60er/70er Jahre“ in die Problematik einer speziellen Quellengruppe ein: Meinungsforschung als Quelle für Geschichte von unten. Trotz der 1979 im Archiv des DDR-Instituts für Meinungsforschung betriebenen Quellenvernichtung – die Daten seien von 1964 an solide erhoben, aufgrund der Ergebnisse sei die Arbeit jedoch durch Honecker eingestellt worden – gelang es dem Referenten, 35 erhaltengebliebene Berichte aufzufinden. Resümierend stellte Niemann fest, zwar sei ein hohes Maß an Quellenkritik erforderlich, doch bilden die Unterlagen insgesamt eine wesentliche Quelle: Sie ermöglichen den Zugriff auf punktuelle Ansichten, ohne eine Überformung durch nachträgliche Erinnerungskonstruktionen.

Andreas Tietze (Berlin) referierte zum Schulbereich über „Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte (1953-1959)“. Die Quellenbasis entstand im Auftrag des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und sollte der Einführung/Ausgestaltung des polytechnischen Unterrichts, aber auch dessen propagandistischer Popularisierung dienen. Tietze stellte zwei ausgewählte, jedoch, da in der Zeitschrift „Pädagogik“ veröffentlichte, nicht repräsentative Berichte vor. Er verwies auf die Mehrdimensionalität der Anliegen der Texte, hervorgehoben wurden die den Betrieben nunmehr zugewiesene Funktion im Bildungssystem sowie die positiv gewertete Ausweitung der Rolle der Arbeiter in den pädagogischen Bereich.

Die anschließende Diskussion prägte eigenes Erleben mancher Teilnehmer mit. Zwar war der Quellenwert der Berichte heftig umstritten, deren „Leuchtturmfunktion“ wurde unterstrichen, doch zugleich auf die ansonsten schlechte Quellenlage verwiesen.

Die erste Nachmittagsrunde galt dem Themenfeld „*Nachlässe und andere Archiv-Bestände – Quellen für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten*“. Zunächst stellte *Ise*

Fischer (Bonn) in einem Überblick die relevanten Unterlagen des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. In den insgesamt über 1.000 Nachlässen und Deposita finden sich wichtige Quellen zur Alltagsgeschichte, zu Arbeiterlebenswelten, Tagebücher (überwiegend nichtproletarischer Verfasser) und autobiographische Texte auch nichtprominenter Personen, wobei männliche Autoren überwiegen. Das Material stammt aus dem Zeitraum seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, vereinzelt sind bereits Zugänge aus der DDR vorhanden. Es erschließen sich Perspektiven auf Sozialisations- und Arbeitserfahrungen, NS- und Widerstandserlebnisse, Einblicke auch in christliche und kommunistische Milieus. Der Umfang der Quellen ist höchst unterschiedlich, oft sind sie grob, zum Teil noch unerschlossen, mitunter ist die Nutzung eingeschränkt. Zu den Schriftquellen treten noch 800.000 Fotos, von denen 160.000 bereits digitalisiert vorliegen. Generell gilt, daß Frauen betreffende Zeugnisse in den Beständen schlechter vertreten sind.

Die Dokumentation von Frauengeschichte betreibt das „Archiv der deutschen Frauenbewegung“, dem *Mirjam Sachse* ihren Beitrag widmete. Das 1984 in einer Initiative „von unten“ durch Frauen gegründete Archiv, das an den Forschungs- und Lehrbetrieb der Universität in Kassel angeschlossen ist, sammelt Texte und Fotos aus dem Zeitraum 1800 bis 1967; die neuere Frauenbewegung wird berücksichtigt, sofern sie rückbezogen ist. Neben Nachlässen und Organisationsakten sind 900 Periodika und eine Bibliothek vorhanden, auch Zugänge erfolgen zu diesen, z. B. für Themensammlungen. Das Archiv gibt die Zeitschrift „Ariadne“ in bislang 50 Nummern mit heftweise wechselnden Themenschwerpunkten heraus und ist in der Bildungsarbeit tätig.

Dem „Archiv der neuen sozialen Bewegungen“ und verwandter Einrichtungen galt der Vortrag von *Bernd Hüttner* (Bremen). Es gebe viele ähnliche Archive mit einer großen Sammelbreite in Deutschland. Während Bewegungsarchive oft eher Bibliotheken glichen, stelle eine kleinere Gruppe eigenständiger, themenbezogener und regionaler Archive meist große Sammlungen auf und bilde so „Gedächtnisarchive“. Die Sammlungsschwerpunkte bildeten Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter und Plakate. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit dieser Archive seien oft schlecht, materielle Engpässe gefährdeten die Überlieferungstradition. Der Referent regte an, die Fixierung auf Schrifttum zu überwinden und die Sammlungen auf neue Medien auszudehnen. Zeitzeugeninterviews seien allerdings mit den beschränkten Möglichkeiten nicht durchzuführen.

Abschließend wurde ein Paper von *Grit Ulrich* (Berlin) zum SAPMO-Bestand des Bundesarchivs verlesen, demzufolge dort nur wenige Nachlässe von „einfachen“ Vertretern der Arbeiterbewegung vorhanden sind. Es gebe jedoch in zahlreichen Nachlässen Informationen zur NS-Zeit und zur Emigration. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß personenbezogene VVN-Akten viel zu biographischen Aspekten beitragen, Reichsgerichtsakten im Bundesarchiv gelegentlich ertragreiche Polizeiquellen enthielten.

Ein abschließendes Podiumsgespräch erörterte „*Individuelle Quellen (Briefe, Tagebücher, Interviews, Meinungsumfragen, Erinnerungen) und biographische Forschung als Quellen für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten. Probleme der Methodik*“.

Elke Scherstjanoi (Berlin) widmete sich den Quellengruppen Briefe und Tagebücher im Kontext von Alltagsgeschichte. Die mit den 1930er Jahren anschwellende Korrespondenz mit Nahgruppenbezug (Familie etc.) – auch eine Folge der wachsenden Mobilität – sah die Referentin als besonders in Umbruchphasen bedeutsam an. Als Massenphänomen böten Briefe, deren Themenhintergrund häufig ein gestörter Alltag sei, zeitnahen Einstieg in verbreitete Massenstimmungen mit Bezug auf Alltagslagen. Als spezifische Gefahr im Umgang mit diesen Quellen erscheinen deren punktueller Charakter, die Authentizitätssuggestion sowie die vom Nutzer leicht ausgeblendete Selektivität und jeweilige Zwecksetzung der Schreiben. Besonders kritisch zu betrachten sei in dieser Hinsicht Feldpost, die auf die Etablierung eines störungsfreien Kontaktes ausgerichtet und überdies mit Blick auf die Zensur verfaßt sei.

In seinen anschließenden Ausführungen gab *Roland Gröschel* einen Werkstattbericht zur Interviewnutzung auf der Basis von 380 narrativen lebensgeschichtlichen Interviews. Das Quellenmaterial wird durch eine mit verständnis- und lückenorientierten Nachfragen gestützte freie Erzählung des Probanden gewonnen, die in einem weiteren Schritt um projektbezogene Themenfragen ergänzt werden kann. Die Interpretation des Materials erfolgt auf drei Ebenen. Bei der Auswertung im Sinne der oral history steht die quellenkritische Aufmerksamkeit im Vordergrund, der sozialwissenschaftlichen Deutung ist es um „methodisch kontrolliertes Fremdverstehen“ zu tun. Das textanalytisch-hermeneutische Vorgehen zielt auf „eigenes Potential“ der Erzählung – die subjektiv tragende Botschaft. Ziel des Verfahrens sei, die individuelle Konstruktion von Sinn nachzuvollziehen.

Simone Barck zog die Summe aus ihren Erfahrungen mit Erinnerungsberichten aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs. Zwar sei das Material für Arbeitergeschichte „von unten“ nutzbar, z. B. bezüglich der politischen Sozialisation der Erzähler, doch bleibe stets der Auftragscharakter zu bedenken, dem die Berichte ihre Entstehung verdanken. Die heterogenen Unterlagen seien das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses und oft mehrerer Bearbeitungsstufen. Der zeitliche Abstand von rund 20 Jahren zum berichteten Geschehen, aber auch Selbstzensur seien zu berücksichtigen.

Heinz Niemann ergänzte seinen vorangegangenen Beitrag zu Meinungsumfragen unter Verweis auf Niklas Luhmann mit der Forderung, die eigene politische Position im Umgang mit den Quellen zu reflektieren. Er verwies auf die Gefahr einer Instrumentalisierung und regte eine diesbezügliche methodische Erneuerung auf marxistischer Grundlage an.

In ihrem Schlußbeitrag wandte sich *Ulla Plener* der biographischen Forschung als wesentlichem Zugang zur Arbeiterbewegungsgeschichte zu. Aus eigenen Forschungen zog sie zwei Schlüsse: Die Motive der Hinwendung zur Arbeiter-

bewegung freizulegen und die jeweiligen Entscheidungen in der Spaltung der Bewegung in SPD und KPD nachzuvollziehen. Dies sei nur mit biographisch orientierten Ansätzen möglich. Darüber hinaus betonte die Referentin das Differenzierungspotential des biographischen Zugriffs. Die Diskussion galt der Fruchtbarkeit biographischer Zugänge als Ansatz zu kollektiven/typischen Zügen in Arbeiterzusammenhängen.

Überblickt man die Tagung insgesamt, so fällt auf, daß der Bereich der Quellenproblematik in den allermeisten Beiträgen angesprochen wurde, bei vielen im Vordergrund stand. Dies kann nicht verwundern, ist doch das Medium des „Alltags“ bereits definitorisch das Unauffällige, Flüchtige. Hier nun Perspektiven aufgezeigt zu haben macht jenseits der Einzelergebnisse einen Hauptertrag der Tagung aus. Es zeigte sich, daß – quellenkritische Sorgfalt vorausgesetzt – eine große Vielfalt von Quellenbeständen zur Verfügung steht, die zu großen Teilen bislang zumindest in dieser Dimension kaum oder nicht genutzt worden sind.

Bürger-Engagement für vergessene NS-Opfer:

Die Verbrechen des Nationalsozialismus lassen sich nicht auf den Holocaust reduzieren. Nach den europäischen Juden werden die

Sowjetischen Kriegsgefangenen

mit über drei Millionen Toten zur zweitgrößten Opfergruppe der Nazis gezählt.

Viele wurden aus rassistischen und ideologischen Beweggründen ermordet, die meisten kamen durch Hunger, Kälte und Seuchen ums Leben.

Als Zwangsarbeiter wurden sie bis zum Tode ausgebeutet.

Not und Elend bestimmen bis heute ihr Leben. Die Rente reicht häufig nur für das Allernotwendigste – ärztliche Behandlungen gehören nicht dazu.

Nachdem 2003 die Rechtsschutzanträge ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener vom Berliner Verwaltungsgericht und danach vom Oberverwaltungsgericht Berlin zurückgewiesen wurden, rufen wir zu Spenden für die vom Gesetzgeber nicht berücksichtigten ehemaligen Kriegsgefangenen auf.

Nach monatelangem Ringen um die Steuerbefreiung unserer Spenden für Bürger Russlands, die als sowjetische Kriegsgefangene härtesten Repressionen ausgesetzt waren, hat am 9. August 2005 die „Kommission für Fragen der internationalen humanitären und technischen Hilfe bei der Regierung der Russischen Föderation“ unsere humanitäre Hilfe anerkannt.

Damit waren auch in Russland die Voraussetzungen geschaffen, um mit der Auswahl der Spendenempfänger beginnen zu können.

Spenden auch Sie für die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen!

Spendenkonto: Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
(für Überweisungen aus dem Ausland: IBAN: DE48 1009 0000 3065 5990 06, BIC: BEVODEBB),
Kontonummer 306 55 99 006 / Kennwort „Kriegsgefangene“

Das Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich

Gerd Kaiser

Um sich mit neuesten Forschungsergebnissen zu diesem Thema bekannt zu machen, kamen am 9. Dezember 2006 zahlreiche Interessierte am historischen Ort zusammen. Eingeladen hatten der Verein Baudenkmal Bundesschule Bernau (bbb), die Technische Universität Berlin und die Handwerkskammer Berlin. *Thomas Dohmen*, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, betonte in seiner Begrüßung, daß diese nicht nur einen Teil des traditionsreichen Geländes und seiner Anlagen nutzt, sondern sie hat auch wesentlich dazu beigetragen, dieses architektonische Ensemble der Bauhauskultur, das von den Schweizer Architekten Hannes Meyer und Hans Wittwer im Auftrage der Gewerkschaften konzipiert worden war, zu erhalten. *Prof. Dr. Heinz Deutschland*, langjähriger Vorsitzender des Vereins, sah sowohl Veranstalter als auch Gäste im gemeinsamen Anliegen vereint, durch eine seit langem überfällige sachliche Aufklärung mehr über ein düsteres Kapitel der Nutzung dieses historischen Ortes zu erfahren. Anliegen sei es, so Heinz Deutschland, möglichst viele Menschen über die Verbrechen in der Vergangenheit in Kenntnis zu setzen, rechtzeitig zum Widerstand gegen neue Gefahren aufzurütteln, und sie mit Wissen und Argumenten für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auszurüsten.

Im Zuge der Aufarbeitung der Bau- und Nutzungsgeschichte von 1927 bis zur Gegenwart wurde nun durch die Forschungen im Rahmen eines studentischen Projektes der TU Berlin das Defizit bei der Erforschung der Jahre von 1933 bis 1945 weitgehend überwunden, wenngleich nach wie vor noch weitergehende Forschungen angezeigt sind und auch auf sie verwiesen wurde.

Unter der Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz entstanden Arbeiten, deren Quintessenz von acht jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorgetragen wurde. Ihre vollständige Fassung erscheint im März 2007 als Heft 6 der Schriftenreihe des Vereins mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung. Die Schrift ist beim Verein erhältlich.*

Dagmar Lieske untersuchte Ablauf und Folgen der „Besetzung der ADGB-Bundesschule durch die SA am 2. Mai 1933“, *Angelika Benz* zeichnete in ihrem Vortrag über „Hermann Seelbach. Das Ende der Gewerkschaften“ mit einer biographisch angelegten Studie die Wechselbeziehungen zwischen dem Lebensweg des letzten Direktors der freigewerkschaftlichen Bundesschule Bernau, der 1933 zu den Totengräbern der Weimarer Demokratie überlief, und dem ersten Lebensabschnitt der Institution nach.

Mit einer „Rezeptionsgeschichte der Bundesschule des ADGB in Bernau. 1928–2005“ wählte *Miriam Bistronic* einen anderen Forschungsschwerpunkt. Er ermöglicht es, die Geschichte des einmaligen Baudenkmals in ihren

Wechselbeziehungen zu den Nutzungen und Nutzern in einem historischen Längsschnitt einzuordnen.

Die folgenden Vorträge befaßten sich mit der speziellen Nutzung der Anlage nach dem vollständigen Raub gewerkschaftlichen Eigentums und der Zerschlagung der freien Gewerkschaften. Die „Nutzung“ im Dritten Reich stand in unüberbrückbarem Widerspruch zum ursprünglichen Konzept der Gewerkschaftsschule, das auf Bildung für die Arbeiterschaft und Solidarität ausgelegt war.

Nunmehr lehrten und lernten an diesem Ort zwischen 1933 und 1945 Kriegsverbrecher wie Julius Streicher, Otto Ohlendorf, Adolf Eichmann, zahlreiche Führer der NSDAP, von SS, SA und des SD sowie des RSHA. Insgesamt 70 Personen wurden in den acht Beiträgen benannt. Sie wirkten in Bernau nicht nur als Schreibtischtäter an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit, sondern exekutierten häufig auch in Einsatzgruppen und Sondereinsatzkommandos ihre politischen Gegner. Sie vernichteten „unwertes“ Leben, verübten rassistischen Massenmord. Von der Dimension der Verbrechen dieser mit dem historischen Ort verbundenen Tätergruppe spricht, daß von 50 Tätern, bei denen biographische Angaben auch für die Zeit nach 1945 aus einschlägigen Lexika und Spezialpublikationen erkundet werden konnten, 16 (einschließlich der vier, die sich der Strafe durch Selbsttötung entzogen) wegen ihrer Verbrechen von alliierten Gerichten zum Tode verurteilt worden sind, wenngleich nicht alle Urteile vollstreckt wurden. Für weitere acht Personen waren Haftstrafen (davon zwei lebenslängliche) nachzuweisen. Von den 50 ermittelten Tätern vermochte es die Mehrzahl „unterzutauchen“, nicht wenige der abgeurteilten Straftäter legalisierten sich in der BRD. Dort machten mindestens 23 der in Bernau tätigen Lehrkräfte bzw. dort Ausgebildeten eine Karriere beim Verfassungsschutz, als Hoch- oder Gymnasialschullehrer, Cheflektor (einschließlich des Lektorats der Schriften von Hannah Arendt!), Schriftsteller und Mediziner.

Detaillierte Forschungsergebnisse, durchweg auf neu erschlossenem Quellenmaterial beruhend, lagen auch für die Tätigkeit der „Reichsführerschule der NSDAP in Bernau“ vor, die Autor *Phillip Wegehaupt* „als wichtigste nationalsozialistische Schulungsanstalt in den Anfangsjahren der Diktatur“ charakterisierte. *Mario Wenzel* untersuchte das unheilvolle Wirken der „SD-Schule Bernau 1936-1945“ als Ausbildungs- und Tagungsort der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Institutionen die im Weltanschauungskrieg sowohl an der „inneren Front“ als auch „nach außen“ eine Blutspur durch Europa zogen. Spezielle Aktionen, die in Bernau vorbereitet und z. T. auch geübt wurden, machten die Analysen von *Yasemin Shoemann* über die „SD-Schule Bernau als Trainingsort für den Überfall auf Polen“ und *Hendryk Robn* über „Bernau als Schauplatz nationalsozialistischer Volkstumspolitik“ sichtbar.

Abschließend unterrichtete *Tobias Hillmer* über jene „Außenstellen des Reichssicherheitshauptamtes in Bernau“, die in der Endphase des „totalen Kriegs“ von 1943-1945 in Bernau Unterschlupf suchten.

In der angezeigten Veröffentlichung finden sich zusätzlich ein Beitrag von *Dr. Peter Steininger* vom Verein bbb zur „Eröffnung der Reichsführerschule Bernau am 16. Juni 1933 im Spiegel der lokalen Presse“, eine Übersicht zu den bisher bekannten Lehrgängen und Tagungen an der Reichsführer- und SD-Schule Bernau sowie ein Personenverzeichnis.

* Kontakt: Verein baudenkmal bundesschule bernau. Hannes-Meyer-Campus 9. 16321 Bernau. Tel. + Fax: 03338-767875. E-Mail: bundesschule.bernau@gmx.de

Leserzuschriften

Zum Beitrag von Irina A. Joffe/Elke Scherstjanoi: Junge Ostarbeiter im antifaschistischen Widerstand (JahrBuch, 2006/III)

Fritz Zimmermann

Angeregt von der außerordentlich interessanten Dokumentation der beiden Autorinnen möchte ich einige Bemerkungen über junge Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft machen. Ich stütze mich dabei auf eigene Erinnerungen und auf Materialien im Gemeindearchiv meines Heimatdorfes Dörnthal im Erzgebirge.

Dörnthal war ein ausgesprochenes Bauerndorf von etwa 1.000 Einwohnern. Es gab 50 Bauernhöfe in einer Größe von zehn bis 25 Hektar. Da viele Bauern beziehungsweise ihre Söhne oder Knechte seit Beginn des Zweiten Weltkrieges zur Wehrmacht eingezogen worden waren, war die Arbeitskräftelage sehr angespannt. Mit Hilfe von insgesamt 66 sogenannten Ostarbeitern aus Polen und aus der Ukraine – 16 davon waren Mädchen – konnte die landwirtschaftliche Produktion aufrechterhalten werden. Diese 66 Zwangsarbeiter, die nicht alle zur gleichen Zeit im Dorf waren, verteilten sich auf 37 Bauernhöfe. Sie wurden auf Antrag der Bauern und mit Bestätigung des Ortsbauernführers vom Arbeitsamt der Kreisstadt Freiberg gestellt. Dorthin mußten auch die Gebühren geschickt werden, die die Bauern statt des Lohnes an ihre ausländischen Landarbeiter zu entrichten hatten.

Auf 25 der 37 Höfe war die ganze Zeit bis 1945 dieselbe Person beschäftigt, was auf ein relativ gutes Arbeitsverhältnis schließen läßt. Bei den anderen zwölf war das offensichtlich nicht der Fall. Einige wurden zum Arbeitsamt zurückgeschickt, bei drei Zwangsarbeitern ist sogar vermerkt „nach Dresden, Gefängnis“, zwei waren geflohen. Wieweit sie gekommen sind, ist nicht bekannt.

Die „Ostarbeiter“ hatten keinerlei Rechte. Ihr Leben war hart. Die Landarbeit war für viele ungewohnt, sie mußten alles erst lernen. Sie waren auf Gedeih und Verderb ihrem Dienstherrn ausgeliefert. War man mit ihrer Arbeit oder ihrem Verhalten nicht zufrieden, drohten Strafen. Es genügte eine Meldung, und sie wurden abgeholt, um irgendwo in einem Bergwerk oder in der Industrie zu arbeiten und bei schlechter Verpflegung in Massenquartieren untergebracht zu werden. Da sie auf einem Bauernhof in der Regel genügend zu essen und eine Kammer zum Schlafen hatten, waren sie natürlich bemüht, durch Wohlverhalten diesen Platz zu erhalten.

Mit einer Ukrainerin wurde ich näher bekannt. Sie war 1943 nach Dörnthal gekommen, zum Bauern Otto Böhme, der unser Nachbar war. Mein Vater war Schuhmacher im Dorf, und ich war 13 und ging noch zu Schule. Sie kam eines

Tages und brachte Schuhe ihres Bauern zur Reparatur. Sie sprach gut Deutsch, war etwa 20 Jahre alt, blond und groß. Sie stellte sich als Tamara aus Kiev vor und war sehr aufgeschlossen. Nach diesem ersten Besuch kam sie öfter, brachte Schuhe oder holte welche ab. Sie zeigte sich an allem interessiert, seien es die Nachrichten aus dem Radio oder meine Landkarte von Osteuropa, auf der ich den Frontverlauf absteckte. Auf meine in der Schule gelernten, nazigeprägten Ansichten antwortete sie gelassen – meist mit Fragen. Zum Beispiel, wie es denn käme, daß sie in dem doch so rückständigen Rußland eine Fremdsprache lernen konnte, ich hingegen nicht. Mit meinem Vater kam sie überein, ihr nicht mehr reparaturwürdige oder auch vom Besitzer aus irgendeinem Grund nicht wieder abgeholte Schuhe und Stiefel für ihre Landsleute zu überlassen, die zum Teil nur Holzpantoffeln hätten.

Seit Tamaras Anwesenheit im Dorf schien der Zusammenhalt der ukrainischen und polnischen Mädchen und jungen Männer fester zu werden. Sonntagnachmittags, wenn sie zwei-drei Stunden frei hatten, trafen sie sich bei schönem Wetter nun öfter und gingen zusammen auf der Dorfstraße spazieren. Manchmal hatte einer der jungen Burschen eine Ziehharmonika dabei, und es wurde gesungen.

Kurz nach der Befreiung durch die Sowjetarmee wurden die „Ostarbeiter“ auf Lastwagen abtransportiert. Tamara kam, sich von uns zu verabschieden, von mir mit den Worten: „Wenn du groß bist und mal nach Kiev kommst, dann frage nach Tamara“. Offenbar hatte sie Spaß gehabt an unseren kleinen Auseinandersetzungen, bei denen ich regelmäßig den kürzeren gezogen hatte.

Im Sommer 1945 begann ich, im Staatsforst zu arbeiten. Hier erfuhr ich, daß in einem großen Waldrevier bei Dörnthal, dem „Ochsenkopf“, im sogenannten Buschhaus, etwa 15 sowjetische Kriegsgefangene untergebracht gewesen waren, bewacht von zwei älteren Wehrmachtsangehörigen und fachlich von einem Waldarbeiter für die Waldarbeit angeleitet. Dieser Waldarbeiter erzählte mir, daß die Kriegsgefangenen ab und zu alte Schuhe und Stiefel, die sie sich dann zusammenflickten, sowie Kleidungsstücke und auch Nahrungsmittel wie Kartoffeln und Kohlrüben vom Waldrand geholt hatten, die dort versteckt gewesen waren. Die Wachsoldaten hätten ein Auge zugeedrückt. Das Feld von Bauer Böhme grenzte an den „Ochsenkopf“. Tamara hatte also offensichtlich etwas damit zu tun. Die alten Schuhe aus der Werkstatt meines Vaters waren bei den Kriegsgefangenen gelandet.

Ende 1945 entwickelte sich die FDJ im Dorf. Ich wurde Mitglied und bekam nun sowjetische Kriegs- und Partisanenliteratur in die Hand. Auf der Jugendschule wurde mir der Komsomol ein Begriff. Der Zusammenhang mit Tamara stellte sich ein und verklärte sich wohl auch ein bißchen romantisch.

Mitte der 70er Jahre besuchte ich dienstlich die Filiale der sowjetischen Parteigeschichtsschrift in Kiev. Am Abend kamen wir bei dem ukrainischen Pfefferschnaps ins Erzählen. Mein Kiever Kollege Zamlinskij, gleichaltrig mit mir, erzählte mir von seinen Begegnungen mit einem deutschen Soldaten, die nicht nur negativ waren. Ich erzählte von Tamara. Er erbot sich, sie zu suchen.

Wieder zu Hause, fand ich im Dörnthalen Gemeindearchiv im Gesindebuch des Böhme-Gutes den Familiennamen von Tamara: Zimakova, geboren am 23. Februar 1922. Mit diesen Informationen versehen, fand mein Kollege Zamlinskij Tamara rasch. Obwohl sie verheiratet gewesen war, hatte sie ihren Nachnamen behalten. Ich schrieb ihr deutsch, sie antwortete russisch. Nach mehrmaligem Briefwechsel lud ich sie zu uns ein.

Natürlich fuhren wir auch nach Dörnthal. Wir besuchten ihren ehemaligen Dienstherrn Otto Böhme, inzwischen 90 Jahre alt, der sie stets gut behandelt hatte. Die Begegnung verlief freundlich, obwohl Tamara, was sich Otto Böhme – wenn auch mit Augenzwinkern – nicht verkneifen konnte zu erwähnen, ihren Befreier 1945 verraten hatte, wo er seinen Speck und Schinken versteckt hatte. Tamara erinnerte sich, daß sie außer zu uns noch zu zwei weiteren Familien im Dorf Verbindung gehabt hatte. Erstens mit der Familie eines, wie sie sagte, „etwas buckligen Schneiders“. Von ihm erhielt sie Kleidungsstücke für die Kriegsgefangenen im Wald und Informationen, die auf Nachrichten vom englischen Feindsender beruhten. Ich kannte diesen Schneider, Konrad Heinitz, gut. Leider lebte er nicht mehr. Er war im Dorf bekannt als einer, der mit den Nazis nichts am Hut hatte. Seinen beiden Töchtern hatte er nicht erlaubt, in den Jungmädelsbund des BDM zu gehen. Um ihr Gesicht zu wahren, reagierte die BDM-Führung im Dorf darauf mit dem Ausschluß der beiden Mädchen, weil sie „nicht würdig“ seien, dem BDM anzugehören.

Die zweite Familie war die des Friseurs und Sozialdemokraten Oskar Thiele. Er selbst war damals Soldat. Die Bekanntschaft war über die Tochter Jutta zustande gekommen, die beim Böhme-Bauern die Milch holte. Jutta war eine Klassenkameradin von mir. Daß wir beide Tamara näher kannten, hatten wir voneinander nicht gewußt. Auch von Familie Thiele erhielt sie Sachen für die Kriegsgefangenen, sogar Tabak und Zigaretten. Nun gab es ein schönes Wiedersehen und eine fröhliche Feier bei Jutta, bei der am späten Abend sogar die verschütteten Deutschkenntnisse bei Tamara wieder zum Vorschein kamen.

Wie war der Lebensweg von Tamara nach 1945 verlaufen? Sie hatte nach ihrer Rückkehr nach Kiev nachweisen können, daß sie 1941 der Aufforderung der deutschen Besatzungsbehörden, sich zur Arbeit nach Deutschland zu melden, nicht gefolgt war, sondern sich bei Verwandten außerhalb Kievs verborgen hielt. Bei einer Razzia war sie später festgenommen und nach Deutschland transportiert worden. Sie wurde daraufhin von den sowjetischen Behörden nicht zu Arbeitslager verurteilt wie andere und erhielt auch ihren Paß. Aber an ein Studium war nicht zu denken. Sie wurde technische Zeichnerin.

Erstaunlich war für mich damals, daß sie sehr zurückhaltend reagierte, wenn ich ihre Aktivitäten im Dorf mit dem politischen Auftrag des Komsomol in Zusammenhang bringen wollte. So wie die Deutschen, die ihr geholfen und sie nicht verraten hätten, menschlich behandelt hätten, so sei es auch für sie ein Gebot der Menschlichkeit gewesen, den Kriegsgefangenen ihr schweres Leben zu erleichtern.

Zum Beitrag von Werner Berthold: Französische Gefangenschaft – 28.8.1944 bis 24.8.1948 (JahrBuch, I/2007)

Hermann Sczepansky

Werte Kollegen!

Mit großem Interesse und wachsender Anteilnahme habe ich den Bericht von Professor Dr. Werner Berthold über seinen Lebensweg und Werdegang in französischer Kriegsgefangenschaft 1944-1948 gelesen. Solche Darlegungen über die politischen Auseinandersetzungen und das Wirken deutscher Antifaschisten in den westlichen Kriegsgefangenenlagern findet man leider sehr selten.

Durch den Bericht sind analoge Erlebnisse und Erinnerungen aus meiner französischen Kriegsgefangenschaft 1944-1947 in Nordafrika lebendig geworden. Sie sind vor allem durch die Konfrontation zwischen den Nazis unter den „Rommel-Leuten“ und den Antifaschisten aus der Strafeinheit 999 der Hitler-Wehrmacht geprägt und ergänzen so die Darlegungen von W. Berthold.

Vom 13.5.1944 bis zum 25.9.1947 habe ich mich ebenfalls in französischer Kriegsgefangenschaft befunden, die überwiegende Zeit im Depot des Prisonniers de Guerre No XVI Tunis sowie in dessen Außenkommandos. Diese 3 ½ Jahre hinter Stacheldraht sind dank der ehemaligen Angehörigen der Strafeinheit 999 der Hitlerwehrmacht zu einer grundlegenden Wende in meinem Leben geworden.

Es waren überzeugte Hitlergegner, aktive Antifaschisten, die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern geholt worden waren und die 1943 den Rückzug der Rommel-Armee aus Nordafrika decken sollten. Nun befanden sie sich mit den Rommel-Leuten im Kriegsgefangenenlager, in dem verbohrt Nazis das Sagen hatten und mit sogenannten Rollkommandos ein Terrorregime gegen alle Andersdenkenden ausübten.

Die französische Lagerkommandantur, die anfangs aus reaktivierten Kolonial-offizieren bestand, war lediglich auf Ruhe und straffe Disziplin im Lager fixiert. Sie gab den Opfern der nazistischen Schlägertrupps, die blutüberströmt bei ihr Schutz suchten, den zynischen Rat, sich doch zur französischen Fremdenlegion zu melden und so aktiv am Kampf gegen Hitlerdeutschland teilzunehmen.

Bezeichnend für die politische Situation und die Machtverhältnisse im Lager war ein Appell für alle Lagerinsassen nach dem mißglückten Anschlag auf Hitler am 20. Juli 1944. Die angetretenen Landser rief der Lagerleiter auf, auch hinterm Stacheldraht in Treue zu „Führer und Reich“ ihre Pflicht zu tun. Für das Lager wurde der Hitlergruß eingeführt, den aber die 999er und viele andere verweigerten. Unter den Verweigerern war auch ich.

Am 30.10.1944 kam ich in ein Außenlager des Depots XVI in der Kasbah von Tunis und gehörte zunächst dem Arbeitskommando für das Pferde- und Muli-Depot in Tunis-Manouba an. Im Außenlager schloß ich mich der dort

bestehenden Antifagruppe und speziell dem 999er Werner Mahrenholz aus Rudolstadt an, der mich später in sein Arbeitskommando im Service Topographique holte (18.12.1944-17.5.1945).

In der Krankenbaracke des Außenlagers arbeitete auch ein 999er als Krankenpfleger. Er verschaffte uns einen Raum, in dem wir abends ungestört über die politische Lage, den Kriegsverlauf und die Aufgaben nach dem Ende des Krieges debattieren konnten. Bei ganz unterschiedlicher Herkunft und Einstellung waren wir dennoch alle vom Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland überzeugt und wollten mitwirken, daß Faschismus und Krieg nie wieder in Deutschland einen Nährboden finden sollten.

Im Frühjahr 1946 wurde ich in das Außenkommando im Hospital militaire „Louis Vaiyard“ in Tunis überstellt (16.5.-29.11.1946). Dort arbeitete ich in der Pharmacie centrale für den gesamten Bereich Tunesien. Das Außenkommando war fest in der Hand der Antifaschisten von 999 und bot vielfältige Möglichkeiten für Diskussionen und Schulungen über unsere Aufgaben und Probleme bei der Gestaltung eines antifaschistischen und friedlichen Deutschland. In besonderer Erinnerung ist mir der Leiter des Außenkommandos, der 999er Heinz Eckardt aus Berlin, geblieben, der den bunt zusammengewürfelten Haufen straff leitete und die politischen Auseinandersetzungen in gesitteten und niveaувollen Bahnen hielt.

Am Radio verfolgten wir die Übertragungen vom Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg und waren entsetzt und empört über die Verbrechen, die den Nazigrößen und den Millionen kleiner Nazis akribisch nachgewiesen wurden. Neben französischsprachigen Zeitungen (wie „Tunis Soir“ oder die linke „L'avenir“) tauchten auch schon linke Broschüren auf, die arabische oder französische Beschäftigte bzw. Patienten beschafft hatten und die mit großer Mühe und kleinem Wörterbuch ins Deutsche übersetzt wurden. (Mein kleines Taschenwörterbuch habe ich zur Erinnerung an diese mühselige Arbeit bis heute aufbewahrt.)

Als das Außenkommando im November 1946 aufgelöst wurde, kehrten wir ins Depot XVI zurück. Hier hatte sich ein grundlegender Wandel vollzogen. Gestützt auf einen personellen Wechsel in der französischen Kommandantur hatten die Antifaschisten von 999 der Schreckensherrschaft der Nazis ein Ende bereitet. Als Lagerleiter war der Oberfeldwebel Jupp Friesenhahn, ein Gastwirt aus Westdeutschland, eingesetzt worden, der mit den Antifaschisten eng zusammenarbeitete. Als zweitwichtigster Mann im Lager wurde der 999er Reinhard Fischer aus Mylau im Vogtland mit der Funktion des Rotkreuz-Bauftragten betraut. Er kümmerte sich nunmehr um die Überwindung der Cliquenwirtschaft im Lager und um die gerechte Verteilung der Lieferungen vom Internationalen Roten Kreuz.

In einem Zelt hatten die Antifaschisten eine Art „Parteibüro“ eingerichtet, in dem Schriften von Garaudy (z.B. „Wirtschaft – Motor der Geschichte“), von Marx und Engels („Manifest der Kommunistischen Partei“, „Lohnarbeit und Kapital“, „Lohn, Preis, Profit“ u. a.) und von Lenin („Staat und Revolution“,

„Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ u.a.) aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt, vervielfältigt und in Umlauf gesetzt wurden.

Regelmäßig wurden Zeitungsschauen durchgeführt mit einer wachsenden Zahl interessierter Teilnehmer. Und genauso regelmäßig kamen die 999er und ihre „Ziehkinder“ in Diskussionszirkeln zusammen. Der Hamburger 999er Franz Lecki war als Kompanieführer eingesetzt worden, obwohl er nur einen Mannschaftsdienstgrad hatte, und versah seinen Dienst mit viel Umsicht und Würde.

Höhepunkt der antifaschistischen Aktivitäten im Depot XVI Tunis war die große Maifeier im Jahre 1947, an der auch das Lagerorchester und die Schauspieltruppe aktiv beteiligt waren.

Mit dieser eindrucksvollen Manifestation verabschiedeten sich die etwa 150 Antifaschisten aus den Lagern XV Bizerta und XVI Tunis, die anhand von Dokumenten nachweisen konnten, daß sie als *politisch* Verfolgte in den Kerkern und KZs eingesperrt gewesen waren und somit als erste (Categorie 1) vorzeitig in die Heimat entlassen wurden (2.5.1947). Als Berater des Lagerleiters wurden Peter Reich und ich eingesetzt. Die Leitung des Antifazirkels wurde mir übertragen.

Im September 1947 wurde ich dann auch vorzeitig in meine Heimatstadt Leipzig entlassen.

Dr. Hermann Sczepansky (82) ehem. PGA No 34 341

Dr. H. Sczepansky, Küchwaldstr. 5, 09113 Chemnitz
Tel.: 0371/33 02 649

Informationen

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den Beständen und Sammlungen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv¹

Grit Ulrich

Die Stiftung ist für die zentrale Überlieferung der Parteien und Organisationen der DDR zuständig. Dies gilt auch für die anderen Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, die damit in historischem Zusammenhang stehen. So befinden sich in der Stiftung das Historische Archiv der KPD, Bestände und Sammlungen zur SPD, zu den Gewerkschaften aus der Zeit vor 1945, eine Reihe von sachthematischen Sammlungen zu verschiedensten Ereignissen der Arbeiterbewegung, Flugblatt- und Plakatsammlungen und natürlich auch Nachlässe und Erinnerungen.

Die Sammlung Erinnerungen enthält Lebenserinnerungen und Erinnerungen vor allem an Persönlichkeiten und Ereignisse der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zum antifaschistischen Widerstand, zur deutschen Emigration und zur Entwicklung in der SBZ/DDR. Sie umfaßt mehr als 2.000 Berichte von verschiedensten Zeitzeugen, darunter einfache Mitglieder der Arbeiterbewegung aber auch Funktionäre aller Ebenen. Eine vollständige Beschreibung aller in der Stiftung verwahrten Erinnerungen enthält das Findbuch zur Sammlung, das unter www.bundesarchiv.de/Findbücher online einsehbar ist.

Die 459 in der Stiftung aufbewahrten Nachlässe sind solche von Funktionären der Arbeiterbewegung auf zentraler und regionaler Ebene, von Politikern der DDR und von KPD/DKP-Funktionären und Gewerkschaftern der Bundesrepublik, von Funktionären der Parteien und Organisationen (zentral und regional), von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern der DDR. Eine vollständige Auflistung dazu finden sich unter www.bundesarchiv.de/Midosasearch/Beständeübersicht. Auf der Homepage des Bundesarchivs gibt es außerdem Zugriff auf die „Zentrale Datenbank Nachlässe“, in der seit 1986 die Handbücher von Mommsen „Nachlässe in deutschen Archiven“ fortgeschrieben werden. Die Archive der Bundesrepublik geben ihre Daten zu Nachlässen dort regelmäßig ein. Zu finden sind in der Datenbank neben biographischen Daten zu den Nachlassern auch kurze Beschreibungen zur Überlieferungslage und

¹ Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

Angaben zum Umfang sowie zum Erschließungszustand. Vorsorglich sei auch noch auf den Anfang 2006 erschienenen „Führer zu Archiv- und Bibliotheksbeständen“ der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv hingewiesen.

Nachlässe von „einfachen Leuten“ der Arbeiterbewegung gibt es in der Stiftung eher nicht. Das hat viele Gründe. Dazu zählt, daß solche Personen in der Regel unauffällig waren, und dadurch die Möglichkeit, daß ein Archiv auf sie aufmerksam wurde, sehr gering war. Ausgenommen vielleicht Stadt- und Kreisarchive. In der Regel haben diese Menschen auch keinen schriftlichen Nachlaß, der von historischem Wert und daher aufbewahrungswürdig ist. Ausnahmen bestätigen die Regel. Hinzu kommt, daß es für Nachlässe keine Zuständigkeit seitens eines Archivs gibt. Archive erwerben mehr oder weniger aktiv Nachlässe, um die amtlichen Unterlagen oder solche von Organisationen und Verbänden, für deren Überlieferung die Archive jeweils zuständig sind, zu ergänzen und weiterreichende Materialien für biographische und andere Forschungen bereitstellen zu können. Das Sammlungsprofil des Bundesarchivs, das auch für die Stiftung gilt, legt fest, welche Nachlässe von Interesse sind. Das sind persönliche Unterlagen und Nachlässe von Personen mit überregionaler Wirkung oder Betätigung in Politik, öffentlicher Verwaltung, Militär, unmittelbaren Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts, in der Forschung, Wissenschaft, Publizistik und in den Medien, in privaten Verbänden, Vereinen und Gruppierungen sowie von Personen, deren Handeln oder Wirken von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist. Das heißt, das Bundesarchiv sammelt aktiv Nachlässe von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs, Ministern, Gelehrten, Lobbyisten, Repräsentanten von Wirtschaftseinrichtungen, Gewerkschaftern, führenden Vertretern der Frauen-, Friedens- und anderen gesellschaftlichen Bewegungen.

Diese Aufstellung zeigt, daß Quellen für die „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten“ im Bundesarchiv nicht in der Masse überliefert sein können. Aber die Nachlässe, die speziell in der Stiftung verwahrt werden, also die von Funktionären der Arbeiterbewegung aus der ersten bis dritten Reihe enthalten eine Vielzahl von Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und sollten nicht unberücksichtigt bleiben. Die Korrespondenzen, die zum Beispiel in einigen Nachlässen überliefert sind, handeln nur selten von der großen Politik und wenn doch dann meist nicht ausschließlich. Oft wird dort der Alltag in allen Details beschrieben.

Viele der behandelten Themen der Tagung könnten auch mit Nachlässen der Stiftung belegt werden.

So finden sich Häftlingsbriefe aus deutschen Gefängnissen zum Beispiel in den Nachlässen von Albert und Erika Buchmann (Stuttgart), Eva Lippold (Berlin/Brandenburg), Hans Litten (Berlin), Fritz Rische (Nordrhein-Westfalen), Erich Hanke (Berlin/Brandenburg), Bernhard Bästlein (Hamburg/Mittelrhein), Hildegard Gurgeit (Berlin/Brandenburg) und Elfriede Paul (Berlin).

Lebenserinnerungen oder Erinnerungen an Persönlichkeiten und Ereignisse der Arbeiterbewegung finden sich nicht nur in der Sammlung Erinnerungen, sondern auch in 129 Nachlässen, angefangen bei Anton Ackermann bis hin zu Ernst Wollweber.

149 Nachlässe hat die Stiftung von Personen, die zwischen 1933 und 1945 in der Emigration, zum Beispiel in der UdSSR, in Frankreich, England, den USA oder Mexiko, wirkten. Einige der Nachlasser haben ihre Erlebnisse in Erinnerungen festgehalten, bei anderen ist diese Etappe ihres Lebens durch persönliche Dokumente oder durch Korrespondenzen belegt. Die Aufzählung könnte beliebig fortgeführt werden. Die Suchmaschine Midosa-Search, mit der auf der Internetseite des Bundesarchivs übergreifend in den Beständen der Stiftung recherchiert werden kann, gibt jedem Benutzer die Möglichkeit, sich einen Überblick zu verschaffen.

Vorsorglich sei darauf hingewiesen, daß noch nicht alle Nachlässe der Stiftung archivalisch bearbeitet sind. Bei einer Reihe von Nachlässen und Erinnerungen gibt es außerdem Auflagen der Eigentümer, die die Auswertung der Unterlagen an bestimmte Bedingungen knüpfen.

Neben den Nachlässen und der Sammlung Erinnerungen bietet auch eine Reihe anderer Bestände und Sammlungen Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berichte und Materialien zu Verfolgung und Widerstand finden sich v. a. in den Beständen:

- Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“ - DY 54
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - DY 55
- Archiv der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am Antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e. V. Berlin-Pankow - DY 58
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Sekretariat der britischen Zone - BY 5
- Geschichtswerkstatt der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am Antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e. V. - BY 9.

Erlebnisberichte und persönliche Dokumente finden sich auch in folgenden Sammlungen:

- Biographische und dokumentarische Sammlung - SgY 19
- Bürgerkrieg in Spanien - SgY 11
- Deutsche Kommunisten in der KP der Tschechoslowakei - SgY 3
- Emigration in Frankreich - SgY 8 und 9
- Emigration in Großbritannien - SgY 13
- Emigration in verschiedenen Ländern - SgY 14
- Nationalkomitee „Freies Deutschland“ in der UdSSR - SgY 12
- Opfer des Stalinismus - SgY 21
- Partisanenbewegungen - SgY 7
- Rote Kapelle - SgY 4 und
- Strafdivision 999 - SgY 5.

Aufmerksam gemacht werden soll auch auf Unterlagen, die sich in den Beständen verschiedener Massenorganisationen der DDR befinden, die sich im Zusammenhang mit der Erforschung der Geschichte der jeweiligen Organisation dort gesammelt. Drei Beispiele dazu: Im Bestand Vereinigung der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter sind Nachlaßsplitter von Funktionären des VKSK und Chroniken von Kleingartenanlagen überliefert, die bis in das 19. Jahrhundert zurückgehen. Bei den Gewerkschaften findet man im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Arbeitskreise oder Kommissionen der verdienten Gewerkschaftsveteranen auch Berichte und Aufzeichnungen zur Lage der Arbeiter in bestimmten Industriezweigen oder in einzelnen Betrieben. Im Bestand Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sind ebenfalls Erinnerungen von Mitgliedern und Funktionären an die Entwicklung der Organisation und ihrer Vorgänger überliefert. Ähnliches läßt sich in fast jedem Bestand finden. Auch hier ist die bestandsübergreifende Suchmaschine Midosa-Search für den Benutzer ein nützliches Werkzeug beim Auffinden solcher Überlieferungen.

Alle aufgezählten Bestände und Sammlungen sind archivalisch bearbeitet und für die historische Forschung frei zugänglich. Ausgenommen davon sind lediglich die Bestände DY 58 – Antifa-Komitee-Pankow und BY 9 – Geschichtswerkstatt der BVVdN. Hier ist für die Auswertung die Zustimmung der jeweiligen Eigentümer erforderlich. Einige Findbücher zu den Beständen und Sammlungen finden sich bereits online unter www.bundesarchiv.de/Findbücher online. Ansonsten gibt es Findbücher und Karteien, die im Lesesaal des Bundesarchivs auszuwerten sind.

Adresse: Bundesarchiv, Postfach 450569, 12175 Berlin,

E-Mail: berlin@barch.bund.de

Sammeln, sorgen, sichten: Das Interviewarchiv „Jugend im 20. Jahrhundert“ des POSOPA e.V.

Roland Gröschel

Träger des Interviewarchivs „Jugend im 20. Jahrhundert“ ist der „Verein zur Förderung von Forschungen zur politischen Sozialisation und Partizipation“ (POSOPA e.V.). Der Verein unterhält als eine außeruniversitäre gemeinnützige Einrichtung eine Forschungsbibliothek und ein Spezialarchiv mit dem Schwerpunkt historische Jugend- und Sozialisationsforschung, führt Forschungsprojekte an der Schnittstelle von qualitativer Sozialforschung, historischer Erziehungswissenschaft und Geschichtswissenschaft durch, gibt Publikationen heraus, konzipiert Ausstellungen und betreibt Bildungsarbeit.

Das Interviewarchiv umfaßt derzeit etwa 380 Interviews mit Persönlichkeiten, die Jugendorganisationen oder -bewegungen angehörten oder später in der Jugendarbeit oder der Jugendpolitik wirkten. Die Interviews entstanden seit Beginn der achtziger Jahre überwiegend im Kontext von Forschungsprojekten zu jugendgeschichtlichen Fragen. Dabei handelt es sich in der Regel um narrative lebensgeschichtliche Interviews, die den Schwerpunkt auf die Jugendzeit der Interviewpartner bzw. den Zeitraum aktiver Beteiligung in Jugendorganisationen, Jugendbewegungen oder der Jugendpolitik legen. Ein kleinerer Teil des Interviewbestandes kann eher zur Gattung problemzentrierter Experteninterviews gezählt werden. Doch auch diese Interviews beinhalten starke narrative Elemente und berücksichtigen den lebensgeschichtlichen Kontext der Befragten. Die Berichtszeiträume reichen vom Kaiserreich bis in die neunziger Jahre. Das Hauptproblem des Interviewarchivs besteht derzeit darin, die Tonaufnahmen dauerhaft physikalisch zu sichern und archivalisch zu erschließen. Das ist eine Voraussetzung, um den Bestand für wissenschaftliche Forschung, schulische und außerschulische Bildung sowie für journalistische Zwecke zu nutzen.

Sowohl in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften als auch in der medialen Vermittlung lebensgeschichtlicher Erfahrung erhielten narrative Interviews und „Zeitzeugenerzählungen“ in ihren vielfältigen Spielarten in den letzten dreißig Jahren eine wachsende Bedeutung. Methoden der qualitativen Sozialforschung, die unterschiedliche Formen von unstandardisierten Interviews als Datengrundlage generieren, gehören heute zum anerkannten wissenschaftlichen Kanon. Die Geschichtswissenschaft hat die Bedeutung mündlicher Quellen erkannt und geht mit ihnen vielfach quellenkritisch und methodenreflektiert um. Viele Geschichtsinitiativen nutzen „Oral History“ als wichtige Quellen, und in den Medien sind Zeitzeugenerzählungen inzwischen ubiquitär.

Obwohl die Bedeutung biographischer Erzählungen als Quellen historischer und sozialwissenschaftlicher Forschung zunehmend erkannt wird, scheint dieses

wichtige Quellenmaterial erschreckend häufig nur unzureichend archiviert zu werden. Und selbst dann, wenn Interviews in einem Archiv aufbewahrt werden, sind sie noch nicht automatisch öffentlich zugänglich. Dies ist – abgesehen von den rechtlichen Aspekten der Zugangsregelungen – erst dann gewährleistet, wenn das Archiv seinen Interviewbestand

- (a) dauerhaft physikalisch sichert,
- (b) archivalisch ordnet und inhaltlich erschließt sowie
- (c) die Öffentlichkeit über Art und Umfang des Interviewbestandes und seine Benutzungsmöglichkeiten informiert.

Der POSOPA e.V. und sein Interviewarchiv „Jugend im 20. Jahrhundert“

Gesellschaftswissenschaftler, Historiker und Pädagogen aus Ost- und Westdeutschland gründeten nach 1990 den POSOPA e.V. Seinen Sitz nahm der neue Verein in Berlin. Unmittelbar nach der Gründung begannen die Vereinsmitglieder, eine Forschungsbibliothek aufzubauen. Sammelschwerpunkt ist Jugend und Kindheit im 20. Jahrhundert, einschließlich der für dieses weite Feld relevanten Bezugswissenschaften wie Geschichte, Soziologie, Pädagogik und Psychologie. Den Grundbestand der Bibliothek bildeten Buchspenden der Vereinsmitglieder. Als in den Monaten nach dem Zusammenbruch der DDR viele Ost-Berliner Bibliotheken wissenschaftlich teilweise sehr wertvolle Bestände ausmusterten, weil sie nicht mehr in die „neue Zeit“ zu passen schienen, Platz für die Literatur aus der Bundesrepublik geschaffen werden sollte und Bücher tonnenweise auf Müllkippen oder in Papiermühlen landeten, begann der POSOPA e.V. eine umfangreiche Sammelaktion. Aus Ost-Berliner Bibliotheken übernahm er etwa 20.000 Bände – Fachliteratur zu seinen Sammelschwerpunkten –, die vernichtet werden sollten.

Heute umfaßt die Vereinsbibliothek etwa 90.000 Bücher, Broschüren und graue Literatur. Etwa 11.000 Titel sind derzeit elektronisch katalogisiert. Der Gesamtbestand kann aber dennoch benutzt werden, weil er nach Sachgruppen geordnet aufgestellt ist. Darüber hinaus wurde der Grundstock für ein Archiv aus Materialien von Forschungsprojekten der Vereinsmitglieder gelegt, das bis heute auf etwa 60 laufende Meter angewachsen ist. 1991 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift „interventionen“, 1994 das erste Buch in der vom Verein editierten Schriftenreihe.¹

In den Publikationen des POSOPA e.V. spiegeln sich seine Forschungsschwerpunkte: Jugendbewegungen, Jugendarbeit und Jugendpolitik in Deutschland im 20. Jahrhundert, Reformpädagogik vor 1933 und nach 1945, politische Erziehung in Ost- und Westdeutschland, interkulturelles Lernen in der FDJ und der kirchlichen Jugendarbeit in der DDR sowie der Jugendarbeit der

¹ Zur Übersicht über die Publikationen, Ausstellungen und Einrichtungen des POSOPA e.V. siehe: www.posopa.de.

Bundesrepublik, Autobiographien und Erinnerungen von Jugendbewegten und Jugendpolitikern, historische Sozialisationsforschung.

Das Interviewarchiv des POSOPA e.V. besteht aus Überlassungen aus mehreren Forschungsprojekten verschiedener Institutionen und Einzelpersonen, die sich seit Beginn der achtziger Jahre mit Themen der Jugendgeschichte befaßten und Interviews zur Geschichte der Jugend und der Jugendarbeit im 20. Jahrhundert durchführten, sowie aus Interviews aus thematisch gleichgelagerten Forschungsprojekten des POSOPA e.V. Die ältesten Interviews, über die das Archiv verfügt, entstanden zu Beginn der achtziger Jahre. Obgleich die Interviews in verschiedenen Forschungsprojekten erhoben wurden, handelt es sich überwiegend um narrative, lebensgeschichtliche Interviews mit einem Schwerpunkt auf den Jugenderinnerungen und themenzentrierten Nachfrageteilen zu Elternhaus, Schule, Gleichaltrigengruppe, Stadtteilen, Öffentlichkeit und Medienwelt, Jugendbewegung, Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendpolitik.

Die Interviews des Bestandes sind methodisch also sehr ähnlich erhoben worden und entstammen Forschungsprojekten mit ähnlichen Fragestellungen. Die Interviews wurden mit Zeitzeugen der Geburtsjahrgänge 1896 bis 1972 durchgeführt. In der Regel wurden für ein Interview mehrere Sitzungen benötigt. Bis auf wenige Ausnahmen dauerten die Interviews mindestens drei Stunden. Das drittlängste Interview weist eine Gesamtdauer von 27 Stunden auf. Mit zwei Personen wurden über Jahre hinweg biographische Interviews geführt, die als Quellenmaterial für Buchpublikationen dienten oder dienen.² Es wurden sowohl Zeitzeugen aus West- als auch aus Ostdeutschland interviewt.

In der Regel begannen die Interviews mit einem allgemeinen Erzählimpuls, der eine „lebensgeschichtliche Großerzählung“ auslösen sollte, in denen die „Zugzwänge biographischen Erzählens“ wirksam werden konnten.³ Danach folgten immanente Nachfragen, die Unklarheiten und Lücken der biographischen Erzählung beseitigen und schließen sollten. Je nach den Fragestellungen des Projektes schlossen sich, meist in weiteren Sitzungen, die exmanenten Fragen aus den jeweiligen thematisch orientierten Interviewleitfäden an. Diese waren mehr oder minder konkret, begannen in der Regel mit allgemeinen Erzählimpulsen zu den interessierenden Themen und wurden im Verlauf des Interviews immer konkreter. Stets stand jedoch das Bemühen im Vordergrund, den Zeitzeugen die Möglichkeit zu längeren zusammenhängenden Erzählungen zu geben. Dies gelang bis auf wenige Ausnahmen, bei denen die Interviewpartner nur über eine

2 Siehe Willi Zahlbaum: *Aufrecht gehen*. Aus der Lebensreise des Kreuzberger Arbeiterjungen Willi Zahlbaum, hrsg. v. Roland Gröschel (= Schriftenreihe des POSOPA e.V. Nr. 5), Neu Zittau 2000. Eine Biografie über Karl Richter (1904-2005), langjähriger Landesbezirksvorsitzender der IG Druck und Papier in West-Berlin, befindet sich derzeit in Vorbereitung.

3 Siehe Fritz Schütze: *Das narrative Interview in Interaktionsfeldstudien*, I., Fernuniversität Hagen, Hagen 1987.

sehr begrenzte Zeit verfügten, vor allem wenn es sich um im Beruf stehende politische Funktionsträger höherer Ebenen handelte.

Sofern es die personellen Ressourcen der Forschungsprojekte erlaubten, führten jeweils zwei Personen ein Interview durch und fertigten unabhängig voneinander detaillierte Kontextbeschreibungen an. Damit kann ein großer Teil des Interviewbestandes einem wesentlichen Gütekriterium qualitativer Forschung, den Forschungsprozeß detailliert zu dokumentieren, genügen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Ressourcen der Forschungsprojekte konnte nur ein kleiner Teil der Interviews transkribiert werden. Ein kleinerer Teil ist – eher notdürftig – durch Inhaltszusammenfassungen dokumentiert. Der Bestand ist rudimentär in einer EDV-Datenbank erfaßt, die jedoch den Kriterien einer professionellen archivalischen Erschließung und inhaltlichen Verschlagwortung nicht genügt. Ein Thesaurus existiert nicht.

Die den lebensgeschichtlichen Interviews folgenden „thematischen“ Teile der Interviews beziehen sich – den Fragestellungen der jeweiligen Forschungsprojekte entsprechend – auf folgende Gegenstände:

- Geschichte der Arbeiterjugendbewegung vor 1933 (Sozialistische Arbeiterjugend, Kommunistische Jugend, Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde/Rote Falken, gewerkschaftliche Jugendarbeit),
- Jugend im Nationalsozialismus und im antifaschistischen Widerstand,
- Jugendweihe und Freidenkertum in den zwanziger Jahren in Berlin,
- Berliner Arbeiterjugendbewegung vor 1933,
- interkulturelles Lernen in der FDJ und in der kirchlichen Jugendarbeit der SBZ/DDR 1945 bis 1990 (Schwerpunkt: Land Brandenburg),
- Erfahrungen des gesellschaftlichen Systembruchs 1945/49 in Berlin und Aufbau der Jugendarbeit in Ost- und West-Berlin nach 1945,
- West-Berliner Jugendverbände 1945 bis 1990,
- Jugendverbandsarbeit und Jugendpolitik in den Westzonen und der BRD,
- Jugendpolitik und Jugendhilfe in der Bundesrepublik,
- sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung in Bayern vor 1933,
- deutsche sozialdemokratische Arbeiterjugendbewegung in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei vor 1938,
- Aufbau der sozialdemokratischen Jugendorganisation Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken in Bayern und in den Westzonen/BRD.

Mit den Interviewpartnern wurden Vereinbarungen geschlossen. Sie beinhalten Regelungen über Anonymisierung und Benutzungsmöglichkeiten (Zugangs- und Verwendungsbeschränkungen). Diese individuell recht unterschiedlich gestalteten Vereinbarungen sind die Grundlage für die Nutzung der Interviews.

Möglichkeiten und Probleme der materiellen Datensicherung

Da die frühesten Interviews vom Beginn der achtziger Jahre datieren, geraten nun diese über 25 Jahre alten Tonträger (handelsübliche Tonkassetten) an die

Grenze ihrer Lebensdauer: Bei den Aufnahmen verschwinden die Tonhöhen, und der Rauschpegel steigt. Bei adäquater Lagerung in kühlem, trockenem Raumklima bei einigermaßen gleichbleibender Temperatur fernab starker Magnetfelder aufrecht und in zurück gespultem Zustand ist der Verfallsprozeß zwar etwas zu verzögern, schreitet aber unaufhaltsam fort. Tonkassetten eignen sich nicht für dauerhafte jahrzehntelange Archivierungszwecke. Und wer könnte schon mit Sicherheit sagen, ob in fünfzig oder gar hundert Jahren geeignete technische Abspiel- und Kopiergeräte bzw. Ersatzteile für Altgeräte verfügbar sein werden. Schließlich handelt es sich bei den Kassettenrecordern um eine über 40 Jahre alte Technologie, die jetzt von digitalen, CD-, DVD-Recordern und MP-3-Playern abgelöst wird.⁴ Ein Umkopieren auf professionelle Studio-Tonbänder mit einer geschätzten Haltbarkeit von bis zu hundert Jahren verbietet sich schon aufgrund der hohen Kosten für die technische Infrastruktur.

Es liegt also nahe, die analogen Tonträger zu digitalisieren und auf CD oder DVD zu übertragen. Auch dies ist eine aufwendige Angelegenheit. Es ist ein weitverbreitetes Mißverständnis, daß digitale Tonaufzeichnungen an sich schon eine sichere Archivierung ermöglichen würden. Im Gegenteil: CD und DVD sind als Datenträger noch weniger haltbar als analoge Magnet-Tonträger, und die zu deren Abspielen benötigte Hard- und Software setzt zusätzliche zeitliche Grenzen der Verfügbarkeit. Anfragen bei namhaften CD-Herstellern ergaben ein ernüchterndes Ergebnis: Bei sachgemäßer Lagerung, so hieß es, sei lediglich eine Lebensdauer von fünf bis zehn Jahren zu garantieren. Vermutlich wird diese Zeitbeschränkung aber nicht entscheidend sein, denn auch die Hardware- und Speichermediengenerationen werden sich weiterhin kontinuierlich ablösen. Die Tatsache, daß unsere „Informationsgesellschaft“ auf Datenträgern und technischen Systemen mit hoher Verfallsgeschwindigkeit und großer Fehlerhaftigkeit beruht, dringt nur langsam ins öffentliche Bewußtsein.⁵

Der „ewige Datensatz“

Tonaufnahmen dauerhaft zu sichern, bedeutet letztlich: Die Grundlage einer dauerhaften Datensicherung ist die Herstellung eines digitalen „ewigen Datensatzes“.⁶ Dieser kann dann schneller und preiswerter als analoge Tonaufzeichnungen in die jeweils gängigen Dateiformate und Datenträger migriert werden, wenn relevante Systemwechsel in der Abfolge der Technologien eintreten oder die Haltbarkeitsgrenze der Datenträger erreicht ist. Es ist also eine kontinuierliche Migration der Bestände gemäß den Haltbarkeitsparametern der Datenträger und entsprechend der Weiterentwicklung der Datenträger und der

4 Siehe Wolfgang Näser: Der Cassettenrecorder. Gedanken zu seinem 25. Geburtstag. <http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/cassrec1.htm> (2.10.2000).

5 Siehe Hilmar Schmudt: Im Dschungel der Formate. Der Informationsgesellschaft droht der Gedächtnisschwund, in: Der Spiegel, 2000, Nr. 26, 122-126.

6 Siehe Frank Rainer Huck: Der „ewige Datensatz“. Löst Digitalisierung wirklich alle Archivprobleme?, in: IASA-Journal, Juni 1998, Nr. 11.

für sie nötigen technischen Systeme nötig.⁷ Parallel dazu ist es sinnvoll, die originalen analogen Tonträger gut gepflegt bis zu ihrem physikalischen Ende aufzubewahren.

Auch die Flucht in das Papier ist unzureichend: Interview-Transkriptionen sind nicht die Quelle, sondern nur ein Hilfsmittel, den Inhalt zu erfassen bzw. die Quelle auszuwerten. Das in erster Linie zu schützende Quellengut ist und bleibt immer die Tonaufzeichnung.

Die International Association of Sound and Audiovisual Archives (IASA) hat Grundsätze zur Sicherung des Audio-Kulturerbes entwickelt (IASA-TC 04), die auch bei der Archivierung von Interviews auf Tonträgern weitestmöglich berücksichtigt werden sollten.⁸

Erschließung des Interviewarchivs

Interviewbestände, die nicht katalogisiert und zumindest rudimentär inhaltlich erschlossen sind, sind außenstehenden Interessierten praktisch nicht zugänglich: Sie können nicht finden, was sie suchen, es sei denn, eine mit dem Inhalt des Archivs vertraute Person kann sie beraten. Diese amateurhafte Lösung mag bei kleineren Interviewbeständen von etwa 50 bis 100 Interviews noch praktikabel sein. Größere Interviewarchive sind jedoch zwingend auf eine professionelle archivalische Erschließung angewiesen.

Das Interviewarchiv des POSOPA e.V. ist derzeit erst rudimentär mit der Standardsoftware MS ACCESS erschlossen. Die Datenbank enthält folgende Felder: Name, Vorname, Geburtsname, Interviewdaten (Interviewnummer, Datum des Interviews, Anzahl der Kassetten, Einzelinterview/Gruppeninterview), Geburtsdatum, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit, Name des/der Interviewer/in/nen, Urheber-Projektname, Bestandsbeschreibung, Interviewvereinbarung, Kurzlebenslauf, Hauptorganisation, Nebenorganisationen, Aktivität in sozialen Bewegungen, Beginn und Ende des politischen Engagements, Beginn und Ende des Berichtszeitraums, Hauptwirkungsorte, Nebenwirkungsorte, Personen, Sachschlagworte, Nutzungseinschränkungen.

7 Ein alternatives Konzept für die Langzeitarchivierung digitaler Daten ist die Emulation. Die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Konzepte digitaler Langzeitarchivierung, einschließlich der damit verbundenen ungelösten Fragen, können hier nicht diskutiert werden. Zur Einführung siehe: Uwe M. Borghoff u.a.: Langzeitarchivierung. Methoden zur Erhaltung digitaler Dokumente, Heidelberg 2003.

8 Die Archivierung von Tonaufnahmen in zwei zeitlich aufeinander folgenden Dateiformaten entspricht dem Standard der IASA. Siehe dazu International Association of Sound and Audiovisual Archives: Guidelines on the Production and Preservation of Digital Audio Objects. IASA-TC-04. Aarhus-Johannesburg 2004; auch: Guidelines for Digitalisation Projects for Collection and Holdings in the Public Domain, particularly those held by Libraries and Archives. Hrsg: IFLA, International Council on Archives i. Auftr. der UNESCO, o. O. 2002.

Für jedes Interview sind die zentralen Daten erfaßt, jedoch nur bei einer kleinen Anzahl auch jene Datenfelder, die eine genauere Kenntnis des Interviews erfordern. Somit ist derzeit eine Recherche nur eingeschränkt möglich. Eine tiefergehende Verschlagwortung und die Erarbeitung eines hierarchischen Thesaurus ist im Rahmen eines Bestandssicherungs- und -erschließungsprojektes geplant.

Erfahrungsaustausch, Kooperation und Vernetzung bei der Archivierung qualitativen biografischen Materials

Der POSOPA e.V. ist sehr an einem Erfahrungsaustausch mit anderen Einrichtungen interessiert, die Interviews auf Tonträgern oder anderes biografisches Material archivieren. Dieser könnte sich beziehen auf:

- technische Fragen (Datensicherung, Digitalisierung, Speichermedien, Umkopierung usw.),
- rechtliche Fragen (Datenschutz, Anonymisierung, Gestaltung von Interviewvereinbarungen, Urheberrecht usw.),
- Datenbanksoftware,
- Transkriptionsverfahren, Fehlerminimierung, Erfahrung mit Spracherkennungsprogrammen,
- forschungsethische Fragen,
- Information über Projekte, Dokumentationsvorhaben, Bestandsübersichten.

Wir würden uns wünschen, daß ein zunehmender Erfahrungsaustausch zu regelmäßiger Kooperation und schließlich zur Einrichtung einer Website führen könnte, die als Forum dieses Erfahrungsaustausches fungieren und sich zu einer Service- und Dienstleistungseinrichtung entwickeln könnte. So wäre es beispielsweise möglich, Informationen bereitzustellen, die auch außeruniversitären Initiativen, Gruppen und Vereinen, die mit lebensgeschichtlichen Interviews arbeiten und diese archivieren wollen, wertvolle Hinweise geben. Zum zweiten könnte eine solche Service- und Dienstleistungseinrichtung eine virtuelle Datenbank mit Bestandsübersichten von Interviewarchiven in der Bundesrepublik und internationalen Links aufbauen. Dies käme den Bedürfnissen von Wissenschaftlern und Journalisten, Laienforschern und Schülern, allen Interessierten also, entgegen, die sich rasch informieren könnten, wo Interviews zu den sie interessierenden Fragestellungen archiviert sind. Andererseits erlaubte eine derartige Einrichtung den Archiven, die interessierte Öffentlichkeit über ihre Bestände und Nutzungsmöglichkeiten zu informieren.

Diskussion

Deutsche Zeitgeschichte seit 1945: Gesellschaft, Staat, Politik¹

Günter Benser

Diese verdienstvolle Publikation haben die Herausgeber mehrfach selbst vorgestellt, und sie ist inzwischen von Rezensenten mit unterschiedlichen Akzenten gewürdigt worden. Eine bloße Inhaltswiedergabe kann mithin nicht Hauptanliegen einer Besprechung in diesem JahrBuch sein. Der Respekt vor Herausgebern und Autoren gebietet vielmehr, wenigstens partiell auf die angebotenen Deutungen von Zeitgeschichte kritisch einzugehen. Doch sind wir jenen Lesern, die dieses umfangreiche Buch noch nicht zur Hand nehmen konnten, auch eine Information über dessen Anlage und Gliederung schuldig.

In diesem Band äußern sich vierzig Autoren aus Ost und West, aus dem In- und Ausland, Vertreter verschiedener Generationen und Wissenschaftsdisziplinen – viele Forschungserträge des letzten Jahrzehnts verarbeitend – zu Grundlinien und Schwerpunkten deutscher Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. Im Vorwort stellen die Herausgeber nicht nur Anliegen und Anlage dieses Projektes vor, sie verweisen auch auf Grenzen seiner Verwirklichung. Die Ausführungen zur Quellenlage und zur Literatur hätten gewonnen, wenn die gegenwärtig auf die zeitgeschichtliche Forschung einwirkenden politischen Interessen und Vorgaben klarer benannt worden wären.

Die Darstellung selbst wird mit einem Gesamtüberblick eingeleitet, und zwar mit je einem Beitrag zur Geschichte beider deutscher Staaten von 1945 bis 1990 und zum vereinigten Deutschland ab 1990.

Besondere Aufmerksamkeit und hohes Lob verdient der an der Spitze stehende Beitrag von Joerg Roesler, der gewissermaßen zu einem Buch im Buche geraten ist – dies aber nicht wegen Weitschweifigkeit des Autors, sondern im Ergebnis gründlicher Analyse und überaus anregender Interpretationen geschichtlicher Vorgänge. Roesler untersucht die Geschichte beider deutscher Staaten hauptsächlich unter dem Aspekt ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Er konstatiert entsprechende Entwicklungsstadien, die er nach einem einfachen, aber nützlichen Schema untersucht: Rahmenbedingungen und Hauptentwicklungen – Gemeinsamkeiten – Unterschiede – wechselseitige Beziehungen bzw. Bezugnahmen. Diese an den ökonomischen Zyklen orientierte und mit

¹ siehe Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Karl Dietz Verlag, Berlin 2006, 1357 S., CD-ROM

zahlreichen Daten untersetzte Betrachtungsweise deckt viele spiegelverkehrte Übereinstimmungen beider deutschen Staaten auf, die beide ihren spezifischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Konjunktur und politischer Stabilität aufweisen. Vielleicht hätten einige Bereiche – wie zum Beispiel die Genderfrage oder die Migration – schon in diesem grundsätzlichen Problemauflaß Beachtung verdient, womöglich aber auch von der von Roesler verfolgten Grundlinie etwas abgelenkt. Seine Methode der komparativen Untersuchung, bei der der Gegensatz von parlamentarischer Demokratie und Einparteienherrschaft mit diktatorischen Zügen nicht verabsolutiert und der üblichen Gut-Böse-Schablone unterworfen wird, findet nicht überall Beifall, weil mit ihr so manche inzwischen zum Tabu erhobenen und ungeprüft fortwirkenden Stigmatisierungen des ostdeutschen Weges widerlegt werden. Roeslers Studie enthält eigentlich die Substanz und erst recht die Brisanz, um einen Historikerstreit auszulösen. Denn hier wird der dominierende, den tonangebenden politischen und gesellschaftlichen Kräften der Bundesrepublik genehme Umgang mit der Geschichte der DDR, die „aufgearbeitet“ werden soll, begründet in Frage gestellt. Mit einem Historikerstreit zu dieser Thematik ist jedoch nicht zu rechnen; dazu wäre eine entsprechende mediale Aufmerksamkeit vonnöten, mit der das hier vorgestellte Handbuch im allgemeinen und der Autor Roesler im besonderen nicht rechnen dürfen. Vor allem aber fehlt in den die öffentliche Meinung dominierenden Kreisen das Interesse an einer derartigen Versachlichung der Sicht auf die DDR und an einer kritischen Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Bundesrepublik, die nicht nur das Gefühl uneingeschränkter Überlegenheit relativieren, sondern auch Zweifel an vielen beim und nach dem Anschluß der DDR getroffenen Entscheidungen nähren würde. So durfte man neugierig sein, ob und inwieweit sich wenigstens die anderen Autoren des Handbuches Roeslers Herangehensweise zu eigen machen bzw. produktiv nutzen. Um es vorwegzunehmen – das ist in recht unterschiedlichem Maße der Fall. Wie die Herausgeber im Vorwort einräumen, ist selbst die Gleichbehandlung der BRD und der DDR nicht überall gelungen, „in einigen Beiträgen überwiegt die Betrachtung der Ost-, in anderen die Westentwicklung“ (S.17). Dabei will auch bedacht sein, daß nicht alle Untersuchungsfelder solche Vergleichsmöglichkeiten bieten wie die Wirtschafts- und Sozialentwicklung.

Im zweiten, dem „Historischen Überblick“ zugeordneten Beitrag untersucht Johannes L. Kuppe das vereinigte Deutschland nach Überwindung der Zweistaatlichkeit. Er entwirft ein realistisches Bild von Gewinn und Verlust in der Berliner Republik. Den Stand der „inneren Einheit“ bewertet er mit der Schulnote Vier plus: „etwas besser als ausreichend, nach oben stark steigerungsbedürftig, Versetzung geradeso geschafft“ (S.179). Breiten Raum nehmen in seiner Untersuchung die Ergebnisse der Meinungsforschung und von Befragungen ein. Da vermisste ich die wiederholt von Jürgen Hofmann vorgestellten Befunde, die sich nicht nur durch ihre ausgereiften Fragestellungen und Bewertungen, sondern vor allem auch durch das Aufdecken von Trends

auszeichnen, wie sie dank der in zeitlichen Abständen vorgenommenen vergleichbaren Befragungen möglich wurden.

Der nächste Hauptteil des Handbuchs – „Schwerpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung“ überschrieben – enthält neun Beiträge, die den Bogen von außenpolitischen Aspekten über das politische und das Rechtssystem bis hin zu Kunst, Kultur und Wissenschaft spannen.

Die beträchtlichen Raum einnehmenden Untersuchungen zur internationalen Konstellation der deutschen Frage und zur Deutschlandpolitik der Großmächte und der Nachbarstaaten bieten viele Informationen und zeichnen Kontinuität und Wandel einprägsam nach. Während im Beitrag von Erhard Crome über „Die Sicht der osteuropäischen Nachbarn“ der Zusammenhang zu den system- bzw. lagerbedingten Positionen hergestellt wird, bezieht sich Siegfried Schwarz in seinem „Die Deutschlandproblematik im internationalen Kontext“ überschriebenen Beitrag vor allem auf die nationalen und Sicherheitsinteressen der Großmächte. Eine Zuordnung zu übergreifenden Determinanten kapitalistisch-imperialistischer Welt- und Außenpolitik erfolgt nicht in vergleichbarer Weise. Hervorzuheben ist, daß sich alle Autoren über die weichenstellende Rolle der Besatzungs- und späteren Schutzmächte und die Grenzen deutscher Souveränität (in Ost mehr als in West, aber dort eben auch) einig sind. Am Beispiel Frankreichs behandelt Ulrich Pfeil die „deutsche Zweistaatlichkeit in westlicher Perzeption“. Wird die Haltung Polens im Beitrag von Crome gebührend berücksichtigt, so bleibt der südliche Nachbarstaat Tschechoslowakei unterbelichtet. Österreich erscheint nur in Verbindung mit dem Staatsvertrag von 1955, seine Stellung zur deutschen Zweistaatlichkeit ist ausgeblendet. Das ist insofern verwunderlich, da das Vorwort des Handbuchs mit dem Satz beginnt „Die Existenz eines Einheitsstaates in der deutschen Geschichte war die Ausnahme“ (S.9), die Herausgeber sich also historischer Wurzeln zeitgeschichtlicher Geschehnisse sehr wohl bewußt sind, und dazu gehören nicht zuletzt die großdeutschen und kleindeutschen Optionen.

Die folgenden drei Beiträge haben innenpolitische Entwicklungen zum Gegenstand: Das politische System, das Rechtssystem sowie Opposition und Widerstand. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich der Vergleich der politischen Systeme beider deutscher Staaten besonders schwierig gestalten mußte, denn in diesem Bereich waren die Gegensätze im politischen Selbstverständnis, in den realen Verhältnissen und mehr noch in den subjektiven Wahrnehmungen am größten. Wilfriede Otto, die sich dieser Aufgabe gestellt hat, bietet viele Informationen zur politisch-staatlichen Entwicklung, die Lücke zwischen ihren eingangs benannten theoretischen und methodologischen Postulaten und den folgenden konkrethistorischen Darlegungen vermag sie indes nicht überzeugend zu schließen. So ist ihr Beitrag vorrangig eine Verfassungsgeschichte (obwohl dies auch Gegenstand des folgenden Beitrages ist), eine Geschichte der Legislative und der Exekutive beider deutscher Staaten. Hingegen finden frühe weichenstellende Vorgänge keine Erwähnung – zum Beispiel die Gemeinsamkeit der Verhinderung basisdemokratischer Neuansätze in West und Ost oder der

Unterschied in Konzept und Praxis der Entnazifizierung. Für einen Systemvergleich hätte es nicht nur einer stärkeren Verallgemeinerung von Einzelereignissen, sondern vor allem eines übergreifenden Prinzips, eines Hauptkriteriums, bedurft. Ein solches Kriterium läßt sich meines Erachtens nur aus dem grundlegenden Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Ideologie gewinnen unter Respektierung der Erkenntnis, daß der politische Überbau in letzter Instanz ökonomisch determiniert ist. Die Geschichte historischer Umbrüche belegt, daß Bestrebungen, eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten, ein anderes Verständnis von Macht und ihrem Gebrauch hervorbringen als lediglich mit Modernisierungen einhergehende restaurative Prozesse. Es hätte sich gewiß gelohnt, den von Crome zitierten Gedanken von Peter Ruben weiterzuverfolgen, der im Gegensatz beider deutscher Staaten die Fortsetzung eines von der Novemberrevolution gestellten Problems sieht und in der DDR „die staatliche Konstituierung einer der Bürgerkriegsparteien in der Revolution von 1918/1919“ (S.253). Das hätte die Autorin auch zu der für diesen Beitrag eigentlich unverzichtbaren Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis der Volksdemokratie hingeführt.

Volkmar Schöneburg hat es da mit dem Vergleich der Rechtssysteme wesentlich einfacher, denn diese Materie läßt sich besser überschauen und ordnen. Ausgehend von den Vorgaben der Alliierten geht er für die Jahre 1945 bis 1949 vor allem auf die erfolgte oder verhinderte Entnazifizierung der Justiz und auf die Länderverfassungen ein. Die darauf folgende Beschreibung der Verfassungen, der Justiz und wesentlicher Bereiche der Rechtsetzung und Rechtsprechung beider deutscher Staaten macht deutlich, daß die DDR in beträchtlichem Maße Diskontinuität im deutschen Rechtswesen verkörpert, wobei ihr Bruch mit reaktionären Traditionen deutscher Justiz und bürgernahe Gesetzeswerke und Rechtspraxis positiv, die politische Funktionalisierung der Justiz und der Verlust ihrer Herrschaftskontrollfunktion negativ zu bewerten sind. Demgegenüber ist das Rechtssystem der BRD weit mehr von Kontinuitäten und der exponierten Stellung von Fachjuristen gekennzeichnet, wobei die machtsichernde Funktion überwiegend indirekt ausgeübt wird. Hier hätte man eine Auseinandersetzung mit dem von der BRD postulierten juristischen Fortbestand des Deutschen Reiches erwarten dürfen. Schöneburgs Urteil über Recht und Justiz nach dem 3. Oktober 1990 fällt begründet sehr kritisch aus, sowohl angesichts der fragwürdigen juristischen Abrechnung mit der DDR und ihren Hoheitsträgern als auch wegen des gegenwärtigen Trends „in die Richtung eines autoritären Sicherheitsstaates“ (S.353.)

Daß auch Opposition und Widerstand in beiden deutschen Staaten einer vergleichenden Untersuchung unterzogen werden, durfte nicht unbedingt erwartet werden, wird doch Widerstand in der Regel nur der NS-Herrschaft und dem SED-Regime zugeordnet. Schon deshalb verdient die durch Bernd Florath angeregte Erweiterung des Blickfeldes Respekt. In einer materialreichen Betrachtung werden – den wesentlichen Entwicklungsetappen zugeordnet – gravierende Äußerungen von Opposition und Widerstand in Ost und West in

ihren unterschiedlichen Zusammenhängen, Äußerungen und Wirkungen von 1945 bis 1989/90 vorgestellt. Doch das Herauslösen und Verselbständigen dieses Themenfeldes ist nicht unproblematisch. Denn ursächliche bzw. verursachende gesellschaftspolitische Widersprüche, das Wechselspiel von erklärten und eigentlichen Zielen, von eigenen Antrieben und Vereinnahmung durch die Lager des Kalten Krieges, von beabsichtigten und eingetretenen Wirkungen werden so nicht immer hinreichend aufgedeckt. Disproportioniert ist vor allem die Darstellung des ersten Nachkriegsjahrzehnts, wo bei der Beschreibung der Westzonen weder die unterdrückten Antifausschüsse mit ihren basisdemokratischen Ansätzen noch die verbotene Volkskongreßbewegung Erwähnung finden. Mehr noch erstaunt, daß von der gegen die Remilitarisierung der BRD gerichteten Ohne-uns-Bewegung, von der Bewegung für eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages, von der Paulskirchenbewegung allenfalls rückblickend in pauschalisierenden Nebensätzen die Rede ist.

Über die Entwicklung von Kunst und Kultur hat der französische Germanist und Historiker Jean Mortier eine Studie beigezeichnet, die sich in besonderem Maße durch Ausgewogenheit auszeichnet, vielleicht mit der Einschränkung, daß die BRD der 80er Jahre etwas verknappt erscheint. Da auch in der Bundesrepublik herausragende Kunstwerke in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Realitäten entstanden sind, tritt der Nonkonformismus als ein verbindender Zug kultureller Entwicklung in Ost und West hervor. Über manche Protestbewegungen in Westdeutschland erfährt der Leser hier mehr und Genaueres als in dem speziell dieser Thematik gewidmeten Beitrag von Florath. Was nach dem Anschluß der neuen Bundesländer im Umgang mit Künstlern und kulturellen Institutionen der DDR praktiziert worden ist, charakterisiert Mortier mit Begriffen wie „Hetzkampagne“ und „Bilderstürmerei“.

Demgegenüber beschränkt sich der Beitrag von Gerald Diesener über Medien und Medienpolitik weitgehend auf die strukturelle Entwicklung, auf Stellung und Nutzung der Medien im politischen System beider deutscher Staaten. Inhaltliche Profile und Medienereignisse scheinen da nur am Rande auf. Für die DDR-Medien wird der Frage ihrer Akzeptanz nachgegangen, was für die BRD-Medien weitgehend unterbleibt. Mit handgreiflichen Fakten belegt Diesener, daß die oft erhobene Behauptung, die DDR-Bevölkerung habe in ihrer übergroßen Mehrheit die eigenen Sender gemieden und nur Fernseh- und Rundfunk-sendungen aus dem Westen empfangen, den Tatsachen widerspricht. In beiden deutschen Staaten war unter der Bevölkerung das Bedürfnis nach Unterhaltung weitaus stärker als das Bedürfnis nach Information und Bildung.

Der letzte den „Schwerpunkten“ zugeordnete Beitrag befaßt sich mit Produktivkraftentwicklung und Wissenschaft in der DDR. Hubert Laitko liefert zwar keine DDR und BRD vergleichende Studie, stellt aber wiederholt entsprechende Bezüge her. Hervorzuheben ist seine Ausgangsthese, daß die staatssozialistische Wirtschaftspolitik und -praxis noch kein endgültiges Urteil über die Marxschen Vorstellungen von einer sozialistischen Produktionsweise gesprochen habe. Viel

Aufmerksamkeit widmet der Autor den Wechselwirkungen von Sachzwängen, strukturpolitischen Entscheidungen und Wissenschaftsentwicklung. Gemessen an dieser reale Bedingungen und planwirtschaftliche Entscheidungen gegeneinander abwägenden Erörterung, erweist sich, wie flach und arrogant die Politikerstereotypen von der Mißwirtschaft DDR und jeglicher zum Scheitern verurteilten Planwirtschaft sind.

Der folgende Hauptteil trägt die Überschrift „Entwicklung der Politikfelder“. Die Abgrenzung zwischen diesem und dem vorausgegangenen Hauptteil gibt dem Leser einige Rätsel auf. Wieso ist „Medien und Medienpolitik“ ein Schwerpunkt, während „Bildung und Schulpolitik“, „Frauen- und Familienpolitik“, „Verteidigung und Militärpolitik“ lediglich als Politikfelder erscheinen? Als Erklärung könnte allenfalls dienen, daß die meisten (aber auch nicht alle) hier angesiedelten Beiträge einen geringeren Umfang aufweisen und manche überwiegend die Entwicklung in dem einen oder anderen deutschen Staat im Blickfeld haben. Diese 23 Studien befassen sich mit Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frauen- und Jugendpolitik, Kultur- und Wissenschafts- und Bildungspolitik. Auch Themen wie Kirchen, Umwelt, Migration sind nicht ausgespart. Die Erträge im einzelnen vorzustellen, würde den Rahmen dieses Beitrags unweigerlich sprengen.

Der Anhang enthält eine Auswahlbibliographie, das Abkürzungs-, das Personen- und das Autorenverzeichnis. Dem Buch ist eine CD-ROM beigegeben mit einer Chronologie von 1945 bis 2000, einer ausführlichen Bibliographie und einem annotierten Personenverzeichnis. Mit der DDR-Historiographie und den in deren Gefolge entstandenen Publikationen vertraute Leser werden hier manchen Autor vermissen, der ebenfalls Bedenkenswertes zur deutschen Nachkriegsgeschichte beizusteuern wußte. Hier empfiehlt es sich, korrespondierend das Handbuch „Bilanz und Perspektive der DDR-Forschung“ mit zu Rate zu ziehen, wengleich auch dort manche Lücken klaffen.

Ungeachtet solcher kritischer Bemerkungen überragt das hier vorgestellte Handbuch in seiner Komplexität, dank der Sachkenntnis der Autoren, mit seinem hohen Informationsgehalt wie in seinen abwägenden und anregenden Interpretationen alles, was ansonsten zur Geschichte der beiden deutschen Staaten angeboten worden ist. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich künftige Publikationen an diesem Handbuch messen.

Rezensionen/Annotationen

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Evkönyv 2007 (Aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Jahrbuch 2007), Jahrgang XXXIII, Magyar Lajos Alapítvány, Budapest 2006, 427 S.

Abweichend von der bisherigen Praxis, keine Geburtstage lebender Persönlichkeiten besonders hervorzuheben, wird zu Beginn dieses Bd., der Ereignisse behandelt, deren Jubiläen in das Jahr 2007 fallen, in einer redaktionellen Notiz schon einmal die Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden 90. Geburtstag von Prof. em. Eric Hobsbawm (*9. Juni 1917) gelenkt. Der britische Historiker und Sozialwissenschaftler, der „wie wenige andere die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts kritisch erlebte, begleitete und mit scharfem Blick erforschte“ (Internet-Enzyklopädie Wikipedia), habe mit vielen Beiträgen zur inhaltlichen Bereicherung des ungarischen Jahrbuches – so auch dieses Bd. – beigetragen und werde das gewiß auch künftig tun.

Die Rubrik „Außergewöhnliche Lebenswege“ ist Richard Crossman (1907-1974) und John Strachey (1901-1968) gewidmet. Der Teil „Studien“ enthält diesmal den Auszug aus einer umfangreicheren Studie von Lázár Endre Bajomi über die politische Biographie von Anatole France (1844-1924) sowie Beiträge von Peter Birke über „Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland (1967-1973)“, von Zsuzsa Dömény über jüngste Entwicklungs-

prozesse in Venezuela, von Boris Kagarlickij über Rußland „im Zeitalter der amerikanischen Vorherrschaft“, von John Schwarzmantel über Herausforderungen, denen sich die neoliberale Hegemonie gegenüber sieht, und von Gáspár Miklós Tamas über Alexis de Tocqueville (1805-1859).

In der Rubrik „1907“ werden das Wirken von J. C. Hardy (J. Jemnitz), die Gewerkschaftsdiskussion auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale (J. Jemnitz) und einige Entwicklungen in den skandinavischen Ländern und Finnland behandelt sowie ein Rückblick von Peter Kropotkin aus dem Jahre 1907 auf die russische Revolution und ihre Lehren wiedergegeben. Eine andere Rubrik enthält Skizzen über die Italienische Kommunistische Partei zwischen 1927 und 1929 (Teil II, A. Agosti), Auszüge aus Briefen von Filippo Turati (1857-1932) aus seinem letzten Lebensjahr sowie Beiträge über die Idee einer proletarischen Kultur und die Politik der KP Großbritanniens (M. Worley), über die Kritik am „Britischen Sozialismus“ und am Labourismus (K. Morgan) und über die politische Krise in Frankreich und das Programm der französischen Sozialisten (J. Jemnitz). Materialien aus jüngster Zeit, darunter eine Besprechung des Buches von L. Jospin „Die Welt, wie ich sie sehe“, und Erklärungen von François Hollande und Dominique Strauss-Kahn, werden in der Rubrik „Die französische sozialistische Linke“ wiedergegeben. „Hintergrund“-Materialien, Dokumente, kurze Skizzen zu Jahrestagen und politischen Ereignissen der jüngsten Zeit sowie fast drei Dutzend biographische Skizzen,

darunter zu Giorgio Amendola (1907-1980), Guiseppe Di Vittorio (1892-1957), Jean Kanapa (1921-1978), Emanuele Guiseppe Modigliani (1872-1947), George Sand (1804-1876), Alvaro Cunhal (1913-2005), Harilaos Florakis (1914-2005) und Harry Magdoff (1913-2006), schließen sich an.

Berichtet wird über die 41. Linzer Konferenz der ITH (2005), über das I. Sozialforum des Mittelmeerraumes (Barcelona 2005), über eine Konferenz zur Geschichte des Antikommunismus (Genf 2005) und über die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA).

Im „Internationalen Anhang“ werden unter anderem ein Beitrag von Eric Hobsbawm über John Strachey (in englischer Sprache), ein Beitrag von Michael Schneider über die vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag im September 2005 (in deutscher Sprache) und ein Beitrag von Gerd Callesen über die Marx-Engels-Gesamtausgabe (in englischer Sprache) wiedergegeben.

Winfried Morgenstern

Georg Herwegh: Werke und Briefe. Kritische und kommentierte Gesamtausgabe. Hrsg. von Ingrid Pepperle in Verbindung mit Volker Giel u. a., Bd. 5: Briefe 1832-1848, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2005, V, 466 S.

Die lange überfällige große Herwegh-Ausgabe, die mit diesem Bd. begonnen wird, soll insgesamt sechs Bd. umfassen – je zwei Bd. Gedichte, Prosa und Briefe. Für alle drei Textgruppen bildet das Revolutionsjahr 1848 die Zäsur.

Zufälle, wie sie bei so großen Vorhaben einzutreten pflegen, bedingten es, daß

der Bd. 5 als erster erscheint. Kein Zufall jedoch ist es, daß P. die jahrzehntelang als treue Fortsetzerin des Wirkens Bruno Kaisers und als selbständige Herwegh-Forscherin tätig war, nun als Hrsg. auftritt. Überhaupt ist zu sagen, daß in dieser Edition eine Leistung steckt, die eigentlich nur von einer größeren, langjährig beschäftigten Forschungsgruppe zu erwarten ist. Wir haben hier ein prächtiges Beispiel von der Produktivität ehemaliger DDR-Wissenschaftler, die auch ohne institutionelle Bindungen weiter wissenschaftlich tätig sind.

Herwegh blieb stets ein Mann des Volkes, ein mutiger Vertreter der revolutionär-demokratischen und Arbeiterbewegung Deutschlands im 19. Jh. Mit der Hälfte seiner nun hier vorliegenden Briefe hat man zwar noch nicht einmal ein Sechstel seiner überlieferten Schriften, aber selbst aus der kleinsten Briefstelle spricht überall der ganze Mann. Er war ein Poet, der manchmal über die Stränge schlug, der 1844 mit seinem Verhältnis zur Gräfin d'Agoult seine junge Ehe aufs Spiel setzte und im März 1848 an der Spitze einer Freischar schmerzhaft begreifen mußte, daß sich eine Revolution nicht exportieren läßt. Aber er war auch, und das zeigen seine Briefe ebenfalls, ein bedeutender analytischer Denker.

Die Bedeutung Herweghs vor den Lesern dieser Zeitschrift auszubuchstabieren, hieße Eulen nach Athen tragen. Auch sollte eine ausführliche Darstellung seines Werks und seiner aktuellen Bedeutung bis zum hoffentlich bald eintretenden Zeitpunkt aufgespart werden, an dem die Gesamtedition vorliegt. Hier geht es zunächst um die Briefe, genauer: um die

frühen Briefe, 272 von ca. 650 überlieferten. Und es geht wohlgerne um Briefe, nicht um einen Briefwechsel, denn die Briefe *an* Herwegh sind leider nicht berücksichtigt. Auf S. III der Einleitung ist nur knapp gesagt, daß dies zu viel Arbeit gewesen wäre, aber es ist nun mal eben nicht von der Hand zu weisen, daß erst aus dem Dialog eines wirklichen Briefwechsels die historische Wahrheit erkennbar wird. So könnte u. a. vielleicht über jene drei Jahre in Herweghs Leben, aus denen kein einziger Brief von ihm selbst vorliegt (Juli 1836 bis Juli 1839), etwas aus Briefen *an ihn* zu ermitteln sein? Doch auch aus dem, was wir nun glücklicherweise in Händen halten, ist vieles über Herweghs Leben und Werk zu erfahren, wie es eben nur aus Briefen erfahbar ist. So schwebte ihm jahrelang vor, eine neue „Menschliche Komödie“ zu schreiben. Seiner hochgebildeten Freundin Marie d'Agoult (die unter dem Pseudonym Daniel Stern eine „Histoire de la révolution de 1848“ veröffentlichte, der Karl Marx viel Material für seinen „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ entnahm) schrieb er im August 1844, er wolle zehn Jahre daran setzen, eine „Ab-lage der ganzen modernen Weltanschauung“ dichterisch zu gestalten, ein Bild „unsres ganzen Freiheitskampfes von der Reformation durch die Revolution [1789] bis zu unsern Tagen, mit der Perspektive in die Zukunft, die tragisch-komische Stellung des deutschen Volks, dem's an keiner Stufe der Freiheit genügt, weil es ihren Begriff am *höchsten* gefaßt“ (S.183). Und es ist noch derselbe Plan, den er nach seinen eigenen Worten seit Jahren in sich herumtrage, von dem er seiner Frau im Oktober 1847 schreibt,

sein „großes opus“ solle „Etwas von Odyssee, Don Quixote, göttlicher Comödie u. Don Juan zu gleicher Zeit“ sein, aber mit „lebendigen Personen, die nichts desto weniger *typischer* Natur sein können“, so daß er zugleich „eine Geschichte u. Kritik aller Ideale u. Utopien“ geben könne. Unter Überwindung des „christlichen Zirkels“ wollte Herwegh in dieses Werk die modernen Naturwissenschaften einbeziehen und dabei nicht nur im Sinne seines Freundes Ludwig Feuerbach den „alten Dualismus von Natur u. Geist“ überwinden, sondern auch den „von Natur u. Geschichte“ (S.267f.).

So konnte nur ein Mann denken, der Heinrich Heines „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ tief durchdacht hatte (Herwegh ging vom „Enthusiasmus“ der klassischen deutschen Philosophie für die französische Revolution von 1789 aus) und der Anfang 1844 mit Marx in Paris über jene Probleme debattierte, die dieser in seinen damals noch unveröffentlichten „Thesen über Feuerbach“ festhielt.

Die große gedankliche Nähe zu seinem engen Freund Marx zeigen auch Herweghs Briefstellen über Gotthold E. Lessing und über Bettina von Arnim (S.135f.) oder die über die notwendige Gründlichkeit einer Revolution (S.151). Schon Ende Februar 1844 sieht er die Unvermeidlichkeit des Bruchs zwischen Marx und Arnold Ruge (S.145), der dann vier Wochen später tatsächlich eintrat. Und es war für ihn selbstverständlich, in der Polemik mit Pierre Proudhon auf Marx' Seite zu stehen (S.269).

Die Briefe belegen noch einmal auf ihre authentische Weise die große Nähe

Herweghs zu den Ideen der Revolution, zum Sozialismus. Der „Communismus“ habe „ein unbestreitbares Recht“, ohne ihn könne man „mit der alten Welt nicht fertig werden“ (S.265). Zwei Tage nach Beginn der Pariser Februarrevolution bekennt er in einem Brief an seinen Freund Johann Jacoby in Königsberg: „Ich liebe die rothe Fahne [...], weil sie das Volk im *ersten Instinct* als Symbol *einer neuen Zeit* überall an die Stelle der dreifarbigten Fahne aufgepflanzt hatte“ (S.287).

Vor allem am Schluß des Bd. finden sich hervorragende, enthusiastische, aber auch analytisch genaue Beschreibungen des Verlaufs der Februarrevolution in Paris (S.284-291), darunter eine unerhört hellsichtige Meinung über die Nationalateliers, deren Abwürgen dann das auslösende Moment zur Juniinsurrektion wurde. Im Sommer 1848 legte er in einem Brief an Heinrich Bernhard Oppenheim seine Ansichten über den europäischen Charakter der Revolution und den weiteren Revolutionsverlauf dar (S.295-297), die sich mit denen von Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ weitgehend deckten.

Die angewandten Editionsprinzipien entsprechen dem modernen Standard kritischer Textbearbeitung, nur die Übersetzung französischer Textstellen zeigt ein zu großes Entgegenkommen gegenüber dem wissenschaftlichen Nutzer. Der Sprachgebrauch des 19. Jh. wurde nicht in jedem Falle beachtet. Der kommentierende Apparat enthält eine immense Forschungsarbeit. Das Namenregister ist hervorragend. *Martin Hundt*

Association Démocratique, ayant pour but l'union et la fraternité de tous les peuples. Eine frühe internationale demokratische Vereinigung in Brüssel 1847-1848. Hrsg. von Bert Andréas (†), Jacques Grandjonc (†) und Hans Pelger. Bearbeitet von Helmut Elsner u. Elisabeth Neu, Schriften aus dem Karl-Marx-Haus 44, Trier 2004, 765 S.

Dieses seit Jahrzehnten angekündigte, lange erwartete Buch enthält buchstäblich alles, was über die Association Démocratique von den überlieferten Dokumenten her gesagt werden kann. Sämtliche Arten von Quellen sind abgedruckt und hervorragend kommentiert; dieses wichtige Thema ist endlich erschöpfend erschlossen. Was nun „nur“ noch fehlt, wäre eine darstellende, monographische Geschichte dieser nur ein knappes halbes Jahr bestehenden, aber hochinteressanten und auch aktuell lehrreichen Organisation. Daß sie von der Historiographie bisher unterschätzt wurde, ist in der Einleitung des vorliegenden Bd. richtig gesagt.

Neben dem Textteil mit über 500 Seiten (alle Dokumente selbstverständlich in der Sprache des Originals), bietet der umfangreiche Kommentar informative Abhandlungen über die Lage in Belgien im Jahre 1847, über die damalige internationale demokratische Konstellation und eine detaillierte Geschichte der Association bis zum Frühjahr 1848. Ergebnis stupender Kleinarbeit sind auch die drei Personen-Listen: Liberale, Radikale und Arbeiterführer in Belgien; Internationalistische Radikale und Arbeiterführer außerhalb Belgiens;

Verzeichnis der Mitglieder der Association. In dieser Hinsicht bleibt kein Wunsch offen. Literatur- und Namenregister fehlen nicht.

Wie schön wäre es gewesen, hätten wir dieses Buch schon gehabt, als in den 1970er und 1980er Jahren die drei Bd. „Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien 1836–1852“ (BdK) und die ersten Briefbände der MEGA zu erarbeiten waren; Dutzende Annotationen zu Dokumenten, Personen und historischen Umständen hätten ergänzt, präzisiert oder korrigiert werden können.

Denn Karl Marx (als Vizepräsident) und Friedrich Engels spielten in dieser „Demokratischen Gesellschaft zur Vereinigung und Verbrüderung aller Völker“ eine hervorragende Rolle, abgesehen davon, daß sie hier Erfahrungen sammeln konnten, die für sie noch in der Internationalen Arbeiter-Assoziation ab 1864 von Wert waren. Es ist mit dem Blick von heute überhaupt erstaunlich, in welcher Nähe und ohne größere Berührungsängste damals Vertreter der jungen Arbeiterbewegung und liberale Demokraten, national und international denkende, linksbürgerliche und sozialistisch-kommunistische Kräfte gemeinsam agierten. In der Association Démocratique in Belgien kurzzeitig organisatorisch vereinigt, vermochten sie am unmittelbaren Vorabend der europäischen Revolution von 1848 der monarchistischen Reaktion sogar einen größeren Schreck einzujagen, als es den realen Kräfteverhältnissen entsprach. In diesem übergreifenden Zusammenhang kann man durchaus der Feststellung zustimmen, die Geschichte des

Bundes der Kommunisten im internationalistischen Sinne sei noch nicht genügend erforscht (S.52).

Die Einleitung, wenngleich fast erdrückend faktenübersättigt und einige allgemeinere Fragen kaum andeutend, vermag etwas vom internationalistischen Geist der Association zu vermitteln. So ist z. B. der Hinweis (S.29) hochinteressant, daß mit der belgischen liberalen Partei von 1846 erstmals eine politische Partei aus der (zutiefst demokratischen, von der Gründungsgeschichte der USA herrührenden) Organisationsform „Kongreß“ hervorging, eine Form, die auch der Association Démocratique nicht fremd war, die aber vor allem vom Bund der Gerechten übernommen wurde, als er sich 1847 zum Bund der Kommunisten umformte.

Die extrem lange Bearbeitungszeit des Bd. brachte es wohl mit sich, daß einige neuere Publikationen und Forschungsergebnisse nicht berücksichtigt wurden, so zu Bernays, Ewerbeck und D’Ester. Bei der gekürzten Wiedergabe der Adresse des Bundes der Gerechten vom November 1846 (S.235–237) vermißt man einen Hinweis auf den vollständigen Abdruck in BdK 1, beim Schreiben an die Fraternal Democrats vom 13. Februar 1848 und bei Marx’ und Engels’ Reden zum 2. Jahrestag des „Kraukauer Aufstands“ am 22. Februar 1848 einen Verweis auf gedruckt vorliegende deutsche Übersetzungen. Nicht in allen Fällen ist bei Briefen von Marx und Engels auf den Abdruck in der MEGA verwiesen.

Mit diesem Bd. geht eine Epoche zu Ende. Er ist der letzterschienene (die Bandnummer 44 erhielt er nur, weil sein

Erscheinen schon vor über zehn Jahren vorgesehen war) einer stattlichen Reihe von 51 „Schriften“ – dünner Hefte oder voluminöser Bände –, die seit 1969, also über 35 Jahre hinweg, an denkbar historischem Ort, dem Geburtshaus von Marx, erschienen. Diese grüne Schriftenreihe, deren bleibender Wert noch monographisch zu würdigen wäre, verdankte ihr Entstehen in erster Linie dem langjährigen Leiter des Karl-Marx-Hauses Hans Pelger. Mit seinem altersbedingten Ausscheiden hörte nicht nur die Reihe auf, sondern im wesentlichen auch die in diesem Hause und von diesem Hause aus betriebene sozialdemokratische Marx-Engels-Forschung. Wie schon der Titel des hier anzuzeigenden Bd. aussagt, weilen die beiden Mitherausgeber, die bedeutenden Historiker der frühen Arbeiterbewegung und bekennenden Sozialisten Bert Andréas und Jacques Grandjonc, nicht mehr unter den Lebenden (sie verstarben 1984 bzw. 2000).

Nachdem es keine spezifische Marx-Engels-Forschung der Sowjetunion und der DDR mehr gab, war die gesellschaftliche Notwendigkeit entfallen, als eine Art Gegengewicht eine speziell sozialdemokratische aufrechtzuerhalten. Mit der üblichen historischen Verzögerung wurde die Aufgabenstellung des Karl-Marx-Hauses in Trier verändert. Hatte es 1990 noch große Pläne über eine direkte Mitarbeit an der MEGA gegeben und war die Bearbeitung der Bd. 4 bis 9 der I. Abteilung übernommen worden, so ist auch das nun Geschichte. Ob und wie die weit gediehenen Vorarbeiten zur Neuedition der „Deutschen Ideologie“ zur Druckreife gelangen, ist für Außen-

stehende nicht zu erkennen. Im Vorwort des vorliegenden Bd. heißt es nur noch lapidar: „Weitere Publikationen waren geplant, u.a. zum Brüsseler Ökonomenkongreß vom September 1847. Damit sollten notwendige Voruntersuchungen zur Edition der MEGA-Bde I/4–I/6 der Forschung vorgelegt werden“ (S.8).

Der vorliegende prächtige Bd. ist also in mehrfachem Sinne eine historische Erscheinung. *Martin Hundt*

Arno Klönne/Karl A. Otto/Karl-Heinz Roth (Hrsg.): Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung, VSA Verlag, Hamburg 2003, 316 S.

Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 12, Oldenbourg Verlag, München 2005, 269 S.

Beide Bände befassen sich, auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Herangehen, mit der Interpretation und Identität der Arbeiterbewegung, ihrer Geschichte und ihrer Akteure.

Der erste Band entstand aus einem Kolloquium an der Bremer Universität anlässlich der Verabschiedung von Professor Jörg Wollenberg. Der Band widmet sich dem „kollektiven Gedächtnis“ der Arbeiterbewegung. Damit möchte er einer sich ausbreitenden „Erinnerungsschwäche“ (S.11) an die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung entgegenwirken und dazu beitragen, diese zu vergegenwärtigen. Das Buch, mit einem Vorwort vom ehemaligen Bremer Bür-

germeister Hans Koschnik versehen, versteht sich als Material für Lehre und „Lernversuche“. Die Arbeiter- und insbesondere die Gewerkschaftsbewegung wird in ihren Erfolgen (und Mißerfolgen) als Gegenpol zu den herrschenden ökonomischen Verhältnissen und politischen Machtstrukturen dargestellt. Mit Recht machen die Autoren darauf aufmerksam, daß Deutungen über die Geschichte nicht nur wissenschaftlich, sondern oft auch politisch umstritten sind. Ihr Verdienst besteht darin, daß sie nicht nur ausgewählte historische Ereignisse im Blick haben, sondern verfolgen, ob und wie diese überliefert wurden, wie weit sie später das Handeln beeinflussten und auch in der Bildungsarbeit relevant waren. Fluchtpunkte sind für sie, ob in der Arbeiterbewegung mit ihren widersprüchlichen Ideen, Kontroversen und heterogenen sozialen Grundlagen, Aktionen und Mentalitäten eine zusammenführende Perspektive existierte.

Gegliedert ist der Band in vier thematische Blöcke. Die Teile „I. Arbeiterbewegung, Bürgertum und deutscher Faschismus“ und „II. Antagonistische Strömungen in der Arbeiterbewegung“ behandeln die Zeit der Weimarer Republik und die NS-Zeit. In „III. Geschichte und soziales Gedächtnis“ werden verschiedene Themen zur Geschichtsschreibung und politischen Bildung aufgegriffen, während „IV. Was bleibt? Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung nach den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts“ Fragestellungen zu den Zäsuren I. Weltkrieg, 1933, 1945 und 1989 thematisiert. Die Autoren erbringen interessante Detailbefunde und Forschungsergebnisse.

Im Block I wird die Thematik exemplarisch an einigen Städten behandelt: das Großbürgertum der freien Hansestädte und ihr Verhältnis zum Faschismus (K. H. Roth), der Arbeiterwiderstand gegen das NS-Regime in Hamburg (L. Eiber), Nürnberg und Bremen als Hochburgen der Arbeiterbewegung (J. Wollenberg), ein Fabrikdirektor in Bielefeld (K. A. Otto), Eutin in der NS-Zeit (L. D. Stokes) und Arbeiterbewegung und Bürgertum in Osterode (W. Struwe). Einige Beispiele seien herausgegriffen. Roth untersucht, wieso die hanseatischen Kaufmannschaften trotz der für sie (zunächst) nachteiligen Weichenstellung sich mit dem Faschismus identifizierten und dann, während des Krieges, den „moralischen Standard der Zivilgesellschaft weit hinter sich gelassen“ hatten (S.17, 31). Eiber belegt in seinem Beitrag, daß um 1935/36 die Widerstandsorganisationen der Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen waren. Diese existierte nun in Form einer Arbeiteropposition, die im Krieg zurückgedrängt wurde, aber nie verschwand; nach der Befreiung lebte sie wieder auf und bildete eigene organisatorische Strukturen (antifaschistische Betriebsausschüsse, Sozialistische freie Gewerkschaft) mit neuen Formen der politischen Organisation und Aktion. Dieser Ansatz wurde mit der Rekonstruktion der alten Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung wieder zerstört.

Im Mittelpunkt des II. Kapitels stehen biographische Skizzen über Karl Plättner (V. Ullrich), Walter Fabian (J. Wollenberg), Karl Bröger (A. Klönne) und Karl Grönsfelder und Otto Kraus (H. Klaus).

Es verbleibt damit mehr im Bereich der traditionellen Biographik, wobei allerdings „neben auch überregional bekannten Personen wie Walter Fabian“ entsprechend der vorgestellten Orte Biographien aus der Region im Vordergrund stehen.

Sehr unterschiedliche Einzelthemen beinhaltet der III. Komplex, so „Spurensuche. Volksgenossen“ (H. Glaser), „Erfahrung und Erwartung: Utopische Bildreste einer Zivilisierung der Arbeitergesellschaft“ (P. Alheit), „Verschüttete linke Traditionen in der Erwachsenenbildung“ (J. Wollenberg), die politische Bildung in Bielefeld (G. Brenneke/K. Gutbrod), die Geschichtsschreibung des Marburger Instituts für Politikwissenschaft (G. Fülberth/J. Harrer), „Operaitische Strömungen in den 70er Jahren“ (A. Ebbinghaus) sowie „Zur Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus“ (E. Husson). Peter Alheit befaßt sich in seinem Beitrag mit dem Zusammenhang von Zivilgesellschaft, Arbeit und Bildung. Er konstatiert für die BRD eine „Inflationierung und politische Verödung des Bildungssektors“, die die ursprünglichen Aufklärungs- und Emanzipationsziele ausgetrocknet haben. Währenddessen sei für die DDR eine Überpolitisierung mit pädagogischem Gestus typisch gewesen. In beiden Staaten habe sich die Bildungspolitik von der Zivilgesellschaft abgekoppelt und den Prämissen der Ökonomie oder des Staats rückhaltlos untergeordnet. M. W. erstmals werden im historiographisch wertvollen Beitrag von Georg Fülberth und Jürgen Harrer Themenfelder und Arbeiten zur Geschichte der

Arbeiterbewegung aus dem von Wolfgang Abendroth begründeten Marburger Institut aufgelistet. Husson arbeitet heraus, daß die Totalitarismus-Theorie auch für die Geschichtsschreibung über den NS unfruchtbar sei. Zugleich fordert er, angesichts immer noch vorhandener Defizite in der Erforschung aller Aspekte des Dritten Reiches, eine „konsequente und fortgesetzte Vergangenheitsbewältigung“.

Im letzten Abschnitt werden behandelt: der „Geschichtsbruch“ für die deutsche Arbeiterbewegung mit dem I. Weltkrieg (A. Klönne), der Untergang der Gewerkschaftsbewegung 1933 (K. H. Roth), 1945 als Befreiung und Hoffnung auf eine antifaschistisch-demokratische Neuordnung (F. Deppe), die Wende '89 (D. Hensche) sowie Probleme der heutigen Gewerkschaftspolitik im Widerspruch zwischen Parteiorientiertheit und außerparlamentarischen Bündnissen (H. Schmitthener/H.-J. Urban). Arno Klönne resümiert in seinem Beitrag, daß es nach 1918 im „sozialen Gedächtnis“ der Arbeiterbewegung keine umfassende Einheit gab, sondern im Zentrum die Trennung stand, jede Richtung habe ihre eigene „Erzählung“, ihre eigene Erinnerungsarbeit ausgeprägt. Karl Heinz Roth wertet das Fiasko der Gewerkschaften 1933 als Eckpunkt, der die Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung eingeleitet und im Krieg zur Zerstörung der proletarischen Milieus geführt habe. Frank Deppe konstatiert, der 8. Mai 1945 sei in der politischen Kultur der Bundesrepublik ein „kollektiver Gedächtnisverlust“, jahrzehntelang habe dieser Tag lediglich als „Tag der Kapitulation“, nicht aber als Tag der Befreiung fungiert. Für

das Selbstverständnis der Bundesrepublik wurde das Jahr 1945 zur „Stunde Null“ umgedeutet, womit sich sowohl behaupten ließ, daß das „gute“ deutsche Volk von einer kleinen verbrecherischen Nazi-Clique unter Hitler unterdrückt und manipuliert worden war, die wirtschaftlichen Erfolge aber auch als „großartige Aufbauleistung“ interpretiert werden konnten. Hensche kritisiert, daß unter der Wucht der dominanten Interpretation des Wendjahrs 89 und der damit verbundenen Veränderungsprozesse es beinahe unmöglich sei, eine breite und öffentliche Auseinandersetzung über die politischen, strukturellen und ökonomischen Fehlentscheidungen zu führen, die die Entwicklung der sozialistischen Staaten seit 1917 prägten und zu ihrem Niedergang führen mußten. Da die Geschichte nun einmal immer die Geschichte der Sieger sei, liefere die Sicht der Sieger bereits in der Interpretation der Gegenwart den Grundstein für die geschichtliche Erinnerung. Abschließend versuchen Schmitthenner und Urban konzeptionelle Eckpunkte für einen heutigen Sozialstaat zu entwerfen.

Dem von Klaus Schönhoven und Bernd Braun herausgegebenen Band liegen ebenfalls Beiträge einer Tagung, die von der herausgebenden Stiftung veranstaltet wurde, zugrunde. Der Generationenbegriff dient als Anlaß und Ansatz, um zu untersuchen, wie das Profil der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts von mehreren kontinuierlich aufeinander folgenden Generationen geprägt worden sei. Konzeptionell soll das Generationenkonzept die Grundla-

ge bilden, um die programmatische, politische und soziale Identitätsbildung und das „kollektive Selbstverständnis“ der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis Ende der fünfziger Jahre nachzuzeichnen. Allerdings erhebt sich die Frage, warum eigentlich nur bis an das Ende der 1950er Jahre – der, wie hervorgehoben wurde, „grundlegenden Neuorientierung“?

Konzeptionell erliegen die Autoren nicht der Versuchung, die Generationen sozusagen als „Schicksalsgemeinschaft“ und damit bestimmte Gleichheiten in der „Betroffenheit“ von historischen Ereignissen zu konstruieren. Sie berücksichtigen vielmehr die mangelnde Homogenität der Altersgruppen – auch in der Stabilität ihrer Anschauungen – und messen Lebenslage und Lebensführung mehr Gewicht als dem Lebensalter zu. Soziale Klassenlagen, religiöse Orientierung, politische Optionen und kulturelle Einflüsse wie auch der Wandel von Wertbindungen und Ideen seien im Zusammenhang für Persönlichkeitsentwicklung und Bewußtseinsformung in die historischen Analysen einzubeziehen (S.8/9).

Klaus Tenfelde meint im einführenden Beitrag „Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933“, daß die in Weltkrieg, Revolution und Nachkriegsjahren herangewachsene „Krisenjugend“ der Weimarer Republik sich nicht mehr von der Sozialdemokratie politisch und organisatorisch binden ließ. Bestand bis 1933 noch ein untrennbarer Zusammenhang von Milieu- und Generationsbildung, so sei dieser nach 1933 erschüttert worden und habe sich schließlich dann aufgelöst. Man könne daher nur

bis 1933 von Bewegungs-, Gewerkschafts- oder Parteigenerationen sprechen, seit 1945 habe die allgemeine Generationsbildung die der Arbeiterbewegung überdeckt. Als Untersuchungsebenen für den Einfluß von Sozialisierungen in den Generationen der Arbeiter/Arbeiterbewegung nennt er: die Arbeiter selbst, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, die darüber hinausreichenden Anhänger der Arbeiterbewegung sowie die Führungsgruppen. Im weiteren konstatiert er in der Weimarer Republik auch den Verlust der „Jugendlichkeit“ der SPD, die sie nicht wieder erreicht hätte.

Der Band ist in drei Teile gegliedert, die leider bei der Aneinanderreihung der Texte dem Leser optisch bzw. strukturell nicht sichtbar gemacht werden.

Im I. Teil „Führungsgenerationen: Präzisionen und politische Optionen“ sind die Themenbeiträge etwas stupide „Die ‚Generation Bebel‘“ (Thomas Welskopp), „Die ‚Generation Ebert‘“ (Bernd Braun) und „Die ‚Generation Schumacher‘“ (Meik Woyke) betitelt. Welskopp hebt mit Recht hervor, daß statt einer „Generation Bebel“ besser von einer „Generation-Liebkecht-Bebel-Bernstein“ zu sprechen sei. Da diese Personengruppe eigentlich nicht zu einer Generation gehörte, verdeutlicht sie das Problem, bei generationsgeschichtlicher Betrachtung zugleich zwischen „Alterskohorten“ und „Generationen“ zu unterscheiden. Braun rechnet der „Generation Ebert“ jene an, die zu jung für die „Generation Bebel“ und zu alt für die „Generation Schumacher“ waren. Diese Generation bilden die Jahrgänge 1861-1884, vor allem der zweiten Hälfte

der 1860er bis Ende der 1870er Jahre. Zwar lag die Altersstruktur der Weimarer SPD-Führung im üblichen Rahmen, dennoch waren am Ende der Republik die Generationengegensätze stärker als bisher. Auf den ersten Blick verblüffend, doch letztlich – wenn man an die jeweiligen Personen denknachzuvollziehen ist die Einschätzung: Während die „Generation Bebel“ durch die „Generation Ebert“ beim Aufbau der Weimarer Demokratie ausgegrenzt worden sei, so habe das andererseits die „Generation Schumacher“ mit der „Generation Ebert“ beim Aufbau der Bundesrepublik getan. Genauso stimmt wohl, daß die „Generation Ebert“ wie keine andere in der Kritik der Historiographie steht, wird sie doch mit Burgfriedenspolitik, Parteispaltung, gescheiterter Revolution und Untergang der Republik verbunden. Woyke sieht in der SPD-Führungsriege, die die Parteigeschicke nach 1945 lenkte, als Gemeinsamkeit, daß sie in den 80er/90er Jahren des 19. Jahrhunderts geboren und noch im Kaiserreich sozialisiert wurde; in der Weimarer Republik habe sie zwar breite Partizipations- und Betätigungsfelder gehabt, blieb aber von Spitzenpositionen ausgeschlossen; ein sich Anfang der 30er Jahre abzeichnender Generationswechsel sei durch die NS-Machtübernahme unterbrochen worden.

Im II. Teil des Bandes wird das Thema „Formung durch Milieu und Organisation: Karrieren und Karrierenmuster“ erörtert. Zwei Beiträge behandeln die SPD des kaiserlichen Deutschlands. Während Jürgen Mittag sich mit dem Typ des Arbeiterfunktionärs befaßt, untersucht

Frank Engehausen Altersstruktur und Generationenkonflikte in der Reichstagsfraktion. Der Beitrag von Siegfried Weichlein befaßt sich mit generationellen Gegensätzen in der gespaltenen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik. Mittag stellt heraus, daß der Aufstieg zum und als Arbeiterfunktionär in der Regel zwar mit unterschiedlichen, aber doch stets milieuverbundenen Aktivitäten erfolgte. Als Wirkungsbereiche behandelt er Parteifunktionäre, Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeitersekretäre (im „Unterstützungs-/Versicherungswesen“), Redakteure (Journalisten) sowie Funktionäre in der Konsumgenossenschaft und in sozialrechtlichen Verwaltungsgremien. Engehausen kommt zum Ergebnis, daß sich in der Reichstagsfraktion vor dem I. Weltkrieg im Streit über Revisionismus und Reformismus sichtbare, aber nicht unüberbrückbare Gräben zwischen älteren und jüngeren Kräften zeigten, daß in der Tendenz reformistisch-revisionistische Positionen stärker von jüngeren Fraktionsmitgliedern unterstützt wurden. Dies führt aber nicht dazu, von einer reformistischen (jüngeren) Generation in der Vorkriegssozialdemokratie zu sprechen. Weichlein befaßt sich mit der tatsächlichen oder vermeintlich unterschiedlichen Altersstruktur von KPD und SPD. Sein Fazit: Kommunisten etwas, aber nicht wesentlich jünger als die Sozialdemokraten oder die Reichsbevölkerung (S.170), sowohl innerhalb der KPD als auch der SPD bestand ein Generationenkonflikt.

Der III. Teil hat die „geistige Orientierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“ zum Gegenstand. Stefan Berger untersucht, inwieweit die Marxismusrezeption im Kaiserreich eine Ge-

nerationserfahrung war, Karsten Rudolph vergleicht die Sozialdemokratie in Preußen und Sachsen während der Weimarer Republik, und Daniela Münkkel stellt sich der Frage „Wer war die Generation Godesberg?“. Berger, der auch eine interessante Einschätzung zur Geschichtsschreibung in der DDR und in der BRD zur Marxismusrezeption der Sozialdemokratie des Kaiserreichs bietet, schätzt ein, daß erst unter dem Einfluß des Sozialistengesetzes sich der Marxismus in der Arbeiterbewegung ausbreiten konnte. Trotz dieser generationellen Erfahrung erfolgte die Marxismusaneignung in den 1880er und 1890er Jahren immer nur selektiv. Der Beitrag von Rudolph tangiert mit seiner Schwerpunktsetzung die Bandthematik kaum, die von ihm herausgestellten Unterschiede zwischen preußischer und sächsischer Sozialdemokratie können nicht überzeugen bzw. bieten nichts Neues. Der letzte Beitrag des Bandes weckte mit seinem Thema schon dahingehend Interesse, eine „Brücke“ zur heutigen SPD zu erwarten. Münkkel Grundthese ist, daß die Träger des „Godesberger Programms“ keine abgegrenzte Generation innerhalb der Generationenfolge darstellen; die Personengruppe, die das Programm durchsetzte, daher nicht als eigenständige „Generation Godesberg“ erfaßt werden könne. Sie habe sich damals auch selber weder so gesehen, noch wäre sie so wahrgenommen worden. Anders als sonst habe sich hier nicht aus gleichförmigen Erfahrungen und daraus gezogenen Konsequenzen, sondern aus der ähnlichen Verarbeitung verschiedener Erfahrungen eine Generation kon-

stituiert. Auch M. folgert, daß die historische Anwendung des Generationenbegriffs nicht auf ganze Alterskohorten, sondern auf Teilsegmente dieser zu beschränken sei, zudem eine Generation sich nicht zwangsläufig über die Gleichartigkeit von Erfahrungen und deren Verarbeitung konstituieren müsse. *Herbert Mayer*

Tanush Frashëri: Ali Këlcyra, aristokrati kuqezi (Ali Këlcyra, der schwarz-rote Aristokrat), Botime ÇABEJ, Tirana 2005, 440 S.

Ali Bej Këlcyra, der einem traditionsreichen Adelsgeschlecht in Südalbanien entstammte, verkörperte wie kaum ein anderer Repräsentant der herrschenden Schicht mit seinem Leben und Wirken den widersprüchlichen Verlauf der albanischen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Kindheit und Jugend des 1891 Geborenen standen im Zeichen der großen Volksaufstände, die im November 1912 zur Bildung des unabhängigen albanischen Staates führten. Der junge Këlcyra, der ein Studium an der Hochschule für Verwaltung und Wirtschaft in Istanbul aufgenommen hatte, kehrte nach Albanien zurück und trat auf Seiten der nationalen Regierung für die territoriale Integrität des selbständigen Staates ein. Diesem Anliegen blieb er auch in der Folge stets verpflichtet. Nach Beendigung des Jurastudiums in Rom 1919 schloß er sich im Süden des Landes progressiven nationalen Kräften an, die den bewaffneten Kampf für die Bewahrung der von Italien und den Nachbarstaaten bedrohten nationalen Unabhängigkeit organisierten.

Ali Këlcyra wirkte in einer Zeit der politischen Umbrüche und hatte den Mut, sich gegen herrschende Konventionen zu wenden, als er in jungen Jahren Kontakt zur europäischen sozialistischen Bewegung suchte und fand. Im albanischen Parlament schlug er 1921 vor, bei der Berufung der Abgeordneten den Titel „Bej“ zu streichen. Nach der Niederschlagung des von Fan S. Noli wesentlich geprägten revolutionär-demokratischen Aufstandes von 1924 wurde er in die Emigration gezwungen und 1926 wegen der Gegnerschaft zum konservativen Ahmet Zogu und dessen Herrschaft vom politischen Sondergericht in Tirana zum Tode verurteilt. Erst 1939, nach dem Überfall des faschistischen Italien auf Albanien, kam er zurück und gehörte zu jenen führenden Köpfen der bürgerlich-nationalen Opposition, die sich gegen die Okkupation stellten. Insofern ergaben sich auch vielfältige Berührungspunkte zu politischen Aktivisten der albanischen Arbeiterschaft.

Viele Jahre mußten vergehen, bevor dieser streitbare Intellektuelle, Historiker, Diplomat und Politiker von der historischen Zunft wahrgenommen wurde. Im sozialistischen Albanien galt Këlcyra vor allem aufgrund seiner ablehnenden Haltung zur kommunistisch geführten Widerstandsbewegung als „persona non grata“, und seine Arbeiten standen auf dem Index. Daher lebte er nach 1944 wiederum im Exil, überwiegend in Italien.

F. betrachtet es als sein Anliegen, am Beispiel der schillernden Persönlichkeit des „schwarz-roten Aristokraten“ politisch und ideologisch bedingte einseitige Auffassungen in der Geschichtsschrei-

bung der vergangenen Jahrzehnte zu überwinden und ein differenziertes Bild über ihn zu vermitteln. Der Autor bringt dabei seine individuellen Erfahrungen als Geschichtslehrer ein, der über Jahre inhaftiert sowie zur Zwangsarbeit verbannt und daran gehindert war, nationale Geschichte kritisch zu hinterfragen und zu lehren. Dennoch macht er sein persönliches Schicksal nicht zum Maßstab der Arbeit. Das falsche Bild von Ali Këlcyra als einem „Verräter“ an den Interessen des Volkes wird mit dieser gründlich recherchierten Arbeit korrigiert. In jahrelanger mühevoller Arbeit hat er den persönlichen Nachlaß Këlcyras und in albanischen, italienischen, österreichischen und weiteren europäischen Archiven reichhaltige Quellen erschlossen.

In vier komplexen Abschnitten zeichnet F. ein plastisches Bild seines Protagonisten, beschreibt den Bildungsweg, die Ausprägung der politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen, die auf eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung Albanien im sozialdemokratischen Sinne gerichtet waren. Großen Raum nimmt die erste Emigration 1924-1939 in verschiedenen Ländern Europas sowie das aktive Wirken Këlcyras in der Führung der Organisation „Balli Kombëtar“ (Nationale Front) während des antifaschistischen Widerstandes für die Unabhängigkeit des Landes in den ethnischen Grenzen ein. Ebenso widmet sich der Autor ausführlich dessen Bestrebungen in den zwei Jahrzehnten der letzten Emigration (1944-1963), die politischen Flüchtlinge aus Albanien zu organisieren und eine antikommunistische nationale Front der Gegner der sozialistischen Ordnung zu schaffen. Nicht

zuletzt werden die Versuche beschrieben, „Balli Kombëtar“ nach dem Krieg im Ausland neu zu formieren – Këlcyra stand seit 1950 an der Spitze der von ihm wiederbegründeten Nationalen Front – und die verschiedenen Richtungen und Gruppen in den USA sowie in Kanada in einer einheitlichen Organisation zusammenzuführen. Diese Exilerfahrungen haben zweifellos seine politischen und wirtschaftlich-sozialen Vorstellungen stark geprägt.

F. legt keine vollständige und endgültige Biographie im Sinne einer detailfreudigen, episodenhaften Lebensbeschreibung vor, im Vordergrund steht der Politiker Këlcyra. Doch er stellt Fragen nach den Wechselwirkungen, die zwischen dessen Aktivitäten und der albanischen Gesellschaft bestanden, und er verfügt über die Fähigkeit, tiefere Zusammenhänge von historischer Situation und Entscheidungen und Handlungen der Person zu verdeutlichen. Er bereitet ein reichhaltiges Material auf, nennt zahlreiche weitere Akteure, „Weggefährten wie Gegner, insbesondere während der Okkupationszeit im Zweiten Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren, und gibt einen Einblick in die intellektuellen sowie politischen Widersprüche der sogenannten „alten Eliten“ des Landes. Zugleich wird durch die Aufbereitung von weniger Bekanntem ein Beitrag zu einem konkreten Zeitbild geleistet. Was der Autor diesbezüglich, insbesondere mit seinen akribischen biographischen Details, geleistet hat, sei besonders gewürdigt.

F. beschreibt Ali Këlcyra als einen Mann, der im Unterschied zu manchen Zeitgenossen aus seinem Umfeld nicht im kon-

servativen Geist verharnte, sondern der sich – natürlich eingebunden in die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Zeit und als Vertreter seiner Klasse – den Blick für die soziale und kulturelle sowie politische Erneuerung des Landes bewahrte und auch bei Gefahr für Leib und Leben für deren Umsetzung wirkte. Es ist ein Verdienst des Autors, damit eine Thematik aufzugreifen, die über lange Zeit in der historiographischen albanischen Literatur von einem Tabu geprägt war – daß Vertreter der herrschenden Schicht, auch wenn sie unterschiedlichen weltanschaulich-politischen Positionen anhängen, durchaus einen Anteil bei der Ausbildung eines nationalen Selbstverständnisses der albanischen Gesellschaft haben konnten.

F zeichnet insgesamt ein sympathisches Bild Këlcyras. Er ist bestrebt, abwägend an seinen Protagonisten sowie an Sachverhalte und Zeitumstände heranzugehen. Nicht immer sind dessen Handlungen als geboten und alternativlos nachzuvollziehen, so im Zusammenhang mit den Gesprächen, die er im Frühjahr 1943 gemeinsam mit Nuredin Vlora mit dem italienischen General Dalmazzo geführt hatte. In der bisherigen Geschichtsschreibung galt und gilt auch gegenwärtig das so genannte Protokoll Dalmazzo-Këlcyra als Beleg für eine direkte Zusammenarbeit mit der italienischen Besatzungsmacht. Der Autor rehabilitiert die beiden albanischen Gesprächspartner, indem er belegt, daß ein solches "Protokoll" nicht existiert und es zu keiner Unterzeichnung einer Vereinbarung gekommen ist, in der gegenseitige Verpflichtungen festgeschrieben wurden. Dennoch hätte man sich an die-

ser Stelle mehr Distanz gewünscht, denn es liegt ein von Këlcyra und Vlora ausgearbeiteter Entwurf eines „Ehrenprotokolls“ vor, in dem vom Status quo ausgegangen wurde, was doch Fragen bezüglich der Haltung zu den Besatzern offen läßt. Ebenso stellt die vom Autor angeführte „bulgarische“ Gefahr – ein angenommener Einmarsch bulgarischer Truppen in Albanien – angesichts der realen italienischen Okkupation ein wenig überzeugendes Argument dar.

Einen eigenständigen Beitrag leistet der Autor zur widersprüchlichen Entwicklung des antifaschistischen Widerstandskampfes, namentlich des bürgerlich-nationalen Widerstandes, in Albanien, auch wenn der Rezensent Wertungen zum kommunistisch geführten Widerstand nicht immer zu teilen vermag. Verschiedentlich fehlt doch eine feinere Differenzierung. Die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen für die Entstehung der von der KP Albaniens initiierten Antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront werden nur unscharf betrachtet. So wird die Wechselwirkung von nationalen und sozialen Aspekten im antifaschistischen Widerstandskampf zu wenig bedacht, wenn es um die Strategie der KPA zur Mobilisierung der unteren Schichten und damit um die Mehrheit der Bevölkerung ging.

Diese Anmerkungen sollen nicht den Wert der Arbeit schmälern, sondern Anregung zu weiterem Nachdenken sein. Das Buch wird abgerundet durch einen umfangreichen Anhang, eine Auswahl von Dokumenten zu Ali Këlcyra, eine instruktive Zeittafel zu dessen Leben und Wirken sowie Fotos. Die reichhaltigen Angaben und Hinweise in den Anmer-

kungen, die teilweise durch die Verbindung von Quellen und Zusatzinformationen etwas unübersichtlich wirken, widerspiegeln die fundierten Recherchen des Autors und stellen für den Leser eine Fundgrube für die Beschäftigung mit albanischer Geschichte jener Periode dar. F. ist den Weg von einem zweifelnden Studenten und einem von der politischen Justiz im sozialistischen Albanien gemäßregelten Geschichtslehrer zu einem profunden Forscher gegangen. Man wünscht dem Buch eine Verbreitung über den albanischen Sprachraum hinaus.

Erwin Levin

Lazar Jeifets/Víctor Jeifets/Peter Huber: La Internacional Comunista y América Latina, 1919-1943. Diccionario Biográfico, Moskau-Genf 2004, 445 S.

Trotz des Gewichts ökonomisch-sozialer Strukturen und trotz der inneren Logik von Institutionen: Individuen im Kollektiv der Bewegung, das Wahrnehmen und Handeln Einzelner sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung dringlich. Dies mag mit ein Grund dafür sein, daß im Rahmen der Historiographie der Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern bereits relativ früh biographisch orientierte Projekte verwirklicht wurden, vom Pionier aller biographischen Lexika zur Arbeiterbewegung, dem französischen „Maitron“, hin zu den Forschungen von Willhelm Heinz Schröder aus Köln, die mittels „kollektiver Biographik“ und quantitativer Methoden aus Biographien das Typische zu extrahieren trachten.

Eine Weltorganisation wie die Komintern läßt aufgrund der offenbaren Verknüpfung von politischen und institutionellen Mechanismen mit dem Agieren von Individuen zu solch einer biographischen, aber nicht vereinzelt-erzählenden Sichtweise gewiß ein. Dies und die teilweise Öffnung der Komintern-Archive in Moskau ließen Ende der 1990er Jahre ein allenthalben bekanntes, zwischen der Universität Hannover und dem Moskauer RGASPI betriebenes Projekt entstehen, das sich in kollektiv-biographischer Absicht vornahm, die personenbezogenen Dossiers der Kaderabteilung der Kommunistischen Internationale und andere Quellen für ein biographisches Handbuch zu bearbeiten. Angesichts der vom Akademie Verlag für 2007 angekündigten Veröffentlichung des deutschsprachigen Endprodukts dieses Projekts ist es nur angemessen, die Aufmerksamkeit auf das erste wichtige Ergebnis zu richten, das im Rahmen dieses Projekts veröffentlicht wurde: ein biographisches Handbuch zum Themenfeld „Komintern und Lateinamerika“, erstellt vom Schweizer Kominternforscher H. und den russischen Historikern L. und V. J. Mehr als 900 Biographien finden sich in diesem „Diccionario Biográfico“, und im Gegensatz zum bald erscheinenden übergreifenden biographischen Handbuch zur Komintern scheint das vorliegende Werk zu „Komintern und/in Lateinamerika“ die definierte Personengruppe als Gesamtheit abzubilden. Diese Personengruppe wird von den Autoren dabei recht umfassend definiert: Es sind alle in den Kaderdossiers erwähnten Personen, in deren Biographie bzw.

Tätigkeit sich die Felder Lateinamerika und Komintern in Beziehung setzen. Dazu zählen zunächst alle Lateinamerikaner und (die wenigen) Lateinamerikanerinnen, die einen Bezug zur Komintern hatten (durch Arbeitstätigkeit im Apparat, durch Kaderschulungen in Moskau, durch politische Aufträge in ihrem eigenen oder in anderen Ländern, durch die Teilnahme an internationalen Kampagnen oder Einheitsfronten etc.); die zweite große Gruppe bilden jene Nicht-Lateinamerikaner, die über die Komintern mit Lateinamerika verbunden wurden, sei es durch eine entsprechende Tätigkeit im Moskauer Apparat, sei es durch die Erfüllung politischer Missionen vor Ort usw. Die Kriterienliste, nach der die Autoren Einträge in das Handbuch vorgenommen haben, spricht mit 19 Punkten jedenfalls eine Reihe äußerst unterschiedlicher Dimensionen an (S.13f.). Der Vorteil eines solch vielschichtigen Kriteriums wird beim Durchblättern des Biographieteils deutlich: Eine Reihe berühmter Protagonisten der weltkommunistischen Bewegung und der Komintern erscheinen dort, die – wie Ernst Wollweber, Willi Münzenberg oder Ernst Thälmann – wohl nur bei wenigen eine Assoziation zum lateinamerikanischen Subkontinent hervorgerufen hätten. Ihre Präsenz in diesem Handbuch spiegelt jedoch eindrücklich wider, in welcher Weise die Komintern ein Milieu entstehen ließ, das global zu denken sich anschickte, in dem die Beschäftigung mit außereuropäischen Regionen als wichtig erachtet wurde, in welchem der Anspruch einer Weltpartei Akteure hervorbrachte, die dem heutigen Schlagwort einer transnationalen

Elite sehr nahe kommen. Das Spektrum der aufgenommenen Biographien macht zudem deutlich, daß die Komintern keine leicht abgrenzbare Organisation im Sinne des Vereinsrechtsdenkens war, sondern ein weit verzweigtes Geflecht aus Haupt-, Neben- und Hilfsorganisationen, offiziellen und versteckten Organen, politischem und „technischem“ Personal, Emissären und Emissärinnen, Delegierten zu Weltkongressen, Kaderschulen etc.

Als Forschungsanstrengung ist das vorliegende Handbuch das gebündelte Ergebnis gleich mehrerer Stränge. Neben der erwähnten Anknüpfung an das Projekt zwischen Hannover und Moskau, fußt das *Diccionario Biográfico* auf den biographisch orientierten Forschungen von V. J. zum Thema „Komintern und Lateinamerika“, der diese im Jahr 2000 in russischer Sprache veröffentlichte. Als viertes, indes schwächstes Element, fungierten Historiker und Historikerinnen in Lateinamerika, durch deren Mithilfe die auf russischen Quellen beruhenden Angaben ergänzt und/oder korrigiert werden konnten. Auch wenn das vorliegende Buch eurozentrische Verengungen in den Wahrnehmungen des Wissenschaftsbetriebs mit der Einbeziehung russisch-sowjetischer Forschungsleistungen, Quellen und Literatur (siehe die ausführliche Bibliographie) überwinden hilft, findet diese Erweiterung des Blicks in Bezug auf den Raum, der das eigentliche Thema ist – Lateinamerika – nicht in gleichem Ausmaß statt; für weitere Forschungen werden hier wichtige Anknüpfungspunkte fortbestehen, lateinamerikanische Leser und Leserinnen werden in der nicht-russischsprachigen

Bibliographie so manchen lateinamerikanischen Beitrag zur Kommunismusgeschichte vermissen.

Dies schmälert indes den großen Wert des *Diccionario* für jede zukünftige wissenschaftliche Beschäftigung mit den Verknüpfungen zwischen der Komintern und Lateinamerika kaum. Allein der Pseudonymindex wird quellenorientierte Arbeiten zu diesem Thema stark erleichtern. Welche Möglichkeiten eine Auswertung des *Diccionario* als Datenbestand bietet, präsentieren die Autoren in der Einleitung, in der sie sich mit der lateinamerikanischen Präsenz in den Kaderschulen der Komintern und bei den Kongressen sowie mit der Frage beschäftigen, inwieweit Lateinamerikaner zu Opfern von Repression und stalinistischem Terror wurden.

Das *Diccionario Biográfico*, Frucht quellennaher und jahrzehntelanger Forschungsarbeit, ist ein Grundlagenwerk, das einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Wirkungsmacht der Komintern in einer außereuropäischen Region nicht nur über ihre Verlautbarungen und Handlungen zu deuten oder sie im Lichte der inneren und äußeren Großprozesse (Professionalisierung, Bürokratisierung, Stalinisierung etc.) zu interpretieren, sondern auch über die in sie involvierten Akteure. *David Mayer*

Karin Nowak: Spanien zwischen Diktatur und Republik. Korporatismus, organisierte Interessen und staatliche Sozialpolitik 1919-1936. (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 29), Klartext Verlag, Essen 2004, 344 S.

Die vorliegende Studie – eine überarbeitete und gekürzte Fassung der im Jahre 2001 unter dem gleichen Titel von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum angenommenen Dissertation – setzt erstmalig Ideologie, Gesetzgebung und praktische Umsetzung der spanischen Sozialpolitik über einen längeren Zeitraum miteinander in Beziehung. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Entwicklung der spanischen Arbeitsverwaltung, ihrer ideologischen Leitlinien und sozialpolitischen Aktivitäten von 1919 bis 1936. Es geht um ein Land, das zumeist keine Beachtung findet, wenn von der Herausbildung der europäischen Sozialstaaten die Rede ist.

Der Hauptgrund dafür ist sicher, daß Spanien infolge der jahrzehntelangen Drangsalierung der Arbeiterbewegung und der spät einsetzenden Demokratisierung nicht als sozialpolitisches Musterland betrachtet wird. Doch N. beweist mit ihrem Buch, daß gerade die spanische Geschichte in besonderer Weise geeignet ist, um die Entwicklung und die Bedeutung sozialpolitischer Strategien im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur, von Integration und Unterdrückung der organisierten Arbeiterschaft zu untersuchen. Im Kern geht es in diesem Kontext um die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen Sozialpolitik und politischem System in drei rasch aufeinander folgenden politischen Regimes, die grundlegend verschieden waren (das liberal-parlamentarische System der Restauration von 1874 bis 1923, die Militärdiktatur des Generals Primo de Riveras von 1926 bis 1930 und die Demokratie der Zweiten Republik

1931 bis 1939, die im Bürgerkrieg zerstört wurde).

Die Auseinandersetzungen um die soziale und politische Position der organisierten Arbeiterschaft stellten unter all diesen Regimes ein zentrales Problem dar, das die politische und gesellschaftliche Stabilität des ganzen Landes bedrohte. Die Vf. arbeitet überzeugend heraus, wie diese so gegensätzlichen Regierungen bestrebt waren, die sozialen Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern durch eine Reihe verschiedener Strategien zu kontrollieren und zu entschärfen. Ihr gelingt es am Beispiel Spaniens, die historische Perspektive auf die sozialstaatliche Entwicklung mit einer Perspektive des Regimevergleichs zu verknüpfen.

In der spanischen Sozialpolitik besaß die korporative Einbindung von Interessengruppen auf allen Ebenen einen hohen Stellenwert (auf zentraler Ebene durch die Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in sozialpolitischen Beiräten, auf lokaler Ebene durch die Installation von paritätischen Ausschüssen von Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften). Korporative Konzepte spielten außerdem auch in der politischen Diskussion als Alternative zur parlamentarischen Demokratie eine nicht geringe Rolle. Es ist gerade diese Vielfalt des sozialen spanischen Korporatismus unter so verschiedenen politischen Rahmenbedingungen, wie sie in der Restauration, in der Diktatur oder in der Republik herrschten, die ihn zu einem idealen Kompaß für die Charakterisierung und Analyse der Sozialpolitik im Spanien der Zwischenkriegszeit machten. Am Beispiel der korporativen Organe wird

zunächst die Herausbildung der spanischen Sozialpolitik auf den drei Ebenen der sozialpolitischen Diskussion, der Gesetzgebung und ihrer praktischen Umsetzung nachvollzogen (Ermittlung der gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Absichten der staatlichen Akteure in den jeweiligen politischen Regimes, die den entsprechenden Erwartungen und Zielstellungen der Interessengruppen gegenübergestellt werden). Anschließend wird dieser Diskurs mit den Ergebnissen in Form von Sozialgesetzen und der sozialpolitischen Praxis am Beispiel der korporativen Organe konfrontiert. So werden die Leitlinien der sozialpolitischen Diskussion genauso erkennbar wie Entwicklung des Kräftedreiecks Staat, Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Die Veröffentlichung stützt sich vorrangig auf unterschiedliche gedruckte Quellen, da aufgrund der Auswirkungen des Bürgerkriegs und der faschistischen Diktatur viele archivalische Quellen zur spanischen Sozialpolitik nicht mehr vorhanden sind. Eine wichtige Ergänzung zu den größtenteils veröffentlichten spanischen Quellen waren ausländische Archive (vor allem das Archiv der Internationalen Arbeitsorganisation Genf).

Rainer Holzke

Beatrix Herlemann: „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“. Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibeitrag Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945, mdr Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2001, 359 S.

Mit dieser als Bd. 6 der „Studien zur Landesgeschichte“ veröffentlichten Arbeit gelang es der Autorin, eine Lücke in der Regionalgeschichtsschreibung zu schließen und der bisherigen Sozialdemokratieforschung einen weiteren Mosaikstein hinzuzufügen. Bemerkenswert die Vielzahl der vorgestellten Sozialdemokraten, die dem faschistischen Regime auf durchaus unterschiedliche Weise Widerstand entgegensetzten. Deren Mut wie auch Opferbereitschaft würdigt H. mit diesem Buch und bewahrt damit deren Namen und Handeln vor dem Vergessen. Die Darstellung bestätigt einmal mehr die Erkenntnis, daß vor allem Vertreter der organisierten Arbeiterbewegung von Anfang an entschiedenen Widerstand gegen die deutsche faschistische Diktatur geleistet und die größten Opfer im Kampf gegen die braune Barbarei gebracht haben. Im anerkennenswerten Bestreben der Autorin, die Breite und Vielfalt antifaschistischen Verhaltens der SPD in Sachsen-Anhalt zu skizzieren und dessen Träger namentlich zu erwähnen, entsteht allerdings partiell der Eindruck, daß sich fast alle Sozialdemokraten des untersuchten Parteibezirks, oder zumindest deren überwiegende Mehrheit, am antifaschistischen Widerstand beteiligten, was nicht der Realität entspricht. Hier wäre eine differenziertere Bewertung für den Leser ebenso wünschenswert gewesen wie eine tiefgründigere Einbindung faschismustheoretischer Erkenntnisse in die dargebotene Faktenvielfalt. Die Autorin gibt im I. Kapitel des Bd. einen bemerkenswerten breiten Überblick über die sozialdemokratischen Organisationen, über das gesamte so-

zialdemokratische Milieu in der Zeit der Weimarer Republik, bedauerlicherweise verzichtet sie jedoch weitgehend darauf, die in der Region tätigen Verbände und Organisationen in den realen politischen Kontext zu setzen und deren Bedeutung zu skizzieren. Erstaunlich undifferenziert beurteilt H. auch einige wesentliche Ereignisse in der Endphase der Weimarer Republik. Entsprach es z. B. zweifellos der Tolerierungspolitik der sozialdemokratischen Parteiführung, sich anlässlich der Reichspräsidentenwahlen 1932 für Hindenburg zu engagieren, so mutet es doch aus heutiger Sicht einigermaßen seltsam an, dessen Wiederwahl dadurch zu charakterisieren, daß damit „der Faschismus... fürs erste geschlagen“ worden sei (S.52). An der historischen Realität geht gleichermaßen die Einschätzung vorbei, daß die SPD-Führung mehrheitlich bereits am Ende der Weimarer Republik auf den engen Zusammenhang von Faschismus an der Macht und Krieg hingewiesen habe, wovon die Warnung „Hitler bedeutet Krieg“ (S.264) zeuge. Diese von der KPD propagierte Losung, inhaltlich durchaus in linkssozialdemokratischen Faschismusinterpretationen dieser Zeit theoretisch reflektiert, blieb in der Argumentation der SPD-Führungskräfte eher singulär, selbst nach dem 30. Januar 1933 blieb die Vorstellung vom schnellen „Abwirtschaften“ der Hitlerregierung zunächst weit verbreitet.

Einen wichtigen Beitrag leistet der Band durch die konkrete Darstellung der Reaktion der Magdeburg-Anhaltischen Sozialdemokratie auf die faschistische Machtübernahme. Als spezifisch cha-

rakterisiert H., daß „nicht wie anderswo bis dato weniger hervorgetretene Personen aus Nachbar- und Nebenorganisationen“, sondern vor allem bekannte und langjährig aktive Funktionäre erste Widerstandsgruppen und deren Aktionen initiierten (S.128). Einen ausgesprochen informativen Überblick liefert der Band hinsichtlich der Darstellung von Vielfalt, Ideenreichtum und Breite sozialdemokratischer Widerstandsaktionen gegen das braune Terrorregime. Das trifft auch zu für die Beschreibung des komplizierten wie widersprüchlichen Erkenntnisprozesses, nach Wegen und Möglichkeiten zur Überwindung der faschistischen Diktatur in Deutschland zu suchen. Interessante Details offeriert die Autorin zur Zusammenarbeit bzw. zu Kontakten zwischen exilierten Sozialdemokraten und illegalen Gruppierungen im Lande. Einen gebührenden Platz nimmt dabei das „Prager Manifest“ ein. Allerdings überrascht die hypothetische Feststellung der Autorin, daß das Manifest wohl „auf breite Zustimmung gestoßen sein“ wird (S. 149), ohne daß auf die tatsächliche Wirkung dieses programmatischen Dokuments in den Widerstandskreisen der untersuchten Region eingegangen wird. Unstrittig dürfte sein, daß eine konsequente Umsetzung der Forderungen und Ziele des „Prager Manifestes“ durchaus einen gewichtigen Beitrag zur Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung hätte leisten können und nicht lediglich eine unrealistische „quasi auf den gesetzmäßigen Selbstlauf der Geschichte“ (S.148) abzielende Option bedeutete. Zumal, wie H. korrekt anmerkt, sich im Widerstand die Parteigrenzen

nach und nach verwischten (S.279). Neben einigen solcherart inhaltlichen diskussionswürdigen Einschätzungen hätte der ansonsten empfehlenswerte Band gewonnen, wenn dem Leser ein den Text ergänzendes, auch überprüfbares und nachvollziehbares Anmerkungsverzeichnis geboten würde. Korrekturbedürftig erscheinen ebenfalls bestimmte Details. So die durchaus ärgerliche, mehrfach falsche Namensschreibweise des prominenten Linksozialisten August Siemsen (u. a. S.258). Die von H. einleitend festgestellte Nichtbeachtung sozialdemokratischer Zentren und Organisationen durch die DDR-Geschichtsschreibung (S.12) kann der Autorin bestenfalls als eklatante Unkenntnis der Sachverhalte angerechnet werden, ohne diverse Defizite in der Sozialdemokratieforschung zu verkennen, die in der DDR-Geschichtswissenschaft aus verschiedenen Gründen durchaus existierten.

Alles in allem liegt mit dem vorliegenden Band ein wichtiges und aktuelles Buch vor.

Detlef Ziegls

**Beata Paškevica: In der Stadt der Pa-
rolen. Asja Lacis, Walter Benjamin
und Bertolt Brecht** (Schriften des Fritz-
Hüser-Instituts für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur 14), Klartext
Verlag, Essen 2006, 336 S.

P. hat ein außerordentlich aufschlußreiches, weil gründlich recherchiertes Buch über Anna (Asja) Lacis vorgelegt, über jene Frau, die mehr war, als nur „Informantin aus Rußland“ für Bert Brecht und Walter Benjamin. Anna Lacis' Aktivität als Mittlerin zwischen den Kul-

turen (S.13), ihr „nach Westeuropa gerichteter Blick, die deutschen und lettischen Kontakte und ihre ‚falsche‘ ethnische Zugehörigkeit“ waren letztendlich die Ursachen für ihre Verhaftung durch das NKVD und die anschließende Verurteilung zu 10 Jahren Besserungsarbeitslager. Da P. den Schwerpunkt ihres Buches auf die Untersuchung ausgewählter Fragen der Theaterästhetik und Kulturgeschichte legt und hier spannende Themen aufgreift, geht sie den an diese zutreffende Feststellung gebundenen Fragen leider nicht weiter nach. Deshalb fallen ihre Ausführungen über die Verhaftung und die Jahre im Karagandinsker Besserungsarbeitslager (Karlag) sehr dürftig aus, deshalb bleibt es bei eher zurückhaltend formulierten „Vermutungen über das Lagertheater“ (S.133-144).

Es wäre nicht nur mit Blick auf das Lagertheater in Dolinka, dem Sitz der Lageradministration des Karlag, aufschlußreich gewesen, die Häftlingskarteikarte und die Häftlingsakte von Asja Lacis, die heute im Archiv des Karlag in Karaganda aufbewahrt werden, auszuwerten. Unter Rückgriff auf diese Archivalien hätte die von Vladimir F. Koljazin aufbereitete Dokumentenedition „Vernite mne svobodu“ (Gebt mir die Freiheit zurück), die Material aus den Strafakten von Asja Lacis und ihrem Mann enthält, fortgeschrieben werden können. Im Ergebnis dieser Recherchen hätten auch einige ungenaue und mißverständliche Formulierungen, die im Zusammenhang mit der Darstellung der Verurteilung und anschließenden Lagerhaft im Karlag im Buch auftreten, vermieden werden können.

Genau genommen münden die hier sehr verknüpft skizzierten Überlegungen des Rezensenten in die These, daß die Gründe für die Verhaftung in weitaus stärkerem Maße als bisher angenommen in den deutschen und lettischen Kontakten von Lacis zu suchen sind, und „ihre ‚falsche‘ ethnische Zugehörigkeit“ eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat. Zum zweiten ist auf den Aussagewert von in der Studie nicht ausgewerteten Häftlingserinnerungen zum Thema Lager-Theater hinzuweisen.

Im Unterschied zu ihren Schauspielerkollegen, die durchweg im Zuge der lettischen Operation des NKVD verhaftet und nach ihrer Verurteilung durch die „Trojka“¹ im sogenannten Albumverfahren in Butovo bei Moskau erschossen worden sind, wurde Lacis von der Sonderberatung des NKVD zu zehn Jahren Besserungsarbeit verurteilt. Verglichen mit der für die lettische Operation typischen Verfahrensweise fügen sich Verhaftungsdatum, Anklageformel und Urteil in ein völlig anderes, im NKVD erarbeitetes Szenario ein.

Am 21. Januar 1937, d. h. unmittelbar vor Beginn des zweiten Moskauer Schauprozesses, schickte N. I. Ežov eine ausführliche Information an Iosif V. Stalin, die Angaben über eine vom NKVD aufgedeckte „lettische konterrevolutionäre trotzkistische Organisation“ enthielt. An der „Verschwörung“ waren

1 „Trojka“ war in dieser Zeit das Synonym für das Zusammenwirken des jeweiligen Parteisekretärs der KPdSU, des Staatsanwalts und des verantwortlichen Vertreters des NKVD auf den verschiedenen staatlichen Ebenen.

angeblich Mitglieder des ZK der KP und der Komintern beteiligt. Dieses Dokument ist in „Lubjanka: Stalin i glavnoe upravlenie gosbezopasnosti NKVD 1937-1938“ („Lubjanka: Stalin und die Hauptverwaltung Staatssicherheit 1937-1938“) (Moskau 2004) veröffentlicht. Wegen der Konzentration auf die Durchführung des zweiten und der Vorbereitung des anschließenden dritten Moskauer Schauprozesses 1938 kam diese Angelegenheit vorerst zum Erliegen. Erst nach Einstellung der Voruntersuchung zum dritten Moskauer Schauprozess im Januar 1938, als die Entscheidung, den geplanten vierten Schauprozess nicht mehr durchzuführen, noch nicht gefallen war, begannen die Verhaftungen der potentiellen Verschwörer bzw. die Verhöre der bereits in den Gefängnissen des NKVD Inhaftierten. Über diesen Prozeß hat Reinhard Müller im „Jahrbuch für historische Kommunismusforschung“ (1996) geschrieben.

Anna Laci wurde am 13. Januar 1938 verhaftet, am 22. Februar 1938 von der Sonderberatung gemäß § 58-6 zu 10 Jahren Lagerhaft verurteilt. In der Anklageschrift findet sich der Hinweis auf die Aussagen von F. A. Ulman (evtl. Fric Ul'man) am 10. Dezember 1937, der Laci als „Mitglied einer faschistischen Organisation“ bezeichnet, und es wird ferner erwähnt, daß sie Verbindungen zu Wilhelm [V. G.] Knorin aufrechterhalten habe. Von diesen Anklagepunkten berichtete Anna Laci auch ihrem Mann, der sie 1938 und 1939 im Karlag besuchte. Der Kominternfunktionär Knorin sollte im geplanten vierten Moskauer Schauprozess die Rolle des Leiters der „letti-

schen nationalistischen Organisation“ spielen. In diesem Kontext (und was an dieser Stelle hervorzuheben ist, wiederum nicht im Zusammenhang mit der nächsten der sogenannten nationalen Operationen des NKVD, dieses Mal waren die Deutschen an der Reihe) wurden Kontakte von Laci nach Deutschland, u. a. zur Schauspielergruppe „Kolonne Links“, aktenkundig.

Die einmonatige U-Haft in der Butyrka, in der Laci ihre Unterschrift unter die erfundene Anklage verweigerte, endete vor Beginn des dritten Moskauer Schauprozesses. Eine Entlassung kam nicht in Frage, die Organe entledigten sich ihrer durch Verurteilung zu zehn Jahren Lagerhaft. Der Versuch der Untersuchungsleiter, Laci in das Szenario des geplanten vierten Schauprozesses einzubinden, entzog sie dem Zugriff des NKVD im Verlauf der lettischen Operation.

Am 30. November 1937 lag allen Volkskommissaren des Inneren der Unionsrepubliken der UdSSR, den Leitern der Gebietsverwaltungen des NKVD und den Leitern der Abteilung Straßen und Transport der Hauptverwaltung Staatssicherheit das von Ežov unterzeichnete Chiffretelegramm Nr. 49990 über die Operation zur Repression der Letten vor. Am 3. Dezember sollten in allen Unionsrepubliken und Gebieten jene Letten verhaftet werden, die der Spionage, Diversion und antisowjetischer Tätigkeit „verdächtig“ sind. In der Aufzählung der zu Verhaftenden waren auch sämtliche Politemigranten sowie die Leiter der lettischen Klubs aufgeführt. Am 5. Dezember sollte der Moskauer Zentrale ein erster Zwischenbericht vorliegen.

Von Dezember 1937 bis Mitte November 1938 wurden im Zuge dieser Operation 22.360 Personen verhaftet und 74 Prozent – 16.573 zum Tode verurteilt. Unter den Opfern waren auch die in der von Koljazin besorgten Dokumentation erwähnten lettischen Schauspieler Jan und Karl Baltaus, Robert Bancan, Maria Lejko, Fric Ul'man, Adolf Vanadzin, des Theaterdirektors Rudolf Bancan und des am Skatuve-Theater beschäftigten Künstlers Pavel Irbit. Die Verhaftungen erfolgten zwischen dem 30. November und dem 15. Dezember 1937. Am 24. Januar 1938 erfolgte die Verurteilung aller hier genannten acht Letten durch die Trojka, am 3. Februar 1938 wurden sie in Butovo erschossen. Ihre Namen sind in den publizierten Butovo-Listen veröffentlicht.

Der Häftlingstransport, mit dem Anna Lacin im Karlag eintraf, endete in Karabass, dem Transitlager. Im überfüllten Lager wurden die ständig eintreffenden Ehefrauen der vom NKVD verurteilten „Verräter an der Heimat“ in das für sie eingerichtete Sonderlager Alžir in der Nähe von Akmolinsk [heute Astana – die Red.] verbracht. Anna Lacin, die zu einer anderen Häftlingskategorie gehörte, wurde wahrscheinlich wie Margarete Buber-Neumann oder Marta Globig gleich nach Burma verlegt. Wann genau sie nach Dolinka – ans Theater – gekommen ist, muß offen bleiben, ebenso die Frage, in welchen Lagerpunkt sie in den Kriegsjahren (S.134) verlegt wurde, solange die Lagerakte nicht eingesehen worden ist. Die Häftlinge, die als Schauspieler am Theater spielen durften, waren in der Regel im Kommandantenlager, das über eine Frauen- und eine

Männerzone verfügte, untergebracht. Im Klubhaus des Karlag ließ man inhaftierte Künstlerinnen und Künstler abwechslungsreiche Kulturprogramme, Operetten und Theaterstücke inszenieren. Komödien, wie etwa „Armut ist keine Sünde“ von Aleksandr Ostrovskij, waren besonders beliebt. Einige im Lagerarchiv erhaltene, dem Rezensenten vorliegende Programmhefte vom März 1949 vermitteln einen Eindruck vom Ablauf der zweistündigen Festprogramme: Der Abend begann mit einer Aufführung der Theatertruppe, geboten wurden einzelne Szenen aus klassischen und modernen Stücken wie „Konstantin Saslanov“ oder „Zwei Kapitäne“. Daran schlossen sich russische Volkslieder an, vorgetragen vom Gefangenenchor unter Leitung von Il'icev. Es folgten Knüttelverse aus dem Dorfleben und Auszüge aus patriotischen Poemen wie „Vasilij Terkin“ von Aleksandr Tvardovskij oder Michail Šolochovs „Sie kämpften für die Heimat“. Lieder über Stalin waren integraler Bestandteil aller Programme. Nach der Pause trugen Zivilangestellte und Häftlinge populäre Lieder und Schlager vor. Zum Abschluß spielte das Streichorchester. Zu diesem Programm waren auch Häftlinge zugelassen, wie aus dem Vermerk im Programmheft hervorgeht. Im Regelfall saßen im Zuschauersaal fast ausschließlich Angehörige des Lagerpersonals und ihre Familien.

Theater- und Estradenprogramme galten als Teil der offiziellen „Kulturerziehungsarbeit“ der Karlag-Verwaltung. Das künstlerische Zentrum schuf man an dem Ort, wo sich das Gros des höheren Lagerpersonals befand, in Dolin-

ka. Hier konzentrierte man Ende der 1930er Jahre die Künstlerinnen und Künstler, die als Häftlinge in das Karagandinsker Besserungsarbeitslager kamen. Abram Berg erinnert sich einiger: Ter-Asaturova, Sängerin der Oper „Erewan“; Verbo, eine Opernsängerin aus Odessa; Olovejnikova, eine Charkower Operettensängerin, oder die Schauspielerin Mezenceva des „Kleinen Theaters“ aus Moskau.

Wladislaw Hedeler

Lothar Mertens: Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, Saur K.G. Verlag, München 2006, 675 S.

Das Lexikon bietet eine für künftige Studien zur Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft nützliche biographische Zusammenstellung von personellen und politischen Tatbeständen. Es enthält die Kurzbiographien von über 1.100 DDR-Historikern. Erfaßt wurden nahezu alle habilitierten bzw. im Besitz der Promotion B befindlichen Personen, die im Bereich der historischen Wissenschaften beruflich tätig waren. Zu den biographischen Angaben gehören die Themen der Qualifizierungsschriften, die Gutachter der Dissertation, selbständig verfaßte Monographien und Zeitschriftenaufsätze in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, wobei wohl nicht immer Vollständigkeit erreicht werden konnte. Aufgeführt wurden auch staatliche und Parteiauszeichnungen, die Mitgliedschaft in der NSDAP und nach 1945 in der SED, sowie Literatur zur

Person der Betreffenden, in einigen Fällen findet man auch Angaben zu den persönlichen und wissenschaftlichen Nachlässen.

Das Lexikon ist im Allgemeinen solide und fleißig erarbeitet und erlaubt – im Rahmen des Möglichen – Einblicke in die personelle Zusammensetzung der Historiker der DDR, soweit sie habilitiert waren bzw. die Promotion B abgelegt hatten und zum Lehrkörper an den Universitäten und Hochschulen der DDR gehörten oder an der Akademie der Wissenschaften und den Parteiinstitutionen als Historiker tätig waren. Die gebotenen Tabellen zur Mitgliedschaft der Historiker in wissenschaftlichen Gremien und ähnlichen Einrichtungen erscheinen in der Mehrzahl dem Zweck des Buches angemessen. Ob der Vf. die Mitgliedschaft einzelner Historiker in der NSDAP in einem entsprechenden Lexikon zur Historikerzunft der alten Bundesrepublik mit einer Tabelle so herausgestellt hätte, wie in dem vorliegenden Lexikon zur DDR-Historikerschaft, darf füglich bezweifelt werden. Überhaupt treten Zweifel auf, ob bei Personen, die wie – um ein Beispiel zu nennen – Erich Paterna (Humboldt-Universität Berlin) mehrere Jahre wegen ihrer illegalen politischen Arbeit als Kommunisten im Zuchthaus Brandenburg verbracht haben, die zeitweilige Mitgliedschaft in der SA überhaupt erwähnenswert ist. Im Falle von Heinz Herz (Rostock, Jena) – um ein weiteres Beispiel zu nennen – ist die in seiner Biographie (und in der Tabelle 2) notierte formelle NSDAP-Mitgliedschaft für seinen politischen Werdegang weit weniger wichtig als sein nachweislich sehr

aktives demokratisches Engagement in den letzten Jahren der Weimarer Republik, sein Eintreten gegen den Antisemitismus oder seine religiösen Bindungen, die seine Biographie geprägt haben.

Zwei inhaltliche Punkte der Einführung sollen kritisch hinterfragt werden:

Erstens wird zwar (S.34) erwähnt, daß nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone rasch zahlreiche Historiker, „welche das Dritte Reich in der inneren oder äußeren Emigration überstanden oder in den Zuchthäusern überlebt hatten“, in den universitären Lehrkörper berufen wurden. Aber bei den genannten Namen fehlen maßgebliche Repräsentanten des antifaschistischen Widerstands innerhalb oder außerhalb Deutschlands, so z. B. Walter Bartel, Hermann Duncker (der allerdings später erwähnt wird), Ernst Engelberg, Ernst Niekisch, Helmut Stoecker oder Erich Paterna. Auch wird nicht deutlich gemacht, welchen Anteil dieser Personenkreis für die Vermittlung eines neuen, antifaschistischen Geschichtsbildes an den Universitäten hatte. Es ist daher offenbar auch kein Zufall, daß das informative Buch von Mario Keßler zu diesem Personenkreis: „Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR“, Köln-Weimar-Wien 2001, in beiden Literaturverzeichnissen des Lexikons fehlt. Auf dieser Linie liegt auch, daß im ausführlichen Literaturverzeichnis der für die Beurteilung der wissenschaftlichen Leistungen einzelner DDR-Historiker nützliche Titel von Georg Iggers (Hrsg.): *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, Frankfurt/Main 1991, fehlt.

Zweitens zitiert der Autor zustimmend die Meinung von Hans-Ulrich Wehler, die erdrückende Mehrheit der DDR-Historiker habe sich „jahrzehntelang als geistige Büttel einer spätstalinistischen Partei prostituiert“ (S.25). Wenn auch dem Autor dabei offenbar selbst Zweifel kamen, und er dieses Verdikt „wohl insbesondere für die Funktionsträger in der SED“ gelten lassen will, so ist mit derart plakativen Behauptungen dem Anliegen des Buches nicht gedient. Selbstverständlich steht die politische Verantwortung der Mehrzahl der Historiker der DDR für die Legitimierung und Propagierung des DDR-Regimes außer Frage. Die von Wehler kreierte Büttelthese unterschlägt jedoch die wissenschaftliche, politische und menschliche Unterschiedlichkeit innerhalb der historischen Zunft der DDR, auch in ihrer zeitlichen Entwicklung zwischen 1945 und 1989/90. M. zitiert zwar (S.24) die Meinung von Jan Peters, nach der es drei unterschiedliche Gruppen im politischen und wissenschaftlichen Verhalten unter den Historikern in der DDR gab, hebt aber mit der auf der nächsten Seite seines Lexikons folgenden Büttelthese Wehlers diesen Versuch zu einer differenzierteren Sicht wieder auf.

Abschließend noch zwei Bemerkungen: Daß der Freitod Karl Griewanks im Jahr 1953 ausschließlich politische Ursachen hatte, wie der Vf. unter Berufung auf Winfried Schulze (Anm. 149) auf S.44 feststellt, darf bezweifelt werden, und ist aus den Quellen nicht zu belegen.

M. hebt zu Recht die häufig anzutreffende „Inzucht“ unter den Hochschullehrern der DDR hervor, den ausbleibenden intellektuellen „Austausch durch Neu- oder Umberufungen von Hochschul-

lehrern" (S.73). Seine Feststellung zum Historischen Institut in Jena – wohl für die 1950er und 1960er Jahre gemeint: „Jena verlor drei Personen, ohne daß jemand an die Friedrich-Schiller-Universität kam“, trifft allerdings nicht zu, oder ist, um es deutlicher zu sagen, falsch. Heinz Herz kam 1959 aus Rostock nach Jena, Dieter Fricke 1960 aus Berlin, Siegfried Schmidt 1964 aus Berlin – später Detlef Jena 1985 aus Halle, Jörg-Peter Findeisen 1988 aus Leipzig. Ich selbst kam 1963 – allerdings als Dozent – an das Jenaer Historische Institut. Für Jena gilt insofern dieser Vorwurf mangelnden Austauschs im Hochschullehrerbereich nicht. Keiner der genannten Namen findet sich übrigens in der Tabelle 28: „Hochschulwechsel von Historikern“ auf S.73. Ebenso fehlt darin der von Jena Ende 1958 nach Leipzig berufene Max Steinmetz. *Peter Schäfer*

Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2006, 240 S.

Das Buch behandelt die Geschichte der beiden deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung ihrer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Der Vf. läßt sich dabei von dem methodischen Herangehen Peter Benders leiten, der 2001 in einem Essay die „Gleichheit der Deutschen vor der Geschichte“ konstatiert hatte. Ehemalige Bundes- und DDR-Bürger müssen sich in einer Nachkriegsgeschichte wiederfinden können. Eine Geschichtsschreibung sei nötig, aus der

die Deutschen lernen können, was die Landsleute jenseits der Grenze erlebten, erfuhren, erreichten und erlitten. Die bisher von den Historikern entwickelten Konzepte reichten von einer „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ bis zu einer „integrierten Nachkriegsgeschichte“, von „einer ideologischen ‚Kontrastgeschichte‘ von Diktatur und Demokratie“ bis zu einer „konkurrierenden ‚Spiegelgeschichte‘ beider deutscher Staaten“. R. bemängelt, daß es bei diesen Konzepten kaum zu einer Umsetzung in eine Gesamtdarstellung gekommen sei. Er hält das Herangehen Benders am ehesten für die praktische Umsetzung für geeignet. So legt der Vf. den chronologisch gegeneinander abgegrenzten Kapiteln eine vierfache Untergliederung zugrunde. 1. Unterschiede, 2. Gemeinsamkeiten, 3. Wechselseitige Beziehungen, 4. Gegenseitige Bezugnahmen. In diesem Zusammenhang plädiert der Vf. dafür, die Rolle der Schutzmächte in Übereinstimmung mit dem realen historischen Prozeß zu bewerten. Daß einige Autoren der Bundesrepublik ab Mitte der 50er Jahre „ein relatives Eigenleben“ zugestehen, während sie bei der DDR „keine Spur von auch nur annähernder Souveränität“ finden, spiegelt den realen Prozeß keineswegs real wider. Der Vf. meint im Unterschied dazu, daß sich die Spielräume von DDR und Bundesrepublik gegenüber ihren Schutzmächten in den Zeiten des Kalten Krieges nicht wesentlich unterschieden. 1949 zur Zeit der „doppelten Staatsgründung“ waren beide Staaten nicht in die volle Souveränität entlassen worden. Mitte der 50er Jahre erst wurden sie für souverän erklärt. In der Bundesrepublik erlosch im Mai

1955 das Besatzungsstatut, während die Sowjetunion die DDR schon im März 1954 (nicht 1955, wie der Vf. meint, S.24) für souverän erklärt. Beide deutsche Staaten aber blieben, da in unterschiedlichem Maße noch schutzbedürftig, trotz der formalen Souveränität, von den Schutzmächten abhängig. Die DDR hätte Anfang der 60er Jahre die Grenze in Berlin niemals allein schließen können. Dazu brauchte sie die sowjetische Rückendeckung. Aber in den 60er Jahren setzte Ulbricht eine Wirtschaftsreform (NÖS) durch, die er auch nach Brežnevs Machtübernahme in Moskau, dem Reformen suspekt waren, nicht abbrach. In dieser Zeit ignorierte die Bundesrepublik die Zeichen der Entspannung zwischen den USA und der UdSSR. Entgegen den Wünschen der Schutzmacht fuhr sie mit der Hallstein-Doktrin fort. Aber Anfang der 70er Jahre ordneten sich beide deutsche Staaten den Wünschen ihrer Schutzmächte unter. Erich Honecker nahm die Reformpolitik Ulbrichts zurück und die Bundesrepublik verabschiedete sich von der Hallstein-Doktrin. Ein Jahrzehnt später änderte sich die Situation erneut. Der Kalte Krieg gewann angesichts des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan und der Unterdrückung der Solidarność in Polen erneut an Intensität. Erich Honecker und Helmut Schmidt sowie dessen Nachfolger Helmut Kohl waren sich in dieser Situation einig, eine deutsche „Verantwortungsgemeinschaft“ für den Frieden anzustreben und an der Entspannungspolitik festzuhalten. Diese deutschen Eigenständigkeiten sahen die USA und die UdSSR nicht gern. Ergebnislos blieb der Versuch der sowjetischen Politik, Günter Mittag, einen Protagonis-

ten der „deutsch-deutschen Wirtschaftskooperation“, Anfang der 80er Jahre aus dem Amt zu verdrängen. Auch Honeckers mehrfach von Moskau aus verhinderte Reise nach Bonn fand 1987 dann doch statt.

Infolge rasch zunehmender politischer und ökonomischer Schwäche verzichtete die UdSSR Ende der 80er Jahre darauf, ihre Schutzfunktion weiter wahrzunehmen. Sie gab ihr westliches Vorfeld auf. Ein neues Kapitel deutsch-deutscher Beziehungen begann, das von Bonn aus als „asymmetrische Vereinigung“ gestaltet wurde. Die Bundesrepublik, die in der Systemkonkurrenz mit der DDR vorrangig auf sozialem Gebiet ausgebaut worden war, die in ungewöhnlicher Breite und Intensität der sozialen Sicherungen kaum zu übertreffen war, sollte diese Vorzüge rasch verlieren. Das Wohl einer Minderheit trat, wie der Vf. zutreffend feststellt, zuungunsten der Mehrheit der Bewohner wieder in den Vordergrund. Der Vf. breitet eine Fülle empirischen Materials zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte beider deutscher Staaten aus, das der interessierte Leser als deutliche Bereicherung ansehen wird, das aber an bestimmten Stellen auch zum Widerspruch provoziert. Die These, daß Ost- und Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg wirtschaftlich annähernd gleiche Ausgangsbedingungen gehabt hätten, läßt Untersuchungsergebnisse des niederländischen Wirtschaftshistorikers Jaap Sleifer¹ unberücksichtigt, der schon für

1 Jaap Sleifer: *Falling behind. The East German Economy in comparison with West Germany from 1936 to 2002*, Groningen 2002.

den Zeitraum von 1936 bis 1945 einen erheblichen Rückfall des ostdeutschen gegenüber dem westdeutschen Wirtschaftsniveau gestützt auf statistisches Material belegt.

Ungeachtet dessen ist der methodologische Ansatz des Vf. sehr zu begrüßen, weil er die kruden Ideologie-Komponenten der „Aufarbeiter“ vermeidet. Dieser Ansatz ist geeignet, eine konsequent wissenschaftliche Betrachtung der deutschen Zeitgeschichte den Weg zu ebnen.

Siegfried Prokop

Klaus Arnold/Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin 2004, 382 S.

Die insgesamt 20 Beiträge in diesem Band basieren auf einer Tagung, die im März 2004 von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam in Berlin veranstaltet wurde, und sind in fünf Kapitel gegliedert: 1) Rundfunk im Kalten Krieg; 2) Rundfunk in der SBZ und in der frühen DDR; 3) Der DDR-Rundfunk nach dem Mauerbau; 4) Zielgruppenprogramme und Geheimsender sowie 5) Vergleichs- und Rezeptionsaspekte.

Zeitlich beginnen die Abhandlungen mit der ersten Sendung des Berliner Rundfunks am 13. Mai 1945 und den Problemen in der Sowjetischen Besatzungszone. Auch im weiteren geht es nicht nur um den DDR-Rundfunk, sondern es werden zahlreiche Vergleiche gezogen, was sich als Vorzug des Buches erweist. Insofern ist die Unterzeile „Radio in der DDR“ zu eng gefaßt.

Im 2. Kapitel ist ein Beitrag dem 17. Juni 1953 im Rundfunk der DDR gewidmet. Die Autorin Ingrid Pietrzynski verdeutlicht, daß der DDR-Rundfunk an diesem Tag das normale Programm ausgestrahlt hat. In der Folge gab es entsprechend kritische Betrachtungen, in denen die „Schönfärberei“ der Vergangenheit angeprangert wurde. Es wurde eine Kommission gebildet, die ein umfangreiches Konzept mit Vorschlägen für ein neues Programmschema vorlegte. Doch nachdem sich zwischenzeitlich die Position der SED wieder stabilisiert und gefestigt hatte, waren grundsätzliche Veränderungen nicht mehr erwünscht, so daß letztendlich die Mitglieder der Programmkommission diszipliniert und sogar zur Selbstkritik veranlaßt wurden.

Unterblickt sind die folgenden sieben, acht Jahre, denn das Kapitel 3 beinhaltet den Zeitraum vom Anfang der 60er Jahre bis zum Ende des DDR-Rundfunks. Aufschlußreich der Beitrag von Christian Köhne, der untersucht, wie im Funk durch die Verbindung von Unterhaltungsformen mit Wirtschaftsinhalten neue Wege der Propaganda gefunden wurden. Rolf Geserick beschäftigt sich mit dem DDR-Rundfunk in der Zeit Erich Honeckers und konstatiert in diesen rund zwei Jahrzehnten eine erhebliche Kontinuität und Stabilität. Seine Feststellung im Zusammenhang mit Rundfunkforschung, daß einstige leitende Mitarbeiter des DDR-Rundfunks in zahlreichen Publikationen umfangreich zu Wort kommen, provoziert allerdings die Frage, warum dann in diesem Sammelband nicht ein einziger derartiger Zeitzeuge seine Position darlegt. Der

Beitrag von Sylvia Dietl befaßt sich mit dem Ende des DDR-Rundfunks. Die Autorin führt fast chronologisch an, welche personellen und inhaltlichen Auswirkungen die politischen Ereignisse im Herbst 1989 hatten, wobei nach ihrer Einschätzung die eigentliche Wende im Rundfunk erst nach der Wahl vom 18. März 1990 begann. Nach diesem Wahlergebnis war klar, daß alles auf ein föderalisiertes Rundfunksystem hinauslaufen wird. Dabei arbeitet die Autorin deutlich heraus, wie der Rundfunk in den Einigungsvertrag Eingang gefunden hat und daß letztendlich die bundesdeutsche Seite das alleinige Sagen hatte und die Auflösung des (DDR-)Rundfunks bis zum 31.12.1991 anstrebte.

Unmittelbar danach folgt der Beitrag von Intendant Ernst Elitz „Der nationale Hörfunk als Produkt der Einheit“. Der Autor folgert anhand einer EMNID-Umfrage (aus dem Jahre 1999), daß die beiden Programme des DeutschlandRadios im Vergleich mit anderen Radioprogrammen den besten Beitrag für das gegenseitige Verständnis der Ost- und Westdeutschen leisten. Ausgewogen sind die Beiträge im 4. Kapitel „Zielgruppenprogramme und Geheimsender“. Hier wird neben den Darlegungen zu Versuchen der DDR, durch spezielle Programme (Geheimsender) Einfluß auf die Hörschaft in der BRD zu nehmen, auch über den RIAS als US-Sender für die DDR und dessen Rolle am 17. Juni 1953 geschrieben. Daß es im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ einen Geheimsender Radio Moldau (Radio Vltava) gab – der nur rund ein halbes Jahr existierte -, dürfte für die meisten Leser kaum bekannt sein.

Autor Claus Röck anerkennt auch, daß bis heute Organisation und Methoden des Senders zu den bestgehüteten Geheimnissen der DDR gehören.

Das Buch wird mit zwei Beiträgen abgeschlossen, in denen anhand von Hörerbriefen an DT 64 und Befragungen sowie Interviews gezeigt wird, warum die „Dominanz der Westsender“ in der DDR nicht so einfach bestätigt werden kann.

Der Sammelband bietet insgesamt eine lohnenswerte Lektüre. Die Schlußfolgerungen und Einschätzungen der Autoren muß der Leser nicht in jedem Fall teilen. Die Beiträge sind verständlich und sachlich geschrieben. Sie enthalten allerdings viele Fußnoten, die den Lesefluß stocken lassen und erst am Ende des jeweiligen Artikels erläutert werden. Einige kleinere Fehler „Politbürovorsitzender“ [S.230] war keine gebräuchliche Bezeichnung; Ende der 60er Jahre gab es keinen „Generalsekretär der SED“ [S.264]) mindern nur unwesentlich den positiven Gesamteindruck. Peinlich ist allerdings, wenn auf S.250 zu Gerhart Eisler steht, daß er (von 1956) bis 1972 Stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees war. Ein Abkürzungsverzeichnis, eine Auswahlbibliographie mit 272 (!) Belegen, ein Personenregister und Angaben zu den Autoren vervollständigen den Band.

Joachim Eichler

**František Čapka^v/Lubomír Slezák/
Jaroslav Vanculík: Nové osídlení
pohraničí českých zemí po druhé
světové válce** (Die Neubesiedlung des
Grenzlandes der Tschechischen Länder
nach dem Zweiten Weltkrieg),

Akademické nakladatelství cerm, s.r.o., Brno 2005, 359 S.

In vier Kapiteln haben tschechische Historiker umfangreiche und spröde Geschichtsergebnisse erstmals kompakt aufgearbeitet. Es handelt sich um die Darlegung der Folgen, die sich aus der „Umsiedlung“ der Deutschen aus der ČSR gemäß der Festlegungen der Abkommen der Alliierten von Jalta und Potsdam 1945 für die Tschechoslowakei ergaben. In der Einleitung (S.6f.) geben die Vf. eine Abgrenzung ihres Arbeitsgegenstandes. Eingeschlossen darin ist eine Auseinandersetzung mit dem umstrittenen „Ausweisungs“-Terminus: odsun (tschechischer Text), transfer (englischer Text des Potsdamer Abkommens), pereselenie (im russischen Text) und mit dem tschechischen Begriff osidlení (Besiedlung, Ansiedlung) für das Geschehen, das in den sechs Regionen des Grenzgebietes der ČSR folgte. Ziel ihrer Arbeit sei „die Rekonstruktion und Bewertung der [...] ersten (1945-48) und historischen zweiten (50er Jahre) [...] dramatischen Besiedlungsphase“ (S.7). Die Vf. verweisen darauf, daß sie die o.g. Abkommen als Tatsache nehmen und sie als gegeben voraussetzen. Mit großem Fleiß wurden erstmals bis 1989 zugängliche Akten und etwa 2.000 tschechische Publikationen erfaßt (siehe 53 Anlagen, S.233ff.). Die Reintegration des nach dem Münchener Abkommen 1938 von Hitler gewaltsam abgetrennten ČSR-Staatsgebietes geriet in die Auseinandersetzung um die politische Macht in Prag bis 1948 (S.34). Zudem wurde die Situation in den Umbruchzeiten des Nachkriegs durch Chaos und Kontrollverlust geprägt. Das

Grenzland wurde zum Spekulationsobjekt und zum Eldorado abenteuerlicher Kräfte (Kap. I). Die Regierung stützte sich auf das Regierungsprogramm von Košice (April 1945). Bestrafungen deutscher bzw. ungarischer Bürger, nicht aber „Vertreibungen“, waren festgelegt. Die tschechische Exilregierung in London ging davon aus, daß „die Umsiedlung der Deutschen“ erfolgen wird (S.31). „Wilde Vertreibungen“ vor Potsdam waren somit vorprogrammiert.

Im Kapitel II (S.33ff.) beleuchtet S. die landwirtschaftliche Besiedlung des von den Deutschen hinterlassenen Gebiets und beschäftigt sich mit dem Aufbau der tschechischen Verwaltung. Dazu werden die Dekrete des Präsidenten Edvard Beneš und weitere Regierungsdokumente bzw. Unterlagen der Parteien herangezogen (S.36ff.). Weiterhin werden die Gewinnung von Ansiedlern und die an sie zu legenden Maßstäbe geregelt sowie die politische und ideologische Seite des Ansiedlungsprozesses durchleuchtet. Es fehlte an bereiten tschechischen Arbeitskräften des Binnenlandes. Die Ansiedlungskommissionen konnten diesen Widerspruch nicht lösen (S.36). Die KPC bildete eine eigene Ansiedlungskommission unter Leitung des Funktionärs Dr. Bedřich Steiner, um die Entsendung bewußter Kader „mit Parteauftrag“ zu betreiben, die eine spätere „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ befördern sollten. So wird von den Vf. konstatiert, daß etwa 120.000 landwirtschaftliche Einheiten in der Größe von 5 – 13 ha an tschechische Ansiedler vergeben wurden, weitere ca. 240.000 Einheiten lagen mit der Hektarzahl

darunter oder darüber und wurden nicht verteilt. Es wurde strikt auf die Stärkung des slawischen Elements bei der Ersetzung der Deutschen gesehen (S.41f.). Dieses durch nationalistische Ziele geprägte Programm sollte Jahre danach auf seine Verfechter zurückfallen. Es führte zum Entstehen eines geschichtslosen, ökonomisch-kulturell und umweltgeschädigten (Bergbau, Urangruben) Raumes, in dem die angesiedelte fremde Mischbevölkerung kaum emotionale Bindungen aufbaute. Dieses Faktum wird von den Vf. kaum thematisiert. Sogar aus den USA und Südamerika wurden repatriierte Tschechen ins Grenzland gesiedelt, die aber die Gegebenheiten nicht kannten (Siehe Kap. IV, S.150). Zusätzliche Abkommen gab es mit der UdSSR, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Österreich (Siehe Dok. S.26ff.). Es wurden ca. 202.500 Reemigranten zur Stärkung des slawischen Elementes angesiedelt (S.166). Der Versuch der Ansiedlung wanderfreudiger Sinti und Roma, um sie mit Gewalt „seßhaft“ zu machen, mißlang, denn sie zogen bald wieder in andere Landesteile (S.71). So stellen die Vf. zurecht fest, daß die Versuche, das Grenzgebiet durch „innere Kolonisation“ ins Wirtschaftsganze des Landes zu integrieren, nicht erfolgreich waren (S.69). In einer zweiten Phase in den 50er Jahren gelang es der nun von der KPC geführten Prager Regierung nicht, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Grenzregion in den Griff zu bekommen. Zusätzliche erhebliche materielle Anreize für die Ansiedler verdingen nicht, und die Fluktuation war hoch (S.177f.).

Der Kalte Krieg und Ängste vor deutscher Revanche taten ein Übriges. Die bürgerlichen Parteien verfügten nach 1945 über keine eigenen Pläne der Besiedlung (S.186). Der Glaube an die „marktrechtlichen Gesetze“ und deren Kraft war wohl der Hintergrund. Man ging davon aus, daß sich „der Markt“ letztendlich durchsetzen und alles regeln werde. So kam es zu den „radikalsten Veränderungen binnen weniger Jahre“ (S.187). Unüberschaubare Migrationsprozesse, sozio-ökonomische Ungleichheiten, personelle Inkompetenz sowie politische Unsicherheiten und eingeleitete „sozialistische Umgestaltungen“ beließen die mehr oder weniger gewaltsam besiedelten Grenzlande im Status eines ständigen ökonomischen und ökologischen Problems. Das bestätigten Umfragen in den ehemaligen Ansiedlungsgebieten noch im Jahre 1999: Eine Mehrzahl der Bewohner fühlte, daß sich ihre Region vom übrigen Land „spezifisch unterscheidet“ (S.204f.). Widersprüchlich erscheint angesichts der von den Autoren wissenschaftlich fundiert geführten Untersuchungen die Aussage, es sei gelungen, das Grenzland „geografisch, historisch und ökonomisch mit dem böhmischen und mährischen Inland zu einem kompakten Ganzen“ zu gestalten (S.186). Im Widerspruch dazu steht die von ihnen in der Zusammenfassung getroffene Feststellung, daß nach Jahrzehnten das Grenzland seine Besonderheiten nicht verloren hatte, „die auch nach mehr als einem halben Jahrhundert nicht verschwunden sind“ (S.204). Ursache dafür sei der „Gegensatz zwischen den Interessen der zwangsweise

Angesiedelten” und den „die Grenzlandbesiedlung betreibenden Politikern” (S.205). Der Widerspruch zwischen der Aussage vom Erfolg der Integration und der genannten reduzierenden Feststellung weist auf die Unsicherheit hinsichtlich einer relevanten bzw. signifikanten Wertung bei den Vf. hin. Sie ziehen sich daher auf die Bemerkung zurück, daß auch andere Sichten im Hinblick auf Erfolg oder Mißerfolg der Grenzlandintegration gelten könnten (S.206).

Veronika Arndt

Gotthold Schramm (Hrsg.): Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September, edition ost, Berlin 2005, 224 S.

Dieser Band enthält neben einem Vorwort und zahlreichen Anlagen 16 Beiträge von zwölf Autoren, die ein breit gefächertes Bild über die Beziehungen zwischen Deutschen und Chilenen in Vergangenheit und Gegenwart bieten und sich nicht allein mit den Vorgängen um den 11. September 1973 beschäftigen, wie der Untertitel vermuten läßt. Schwerpunkt ist allerdings die Zusammenarbeit von DDR und Chile und vor allem die DDR-Unterstützung für Chilenen nach dem faschistischen Putsch. Dabei steht die konspirative Hilfe im Mittelpunkt, da erstmals Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung (Offiziere im besonderen Einsatz) über ihre Arbeit berichten. Es mußte sicher auch erst einige Zeit vergehen, um diese Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Denn Jorge Insunza (nach 1970 einer der Berater Allendes) erklärt im Zusammenhang mit der Fluchthilfe für Carlos Altamirano, daß sich die DDR niemals dieser Tat geröhmt

habe. Neben der Darstellung von “Altamiranos Ausschleusung” aus DDR-Sicht schreibt auch der ehemalige Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles selbst über seine Flucht nach Argentinien. Dadurch gewinnt der Band an Authentizität und Glaubwürdigkeit. Es empfiehlt sich, die Beiträge hintereinander zu lesen, auch wenn es keine chronologische Abhandlung ist. Aber bei verschiedenen Darstellungen werden statt Fußnoten „Hinweise auf andere Autoren“ (z. B. S.29 „Die Antwort Allendes ist in diesem Buch dokumentiert.” oder S.45 „wird an anderer Stelle im Buch erzählt”) gegeben.

Die Beiträge erfassen verschiedenartige Facetten der Beziehungen bzw. Hilfen der DDR. So wird über eine Studien-delegation des ZK der SED (S.46) berichtet, ein Rohstoffspezialist (S.60) oder ein Mitarbeiter in der Handelsvertretung (S.139) schildern ihre Erlebnisse. Gerade der letztgenannte Beitrag von Peter Wolf ist sehr persönlich und emotional geschrieben, so daß man gern erfahren hätte, was er später gemacht hat. Peter Wolf war der erste Bürger, der aus einem sozialistischen Land nach dem 11.9.1973 wieder nach Chile eingereist ist. Kurz gehalten, aber mit einer interessanten Information vom Sommer 1973 zu einem bevorstehenden Militärputsch in Chile, ist ein Beitrag der Brüder Spuhler, die als Mitarbeiter des BND für ihre Zusammenarbeit mit der HVA des MfS nach 1989 verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Der längste Beitrag befaßt sich mit der DDR unter der Schutzmacht Finnland und ihren Bemühungen um die Gewährung von Schutz und Hilfe in der DDR-

Vertretung. Die DDR hatte ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen. In der Wiener Konvention ist geregelt, daß dieses Land seine Interessen einschließlich des Schutzes von Botschaft und Personal durch einen anderen Staat wahrnehmen lassen kann. Der Autor Prof. Dr. Arnold Voigt verdeutlicht sehr anschaulich und nachvollziehbar die Entwicklung der Beziehungen zur Schutzmacht und die Arbeit der so genannten DDR-Restgruppe. Bei Militärputschen war „Asyl ... fast schon zu einem Ritual geworden“ (S.108), denn es ging bisher vorrangig um Machtwechsel, weniger um die physische Vernichtung des Gegners. In Chile änderte sich alles. Deshalb gab es auch in westlichen Staaten, die dem Putsch in weiten Teilen nicht ablehnend gegenüber standen, zumindest verbale Proteste.

Daß die Chile-Politik der USA nicht erst mit der Wahl Allendes zum Präsidenten, sondern seit Anfang der 60er Jahre darauf aus war, „Allende von der Macht fernzuhalten“, dokumentiert Klaus Eichner in seinem Beitrag „CIA-Operation ‚Centauro‘“. In diesen Zusammenhang passen die im Anhang veröffentlichten Auszüge aus Empfehlungen zur Destabilisierung des Landes.

Bemerkenswert die Veröffentlichung der stenografischen Niederschrift eines Gespräches zwischen Walter Ulbricht und Luis Corvalan am 30.4.1971, wo der Generalsekretär der KP Chiles einschätzt: „Ich werde meine Hand nicht für die Armee ins Feuer legen.“ Allende andererseits glaubte stets an die Verfassungstreue des Militärs. Ein Beitrag beschäftigt sich auch mit dem Verhalten der BRD-Vertretung nach dem Putsch.

Dabei werden einige nachdenkenswert Details bekannt gemacht.

Von Karlheinz Möbus stammen zwei Artikel. Im ersten beschäftigt er sich mit der Entwicklung der Beziehungen DDR – Chile, im zweiten legt er dar, wie sich die DDR um die chilenischen Emigranten gekümmert hat und auch deren Rückkehr in die Heimat unterstützte (S.165). Bemerkenswert der Beitrag von Frank Schumann, der in den Kontext der aktuellen Auseinandersetzung um Demokratie und Diktatur den Vorwurf eines chilenischen Historikers aufgreift, Allende sei kein Demokrat gewesen. Die ausführliche Entgegnung findet sich in den Ausführungen von Gotthold Schramm „Nazideutschland und Chile“.

Mit dem kürzlichen Tod Pinochets dürfte das Interesse für das Chile Allendes noch einmal gewachsen sein. Auch deshalb ist dieses Buch eine empfehlenswerte Lektüre.

Zu kritisieren ist eine etwas oberflächliche Durchsicht. Durch gründlicheres Korrekturlesen hätten sich nicht nur grammatikalische und Druckfehler vermeiden lassen, sondern es wären vor allem auch inhaltliche Ungenauigkeiten wie auf S.220 Prof. Christa Wolf (statt Prof. Christa Luft), die Jahreszahl 1971 (statt 1973) auf S.138 oder auf S.182, Walter Ulbricht war am 30. April 1971 noch 1. Sekretär des ZK der SED, aufgefallen. Das Buch wird neben einigen Fotos (z. T. ohne Quellenangabe!) mit Bleistiftzeichnungen von Walter Womacka aus seinem 1973/74 entstandenen Zyklus „In Chile herrscht Ruhe“ illustriert. Abkürzungen und Informationen zu den Autoren schließen den Band ab.

Joachim Eichler

Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS – Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei, Neuer ISP-Verlag, Köln 2006, 219 S.

Das im Frühjahr 2006 erschienene Buch des im Januar 2006 verstorbenen Autors beschreibt in acht Kapiteln den Weg der PDS von ihrer Entstehung bis zu dem gegenwärtig sich vollziehenden Prozeß der Bildung einer neuen Linkspartei. Es würdigt die am Beginn stehende Auseinandersetzung mit dem Versagen der SED in der DDR-Geschichte und die klare Abgrenzung vom Stalinismus. In diesem Zusammenhang bringt der Autor seine Wertschätzung für das erste Parteiprogramm der PDS zum Ausdruck. Der Vf. zeichnet desweiteren den schweren Weg der Behauptung der Partei in einer ihr feindlich gesinnten Umwelt nach, würdigt die dabei errungenen bedeutenden Erfolge und übt unnachsichtige Kritik an politischen Positionen und Aktionen, die er für falsch hielt.

Generell kann man sagen, daß B. eine sachlich-getreuliche Darstellung des durchschrittenen Weges der PDS von der Position eines wohlwollenden und zugleich kritischen Sozialisten aus verfaßt hat. Bescheiden gab er seinem Buch den Titel „Eine Geschichte der PDS“. Damit wollte er unterstreichen, daß er seinen Versuch als einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über dieses Thema betrachtet wissen wollte. Diese Einschränkung hat durchaus auch eine sachliche Berechtigung, weil er sich nahezu vollständig auf die Behandlung der Entwicklung auf der zentralen Ebene konzentriert, weswegen die umfangrei-

che und vielschichtige praktische Wirksamkeit der Partei auf der kommunalen und regionalen Ebene ausgeblendet bleibt.

Bewertungsmaßstab des Autors für das politische Wirken der PDS ist die Frage, inwieweit die Partei damit ihrem demokratisch-sozialistischen Anspruch gerecht wurde. Von daher ergeben sich seine positiven wie negativen Wertungen. Dabei mußte B. unweigerlich mit einer zweifellos vorhandenen Schwäche der PDS konfrontiert werden. Sie besteht in der bislang unzureichenden programmatischen Arbeit der Partei. Sie muß Klarheit über den Charakter und den Platz im politischen Kräftespektrum unserer Gesellschaft schaffen. Sie muß die Ziele und Wege einer alternativen Politik formulieren. Zwar kommt eine Partei wie die PDS auch darum nicht herum, unter den obwaltenden Umständen auf unvorhersehbare Entwicklungen ad hoc zu reagieren, wodurch Fehler und Irrtümer nicht zu vermeiden sind, aber das ändert nichts daran, daß sie dessen ungeachtet über bestimmte Leitlinien und Grundpositionen einer alternativen Politik verfügen muß, an denen sich ihr Handeln orientieren muß, um für die Anhänger und Sympathisanten ebenso erkennbar zu bleiben wie für Gegner und Partner. Der bislang unzulängliche programmatische Klärungsprozeß hat sicherlich die immer wieder feststellbaren Schnell- und Fehlschüsse begünstigt, an der in der bisherigen Geschichte der Partei kein Mangel besteht.

Indem diese Kritik ausgesprochen wird, muß allerdings sogleich zugestanden werden, daß es z. Z. niemanden gibt,

der von sich sagen kann, wie ein ausge-reiftes alternatives politisches Konzept für eine sozialistische Perspektive aussehen soll. Auch der Vf. kann damit selbstverständlich nicht aufwarten. Aber umso berechtigter ist seine wiederholt erhobene Forderung, eine offene Debatte darüber ohne vorschnelle gegenseitige Verdächtigungen und Verurteilungen zu führen. Mit Recht kritisiert der Autor selbstherrliche Entscheidungen von Führungsgremien oder einzelnen Führungspersonlichkeiten, durch die Diskussionsprozesse über die unterschiedlichen Standpunkte abgewürgt wurden und die Ansicht einzelner Gruppierungen über die der Parteimitgliedschaft gestellt wurden. Das erinnert unwillkürlich an Beobachtungen, die Robert Michels in seiner Parteiensoziologie bereits bei Untersuchungen über die sozialdemokratische Partei gemacht hat, die er in folgende Worte faßt: „Die Führer der Parteiregierung verdächtigen die Führer der Parteiopposition bei den Massen als Inkompetente, Unberufene, als Schreier und Parteiverderber, Demagogen und Betrüger, wobei sie selbst sich als Exponenten des Massenwillens hinzustellen lieben und im Namen der Masse und der Demokratie die Unbotmäßigen oder auch nur Unlieb-samen zu Gehorsam und Unterwerfung auffordern.“¹

Ganz unaktuell sind auch die von Michels seinerzeit festgestellten Erschei-

nungen des Auseinanderdriftens der Interessen von Funktionären der Partei und der Mitgliedschaft sowie Wählern nicht. Anzeichen dafür, daß auch die PDS gegen solche Erscheinungen nicht gefeit ist, lassen sich nicht übersehen. Dazu bedarf es eines ständigen und lebendigen „Stoffwechsels“ zwischen Führungskräften und Basis, wofür seitens der Amtsträger die Bereitschaft da sein muß, auf Stimmen aus der Mitgliedschaft zu hören, und seitens der Mitglieder, sich eine gehörige Portion von Widerständigkeit und Kritikfähigkeit zu bewahren. Es geht darum, daß die Erfahrungen und Lebensbedingungen der Klientel der Partei immer wieder sorgsam hinterfragt und der Politik zugrunde gelegt werden. Es muß in einer sozialistischen Partei Grundkonsens sein, achtungsvoll mit den Meinungen der Mitgliedschaft umzugehen. Aufgabe der Basis ist es, stets ein wachsames Auge auf Verhalten und Wirken ihrer Vertreter zu haben, daß sie wirklich und wahrhaftig ihre Interessen vertreten. Vor allem muß allen Tendenzen von Arroganz der Macht und Ignoranz der Basis entschieden entgegengetreten werden. So beschränkt B. Kritik nicht auf die Führungsgremien. Auch die Verantwortung der Mitgliedschaft für bestimmte Entscheidungen wird angemahnt.

Von aktueller Bedeutung ist seine Analyse des von PDS und WASG eingeleiteten Prozesses der Bildung einer Linkspartei. Auch hier steht wieder die Frage nach den Grundsätzen für eine solche Partei. B. plädiert für einen breiten demokratischen Dialog und das Austragen aller Meinungsverschiedenheiten, um zu einer tragfähigen Handlungsgrundlage

1 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Neudruck, hrsg. von W. Conze, in: Kröners Taschenausgabe, Bd. 250, Stuttgart (1957), S.370f.

zu gelangen. Wichtig ist dabei sein Hinweis, es dürfe nicht übersehen werden, daß die Linkskräfte in der Gegenwart sich nicht nur auf die Linkspartei reduzieren lassen. Das Spektrum der Linkskräfte ist viel breiter und wird auch bei Konstituierung einer gemeinsamen Partei von PDS und WASG darüber hinausreichen. Insofern besteht die Aufgabe, nach Konzentration der Kräfte von PDS und WASG nach einem möglichst engen, partnerschaftlichen Zusammenwirken mit anderen Linkskräften zu streben. Dafür hält B. zu Recht eine gründliche Analyse der historischen Erfahrungen von PDS und WASG für notwendig.

Bei der Lektüre des Bd. wird man sicherlich auch Darstellungen und Wertungen finden, die diskussionsbedürftig sind. Man wird manchmal den Eindruck nicht los, daß B. etwas überhöhte Erwartungen an eine linkssozialistische Partei von heute stellt. In der kapitalistischen Bundesrepublik wird sie nun einmal auch die Widersprüche dieser Gesellschaft in sich tragen, sie muß einerseits als eine über das bestehende System hinaus denkende Partei sich von den übrigen politischen Kräften deutlich abheben, aber andererseits wird sie integrierter Teil des politischen Spektrums sein, weil sie Schichten dieser Gesellschaft vertritt und deren Probleme artikuliert, die in ihr und durch sie entstanden sind. Diese schwierige Gratwanderung erfordert auch ein gewisses Maß an Toleranz und Geduld gegenüber ihrer Politik und ihren Akteuren. Sie sind auf der Suche nach tragfähigen Konzepten, die Fehler und Irrtümer einschließt. Deshalb sind vorschnelle Abstempelungen als „Rechte“, „Anpasser“ oder „Helfershelfer der

Herrschenden“ nicht hilfreich. Man muß immer die Möglichkeit der Korrekturfähigkeit einkalkulieren. Auch der Vf. hat ja dafür Beispiele gefunden. Die beste Hilfe ist eine offene Kritik, und die hat B. geübt, wofür ihm Dank gebührt.

Manfred Behrend ist am 14. Januar 2006 verstorben. Er hat also das Erscheinen seines Buches und die Aufnahme in der Öffentlichkeit nicht mehr erlebt. Wer ihn kannte, wird jedoch sagen können, es wäre ihm sehr recht gewesen, daß seine Ausführungen kontrovers diskutiert werden. Auch wenn an einigen Stellen seine Kritik etwas zugespitzt ist – sein Buch ist ein wichtiger Beitrag für die unerläßliche Diskussion über Ziele und Wege einer alternativen Politik mit sozialistischer Perspektive. Er hat damit der PDS und der WASG, aber auch allen anderen Linkskräften einen echten Dienst erwiesen.

Helmut Meier

Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Willy-Brandt-Studien, J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 520 S.

Diesem umfangreichen Werk liegt die wenig bearbeitete Dissertation des als Redakteur bei der Zeitung „Die Welt“ arbeitenden Vf. zugrunde. Liest man dieses Buch als ein betroffener Zeitzeuge und als professioneller Historiker, stellt sich ein merkwürdiges Gefühl von Fremdheit und Ferne gegenüber einem doch zeitlich so nahen und immer noch stark nachwirkenden Geschehen ein. Auf der Basis eines beachtlichen Quellen- und Literaturfundus – wenn auch mit fast vollständiger Abstinenz gegenüber Titeln von

ehemals DDR-Spezialisten – entsteht ein facettenreiches Bild jenes Chaos-Jahres, in welchem sich eben nicht – wie von St. insistiert wird – eine „Vereinigung“, sondern ein Anschluß vollzogen hat. In Rahmen der geschichtswissenschaftlichen Nach-Wende-Literatur stellt das Buch trotzdem einen Gewinn dar, wird doch m. W. erstmals unter Nutzung persönlicher Deposita bzw. von Privatarchive von 24 prominenten Akteuren (darunter Egon Bahr, Horst Ehmke, Erhard Eppler, Martin Gutzeit, Stefan Hilsberg, Wolfgang Thierse, Hans-Jochen Vogel, Markus Meckel, Ibrahim Böhme, Richard Schröder, Markus Wolf) nicht nur der Entstehungsprozeß jener sich Sozialdemokratische Partei der DDR nennende, sich hauptsächlich aus Pfarrern bzw. Theologen rekrutierende pro-westliche Gruppierung nachgezeichnet, die zutreffend als die eigentliche Herausforderung gegenüber der DDR wie auch im Unterschied zu jenem Teil der Bürgerbewegungen, die auf eine Erneuerung der sozialistischen DDR-Gesellschaft setzten, charakterisiert wird. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung zuerst des Verhältnisses zur West-SPD und den Reformkräften in der zerfallenden SED, bis mit Beginn des Jahres 1990 die Modalitäten und das Tempo der Vereinigung ins Zentrum der innerparteilichen Streitigkeiten beider sozialdemokratischen Parteiführungen rückten. Weitgehend zutreffend wird der Anteil an Verantwortung für die Unterwerfung unter die von der Bundespolitik vorgezeichneten Modi des Anschlußprozesses geschildert. In zwei einleitenden Kapiteln („Reichseinheit und Parteieinheit. Die Deutschlandpolitik der SPD von 1945 bis in die

siebziger Jahre“ und „Einladungen statt Eiszeit: Die Deutschlandpolitik der SPD in den achtziger Jahren“) wird der kundige DDR-Leser sicher daran erinnert, welche Chancen vor allem seitens der Honecker-Führung (in Richtung einer Österreichisierung, als Moskau die Zügel schleifen ließ) verspielt wurden. In den acht folgenden, auf Probleme zentrierten, aber in sich chronologischen Kapiteln wird ein spannendes und aufschlußreiches Bild jener politischen Laiendarsteller, karrieristischen Hasardeure und ebenso bedauerns- wie liebenswerten Naivlingen (oder zu spät Kluggewordenen von Karl-August Kamilli bis Edelbert Richter) gezeichnet, die in kürzester Zeit das Heft des Handelns der Kohl-Regierung in die Hand gaben und die Realpolitiker der SPD-Führung desavouierten. Nachdrücklich wird der Rezensent aber auch in seiner Überzeugung bestätigt, daß bereits die chaotische Grenzöffnung das Ende aller Chancen der reformwilligen Kräfte vom Neuen Forum bis zur SED/PDS gewesen ist, in ihrer Wirkung im Grunde ein konterrevolutionärer Staatsstreich. Sie schlug den besonnenen Kräften in der SPD wie Oskar Lafontaine, Heidemarie Wiezcorek-Zeul, Gerhard Schröder, Egon Bahr, selbst Hans-Jochen Vogel und anderen die Beine weg und eröffnete den hysterisch agierenden kleinbürgerlich-nationalistischen Kräften von DSU bis SDP das Tor zum Artikel 23. Sie verhalfen erst der Allianz und dann dem abgewirtschafteten Kohl zu ihren Wahlsiegen, indem sie sich dem von der späteren Geschichte als zutreffend bestätigten Konzept des SPD-Kanzlerkandidaten verweigerten, der Politik

Richard Schröders folgten und in die Regierung der Großen Koalition unter Lothar de Maiziere und Günther Krause einstiegen. Obwohl es wahrlich nicht in der Intention des Vf. lag, wird die von Illusionen und mangelndem Realitätsbezug getragene Rolle Willy Brandts mehr als deutlich. Zugleich bestätigte sich auch die Wahrheit jener Erkenntnis erneut besonders drastisch, daß es nicht allein und nicht einmal zuerst von der Richtigkeit einer Strategie oder eines Programms abhängt, ob man als Politiker bzw. politische Partei oder Bewegung erfolgreich ist oder nicht. Taktisches Gespür, mit demagogischem Geschick und ohne Skrupel die Massenpsychologie im Interesse der Herrschenden zu steuern, haben sich einmal mehr als geschichtswirksamere Mittel erwiesen. Das Buch hätte das Zeug zum Standardwerk gehabt, würde es nicht zwei ziemlich gravierende Mängel aufweisen: Zu einfach erscheinen die Weisheiten über das Glück der deutschen Einheit und die Zauderer, die es nicht erkannten, wenn Geschichtsschreibung, die sich des (im allgemeinen legitimen) Interviews bedient, nicht stets beachtet: Der eine sagt so, der andere so. Nun zeigt der Vf. zwar mit vielfachen Bruchstückziten aus seinen Interviews, wie innerhalb der beiden Parteien die einen so und die anderen so gesagt haben wollen, aber die Gegenkräfte, die auf der anderen Seite agierten, nicht befragt wurden. Die anderen Zeitzeugnisse kann man höchstens in den wenigen und meist mehr als bescheiden aufgemachten Broschürchen und Traktaten einer Art von ostdeutschen Nachwende-Samisdat nachlesen. Wenn man denn will. In unserem Fall finden sich

nicht einmal die dicken Wälzer von Egon Krenz oder Manfred Gerlach in der Literaturliste; unter den 48 gedruckten Quellen, Memoiren und Selbstzeugnissen sind ganze acht von prominenten Akteuren der ehemaligen "Dienstklasse" der DDR, unter den 43 ausgewerteten Medien findet sich nicht einmal das "Neue Deutschland" wieder. Bei den 64 Interviewpartnern ist ein einziger aus diesem Kreis anzutreffen: Hans Modrow, allerdings ohne zitiert zu werden. Ob der Historiker die Chance zu nutzen weiß, im vergangenen Geschehen das zu finden und zu benennen, was als damaliger Zeitgeist herrschte und zugleich durch ihn hindurch und über ihn hinaus ein wenig den Schleier zu lüften, den dieser Zeitgeist über die Ereignisse und ihr Wesen, über die Motive und den Sinn des historischen Handelns der Menschen und den Verlauf der Prozesse legte, hängt von vielen Umständen ab. Der wichtigste Umstand scheint, den bewußten (oder auch unbewußten) Wunsch zu haben, die gefundene und in Memoiren meist erfundene Wahrheit in den Dienst aktuellen und zukünftigen zweckrationalen Handelns zu stellen. Hier liegt die Quelle oder Triebkraft der „Parteilichkeit“ jedes Zeithistorikers, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht. Die Zwecke allerdings werden von der (oft ganz gegensätzlichen) wertorientierten „Parteilichkeit“, der ganz persönlichen Sicht und/oder Interessenlage definiert.

Eine Aussage wird ganz allgemein als wahr bezeichnet, wenn sie mit dem objektiven Sachverhalt übereinstimmt. Die historische Wahrheit, und dies unterscheidet sie von allen anderen, kann nicht

mehr an einem objektiven Sachverhalt überprüft werden, weil es diesen selbst nicht mehr gibt, er nicht im Laboratorium herstellbar, nicht am Computer simulierbar ist. Dem Historiker stehen nur „Zeugen“ in Form von Abbildern des Vergangenen, die gespeicherte Nachricht über einen Vorfall in der Optik des Berichtenden, tote und – wie glücklicherweise in unserem Fall – lebende Quellen zur Verfügung. Er wie seine Zeitzeugen wissen inzwischen, was aus der Sache geworden ist, kennen die Ergebnisse des historischen Prozesses, die sich weitgehend hinter dem Rücken der Akteure einstellten. Aber: Je stärker der erzählende damalige Akteur bzw. der Gegenstand seines Zeugnisses in noch aktuelle politische und/oder ideologische Kämpfe und Interessengegensätze einbezogen ist, die stets nur bedingt gewollte Folgen des Vergangenen sind, umso weniger kann und darf man erwarten, in Memoiren oder einem Interview einen dem seinerzeitigen objektiven Geschehen weitgehend entsprechenden Bericht zu erhalten. Der überlieferte „objektive Sachverhalt“ wird unvermeidlich bereits subjektiv widerspiegelt, die Folgen bewertet.

Lafontaine z. B. wird mit seinem Zögern und seinen Vorbehalten zur Art und Weise und zum Tempo des Anschlusses als Verantwortlicher für die Niederlagen der SPD in Ost wie West vorgeführt. Da dürfte etwas dran sein, und doch hat ihm der spätere Verlauf mit allen seinen Befürchtungen Recht gegeben. Millionen Dauerarbeitslose und eine Billionen schwere Schuldenlast bestätigen das. Bei wem liegt nun die historische Wahrheit: bei Richard

Schröder von der Ost-SPD und all den § 23-Befürwortern oder bei Lafontaine?!

Memoiren sind gedruckte „oral history“-Quellen, bei denen der Schreiber bestimmt, was er wie sagt und was nicht. Der Schreiber befragt sich selbst und gibt Antworten nur auf die selbst gestellten Fragen. Er verschweigt, behauptet, unterstellt und interpretiert nach seinem Gusto. Befragt ein „professioneller“ Historiker einen Zeitzeugen als lebende Quelle, so tut er das mit seiner selbstgewählten Methodik, gibt er Themen und Zusammenhänge vor und läßt andere unberücksichtigt. Zugleich bleibt er der durch die persönlichen Interessen des Befragten retouschierten Sicht genauso ausgeliefert wie dessen mehr oder weniger gutem Gedächtnis 15 oder 20 Jahre später und dessen Bereitschaft zur ehrlichen Auskunft. In dieser Form von „oral history“ erzählen vom Befragter ausgesuchte Akteure, Mitläufer und Opfer die Geschichte von ihrem Ende her, so wie sie ihnen inzwischen „erscheint“, in aller Regel schon beeinflusst vom bisher herrschenden Urteil der Öffentlichkeit über diese Geschichte, ihrer persönlichen aktuellen Interessenkonstellation und/oder unter Rechtfertigungszwängen. Die meisten der damals wirkenden Umstände und Kräfte, vor allem die jenseits des persönlichen Aktionsfeldes bleiben im Dunkeln. Wie sollte es anders sein?! Dies alles stellt große Anforderungen an die wissenschaftliche Kritik solcher Quellen, zwingt zur Verifizierung von Aussagen durch Vergleiche mit anderen Quellen, muß Zusammenhänge aufdecken und Belege für Behauptungen fordern. (Dem

Zeithistoriker fehlt infolge der Kommunikationstechnik z. B. weitgehend eine so wichtige Quelle, wie es für frühere Zeitabschnitte der Briefwechsel von Akteuren war. Briefe in Nachlässen sagen oft mehr aus über wahre Beweggründe und Ängste usw. als ganze Bücher.)

S. stellt – was die parteiinternen Fakten und Daten anbetrifft – den realen historischen Verlauf im allgemeinen richtig dar, aber als alternativlos; die Reformkräfte in der DDR wie die zustimmenden im Westen erscheinen als chancenlos bzw. erweckt durch ihr Verschweigen diesen Eindruck. Das belegt er mit der entsprechenden Auswahl der zahlreichen Zitate aus seinen Zeitzeugengesprächen aus dem Jahre 2004. Aber nur wenn man Geschichte, gerade weil sie nicht nur chaotisch, sondern durchaus auch objektiven Zwängen oder „Gesetzmäßigkeiten“ folgend verläuft, trotzdem als „offen“ versteht und beschreibt, sich des Agierens der Anderen vergewissert, kann man der aus der Sicht des sich rechtfertigenden Memoirenschreibers/Erzählers suggerierten Zwangsläufigkeit des Geschehens entgehen. Der erfolglose „Täter“ wird stets dazu neigen, seine Entscheidung als die einzig mögliche und sein Scheitern als „zwangsläufig“, als alternativlos darzustellen. Der Sieger wird den Erfolg als Ergebnis seiner richtigen „staatsmännischen“ Entscheidung in Gegensatz zu anderen fehlerhaften Optionen behaupten.

Dieser – in der zeitgeschichtlichen Historiographie ziemlich generell gewordene – Hang zur Personalisierung von Geschichte und die Erhebung von selbstgerechten „Erinnerungen“ in eine Quel-

le ersten Ranges machen die damit gewonnene historische Wahrheit sehr relativ. So bedauerlich Einzelschicksale und manche sicherlich auch beschämend für die „Mit-Täter“ sein mögen: Es ist die Sicht der „Einäugigen“, wie kürzlich Gerhard Zwerenz schrieb. Das bringt der Zeitgeist so mit sich, nur die Einen vor der großen Öffentlichkeit zu Wort kommen zu lassen. Politische Geschichte hat es aber mit dem Schicksal und Wirken von Millionen, ganzer Völker zu tun, die stets die Rechnung zu bezahlen haben.

Heinz Niemann

NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Autorinnen und Autoren, im vorliegenden Heft beginnen wir mit der Publikation von Materialien der vom „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ gemeinsam mit dem Berliner Bildungsverein „Helle Panke“ am 8./9. Dezember vergangenen Jahres durchgeführten wissenschaftlichen Tagung zum Thema: „Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – von unten erlebt und gesehen“. Es geht sowohl um Methodisches beim Herangehen an „Geschichte von unten“ als auch um neuerschlossene (und noch zu erschließende) Quellen sowie um konkrete Ergebnisse u. a. aus der Regional-, Widerstands- und Frauenforschung. Erfreulich ist, daß mehrere junge Forscher Ergebnisse ihrer Arbeit vorgestellt haben. Das Heft wird mit dem einführenden Vortrag von Dietrich Mühlberg eröffnet. Andere Beiträge wie die von Evemarie Badstübner, Günter Benser, Ulla Plener und Andreas Tietze wenden sich unterschiedlichen Aspekten des Themas zu. Auch in den folgenden Heften wird das JahrBuch weitere Materialien der Tagung veröffentlichen. Heft II/2007 bietet darüber hinaus ein umfangreiches Themenspektrum. Richard Albrecht umreißt das Problem des Pauperismus vor allem bei Marx und Engels, während sich die jungen Forscher Marcel Bois und Florian Wilde dem Heidelberger Parteitag der KPD 1919 zuwenden. Roland Gröschel informiert über das umfangreiche Interviewarchiv „Jugend im 20. Jahrhundert“.

Umfangreich ist im vorliegenden Heft die biographische Forschung vertreten. Gisela Notz zeichnet das Leben der Sozialdemokratin Elinor Hubert nach. Aus persönlicher Sicht widmen sich Valentin Bejlinson den letzten Lebensjahren des sowjetischen Pädagogen A. S. Makarenko sowie Horst Schilling und Brigitte Dornheim dem Antifaschisten Adolf Wicklein. Ulla Plener ediert einen bisher unveröffentlichten zeitgenössischen (1947) Nekrolog von Fritz Tarnow auf Theodor Leipart aus dem Archiv für Soziale Demokratie bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Abschließend möchten wir unsere Leser und Leserinnen auf die im Heft enthaltene Vorankündigung des Kolloquiums aus Anlaß des 150. Geburtstages von Clara Zetkin aufmerksam machen.

Liebe Leserinnen und Leser, wir erinnern an die Möglichkeit, sich im Internet über das JahrBuch zu informieren: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de. Dort sind auch unsere Email-Adressen zu finden.

Das Jahresabonnement beträgt 2007 weiterhin, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00; für unsere ausländischen Abonnenten: BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Über weitere Abonnenten würden wir uns freuen. Im Interesse kontinuierlichen Erscheinens der Hefte bitten wir, uns weiterhin mit wissenschaftlichen Beiträgen sowie in der Werbung für das Jahrbuch zu unterstützen.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im Jahrbuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Die Redaktion

Autorenverzeichnis

Richard Albrecht, Dr. rer. pol. habil.,
Bonn
Veronika Arndt, Dr. phil. habil.,
Magdeburg
Evemarie Badstübner, Dr. sc. phil., Berlin
Valentin Bejinson, Dr.,
Wöllstadt b. Frankfurt/a.M.
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Marvel Bois, Promotionsstipendiat
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg
Brigitte Dornheim, Sonneberg
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Roland Gröschel, Diplomsozialpädagoge,
Verein zur Förderung von Forschungen
zur politischen Sozialisation und
Partizipation, Neu-Zittau
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Götz Hillig, Dr. habil., PD, Philipps-
Universität Marburg
Rainer Holze, Dr., Berlin
Martin Hundt, Prof. Dr., Potsdam
Gerd Kaiser, Dr., Berlin
Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin
David Mayer, Universität Wien
Herbert Mayer, Dr. sc. Phil., Berlin
Helmut Meier, Prof. Dr., Leipzig
Winfried Morgenstern, Prof. Dr.,
Glienicke-Nord
Dietrich Mühlberg, Prof. Dr., Berlin
Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde
Gisela Notz, Dr., Friedrich-Ebert-
Stiftung, Bonn
Berthold Petzinna, Dr. phil., Historiker,
Universität Leipzig
Ulla Plener, Dr. sc. phil., Berlin
Siegfried Prokop, Prof. Dr., Bernau
Peter Schäfer, Prof. Dr., Jena
Horst Schilling, Prof. Dr., Neuhaus-
Schierschnitz
Hermann Sczepansky, Dr., Chemnitz

Andreas Tietze, Berlin
Grit Ulrich, SAPMO der DDR im
Bundesarchiv, Berlin
Florian Wilde, Promotionsstipendiat
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg/
Berlin
Detlef Ziegs, Dr. sc. phil., Leipzig
Fritz Zimmermann, Prof. Dr., Berlin

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das "JahrBuch" erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

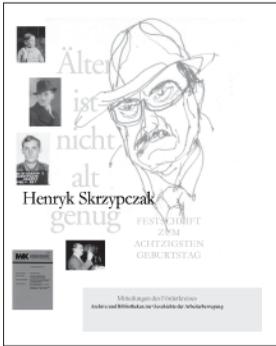
Email-Adressen der Redaktion:
– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen
redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
oder
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung
bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im "JahrBuch" übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodoni.org

Redaktionsschluß: 16.04.2007



ISBN 978-3-929390-97-1

HENRYK SKRZYPCZAK ÄLTER IST NICHT ALT GENUG

Festschrift zum 80. Geburtstag

Mitteilungen des Förderkreises
Archive und Bibliotheken
zur Geschichte der Arbeiterbewegung



ISBN 978-3-929390-96-4

GERD KAISER AUF LEBEN UND TOD.

Dies ist ein Buch über stille Helden im antifaschistischen Widerstand zwischen 1923 und 1945 in der Thüringer Rhön, im Thüringer Wald und im Thüringer Schiefergebirge.

Hier nahmen sie als erste den Kampf gegen den Faschismus auf, trugen die Hauptlast des Kampfes in dieser Region, und sie entrichteten den höchsten Blutzoll...



ISBN 978-3-929390-94-0

GÜNTER BENSER VOLKSBÜHNE HEIDENAU

Vor 100 Jahren, im August 1906, wurde die Volksbühne Heidenau gegründet. Der Enkel eines der Gründerväter dieses Dramatischen Vereins hat sich auf Spurensuche begeben und die Geschichte dieses Amateurtheaters – gestützt auf archivalische Überlieferungen, Lokalpresse, Dokumente in Familienbesitz und eigene Erinnerungen – aufgezeichnet.